

DISKURS
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 32



*Ostdeutsche
Wirtschaft
20 Jahre nach
der Wende*

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 32

Ostdeutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wende

Was ist »Erblast« der DDR und
was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschaftspolitik?

*Herausgegeben von
Dieter Janke und Joachim Tesch*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN
LEIPZIG 2009

ISBN 978-3-89819-527-6

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2009
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig
Telefon (0341) 9608531 · Fax (0341) 2125877
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de
RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus unter Verwendung des Fotos »Stahlschmelzer im Edelstahlwerk in Freital« aus Heinz Heitzer / Günter Schmerbach: Illustrierte Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1985. S. 317

Redaktion: Lutz Höll / Joachim Tesch

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

Vorwort	5
<i>Gerhard Heske</i> : Zur Leistungsentwicklung der DDR bis 1989 im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	7
<i>Karl Mai</i> : Zu den äußeren Hemmfaktoren der DDR-Wirtschaft in den 70er und 80er Jahren	44
<i>Edgar Most</i> : Umgestaltung des Banken- und Währungssystems 1990/91	89
<i>Andreas Willnow</i> : Die ostdeutsche Wirtschaft nach der Vereinigung – Zu den Schwächen der Transformationspolitik im Hinblick auf eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung	99
<i>Udo Ludwig</i> : Schein der Ost-West-Konvergenz versus Realität des wirtschaftlichen Wachstums Ostdeutschlands	122
<i>Wolfgang Kühn</i> : Ostdeutschlands Regionen – Entscheidung zwischen Technologiezentren oder Mezzogiorno.	130
<i>Ulrich Busch</i> : Konsequenzen aus der demografischen Schrumpfung für die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands	152

<i>Joachim Tesch: Zum Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität im ostdeutschen Baugewerbe vor und nach 1990.</i>	174
Abkürzungsverzeichnis	189
Autorenverzeichnis.	190

Vorwort

Der Rückstand der Wirtschaft im Osten Deutschlands gegenüber dem Westen wurde in den vergangenen Jahren kaum geringer; vielmehr scheint sich auf vielen Gebieten die Schere zwischen Ost und West wieder zu öffnen statt zu schließen. Deshalb erweist sich die Frage nach den Ursachen ihres Rückstandes im 20. Jahr der Ereignisse von 1989 immer noch als hoch aktuell.

Die Antworten auf die Frage »Was ist Erblast der DDR, was ist Ergebnis bundesdeutscher Wirtschafts- und Vereinigungspolitik?« sind dabei je nach politischem Standort ganz unterschiedlich gewichtet. Auf der einen Seite analysiert ein Teil der Linken in der Diskussion über den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« (*Heinz Dieterich*) völlig ungenügend die Erfahrungen der DDR (wie der staatssozialistischen Länder mit ihrem administrativ-zentralistischen Wirtschaftssystem überhaupt). Auf der anderen Seite wird in Anlehnung an den »langen Schatten des Stalinismus« (*Christoph Jünke*) vor allem der »lange Schatten des Sozialismus« (*Ulrich Blum*) beschworen, ohne die Auswirkungen vieler Entscheidungen der Vereinigungspolitik hinreichend zu hinterfragen.

Deshalb hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen im April d. J. erneut zu einer Veranstaltung über die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschland geladen, nachdem schon im Jahre 2004 ein Workshop der aktuellen Situation gewidmet worden war (»Ostdeutschland – alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder Mezzogiorno?«).

Diesmal konnte der Bogen der Betrachtung weiter gespannt werden: Dank neuer analytischer Daten wurde insbesondere deutlich, wie entscheidend sowohl die Weichenstellungen in den ersten Jahren unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges als auch die äußeren Bedingungen der DDR ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung beeinflussten. Profunde Sachkenner und Zeitzeugen belegten den 1989 erreichten Stand und schilderten anschaulich, welche politischen Auseinandersetzungen es um den Weg der Transformation in die bundesrepublikanische kapitalistische Marktwirtschaft und mögliche Alternativen gab. Und schließlich wurde sachlich und doch zugleich besorgt skizziert, welche Szenarien

längerfristig für die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands realistisch erscheinen.

Die vorliegende Broschüre vereint die Beiträge des Kolloquiums, die hiermit der Aufmerksamkeit der Leserinnen und Leser empfohlen werden.

Leipzig, im Juni 2009

Die Herausgeber

GERHARD HESKE

Zur Leistungsentwicklung der DDR bis 1989 im Spiegel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorbemerkung

Es ist gegenwärtig nicht möglich, die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse der Entwicklung der DDR für die 40 Jahre ihrer Existenz sachgerecht zu beurteilen. Ein geeignetes Instrument und Voraussetzung hierfür wäre eine vergleichbare volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die DDR über den Zeitraum von 1950 bis 1989. Diese gibt es bis heute nicht. Schaut man in die laufenden Publikationen des Statistischen Bundesamtes, das Statistische Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland oder in die statistischen Spezialveröffentlichungen für die VGR, so gab es die DDR gar nicht. Man wird z. B. vergeblich Entwicklungsreihen des BIP für die DDR suchen. Alle Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für diese Zeiträume beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet, also die alte Bundesrepublik. Ergebnisse unter der Bezeichnung »Deutschland« werden erst ab 1991 ausgewiesen. Mit dieser Veröffentlichungspraxis wird im historischen Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands in der Nachkriegszeit die erreichte Wirtschaftsleistung der DDR faktisch ausgeblendet.

Sicher kann man dafür den Statistikern und ihrem fachlichen Vermögen keine Schuld geben, denn 1989/90 begann alles so hoffnungsvoll mit gemeinsamen Bemühungen der Statistiker in Ost und West zur Schaffung einer international vergleichbaren volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auch für die DDR. Leider wurde diese Gelegenheit verpasst; die bereits begonnenen Arbeiten für das Jahr 1989 und das erste Halbjahr 1990 wurden 1992/93 nahezu abgebrochen und für die Vorjahre nicht weitergeführt. Nur der Initiative von Wissenschaftlern aus Forschungsinstituten, insbesondere des DIW Berlin und des IWH Halle und einzelner Mitarbeiter/innen der amtlichen Statistik war es zu verdanken, dass bei

finanzieller Förderung durch die Deutschen Forschungsgemeinschaft Ende der neunziger Jahre eine erste Etappe der VGR-Rückrechnung für die DDR abgeschlossen und dokumentiert werden konnte. Leider wurde die bestehende Projektgruppe danach, insbesondere infolge fehlender personeller und finanzieller Mittel, aufgelöst. Das bis dahin fertig gestellte Arbeitsergebnis wurde im Jahre 2000 veröffentlicht.¹ Mit dieser Publikation entstanden erstmalig für einen längeren Zeitraum von fast zwanzig Jahren detaillierte Daten der Entstehung und Verwendung des BIP der DDR entsprechend den damaligen Konventionen der bundesdeutschen VGR und in der Bewertung zu jeweiligen (effektiven) DDR-Preisen. Wesentliche Aspekte einer VGR-Rückrechnung konnten jedoch damit noch nicht erfüllt werden. Dies betraf insbesondere die längerfristige vergleichbare Darstellung der Entstehung und Verwendung des BIP der DDR nach den Konventionen des »System of National Accounts« (SNA) der Vereinten Nationen in Zeitreihen von 1950 bis 1989 bzw. von 1970 bis 1989 in der Bewertung zu vergleichbaren DM(Euro)-Preisen. Der Autor des vorliegenden Beitrages hat sich das Ziel gesetzt, diese Lücke weitgehend zu schließen.

Im Mittelpunkt des Beitrages steht die Vorstellung einer Neuberechnung der Entstehung des BIP der DDR für den Zeitraum von 1950 bis 1989 nach den Konzepten des SNA (ESVG²), vergleichbar in Methodik und wirtschaftssystematischer Abgrenzung sowie in vergleichbaren DM(Euro)-Preisen. Damit soll auf der Grundlage des methodischen Gerüsts der VGR ein kohärentes System von Indikatoren geschaffen werden, mit dem die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der DDR beschrieben und bewertet werden kann. Aus Platzgründen wird hier darauf verzichtet, gleichfalls Ergebnisse der Verwendung des BIP vorzustellen.

Die mit der Ermittlung der Daten verbundenen komplizierten und arbeitsaufwendigen Arbeiten konnten nur schrittweise geleistet werden. Im Rahmen der VGR-Rückrechnung mussten vielfältige methodische und datenbezogene Probleme gelöst werden. Erste Teilergebnisse der Berechnungen zur Entstehung und Verwendung des BIP der DDR, die sich

1 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts 1970 bis 1989 – Ergebnis eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Forschungsvorhabens. Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR. Heft 53. Wiesbaden 2000.

2 Abk. für Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

auf den Zeitraum von 1970 bis 1989 bezogen, wurden bereits im Jahre 2005 publiziert.³

Aufbauend auf den Resultaten der erwähnten Publikation erfolgte dann eine retrospektive Weiterführung der Berechnungen zur Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts der DDR bis zum Jahre 1950 zurück. Damit können erstmalig statistische Daten für die Entstehung des Bruttoinlandsprodukts der DDR für 1950 bis 1989, untersetzt nach Wirtschaftsbereichen und die inländische Verwendung nach Hauptpositionen und im Wesentlichen vergleichbar mit heutigen Abgrenzungskriterien der VGR zur Verfügung gestellt werden. Im Interesse einer langfristigen Darstellung für den gesamten Referenzzeitraum ab 1950 bis 1989 wurden die Ergebnisse der bereits genannten früheren Untersuchungen für den Zeitraum von 1970 bis 1989 integriert.⁴

Die bisherigen Lücken an vergleichbaren statistischen Daten gesamtwirtschaftlicher Indikatoren für die DDR für den Zeitraum von 1950 bis 1989 nach den heutigen Konzepten der VGR erleichterten Fehleinschätzungen über die wirtschaftlichen Ergebnisse der DDR und verhinderten eine allseitige Beurteilung des Verlaufs der ökonomischen Prozesse und der sie beeinflussenden Faktoren.

Naturgemäß können derartige volkswirtschaftliche Langzeituntersuchungen nie die Genauigkeit und Verlässlichkeit einer aktuellen jährlichen Nachweisung erreichen. Dies gilt nicht nur für den vorliegenden Arbeitsgegenstand der VGR, sondern für alle längerfristigen wirtschafts- und sozialstatistischen Beobachtungen.⁵ Durch die umfassende Nutzung

3 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. HSR-Supplement Nr. 17. Köln 2005. Die Veröffentlichung kann auch als PDF-Datei kostenlos unter der Adresse <http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/HSR-trans-vol.21.pdf> heruntergeladen werden.

4 Die Gesamtergebnisse der VGR-Rückrechnung seit 1950 wurden in folgender Publikation veröffentlicht: Gerhard Heske: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR 1950 bis 1989 (Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts) -- Daten, Methoden, und Vergleiche. HSR-Supplement Nr. 21. Köln 2009. - Neben den statistischen Ergebnissen werden in dieser Publikation auch ausführlich die konzeptionellen und methodischen Grundlagen der VGR-Rückrechnung für die DDR erläutert.

5 Zu diesem Problem existiert eine ausführliche Literatur, z. B. Oskar Morgenstern: Über die Genauigkeit wirtschaftlicher Beobachtungen. Wien 1965. Carsten Stahmer: Qualität statistischer Daten am Beispiel der VGR in Deutschland. In: Forum der Bundesstatistik. Band 25. Stuttgart 1995. Albert Braakmann.: Qualität und Genauigkeit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Allgemeines Statistisches Archiv. Jg.87. 2003. S. 183.

der vorliegenden statistischen Daten und zutreffender statistischer Methoden kann jedoch eine hinreichende Genauigkeit bei der statistischen Widerspiegelung der Entwicklungstendenzen erreicht werden. Außerdem gewährleistet im speziellen Fall der Rückrechnung der VGR der DDR die Nutzung der Bilanzmethode, d. h. die getrennte Ermittlung der Entstehung und der Verwendung des BIP aus unterschiedlichen Datenquellen eine zusätzliche Möglichkeit zur Gewährleistung der Validität. Dies gilt auch für die Rückrechnung von DDR-Daten.

Die für die DDR bei dieser VGR-Neuberechnung nach annähernd den gleichen methodischen und wirtschaftssystematischen Grundsätzen ermittelten Größen für die Entstehung und Verwendung des BIP ermöglichten es auch, entsprechende Vergleiche mit der Wirtschaftsentwicklung in der früheren Bundesrepublik durchzuführen. Gleichfalls bestanden dadurch Möglichkeiten, für 1950 bis 1989 gesamtdeutsche Ergebnisse zu berechnen.

Im Unterschied zu westlichen Autoren, die sich vor 1990 mit partiellen Schätzungen des BIP der DDR für einzelne Zeiträume bzw. der Entstehung des BIP beschäftigt hatten, konnte der Verfasser des vorliegenden Beitrages auf die Gesamtheit der archivierten statistischen Daten, der veröffentlichten und geheimen Informationen, sowie dazugehöriger organisatorischer und methodischer Unterlagen der amtlichen DDR-Statistik zurückgreifen. Als langjähriger Mitarbeiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR war es ihm darüber hinaus möglich, noch teilweise vorhandenes Insiderwissen von verantwortlichen Experten der Statistikproduktion und nichtarchivierte Dokumente zu erschließen.

1. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als Modell zur zusammengefassten quantitativen Widerspiegelung der Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit der DDR

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung war und ist sowohl auf nationaler, als auch auf der internationalen Ebene ein anerkanntes statistisches Modell zu Messung gesamtwirtschaftlicher Vorgänge. Nach den heutigen internationalen Konventionen ist die VGR ein System gesamtwirtschaftlicher Strom- und Bestandsrechnungen zur quantitativen Abbildung des Wirtschaftsgeschehens eines Wirtschaftsgebietes in einer oder über mehrere Zeitperioden. Dies gilt auch für die DDR. Ausgehend davon

hat der Verfasser des vorliegenden Beitrages versucht, auf der Grundlage des VGR-Konzepts die Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts der DDR für den Zeitraum 1950 bis 1989 quantitativ nach zu bilden. Nur dadurch ist es möglich, die Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit in der DDR komplex und zusammenfassend widerzuspiegeln. Dabei erfolgt eine Konzentration auf das Kernstück der VGR – die Berechnung der Entstehung und Verwendung des BIP – auf der Grundlage der anerkannten internationalen Konventionen, insbesondere der europäischen Ausprägung als ESVG.

Die ökonomische Realität wird in der VGR im Rahmen der dazu festgelegten Konzepte und Methoden wiedergespiegelt. Durch die Indikatoren der VGR können jedoch nicht alle ökonomischen und sozialen Ergebnisse und Auswirkungen gemessen werden, wie z. B. die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit oder alle Aspekte des gesellschaftlichen Wohlstandes als sozialer Kategorie. Deshalb wurden im Ergebnis der dazu in den letzten Jahrzehnten geführten Diskussionen weitere ergänzende Meßsysteme entwickelt, die entweder in enger Anbindung an die VGR oder als selbständige Modelle realisiert werden, wie z. B. das Konzept der sozialen Indikatoren, die sozialökonomische Modellierung oder die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen. Die praktische Umsetzung dieser Systeme ist in Deutschland relativ weit vorangeschritten.⁶

Bei aller Problematisierung der zentralen volkswirtschaftlichen Indikatoren im Rahmen der VGR und ihrer Aussagefähigkeit für die Wohlstandsbeurteilung oder die Messung der wirtschaftlichen Leistung im nationalen und internationalen Vergleich bleibt die VGR in ihren aktuellen konzeptionellen Grundlagen das einzige praktikable Modell, um die volkswirtschaftlichen Ergebnisse und Abläufe umfassend zu quantifizie-

6 Veröffentlichungen des Leibnitz-Instituts für Sozialforschung (gesis) zum System sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland (www.gesis.org/ soziale Indikatoren). Alexander Opitz.: Daten der amtlichen Statistik für die sozioökonomische Modellierung. In: *Wirtschaft und Statistik* 8/2005, S. 781-791. Statistisches Bundesamt: Einführung in die Umweltökonomische Gesamtrechnung – UGR – (www.destatis.de). Statistisches Bundesamt: Ökonomische Leistungskraft Deutschlands – Bestandsaufnahme und statistische Messung im internationalen Vergleich. Kolloquium (<http://kolloqu.destatis.de/2005>).

ren.⁷ Was die hier zu untersuchende Entwicklung der Entstehung und Verwendung des BIP der DDR in der Periode von 1950 bis 1989 angeht, so kann sie ohnehin nur auf der Grundlage der gegenwärtigen Konventionen der VGR erfolgen.

Von den Anfängen bis zum heutigen Stand durchlief die VGR eine längere Entwicklungsperiode. Besonders nach dem zweiten Weltkrieg, gefördert durch eine breite internationale Zusammenarbeit im Rahmen der UNO und ihrer regionalen Unterorganisationen, erfolgten eine schnelle Entwicklung und internationale Standardisierung der VGR-Konzepte. Multilaterale Vereinbarungen sicherten eine breite Methodenentwicklung und die finanzielle Förderung dieser Arbeiten. Infolge der weltpolitischen Entwicklung und unterschiedlicher gesellschaftlicher Theorien etablierten sich international zwei verschiedene Systeme der VGR. In den meisten Ländern wurde das »System of National Accounts« (SNA) die konzeptionelle Basis der VGR. In den ehemaligen sozialistischen Ländern, insbesondere des RGW, wurde das »Material Product System« (MPS) die verbindliche Grundlage der VGR. Beide Systeme der VGR wurden im Rahmen der UNO als mögliche Varianten der VGR anerkannt.⁸ Die Übersicht 1 zeigt im Vergleich die wichtigsten Merkmale der beiden VGR-Systeme.

In der DDR, ebenso wie in den anderen Staaten des RGW, wurde die VGR bis 1989/90 auf der Basis des MPS-Konzeptes realisiert, in der BRD erfolgte die Ermittlung der gesamtwirtschaftlichen Indikatoren nach den jeweiligen Konventionen des SNA-Konzeptes.⁹ Das SNA der Vereinten Nationen ist gegenwärtig das weltweit grundlegende Regelwerk für die Aufstellung Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. In Reaktion

7 Laut Financial Times vom 28.01.09 wird im Zusammenhang mit den sozialen Auswirkungen der Globalisierung und der Finanzkrise gegenwärtig erneut über zentrale Indikatoren der VGR wie z. B. das BIP, diskutiert. Im Auftrag der EU untersucht eine 24-köpfige Expertenkommission unter Leitung von Joseph Stiglitz erneut alternative Möglichkeiten einer ganzheitlichen Messung der Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit. Zu den wichtigsten Aspekten einer möglichen Weiterentwicklung des gegenwärtigen »Systems of National Accounts« in der Zukunft siehe das Bulletin von Eurostat »Sigma«, Heft 3/2008. Luxembourg 2008.

8 Reihe: Studies in Methods »Basic principles of the system of balances of the national economy«, UN, New York 1971.

9 Die methodischen Grundlagen der VGR in der praktischen Anwendung des MPS-Konzepts in der DDR und des SNA-Konzepts in der BRD sind in der Veröffentlichung laut Fußnote 3, S. 22ff., ausführlich dargestellt.

Übersicht 1: Wesentliche Unterschiede zwischen dem SNA- und dem MPS-Konzept der VGR

System of National Accounts (SNA)	Material Product System (MPS)
1. Theoretische Grundlagen	
Kreislauftheorie, Produktionsfaktorenthorie	Marxistische Reproduktionstheorie, Arbeitswerttheorie
2. Produktionsbegriff	
Produktion ist jede Tätigkeit, die Sachgüter und Dienstleistungen erstellt, bei Einsatz von Vor- und Faktorleistungen, in deren Ergebnis Einkommen entsteht (umfassender Produktionsbegriff)	Produktion ist Verausgabung lebendiger und vergegenständlichter Arbeit im Produktionsprozess zur Herstellung materieller Güter und produktiver Leistungen (enger Produktionsbegriff)
3. Funktionelle Gliederung	
Wirtschaftliche Aktivitäten und Transaktionen entsprechend der Kreislauftheorie (Einkommenschaffung, -verteilung, -umverteilung, -verwendung)	Reproduktionsphasen entsprechend marxistischer Reproduktionstheorie (Produktion, Primärverteilung, Endverteilung, Verwendung)
4. Institutionelle Gliederung	
Sektoren, Zweige nach der internationalen Klassifikation der ökonomischen Aktivitäten (UN- bzw. EU-Klassifikation)	Produktiver und unproduktiver Bereich, Zweige nach der Klassifikation der Volkswirtschaftszweige (RGW)
5. Bewertung	
Marktwirtschaftliches Preissystem	Planwirtschaftliches Preissystem
6. Methodisches Instrumentarium	
Kontensystem nach funktioneller Gliederung, Tabellen	System von Bilanzen nach Reproduktionsphasen, Tabellen
7. Begriffe und Bezeichnungen	
Bruttoinlandsprodukt, Wertschöpfung, Produktionswert, Vorleistungen, privater Verbrauch	Nationaleinkommen, Bruttoproduktion, Materialverbrauch, individuelle Konsumtion

auf neuere Entwicklungen in der Wirtschaft wird dieses System ständig weiter entwickelt.¹⁰ Für die historische Darstellung der Entstehung und Verwendung der BIP der DDR für den Zeitraum von 1950 bis 1989 war es naheliegend, von dem für die Europäische Union verbindlichen »Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995« (ESVG 95) auszugehen, das sich am SNA orientiert und für die Mitgliedsstaaten der EU rechtsverbindlich ist.

Welche Ausgangsbedingungen bestanden zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung? Aus der Existenz von zwei deutschen Staaten und unterschiedlicher statistischer Infrastrukturen bis zum 3. Oktober 1990 ergab sich, bezogen auf die historische Datenbasis der VGR in Deutschland, folgende Situation:

- Für die Bundesrepublik bis 1989 erfolgten durch das Statistische Bundesamt in Übereinstimmung mit den jeweiligen Entwicklungsstufen des SNA-Konzepts die laufende VGR (jährlich, vierteljährlich) und zur Sicherung vergleichbarer Zeitreihen zur Entstehung und Verwendung des BIP die notwendigen Rückrechnungen etwa alle fünf Jahre.¹¹
- Für die DDR erfolgten bis 1989 durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik in Übereinstimmung mit dem jeweils erreichten Entwicklungsstand des MPS-Konzepts die laufende jährliche VGR und zur Sicherung vergleichbarer Zeitreihen der Entstehung und Verwendung des Nationaleinkommens die notwendigen Rückrechnungen etwa alle 5-7 Jahre.

Für beide Staatsgebiete entwickelte sich so bis 1990 die VGR selbstständig und voneinander unabhängig, basierend auf unterschiedlichen theoretischen und methodischen Konzepten.

Ab 1991 wurde das SNA-Konzept der VGR verbindlich auch in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost eingeführt und damit einheitlich für Gesamtdeutschland wirksam. Infolge dessen entstand für das Gebiet der ehemaligen DDR eine Datenlücke, da für das frühere Bundesgebiet im Prinzip für einzelne Perioden des Zeitraums 1950 bis 1989 vergleich-

¹⁰ Im Februar 2009 wurde von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen nach längeren Vorarbeiten die neueste Version des SNA 2008 verabschiedet.

¹¹ Die langfristigen Reihen der VGR für das frühere Bundesgebiet für den Zeitraum von 1970 bis 1990 wurden seit 1990 mehrfach an die Auswirkungen infolge der vollständigen Realisierung des ESG95 in der bundesdeutschen Statistik angepasst. Siehe hierzu folgende Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes: Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Reihe S 21 (2002), Reihe S 29 (2006), Reihe 1.5 (2007).

bar zurückgerechnete Zeitreihen nach dem SNA-Konzept vorlagen, während für die DDR derartige Daten nicht verfügbar waren. Daraus ergab sich rückblickend für die DDR ein Bedarf an statistischen Daten, die vergleichbar auf den Verfahren und Methoden beruhten, die in der bundesdeutschen Statistik verbindlich angewendet wurden.

In der Folge entstand Anfang der neunziger Jahre im Statistischen Bundesamt ein sogenanntes »Rückrechnungsprojekt«, mit dem die vergleichbare Umrechnung und Neuberechnung der aus der ehemaligen DDR stammenden statistischen Daten auf den Stand des früheren Bundesgebietes gewährleistet werden sollte.¹²

2. Transformation und Rückrechnung der VGR der DDR auf der Basis des SNA-Konzepts

Die Transformation vom in der DDR angewendeten Konzept der VGR zum bundesdeutschen Konzept nach 1990 kann aus unterschiedlicher Sicht definiert werden. Die aus der DDR hervorgegangenen neuen Bundesländer übernahmen das Statistiksystem der früheren Bundesrepublik. Dieses System beruhte auf anderen gesellschaftlichen Grundlagen und einer anderen statistischen Infrastruktur. Ab 1991 erforderte dies auch den Aufbau einer veränderten VGR entsprechend der im Rahmen der EU gültigen Konventionen des ESGV für die neu entstandenen Bundesländer. Dies vollzog sich seit Anfang der neunziger Jahre schrittweise.

Hier soll jedoch ein anderer vergangenheitsbezogener Aspekt der Transformation der VGR der DDR betrachtet werden, der sich mit folgender Fragestellung umschreiben lässt: Ist es sinnvoll und möglich, den Wirtschaftsprozess der DDR ex-post mit dem SNA-Konzept quantitativ widerzuspiegeln und reichen die vorhandenen Daten dafür aus?

Manchmal werden Zweifel geäußert, ob das SNA-Konzept überhaupt geeignet sei, das Wirtschaftsgeschehen für Staaten mit planwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen quantitativ abzubilden, da dieses Konzept fast ausschließlich nur in Ländern mit marktwirtschaftlicher Orientierung angewendet wurde. Dieses Argument wird durch die Geschichte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung widerlegt. Das internationale Konzept des SNA wurde im Rahmen der UNO entwickelt und dies ge-

¹² Näheres zum Rückrechnungsprojekt siehe Veröffentlichung laut Fußnote 3, S. 13ff.

schah nicht unter dem Vorbehalt seiner Anwendung nur in einem bestimmten Wirtschaftssystem. Das SNA ist kein nur für marktwirtschaftlich orientierte Staaten entwickeltes System. Das SNA ist universell in seiner Nutzbarkeit. Dem stehen auch nicht Besonderheiten entgegen, die zweifelsohne bei der praktischen Umsetzung des SNA in einzelnen Staaten mit einem unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen System auftreten.

Das Wirtschaftsgeschehen der DDR kann deshalb auch sinnvoll mit dem Instrumentarium des SNA-Konzept reflektiert werden. Dies bestätigen auch die bisher gesammelten praktischen Erfahrungen und Ergebnisse der Rückrechnung der Entstehung und Verwendung des BIP der DDR.

Reichen hierfür die aus der DDR noch vorhandenen statistischen Daten aus und besitzen sie das erforderliche Informationspotential? Im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Sicherung der DDR-Datenbestände und der Rückrechnung für wichtige Indikatoren der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung spielte die Bewertung der Validität der durch die amtliche Statistik der DDR ermittelten numerischen Daten von Anfang an eine wesentliche Rolle. In den seit der Wiedervereinigung vergangenen fast 20 Jahren ist es leider nicht gelungen, eine weitgehend allseitig anerkannte und ausgewogene Bewertung der Arbeit der Statistik in der DDR sowohl in ihrer Gesamtheit, als auch zu den einzelnen Arbeitsfeldern zu erreichen. Bis heute werden in der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschlands unterschiedliche Standpunkte zur Aussagekraft von in der DDR erfassten statistischen Daten und ihrer Glaubwürdigkeit sowie zur Rolle und Funktion der amtlichen Statistik geäußert.¹⁵

Entsprechend der heutigen politischen Grundtendenz bei der Beurteilung von Staat und Gesellschaft in der DDR spiegelt die Mehrzahl der Meinungsäußerungen ein Misstrauen zu den Arbeitsergebnissen der Staatlichen Zentralverwaltung als Institution des DDR-Staates, bis hin zur völligen Ablehnung, wider. In vielen Fällen überwiegen Pauschalurteile zur Validität der vorliegenden Daten der amtlichen Statistik. Es fehlt

¹⁵ Eine Zusammenstellung von Meinungsäußerungen, Standpunkten und Einschätzungen zur Statistik und statistischen Ergebnissen aus der DDR an Hand einer Vielzahl von veröffentlichten Quellen wurden in der »Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR« Heft 54, Grundlagen, Methoden und Organisation der amtlichen Statistik der DDR, S. 356ff., zusammengestellt. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden 1999.

weitgehend eine allgemein anerkannte sachbezogene auf die einzelnen Statistikbereiche konzentrierte Untersuchung und Einschätzung der statistischen Quelldaten¹⁴.

Durch das Statistiksysteem der DDR wurde im Verlaufe seiner 40-jährigen Geschichte eine Fülle von Daten erfasst und verarbeitet, die heute in ihrer Mehrheit im Bundesarchiv verfügbar sind und genutzt werden können. Das Bild der breiten Öffentlichkeit von der Arbeit und Ergebnisse der amtlichen Statistik wurde vor 1989/90 im In- und Ausland vor allem durch die publizierten statistischen Informationen geprägt. Als relativ selbstständige Einrichtung trat die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) nur durch periodische Veröffentlichungen auf: das Statistische Jahrbuch, das Statistische Taschenbuch und die regelmäßigen Presseberichte über die Erfüllung der staatlichen Volkswirtschaftspläne. Die darin enthaltenen statistischen Daten unterlagen in ihrer Auswahl und Interpretation einer Kontrolle und Zensur durch die Führung der SED und die Regierung der DDR. Die SZS war nicht berechtigt, selbstständig weitere statistische Informationen herauszugeben. Versuche dazu, wie z. B. die Herausgabe einer Vierteljahreszeitschrift zur Statistik der DDR in den sechziger Jahren mit umfangreichen Analysen und Berichten, wurden unterbunden.¹⁵ Die »Statistische Praxis«, das einzige monatliche Journal zu wissenschaftlichen und methodischen Fragen der Statistik in der DDR, stellte auf Anweisung des verantwortlichen Sekretärs beim ZK der SED ab den siebziger Jahren ihr Erscheinen ein.¹⁶

Bei aller Bedeutung der veröffentlichten Daten wäre es jedoch völlig verfehlt, sich bei der Beurteilung der Qualität der Ergebnisse der amtlichen Statistik nur von den veröffentlichten statistischen Informationen und ihrer politischen Nutzung im Tagesgeschäft der SED auszugehen. Dies kennzeichnet nur eine Seite der Arbeit der staatlichen Statistik, am eingesetzten Potential gemessen, sogar nur einen sehr kleinen Teil.

Der heutige Nutzer der in der DDR erfassten statistischen Daten verfügt über die Gesamtheit der archivierten Daten, der veröffentlichten und nicht veröffentlichten, dazugehöriger methodischer Unterlagen und Organisationsmittel. Außerdem wurde ein Teil des Datenbestandes in

14 Den bisher umfassendsten Überblick über die Arbeitsgebiete der DDR-Statistik enthält das eben erwähnte Sonderheft.

15 Die »Vierteljahreshefte zur Statistik der DDR« erschienen von Anfang 1957 bis Ende 1959.

16 Die »Statistische Praxis« erschien von Oktober 1946 bis März 1979.

den Jahren von 1990 bis 1999 durch das Statistische Bundesamt in der ehemaligen Zweigstelle Berlin bewertet, bearbeitet und an die aktuellen Konventionen der bundesdeutschen Statistik angepasst.

Wie bei der Nutzung aller historischen Statistiken sind auch in Bezug auf die DDR-Statistik einige Besonderheiten zu beachten. Jedes Statistiksystem realisiert sich unter den jeweils bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen mit ihrer spezifischen institutionellen Infrastruktur. Die Statistik in der DDR hat die ablaufenden wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in ihren spezifischen Erscheinungsformen quantitativ widergespiegelt. Umfang und Qualität dieser statistischen Reflexion für die einzelnen Bereiche waren unterschiedlich und haben sich auch ständig verändert. Die gegebenen Rahmenbedingungen und die herrschende marxistische Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie hatten Einfluss auf die angewendeten Fachbegriffe, die Möglichkeiten ihrer Operationalisierung, die Definitionen, Systematiken, Nomenklaturen, Erhebungsorganisation, Kontrolle der Daten und den Einsatz rechentechnischer Mittel zur Erfassung und Aufbereitung der statistischen Daten.

Nach Auffassung des Autors spiegelt die überwiegende Masse der vorhandenen statistischen Daten, unter Beachtung der genannten Faktoren, die jeweils erfassten wirtschaftlichen und sozialen Prozesse real wider. Dies schließt nicht aus, dass es in einzelnen Teilbereichen nur unzulänglich gelang, die Realität zu reflektieren bzw. ein sehr kleiner Teil der statistischen Daten nur momentanen politischen Interessen dienten, manipuliert waren und ihre Aussagen aus heutiger Sicht unbrauchbar sind.

3. Umfang und Merkmale der Rückrechnung der VGR der DDR nach dem SNA-Konzept für die Jahre ab 1950

Bei der Rückrechnung der VGR der DDR konnte der langfristige Datenbestand für 1950 bis 1989 in folgender Struktur und Gliederung ermittelt werden:

a.) Entstehungsrechnung

Bruttoinlandsprodukt

Bruttowertschöpfung insgesamt (unbereinigt): nach den Wirtschaftsbereichen:

1. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
2. Produzierendes Gewerbe, ohne Baugewerbe, insgesamt,
3. Baugewerbe,
4. Handel und Gastgewerbe,
5. Verkehr und Nachrichtenübermittlung,
6. Finanzierung, Vermietung, Öffentliche und private Dienstleister.

b.) Verwendungsrechnung

Bruttoinlandsprodukt

Inländische Verwendung insgesamt

Dar.: Konsumausgaben zusammen:

Davon: Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck

Staat

Bruttoinvestitionen

Außenbeitrag (Export, Import)

Die rechnerischen Resultate der langfristigen Berechnungen von 1950 bis 1989 können nicht die Genauigkeit des jährlichen vollständigen Rechenwerks der VGR erreichen. Bei einer Reihe von Problemen, vor allem für den Dienstleistungsbereich, musste begründet geschätzt werden. Obwohl alle Daten entsprechend der üblichen Rechenregeln mit mehreren Kommastellen ermittelt wurden, erfolgten bei der Darstellung langfristiger Reihen für den untersuchten Gesamtzeitraum 1950 bis 1989 Auf- bzw. Abrundungen auf ganze Zahlen mit einer Kommastelle. Damit soll verhindert werden, dass der numerische Ausdruck eine Genauigkeit vortäuscht, die sachlich nicht vorhanden ist. Bereits der Ausweis der Daten mit einer Kommastelle stellt einen Kompromiss zwischen rechnerischer Genauigkeit und sachlicher Aussage dar.

Durch die Erschließung weiterer interner Materialien der DDR-Statistik konnte die Realitätsnähe der berechneten Werte erhöht werden. Dies trifft z. B. auf die Beurteilung der Preisentwicklung zu, die für die Deflationierung der VGR-Daten in der Bewertung zu DDR-Preisen von Bedeutung war. Durch die Berücksichtigung von Sortimentsänderungen im Zusammenhang mit der Produktion und den Verbrauch neuer Erzeugnisse ergab sich bei der Rückrechnung entstehungs- und -verwendungsseitig für die DDR eine stärkere Preisentwicklung als früher

angenommen, woraus sich vergleichsweise negative Auswirkungen auf das Entwicklungstempo der rückgerechneten Indikatoren ergaben.

Die durchgeführten Neuberechnungen für das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands für den Zeitraum 1950 bis 1989 belegen, dass es möglich ist, den Wirtschaftsprozess einer Planwirtschaft nach dem SNA-Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und in der Bewertung zu DM(Euro) sinnvoll darzustellen. Durch die getrennte Ermittlung der Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts konnten im Ergebnis abgestimmte und hinreichend aussagefähige numerische Daten gewonnen werden.

4. *Zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts der DDR von 1950 bis 1989*

4.1. *Das Bruttoinlandsprodukt insgesamt*

Das Volumen der gesamtwirtschaftlichen Produktion (BIP) war in der DDR 1989 gegenüber dem Jahre 1950 mehr fünf einhalbmal so hoch wie 1950 (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Entwicklung des BIP in der DDR und der BRD (1950 = 100)

Jahr	DDR	BRD
1950	100	100
1955	151	156
1960	196	219
1965	237	283
1970	303	342
1975	368	383
1980	440	450
1985	514	477
1989	558	534

Gegenüber der BRD stieg das Volumen des BIP in der DDR im gleichen Zeitraum insgesamt etwas stärker, wobei die Entwicklung in den

einzelnen Perioden unterschiedlich verlief. Hinsichtlich des jährlichen Wachstumsverlaufs waren vor allem zwei Erscheinungen von Interesse. Das betraf zum Einen die zeitlichen Unterschiede und zum Anderen die Größe der Variationen in den jährlichen Wachstumsraten des BIP im Vergleich zwischen der DDR und der BRD (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Jährliche Wachstumsraten des BIP der DDR und BRD nach Zeitperioden in %

Zeitperiode	DDR	BRD
1951-1955	8,5	9,3
1956-1960	6,8	7,0
1961-1965	4,0	5,3
1966-1970	5,0	3,9
1971-1975	4,0	2,3
1976-1980	3,6	3,3
1981-1985	3,1	1,2
1986-1989	2,1	2,9
1951-1989	4,5	4,3

Bis zur Zeitperiode 1961/65 lagen die jährlichen Wachstumsraten des BIP in der DDR niedriger als in der BRD. Danach erfolgte eine Umkehr, mit Ausnahme der letzten DDR-Periode von 1986/89.

Obwohl die jährlichen Wachstumsraten des BIP in der DDR und der BRD im Verlaufe der Jahre stark schwankten, ergaben sich Unterschiede im Grad der Differenziertheit. Die Berechnungen zeigen im Trend eine stärkere Streuung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten in der BRD um rd. 30 Prozent im Vergleich zur DDR. Dies zeigt auch deutlich eine Gegenüberstellung der höchsten und niedrigsten Entwicklungsraten (DDR: 8,5/2,1 %; BRD 9,3/1,2 %). Das lässt eine höhere Kontinuität der Entwicklung des BIP in der DDR vermuten.

Seit den fünfziger Jahren fielen sowohl in der DDR als auch in der BRD die jährlichen Wachstumsraten stark ab. Obwohl die Ursache hierfür in beiden Staaten im Einzelnen wahrscheinlich differenziert waren, wirkten allgemeine ökonomische Faktoren, die die Entwicklung begrenzten,

wie z. B. die Erdölverknappung in den siebziger und achtziger Jahre in beiden deutschen Staaten.

Was die DDR betraf, so konnte das planwirtschaftliche System der Wirtschaftsführung das Versprechen einer kontinuierlichen Entwicklung nicht einhalten, was immer man unter dem Begriff der »Kontinuität« auch verstehen mag. Die wirtschaftliche Realität setzte sich unabhängig davon durch. Durch Einflüsse im Zusammenhang mit der Arbeitsteilung im Rahmen des RGW, den Ex- und Importbeschränkungen mit den westlichen Ländern, der Bedingungen der Rohstoffversorgung, der Entwicklung in verschiedenen Wirtschaftszweigen und vielfältiger innerer Faktoren schwankten und verlangsamten sich die Wachstumstempi der Produktion. Trotzdem war die Erhöhung des BIP der DDR auf das 5-fache in fast 40 Jahren eine erhebliche volkswirtschaftliche Leistung, auch wenn die ursprünglich geplanten Ziele häufig nicht erreicht wurden.

Hinter der relativen Entwicklung des BIP in der DDR und der BRD seit 1950 verbergen sich auf Grund der Größe beider Staaten und ihrer Leistungskraft unterschiedliche absolute Resultate des BIP (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Vergleich des Niveaus des BIP zwischen der DDR und der BRD (DDR = 1)

Jahr	DDR	BRD
1950	1	7,0
1955	1	7,3
1960	1	7,9
1965	1	8,4
1970	1	7,9
1975	1	7,3
1980	1	7,2
1985	1	6,5
1989	1	6,7

Im Jahre 1950 erreichte die BRD im Vergleich zur DDR die siebenfache absolute Wirtschaftsleistung. Die Volumenrelationen des BIP hatten sich

zu Gunsten der DDR über den Gesamtzeitraum von 1950 bis 1989 leicht verbessert, wobei sich innerhalb dieses Zeitraums gegensätzliche Entwicklungen vollzogen. In den fünfziger und sechziger Jahren verschlechterte sich diese Relation; Ende der sechziger Jahre trat eine Umkehr ein, die bis in die erste Hälfte der achtziger Jahre dauerte. Danach trat wieder eine Verschlechterung ein. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten im Umfang und der Entwicklung der Zahlen der Einwohner und der Erwerbstätigen ergaben sich jedoch völlig andere Entwicklungstendenzen.

4.2. Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Das Bruttoinlandsprodukt als volkswirtschaftliche Gesamtgröße ergibt sich aus der Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts kann deshalb nur umfassend eingeschätzt werden, wenn gleichzeitig seine materielle Struktur berücksichtigt wird. Diese kann auf volkswirtschaftlicher Ebene durch die Beiträge der verschiedenen Wirtschaftsbereiche zur gesamten Wertschöpfung ausgedrückt werden (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in der DDR in %

Jahr	Land- u. Forstwirtschaft Fischerei	Produzierendes Gewerbe o. Baugew.	Bau- gewerbe	Handel, Gastgew., Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	Verkehr u. Nachrichten- über- mittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentl. u. private Dienst- leister
1950	6,5	25,1	8,6	6,0	7,5	46,6
1955	4,9	29,4	9,8	9,2	7,8	38,9
1960	4,5	33,1	12,6	6,4	6,8	36,9
1965	3,8	33,9	12,8	6,0	6,1	37,5
1970	3,3	35,6	14,3	6,4	6,1	34,2
1975	2,8	35,4	13,4	6,7	6,2	35,4
1980	2,4	35,8	12,3	6,7	6,5	36,4
1985	2,6	36,2	12,6	6,6	6,4	35,6
1989	2,1	36,3	13,0	6,8	6,6	35,2

Die seit 1950 vor sich gegangenen Veränderungen der Anteile der einzelnen Bereiche an der gesamten Wertschöpfung müssen in einem engen Zusammenhang mit der Dynamik in der Entwicklung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche gesehen werden (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung der DDR nach Wirtschaftsbereichen (1950 = 100)

Jahr	Land- u. Forstwirtschaft Fischerei	Produzierendes Gewerbe o. Baugew.	Bau- gewerbe	Handel, Gastgew., Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentl. u. private Dienstleister
1950	100	100	100	100	100	100
1955	113	177	172	250	162	126
1960	129	257	286	206	181	154
1965	136	318	353	234	197	189
1970	152	425	502	319	250	220
1975	159	514	571	406	307	277
1980	162	623	628	483	390	341
1985	206	740	754	556	447	392
1989	177	805	848	631	501	421

Bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum erreichten die Wirtschaftsbereiche mit den höchsten, d. h. überdurchschnittlichen Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung auch eine entsprechende Erhöhung ihres Anteils an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Wirtschaftsbereiche mit unterdurchschnittlicher Entwicklung verloren Anteile.

Zur ersten Gruppe von Wirtschaftsbereichen gehört das produzierende Gewerbe, einschließlich Baugewerbe, wobei gegen Ende der sechziger Jahre jedoch eine Trendwende eintrat. Seitdem stagnierte der Anteil dieses Bereichs und schwankt um 35/36 Prozent, die Entwicklungsraten näherten sich der Gesamtentwicklung an. Die gleiche Tendenz war auch im Baugewerbe sichtbar. Sehr unterschiedlich entwickelte sich die zweite Gruppe von Wirtschaftsbereichen. Die Land- und Forstwirtschaft verlor fast durchgehend Anteile an der Bruttowertschöpfung, während für den Bereich Verkehr- und Nachrichtenübermittlung der Rückgang um

1969/70 gestoppt wurde und danach ein anteiliger Anstieg festzustellen war.

In der zeitlichen Entwicklung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen bestätigt sich die bereits einleitend für das BIP getroffene Feststellung einer sinkenden jährlichen Wachstumsintensität in der DDR seit 1950 in allen Wirtschaftsbereichen (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Jährliche Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung der DDR nach Wirtschaftsbereichen und Zeitperioden 1950 bis 1989 (in %)

Zeit- periode	Land- u. Forstwirt- schaft Fischerei	Produzie- rendes Ge- werbe o. Baugew.	Bau- gewerbe	Handel, Gastgew., Reparatur v. Kfz u. Gebrauchs- gütern	Verkehr u. Nach- richten- über- mittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentl. u. pri- vate Dienst- leister
1950-55	2,5	12,1	11,5	18,1	10,1	4,7
1956-60	2,7	7,7	10,7	-1,7	2,3	4,2
1961-65	1,1	4,4	4,3	2,6	1,7	4,2
1966-70	2,3	6,0	7,3	6,3	4,9	3,1
1971-75	0,9	3,9	2,6	4,9	4,2	4,7
1976-80	0,3	3,9	1,9	3,5	4,9	4,2
1981-85	4,9	3,5	3,7	2,9	2,8	2,8
1986-89	-3,4	2,1	3,0	3,2	2,9	1,8

Auch in der BRD trat in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen im Zeitraum seit 1950 eine deutliche Verringerung der jährlichen Wachstumsintensität ein (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Jährliche Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung in der BRD nach Wirtschaftsbereichen und Zeitperioden 1950-1989 (in %)

Zeit- periode	Land- u. Forstwirt- schaft Fischerei	Produzie- rendes Ge- werbe o. Baugew.	Bau- gewerbe	Handel, Gastgew., Reparatur v. Kfz u. Gebrauchs- gütern	Verkehr u. Nach- richten- über- mittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentl. u. pri- vate Dienst- leister
1950-55	3,4	12,2	13,1	10,5	8,0	7,1
1956-60	3,4	7,8	4,7	8,2	5,5	5,5
1961-65	-0,1	5,5	5,4	5,5	4,1	5,8
1966-70	4,0	5,0	1,0	4,1	5,2	6,0
1971-75	1,5	0,5	-0,7	1,8	1,1	4,9
1976-80	0,9	2,8	2,3	3,2	5,9	3,9
1981-85	1,1	1,0	-1,9	0,5	2,2	2,6
1986-89	2,6	2,1	1,8	3,3	3,6	3,7

Die quantitativen Ähnlichkeiten des langfristigen Entwicklungsmusters der Bruttowertschöpfung in der DDR und der BRD seit 1950 ergaben sich auf der Basis jeweils anderer Grundstrukturen der Volkswirtschaft (siehe Tabelle 8). Diese Strukturunterschiede waren ein Resultat der Wirkung verschiedenartiger objektiver Bedingungen, unter denen der jeweilige Wirtschaftsprozess ablief. Die Rahmenbedingungen der Entwicklung einer Volkswirtschaft sind vielfältig und können nicht beliebig verändert werden. Deshalb dürfen Probleme und Schwachstellen der ökonomischen Prozesse und Resultate einer Volkswirtschaft nicht subjektivistisch erklärt, sondern muss den Gesamtrahmen berücksichtigt werden, unter denen die wirtschaftliche Tätigkeit erfolgt. Dies führt auch teilweise zu anderen Erklärungsmustern der Besonderheiten in der Wirtschaftsstruktur im Vergleich zwischen der DDR und der BRD.

Tabelle 8: Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in der BRD (in %)

Jahr	Land- u. Forstwirtschaft Fischerei	Produzierendes Gewerbe o. Baugew.	Bau- gewerbe	Handel, Gastgew., Reparatur v. Kfz u. Gebrauchsgütern	Verkehr u. Nachrichten- über- mittlung	Finanzierung, Vermietung, öffentl. u. private Dienst- leister
1950	3,5	50,6	10,5	12,5	5,5	38,2
1955	2,5	54,5	12,3	11,6	4,9	34,2
1960	2,1	56,8	11,3	12,6	4,7	32,5
1965	1,6	56,5	11,5	12,8	4,4	33,3
1970	1,5	56,8	9,5	12,4	4,5	35,3
1975	1,4	53,7	8,3	12,1	4,3	40,2
1980	1,3	52,8	7,9	12,0	4,8	41,3
1985	1,3	51,8	6,6	11,5	5,0	43,8
1989	1,2	50,7	6,3	11,6	5,1	45,1

Ein Vergleich der Daten obenstehender Tabelle für die BRD mit den bereits vorher aufgeführten Daten für die DDR (Tabelle 5) zeigt, dass für die Wirtschaftsstruktur der DDR seit 1950 ein steigend hoher Anteil der Wertschöpfung der Volkswirtschaft im güterproduzierenden Bereich typisch war. Im Jahre 1989 erreichte der Anteil dieses Bereichs in der DDR mehr als die Hälfte der gesamten Wertschöpfung, in der BRD lag er bei knapp 40 Prozent. Darin widerspiegeln sich Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl von ihren Ausgangspunkten her, als auch ihren jeweiligen weiteren Verläufen. Das zeigt sich exemplarisch in den einzelnen güterproduzierenden Wirtschaftsbereichen.

Die hohe anteilige Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft in der DDR wurde durch den Zwang verursacht, unter den gegebenen Bedingungen die Wirtschaft und die Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen im wesentlichen auf der Basis der eigenen Landwirtschaft zu versorgen. Demgegenüber bestand dieser Zwang in der BRD nicht, da durch die volle Einbindung in den internationalen Warenaustausch comparative Vorteile der internationalen Arbeitsteilung wirksam waren.

Auch in der anteiligen Entwicklung der Wertschöpfung des produzierenden Gewerbes zeigen sich vergleichsweise Besonderheiten. Während

in der DDR und der BRD bis zum Ende der sechziger Jahre der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs anstieg, stagnierte er danach in der DDR und in der BRD verringerte er sich.

Bei einer näheren Untersuchung dieser Entwicklung innerhalb der Industrie offenbaren sich jedoch völlig andere materielle Strukturen (siehe Tabelle 9).

Tabelle 9: Anteil der Industriebereiche an der Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes in der DDR und der BRD (in %)

Jahr	DDR		BRD	
	Energie, Bergbau, Wasserversorgung	Verarbeiten- des Gewerbe	Energie, Bergbau Wasserversorgung	Verarbeiten- des Gewerbe
1950	58,2	41,8	22,9	77,1
1955	47,9	52,1	17,2	82,8
1960	42,7	57,3	14,2	85,8
1965	40,8	59,2	11,4	88,6
1970	37,6	62,4	10,4	89,6
1975	35,8	64,2	9,9	90,1
1980	34,7	65,7	9,4	90,6
1985	37,5	62,7	8,7	91,5
1989	34,4	65,6	8,8	91,2

Die DDR erbrachte im Unterschied zur BRD einen extrem hohen Anteil der Wertschöpfung in den Primärbereichen Energie, Bergbau und Wasserversorgung. In den fünfziger und sechziger Jahren wurde zeitweise fast die Hälfte der Wertschöpfung in diesem Bereich erzeugt. Erst in den Jahren danach trat eine Stabilisierung auf hohem Niveau ein. Dementsprechend wuchs der Anteil des Verarbeitendem Gewerbes nur langsam, von 41,8 im Jahre 1950 auf 65,6 Prozent im Jahre 1989. Dieser zuletzt erreichte Anteil lag noch erheblich unter dem in der BRD. Mit diesen Daten wird ein erhebliches volkswirtschaftliches Problem der DDR im Vergleich zur BRD ausgedrückt: Um den Bedarf der Wirtschaft und der Bevölkerung an Primärerzeugnissen, insbesondere an Energie, zu decken, musste unter den gegebenen geologischen Bedingungen sowie der

weltweiten ökonomischen und politischen Konfrontation der Blöcke ein sehr hoher Teil des vorhandenen ökonomischen Potentials für diese Zwecke eingesetzt werden. Dies hatte weitgehende Auswirkungen auf alle Bereiche der Volkswirtschaft und die realen Möglichkeiten der DDR zur Erhöhung der wirtschaftlichen Effektivität. Die genannten Faktoren verursachten auch wesentlich einen erhöhten Bedarf an Bauinvestitionen mit Einfluss auf den Anteil des Baugewerbes an der Wertschöpfung der DDR im Vergleich zur BRD. Gleiches gilt für den Verkehrsbereich durch den großen Umfang des Massengutverkehrs, vor allem für den Transport von Rohbraunkohle und Briketts.

Die ermittelten Unterschiede in der anteiligen Bruttowertschöpfung für den Bereich Finanzierung, Vermietung, öffentliche und private Dienstleister zwischen der DDR und der BRD können ohne eine weitere Untergliederung nach den sehr inhomogenen Leistungsarten, die in diesem Wirtschaftsbereich zusammengefasst werden, nicht eindeutig interpretiert werden. Fehlende Daten ermöglichten es nicht, längerfristige Reihen für den gesamten Untersuchungszeitraum von 1950 bis 1989 aufzustellen. Lediglich ab 1970 konnte im Rahmen der VGR-Rückrechnung eine grobe Unterteilung der Gesamtdaten vorgenommen werden (siehe Tabelle 10).

Tabelle 10: Struktur des Bereichs »Finanzierung, Wohnungsvermietung, öffentliche und private Dienstleister« in der DDR und der BRD (in %)

Jahr	DDR		BRD	
	Finanzierung, Vermietung, Unternehm.-dienstleister	Öffentl. u. private Dienstleister	Finanzierung, Vermietung, Unternehm.-dienstleister	Öffentl. u. private Dienstleister
1970	19,9	80,1	45,6	54,4
1975	18,9	81,1	45,8	54,2
1980	19,8	80,2	49,4	50,6
1985	18,0	82,0	51,5	48,7
1989	19,0	81,0	54,5	45,7

Eine Aufgliederung des gesamten Bereichs in die zwei Untergruppen offenbart bedeutende Unterschiede in der Struktur der Leistungsgruppen

zwischen der DDR und der BRD. Die Hauptursachen für diese Unterschiede lagen in der unterschiedlichen Organisation der gesellschaftlichen Infrastruktur, womit bestimmte Leistungsarten verbunden waren. Dadurch ist jedoch die Vergleichsmöglichkeit eingeschränkt.

Der hohe Anteil der öffentlichen Dienstleister an der gesamten Wertschöpfung in der DDR kann z. B. nicht einfach mit einer umfangreichen Bürokratie und einem großem Sicherheitsapparat erklärt werden. Die wesentliche Ursache besteht darin, dass unter den Bedingungen der DDR gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse der Wissenschaft und Kultur, der Bildung, der Gesundheits- und Sozialfürsorge zentralisiert über den Staat vermittelt wurden und dafür unter Berücksichtigung der Wirtschaftsleistung ein unverhältnismäßig hohes materielles Potential eingesetzt wurde.

Der niedrige Anteil des Wirtschaftsbereichs »Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen« in der DDR ergab sich nicht nur aus der geringeren Bedeutung des Finanz- und Versicherungssektors in der Planwirtschaft, sondern auch daraus, dass Boden und Immobilien keine Handelsobjekte waren, sodass ein solcher Tätigkeitsbereich in der DDR fast nicht existierte. Hinzu kommen einige Abgrenzungsfragen. Da in der VGR die Erfassung der wirtschaftlichen Tätigkeit und ihrer Ergebnisse, sowie ihre Zuordnung zu den verschiedenen Wirtschaftsbereichen von den örtlichen Einheiten ausgeht, dürften einige tatsächlich vorhandene Unternehmensdienstleistungen in anderen Wirtschaftsbereichen enthalten sein. Dies trifft z. B. auf Projektierungs- und Architektenleistungen, Rechtsberatung und einige andere Unternehmensdienstleistungen zu. In der DDR wurden derartige Leistungen in der Regel nicht durch selbstständige Unternehmen, sondern von unselbständigen Struktureinheiten innerhalb der Kombinate bzw. Betriebe durchgeführt, sodass deren Wertschöpfung in anderen Wirtschaftsbereichen erfasst wurde (z. B. im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe).¹⁷

17 Der Berechnung des Inlandprodukts lagen Daten zu Grunde, die sich auf institutionelle Einheiten bezogen und nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit den Wirtschaftszweigen zugeordnet wurden. Es handelte sich um keine homogenen Produktionseinheiten, die eine gleichartige Tätigkeit ausüben. Ein Unternehmen kann Waren und Dienstleistungen unterschiedlicher Gütergruppen produzieren. In der DDR wurden z. B. Projektierungsleistungen für Bauvorhaben häufig nicht durch selbstständige Unternehmen erbracht, sondern durch Struktureinheiten innerhalb der bauausführenden Betriebe. Die Projektierungsleistungen wurden damit direkt Bestandteil des Wertes der Bauproduktion.

4.3. *Entwicklungen der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit*

Die Daten über das Volumen der einzelnen Indikatoren der Entstehung und Verwendung des BIP sind wichtige Messgrößen für die erreichte wirtschaftliche Gesamtleistung. Wesentliche Voraussetzungen und Bedingungen für die Erbringung und Realisierung der wirtschaftlichen Leistung ist die Entwicklung der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit. Da diese Faktoren variabel sind, ist es zur Beurteilung der realen wirtschaftlichen Leistungen beim zeitlichen und regionalen (auch zwischenstaatlichen) Vergleich üblich, die Messgrößen je Einwohner oder je Erwerbstätigen heranzuziehen. Deshalb sollen nachfolgend die Eckdaten der Veränderung der Bevölkerungs- und Erwerbstätigkeitszahlen kurz skizziert werden, soweit sie für die Pro-Kopf-Berechnungen des BIP und seiner Verwendung von Bedeutung waren (siehe Tabelle 11).

*Tabelle 11: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit in der DDR und der BRD
(Anzahl, 1950 = 100)*

Jahr	Bevölkerung		Erwerbstätige		Bevölkerung		Erwerbstätige	
	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD
	1000 Personen				1950 = 100			
1950	18,4	50,0	8,5	20,9	100	100	100	100
1955	17,9	52,4	8,5	24,0	97,6	104,8	101,5	114,8
1960	17,2	55,4	8,5	26,2	95,8	110,9	101,4	125,6
1965	17,0	58,6	8,5	26,8	92,6	117,3	101,7	128,5
1970	17,1	60,7	8,7	26,6	92,8	121,3	104,8	127,4
1975	16,9	61,8	9,0	26,2	91,6	123,7	107,9	125,5
1980	16,7	61,6	9,5	27,4	91,0	123,2	113,6	131,1
1985	16,6	61,0	9,7	27,5	90,5	122,1	116,7	131,8
1989	16,6	62,1	9,7	29,4	90,4	124,2	116,9	140,5

Die Bevölkerungsentwicklung wurde in der DDR seit 1950 vor allem durch starke Wanderungsverluste bis 1961 (Westwanderung/Republikflucht) und während der gesamten Zeit bis 1990 durch die ungünstige natürliche Bevölkerungsbewegung (Sterbeüberschuss) negativ beeinflusst. Die Bevölkerungszahl sank dadurch von 1950 bis 1989 um ca. 10 Prozent. Demgegenüber erhöhte sich die Anzahl der Erwerbstätigen im

gleichen Zeitraum um 17 Prozent. Diese gegensätzliche Entwicklung ist die Resultante unterschiedlicher Einflüsse auf die dadurch eingetretene Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Der Beschäftigungsgrad stieg von 45 auf 59 Prozent (siehe Tabelle 12).¹⁸

Tabelle 12: Die Entwicklung des Beschäftigungsgrades in der DDR und der BRD (in %)

Jahr	DDR	BRD
1950	45,4	41,8
1955	47,1	45,8
1960	49,1	47,5
1965	49,8	45,7
1970	51,2	43,9
1975	53,4	42,4
1980	56,6	44,5
1985	58,5	45,1
1989	58,7	47,5

Vor dem Hintergrund eines teilweise sinkenden, sich wieder erhöhenden bzw. stagnierenden Anteils der arbeitsfähigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung gelang es in der DDR einen höheren Teil des Arbeitspotentials, insbesondere durch die Einbeziehung von bisher nicht erwerbstätigen Frauen in die Berufstätigkeit, zu erschließen (siehe Tabelle 13). Dies wurde u. a. durch umfangreiche Maßnahmen des Staates im Bereich der vorschulischen und schulischen Kinderbetreuung unterstützt. Neben Reserven aus der arbeitsfähigen Bevölkerung wurden auch wieder stärker Personen im Rentenalter für den Arbeitsprozess gewonnen.

¹⁸ Der Beschäftigungsgrad der Bevölkerung kann je nach Untersuchungsziel unterschiedlich definiert werden. Neben dem hier verwendeten allgemeinen Beschäftigungsgrad, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, sind andere Bezugsbasen möglich, wie z. B. die arbeitsfähige Bevölkerung oder bestimmte Altersgruppen.

Tabelle 13: Arbeitsfähige Bevölkerung in der DDR (Anzahl, je 1000 der Bevölkerung)

Jahr	1000 Personen	je 1000 der Wohnbevölkerung
1950	11782	64,1
1960	10542	61,3
1965	9933	58,4
1970	9881	57,9
1975	10046	59,7
1980	10580	63,2
1985	10799	64,8
1989	10649	64,8

In Westdeutschland verlief die Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit anders. Auf Grund spezifischer Bedingungen in der Wanderungsbewegung und einer anderen Bevölkerungsstruktur wuchs die Bevölkerungszahl von 1950 bis 1989 um etwa ein Viertel, die Anzahl der Erwerbstätigen stieg um vierzig Prozent. Der Beschäftigungsgrad stieg ebenfalls an, lag aber in allen Jahren wesentlich niedriger als in der DDR.

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der DDR stieg seit 1950 um 17 Prozent und war das Ergebnis einer unterschiedlichen Veränderung in den Wirtschaftsbereichen (Tabelle 14).

*Tabelle 14: Erwerbstätige in der DDR nach Wirtschaftsbereichen
(1950 = 100, Anteil in %)*

Jahr	Gesamt	Land- u. Forst- wirtsch., Fischerei	Produ- zierendes Gewerbe ohne Bau- gewerbe	Bau- gewerbe	Handel, Gastge- werbe, Reparatur v. KfZ u. Gebrauchs- gütern	Verkehr u. Nach- richten- übermitt- lung	Finan- zierung, Vermie- tung, öff. u. private Dienst- leister
1950 = 100							
1950	100	100	100	100	100	100	100
1955	102	80	105	88	117	104	122
1960	102	60	109	92	124	113	135
1965	102	55	109	92	121	116	145
1970	105	47	113	109	119	120	160
1975	108	42	115	112	118	119	183
1980	114	42	120	118	122	152	193
1985	118	43	122	115	124	155	202
1989	117	45	120	112	126	156	210
Anteil der Wirtschaftsbereiche in %							
1950	100	24	38	7	10	5	16
1955	100	19	39	6	12	5	18
1960	100	15	41	7	12	6	20
1965	100	15	41	7	12	6	22
1970	100	11	41	8	12	6	23
1975	100	10	41	7	11	6	26
1980	100	9	40	8	11	7	26
1985	100	9	40	7	11	7	27
1989	100	9	39	7	11	7	28

Insbesondere in den infrastrukturellen Wirtschaftsbereichen des Verkehrs- und Nachrichtenwesens und der privaten und öffentlichen Dienstleistungen ergaben sich überdurchschnittliche Erhöhungen der beschäftigten Erwerbstätigen bis 1989, wobei die Veränderungen in den einzelnen Zeitperioden sehr differenziert waren. Der sehr starke Zuwachs an Erwerbstätigen im Bereich der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung resultierte nicht überwiegend, wie manchmal angenom-

men, aus einer Zunahme des staatlichen Verwaltungspersonals und des Sicherheitsapparates, sondern vor allem aus Personalaufstockungen in den Bereichen der Volksbildung und der Kultur sowie des Gesundheits- und Sozialwesens. Allein von Anfang der sechziger Jahre bis 1989 stieg die Anzahl der Erwerbstätigen in diesen Bereichen um rd. 528 tausend Personen, d. h. um 74 Prozent. Demgegenüber wuchs die Anzahl der Erwerbstätigen im gesamten Wirtschaftsbereich langsamer, um etwa 50 Prozent. Das bedeutete, dass der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen der o. g. Bereiche anstieg.

4.4 Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und je Erwerbstätigen

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass eine umfassende Beurteilung der Leistung auf Basis des BIP im zeitlichen und örtlichen Vergleich nur unter Berücksichtigung des eingesetzten Produktionsfaktors Arbeit im weiteren und engeren Sinne, d. h. der Bevölkerung und der Erwerbstätigen, möglich ist. Dies umso mehr, wenn beide Größen sich unterschiedlich verändern. Dabei wird in Kauf genommen, dass in der Berechnungsformel nur eindimensionale Beziehungen zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (bzw. der Bruttowertschöpfung) im Zähler und der Bevölkerungszahl / Erwerbstätige im Nenner ausgedrückt werden, obwohl das BIP nicht allein Ergebnis der eingesetzten lebendigen Arbeit ist, sondern vieler weiterer Faktoren. Bei der Nutzung des Bruttoinlandsprodukts und der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen für die Analyse von Produktivitätsunterschieden auf der Basis entsprechender Pro-Kopf-Größen sollten generell einige methodische Probleme beachtet werden.¹⁹

Bereits seit langem sind die sich daraus ergebenden Unzulänglichkeiten bei der Messung der Produktivität in Theorie und Praxis bekannt. Unter anderem ergeben sie sich aus den Verfahren zur Ermittlung der Wertschöpfung außerhalb der gegenständlichen Produktion wie z. B. im Bereich der privaten und öffentlichen Dienstleister. Der Umfang der

¹⁹ Zu methodischen Fragen des Produktivitätsvergleichs DDR/BRD siehe u. a.: Doris Cornelsen / Wolfgang Kirner: Zum Produktivitätsvergleich Bundesrepublik - DDR. In: DIW-Wochenbericht 14/1990. S. 172ff.

Wolfgang Kühn: Arbeitsproduktivität im innerdeutschen Vergleich. In: WSI-Mitteilungen 5/1998. S. 210ff.

Wertschöpfung in diesen Bereichen orientiert sich an den Aufwendungen und nicht an einer Leistungsgröße. Komplizierte Probleme der Interpretation treten auch in den Bereichen der Wohnungsnutzung und der Finanzdienstleistungen auf. Hinzu kommt, dass die rückgerechneten Ergebnisse des BIP bzw. der Bruttowertschöpfung im Vergleich zwischen der DDR und der BRD zwar auf der Basis vergleichbarer DM-Preise von 1995 ermittelt wurden und damit bestehende Preisunterschiede weitgehend ausgeschaltet werden konnten, jedoch bleiben Unterschiede in der absoluten Wertschöpfung bestehen. Bei den nichtmarktbestimmten Dienstleistungen (z. B. Staat, Organisationen ohne Erwerbszweck) waren in der DDR die Lohnkosten niedriger. Damit kommt es zu einer gewissen Überschätzung des Produktivitätsrückstandes der DDR gegenüber der früheren BRD. Auch hinsichtlich der Nennergrößen – den Erwerbstätigen – gibt es in der Vergleichbarkeit bestimmte Unschärfen, z. B. durch unterschiedliche Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit. Deshalb wird vielfach bei Vorhandensein der datenmäßigen Voraussetzungen mit Ergebnissen je Arbeitsstunde gearbeitet.²⁰

Beim Niveauvergleich der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zwischen der DDR und der BRD tritt außerdem ein spezifisches methodisches Problem auf, das sich aus dem Berechnungsweg ergibt. Bekanntlich wird die Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche unbereinigt ermittelt, das heißt die erhaltenen Gütersubventionen (Minus) und die realisierten Gütersteuern (Plus) werden bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für die Volkswirtschaft insgesamt saldiert hinzugefügt. Außerdem wird die unterstellte Bankgebühr abgezogen. Bei der Rückrechnung der DDR-Daten war es leider nicht möglich, dieses Verfahren bezüglich der Gütersteuern und -subventionen völlig vergleichbar umzusetzen, sodass die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in der DDR, im Unterschied zu den BRD-Daten, teilweise diese Beträge enthält. Daraus ergibt sich beim Vergleich der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen zwischen den Wirtschaftsbereichen eine gewisse Unschärfe, die tendenziell im geringen Umfang zu Gunsten

²⁰ Die DDR-Statistik berücksichtigte die Länge der Arbeitszeit der Erwerbstätigen, indem neben den einfachen Pro-Kopf-Zahlen eine rechnerische Maßeinheit »Vollbeschäftigteneinheit« definiert wurde. Dabei zählten die entsprechend ihrem Arbeitsvertrag verkürzt arbeitenden Personen in Höhe des Anteils ihrer vereinbarten Arbeitszeit an der Normalarbeitszeit als Vollbeschäftigte.

der DDR wirkt. Beim Niveauvergleich auf der Basis des Bruttoinlandsprodukts für die gesamte Volkswirtschaft ist diese Unschärfe beseitigt.

Bei örtlichen Vergleichen der Arbeitsproduktivität, wie zwischen verschiedenen Staaten, modifizieren sich die genannten Einflussfaktoren auf die berechneten Ergebnisse noch weiter durch Unterschiede in den Zweigstrukturen und weitere Besonderheiten der verglichenen nationalen Volkswirtschaften.

Trotz all dieser Probleme und Einschränkungen ist gegenwärtig auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die Berechnung der einfachen Pro-Kopf-Größen der Bruttowertschöpfung der einzige gangbare Weg zur Berechnung von Indikatoren des volkswirtschaftlichen Leistungsniveaus und der Arbeitsproduktivität. Voraussetzung hierfür sind mindestens annähernd vergleichbare methodische Abgrenzungen der Grunddaten.

Bei der Bewertung der oben beschriebenen Entwicklung des Volumens des BIP von 1950 bis 1989 in der DDR und der BRD muss der wesentliche Einfluss durch die Veränderungen der Anzahl der Bevölkerung und der Erwerbstätigkeit auf die Entwicklung des BIP in diesem Zeitraum beachtet werden, wodurch sich bei den Pro-Kopf-Größen andere Entwicklungsmuster ergaben (siehe Tabelle 15).

Tabelle 15: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in der DDR und der BRD je Einwohner und je Erwerbstätigen (1950 = 100)

Jahr	Je Einwohner		Je Erwerbstätigen	
	DDR	BRD	DDR	BRD
1950	100	100	100	100
1955	155	149	149	156
1960	209	198	195	175
1965	256	241	235	221
1970	327	282	289	269
1975	401	310	341	305
1980	483	365	387	343
1985	568	391	440	362
1989	617	430	477	380

Der Rückgang der Bevölkerung führte in der DDR zu einem stärkeren Anstieg des BIP je Einwohner im Vergleich zum Volumen des BIP (auf 617 Prozent zu 558 Prozent). Aus der Erhöhung der Anzahl der Erwerbstätigen auf 117 Prozent und des Volumens des BIP resultierte eine Steigerung des BIP je Erwerbstätigen auf 477 Prozent. Diese starken Unterschiede wurden durch die gegensätzliche Veränderung der Bevölkerungszahl und der Anzahl der Erwerbstätigen hervorgerufen, sinkende Bevölkerungszahl bei wachsender Erwerbstätigkeit. In der BRD demgegenüber wuchsen Bevölkerung und Erwerbstätigkeit bei unterschiedlicher Intensität in der gleichen Richtung, sodass sich beide Pro-Kopf-Größen wesentlich langsamer als das Volumen des BIP veränderten (siehe Tabelle 15).

Eine Interpretation der Leistungsentwicklung beider deutscher Staaten seit 1950 unter Berücksichtigung des verfügbaren Potentials an Humankapital zeigt einen wesentlichen stärkeren Anstieg in der DDR gegenüber der BRD. Dies führt auch zu einer anderen Sicht in Bezug auf das Vergleichsniveau des erbrachten BIP (siehe Tabelle 16).

Tabelle 16: Niveau des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner und je Erwerbstätigen in der DDR im Vergleich zur BRD (DDR = 1)

Jahr	Je Einwohner		Je Erwerbstätigen	
	DDR	BRD	DDR	BRD
1950	1	2,62	1	2,84
1955	1	2,54	1	2,62
1960	1	2,48	1	2,57
1965	1	2,43	1	2,63
1970	1	2,27	1	2,65
1975	1	1,99	1	2,51
1980	1	1,95	1	2,49
1985	1	1,78	1	2,30
1989	1	1,80	1	2,23

Aus der Tabelle sind bedeutende Unterschiede der Pro-Kopf-Größen des BIP zwischen der DDR und der BRD ablesbar. In allen untersuchten Jahren erreichte die BRD höhere Werte des BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen, d. h. ein höheres wirtschaftliches Leistungsniveau. Diese

Unterschiede waren jedoch infolge der spezifischen Entwicklungen in beiden Staaten nicht statisch, sondern veränderten sich ständig. Die Daten der Tabelle lassen folgendes deutlich erkennen:

- 1) Im Vergleich mit der BRD hatte die DDR 1950 ein sehr geringes Ausgangsniveau des vergleichbaren potentialbezogenen BIP.
- 2) Im untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1989 hatten sich die Relationen des BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen zu Gunsten der DDR bedeutend verbessert.
- 3) Im letzten Jahr 1989 lag das BIP je Einwohner in der BRD noch 80 Prozent über dem Niveau der DDR und je Erwerbstätigen noch 120 Prozent, d. h. das Niveau der DDR beim BIP je Einwohner lag bei 56 Prozent und je Erwerbstätigen bei 45 Prozent des westdeutschen Niveaus.

Der im Jahre 1989 erreichte Stand der potentialbezogenen Größen des BIP in der DDR und der BRD im Vergleich zu 1950 ist als Einheit aus erreichter Dynamik im untersuchten Zeitraum und Basisgrößen zu interpretieren. Das bedeutet, dass das erheblich raschere Wachstum der Vergleichsindikatoren in der DDR gegenüber der BRD quantitativ nicht ausreichte, den im Basiszeitraum 1950 bestehenden Rückstand auszugleichen.

Diese Feststellungen zum Niveau der wirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistungsgrößen in der DDR im Vergleich zur BRD im Basisjahr 1950 berühren ein wesentliches Problem der Interpretation der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR. Der Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist nicht die Untersuchung der einzelnen wirtschaftlichen Potentiale und Bedingungen als Voraussetzungen zur Erreichung eines bestimmten wirtschaftlichen Ergebnisses, sondern die Messung dieses Resultates selbst auf der Grundlage des VGR-Konzeptes.

In der wirtschaftshistorischen Literatur, insbesondere der früheren Bundesrepublik, aber auch teilweise in der DDR, wurde seit Beginn der deutschen Spaltung eine umfangreiche Diskussion zu den Ausgangsbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung in West- und Ostdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geführt. Insbesondere wurden verschiedene Probleme im Zusammenhang mit der Ausgangslage vor und während des zweiten Weltkrieges, den Kriegszerstörungen, den Disproportionen in der Industriestruktur und den Besatzungsfolgen wie z. B.

den Demontagen und anderen Lasten untersucht. Dazu gehörten auch ökonomische Auswirkungen der Blockbildung und des beginnenden Kalten Krieges. In den meisten westlichen Veröffentlichungen wurde davon ausgegangen, dass im Nachkriegsdeutschland beide deutschen Staaten ähnliche volkswirtschaftliche Startbedingungen und Potentiale besessen hätten, jedoch diese infolge der zentralen Planwirtschaft und Misswirtschaft nicht wie in der BRD genutzt wurden. Teilweise wurde sogar behauptet, dass die damalige Ostzone günstigere Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau besessen hätte. In den östlichen Publikationen wurden sehr stark die wirtschaftlichen Disproportionen aus der Spaltung Deutschlands in den Vordergrund gerückt. Nur wenige Autoren versuchten eine realitätsbezogene Untersuchung der Basisfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR und konstatierten für die DDR-Wirtschaft eine wesentlich ungünstigere Ausgangssituation und der damit zusammenhängenden Entwicklungsbedingungen.²¹

Die vorgestellten Berechnungen der Entstehung und Verwendung des BIP von 1950 bis 1989 bestätigen für das Basisjahr 1950 einen bedeutenden Rückstand im Leistungsniveau der DDR gegenüber der BRD insgesamt und differenziert zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Bezogen auf die Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigen ergab sich folgendes Bild (siehe Tabelle 17):

Tabelle 17: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen im Jahr 1950 in der BRD im Vergleich zur DDR (DDR = 1)

Bereich	DDR	BRD
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1	1,29
Produzierendes Gewerbe, ohne Baugewerbe	1	3,58
Baugewerbe	1	3,19
Handel, Gastgewerbe	1	3,55
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1	1,88
Finanzierung, Vermietung, öffentliche und private Dienstleister	1	1,89

²¹ Werner Bröl: Die Wirtschaft der DDR – Lage und Aussichten. München, Wien 1970(1974). Gert Leptin: Deutsche Wirtschaft. Opladen 1970(1980). Horst Barthel: Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Berlin 1979.

Besonders groß war der Vorsprung der BRD im produzierenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Handel. Hier lag die Bruttowertschöpfung in der DDR im Jahre 1950 je Erwerbstätigen bei etwa einem Drittel des westdeutschen Niveaus. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Folgejahre konzentrierten sich deshalb besonders auf diese Bereiche, weil von ihnen das gesamtwirtschaftliche Wachstum im entscheidenden Maße bestimmt wurde, sodass z. B. im produzierenden Gewerbe die Abstandsrelation von 3,38 (1950) auf 2,25 (1989) in der BRD gegenüber der DDR sank.

Zur differenzierten und sachlichen Beurteilung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Tätigkeit in der DDR und der Wertung verschiedener Einflussfaktoren machte Gert *Leptin*, lange vor der Wiedervereinigung, in einer auch heute noch lesenswerten Studie folgende Bemerkungen:

»Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung in beiden Teilen Deutschlands, besonders beim Vergleich der Ergebnisse dieser Entwicklung, stehen zumeist die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme im Mittelpunkt des Interesses. Dem System der östlichen Planwirtschaft, der ›Zwangswirtschaft‹, wird häufig die alleinige Schuld an dem schlechten Ergebnis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der DDR gegeben. Hierzu ist zweierlei zu sagen: Einmal steht nicht von vornherein fest, dass das Ergebnis des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in der DDR schlechter ist als in der Bundesrepublik. Zwar kann man zeigen, [...] dass die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik in fast allen Wirtschaftsbereichen besser ist als in der DDR, aber eine vergleichende Aussage über den Wiederaufbau kann sich nicht nur auf einen willkürlich ausgewählten Endpunkt eines Entwicklungsabschnitts beziehen, sondern muss auch die damals vorherrschenden Unterschiede berücksichtigen. Und zweitens kann man wirtschaftliche Entwicklungen und ihre Ergebnisse nicht auf einen Faktor allein, hier das Wirtschaftssystem, zurückführen. Sicher hat das System auf die Entwicklung Einflüsse ausgeübt, positive und negative und sicherlich mehr negative als positive. Daneben gibt es aber eine Fülle andere Faktoren, teils ökonomische, aber nicht beeinflussbare, teils auch außerökonomische Faktoren, die für die Entwicklung maßgebend waren.«²²

Die Geschichtsschreibung über die DDR seit der Wiedervereinigung vertritt überwiegend, anknüpfend an die Deutungsmuster in der früheren

22 Gert Leptin: Deutsche Wirtschaft. S. 51.

BRD, die Auffassung, dass die geringere Leistungskraft der DDR-Wirtschaft vor allem dem gesellschaftlichen Überbau in Gestalt des sozialistischen Wirtschaftssystems, d. h. dem subjektiven Faktor geschuldet war. Hierfür ein Beispiel aus der aktuellen wirtschaftshistorischen Literatur über die DDR: »Dabei wird hier die These vertreten, dass die ökonomischen Resultate der DDR vor allem ihrem Wirtschaftssystem geschuldet waren. Die schlechten Ausgangsbedingungen, die an die Sowjetunion zu leistende Wiedergutmachung und der Wirtschaftskrieg des Westens, spielten in der Konsolidierungsphase der DDR-Wirtschaft zweifellos eine Rolle. Aber diese Faktoren waren nicht ausschlaggebend für den zunehmenden Rückstand der DDR gegenüber der Bundesrepublik. Das entscheidende Negativ-Moment war das planwirtschaftliche System.«²⁵

Abgesehen davon, dass die bereits oben vorgestellten Daten der VGR-Rückrechnung keinen »zunehmenden Rückstand« erkennen lassen, so sollte folgendes beachtet werden: Selbst wenn man davon ausgehen würde, dass die DDR über ein optimales Wirtschaftssystem verfügt hätte und alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen der SED-Führung und Regierung voll dem Prinzip der ökonomischen Rationalität entsprochen hätten, was nicht der Fall war, so wäre das Erreichen eines wirtschaftlichen Gleichstandes mit der BRD nur unter der Bedingung der ökonomischen Stagnation der westdeutschen Wirtschaft bzw. einer erheblichen Beschleunigung des Wachstums in der DDR möglich gewesen. Eine realitätsnahe Hätte-Rechnung bei Unterstellung des tatsächlichen Leistungswachstums in der BRD von jährlich durchschnittlich 3,4 Prozent für die Periode von 1950 bis 1989 zeigt, dass für die DDR eine 2/3 größere (6,2 statt tatsächlich 3,9 Prozent) durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des BIP je Erwerbstätigen notwendig gewesen wäre, um den Anfangsrückstand aus dem Jahr 1950 gegenüber der BRD auszugleichen. Eine tatsächliche jährliche Wachstumsrate des BIP je Erwerbstätigen um sechs Prozent und darüber wurde von den 39 untersuchten Jahren nur in sechs Jahren erreicht, und das ausschließlich in den fünfziger Jahren. Die Realisierung eines solchen Entwicklungstempos über den Gesamtzeitraum wäre selbst für die Planungsbehörden der DDR unter den damals vorhandenen wirtschaftlichen Bedingungen ein völlig unrealistisches Szenarium gewesen.

²⁵ André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004. S. 7.

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht resultierte der fortwährende Leistungsrückstand der DDR bis 1989 im Vergleich zur BRD aus den zum Gründungszeitraum der DDR 1949/50 erreichten Niveau, das sich aus den bestehenden ökonomischen und sonstigen Bedingungen und Voraussetzungen, ergab. Der Leistungsrückstand wurde im Verlaufe der Jahre lediglich auf jeweils höherem Niveau reproduziert. Dies hatte auch weitreichende Folgen für die Verwendungsstruktur des BIP hinsichtlich der Konsumtion und der Bruttoanlageinvestitionen sowie des Ex- und Imports. Die Untersuchung der Leistungsbedingungen im Detail ist jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit und soll hier nur erwähnt werden.

Trotz der insgesamt ungünstigen Ausgangsbedingungen und weiterer negativer Faktoren in den Folgejahren konnte die DDR bis 1989 jedoch den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber der BRD bedeutend verringern, was eine erhebliche Leistung darstellte. Demgegenüber werden in der aktuellen wirtschaftshistorischen Literatur über die Leistungsentwicklung der DDR seit 1950 ständig Daten kolportiert, die eine umgekehrte Entwicklung konstatieren. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner wird unterstellt, dass sich das Leistungsniveau der DDR im Vergleich zur BRD im Verlaufe des Zeitraums von 1950 bis 1989 wesentlich verschlechtert hat. Dies führt auch zu Aussagen über eine sehr niedrige Pro-Kopf-Leistung der DDR. Je nach den Berechnungsgrundlagen und den angewendeten Methoden kommen einige Autoren zu dem Ergebnis, dass die DDR am Ende ihres Bestehens ca. 20 bis 30 Prozent der bundesdeutschen Produktivität besaß.²⁴ Dieses Resultat entstand vor allem dadurch, dass die realen Leistungen (BIP) der Volkswirtschaft der DDR bei der Umbewertung von Mark der DDR in DM mit sachlich nicht begründbaren Umrechnungskoeffizienten systematisch herunter gerechnet wurden.²⁵

24 Wilma Merkel / Stefanie Wahl: Das geplünderte Deutschland. Bonn 1991. Oskar Schwarzer: Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Stuttgart 1999. S. 166.

25 Näheres zu dieser Problematik siehe die bereits erwähnte Veröffentlichung des Autors: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die DDR 1950 bis 1989. Köln 2009. Kapitel 17.

KARL MAI

Zu den äußeren Hemmfaktoren der DDR-Wirtschaft in den 70er und 80er Jahren

1. Methodologische Vorbemerkung

Nach dem Ende der DDR erscheint der Einfluss externer Faktoren auf den Misserfolg des realen Sozialismus in der Literatur und den Medien meist unterbelichtet oder sogar vernachlässigt. Die oft emotionsgeladene Diskussion der planwirtschaftlichen und der politisch-ideologischen Hemmnisse für die DDR-Entwicklung hat die Aspekte der externen, d. h. der objektiven geologischen Bedingungen und der äußeren/außenwirtschaftlichen Hemmfaktoren überdeckt bzw. verdrängt.

Ein typisches Beispiel hierfür bildet die apodiktische Aussage des Historikers *Dieter Grosser*: »Die wichtigste Ursache der geringen Produktivität und des unzureichenden Lebensstandards war die Innovationschwäche des zentralgeleiteten Systems.«¹ Ob dieser Umstand aber »die wichtigste Ursache der geringen Produktivität« war, ist weder bei *Grosser* noch á priori für die DDR bewiesen.

Im Bestreben, eine hartnäckige »DDR-Nostalgie« mit der Wurzel auszurotten, wird derzeit einseitig mit der DDR-Gesellschaft vordergründig politisch-moralisch abgerechnet. Neben den internen ökonomischen Systemfaktoren (»Volkseigentum«, bürokratische Planwirtschaft, politisch-ideologisches Machtsystem) sind die gewichtigen externen Faktoren (ökonomische Ausgangsbedingungen, geologisch-geografische Bedingungen, Systemkonkurrenz, Sicherheits- und Grenzregime, Außenwirtschaft) jedoch von Relevanz für eine objektive Bewertung der historischen Bedingungen der Wirtschaft. Es erscheint daher berechtigt und sinnvoll, die vorliegenden historischen Fakten und Angaben zu den objektiv-externen Einwirkungsfaktoren auf die Entwicklung der DDR kritisch zu sammeln und deutlicher zu interpretieren bzw. zu bewerten.

1 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1998. Reihe: Geschichte der deutschen Einheit. Bd. 2. S. 65.

Dabei ist es evident, diese Analyse nicht nur auf die Endphase der DDR zu beziehen, sondern bereits an das Kriegsende und die anschließende harte Systemabgrenzung anzuknüpfen, weil sich hieraus gravierende Folgewirkungen bis hin zum DDR-Ende ergeben haben. Jedes System ist im historischen Kontext, also auch aus der Sicht der externen Faktoren kritisch zu bewerten.

2. Folgen der Demontagen und Reparationen sowie der »offenen Grenze« bis 1961

2.1. Demontagen und Reparationen

Die sowjetisch besetzte Zone (SBZ) wurde seitens der durch den Krieg hochgradig verwüsteten UdSSR ausgeschlachtet. Unmittelbar nach dem Kriegsende wurde sie einem harten Zwangsregime unterworfen, das mit einem gewaltigen Abzug von ökonomischen Ressourcen zunächst als Beute², danach als Demontagen und sodann als laufende langjährige Produktionsentnahmen für Reparationen verbunden war.

Vom Rest des noch erhaltenen, unzerstörten Nationalreichtums der SBZ zu Kriegsende von mehr als 94 Mrd. Reichsmark (RM) wurde bis 1953 ein sehr bedeutender Teil (insbesondere moderner Ausrüstungen) durch die Demontagen und Reparationen an die Sowjetunion abgezogen. Die Hauptlast der Demontagen in Deutschland entfiel auf die SBZ, die insgesamt auch die Last aller Reparationen für die Sowjetunion trug. *André Steiner* gibt an, dass sich das Bruttoanlagevermögen der SBZ 1948 gegenüber 1945 von 123,1 % auf 74,3 % des Standes von 1936 (= 100) verminderte, d. h. auf 60 % im Vergleich zum Kriegsende 1945.³ Das Besatzungsregime hatte in der SBZ mindestens 30 Prozent der industriellen

2 Erste Kontributionen umfassten allein 1945 den Abtransport von 21.834 Waggons mit Industriegütern und Anlagen, 73.495 Waggons mit Baustoffen und Einrichtungsgegenständen aus Privatwohnungen sowie 241.788 Waggons mit erbeuteten Lebensmitteln. Außerdem wurden 1945 447.741 Tonnen Schwarz-, Bunt- und Edelmetalle verladen. Im Jahr 1945 wurden ca. 400.000 Waggons mit Gütern abtransportiert (Pavel N. Knyschewskij: Moskaus Beute – wie Vermögen, Kulturgüter Intelligenz nach 1945 aus Deutschland geraubt wurden. München, Landsberg am Lech 1995. S. 40f.

3 André Steiner: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004. S. 28.

Kapazitäten von 1944 zerstört (nach schwankenden Angaben⁴), vorwiegend durch Demontage der Anlagen und Sprengung von Bauten der früheren Rüstungsindustrie. Nach *Siegfried Wenzel* wurden ca. 2400 (nach *Steiner* ca. 3400 Betriebe⁵) demontiert, so dass von den bei Kriegsende vorhandenen Kapazitäten in zahlreichen Branchen zwischen 20 % und 80 % verloren gingen, darunter die modernsten Anlagen.⁶ Hinzu kam die Demontage von ca. 11.800 km Eisenbahngleisen, darunter 6.300 km zweiter Gleise, wodurch sich das Schienennetz faktisch halbierte – was bis zum DDR-Ende nicht ausgeglichen werden konnte.⁷

Der Umfang aller Verluste in der SBZ in Form der Demontage von vorwiegend industriellen und verkehrstechnischen Ausrüstungen, Vorräten an Rohstoffen und Lebensmitteln, laufenden Produktionsentnahmen und sonstigen Requirierungen wurde von der westdeutschen Forschung insgesamt auf 54 Mrd. RM (Preisbasis 1944) bzw. 14 Mrd. US-Dollar (Preisbasis 1938) bzw. 72,2 Mrd. DM (Preisbasis 1953) geschätzt.⁸ Dieser Umfang übertraf die Gesamtsumme der nach dem Krieg aus den USA geleisteten Marshall-Plan-Hilfe für das westliche Europa insgesamt und war ca. 12fach höher als der für die drei Westzonen bestimmte Anteil. Nach *Steiner* kommen dazu noch »etwa 1 bis 2 Mrd. RM, die für die intellektuellen Reparationen« (Abtransport von Spezialisten und Patenten in die Sowjetunion) zu rechnen sind.⁹

4 Rainer Karlsch / Jochen Laufer: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949 – Hintergründe Ziele und Wirkungen. Berlin 2002. S. 25. Reihe: Zeitgeschichtliche Forschungen. Bd. 17.

5 Jochen Laufer führt nach sowjetischen Quellen bis 10.5.1947 3.472 demontierte Betriebe an (Karlsch/Laufer: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949. S. 49). – Wenzel begrenzt dagegen diese Zahl auf 2000 bis 2400, da »offensichtlich auch die in den von Polen besetzten Ostgebieten« abgebauten Betriebe in den sowjetischen Quellen einbezogen wurden. (Siegfried Wenzel: Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED. In: Ludwig Elm et al. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Bonn, Berlin 1996. S. 91)

6 André Steiner: Von Plan zu Plan. S. 29.

7 Ebenda. – Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende?, Berlin 1998. Reihe: Hefte zur DDR-Geschichte. Heft 52. S. 20.

8 Siegfried Wenzel : Plan und Wirklichkeit – Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen. St. Katharinen 1998. S. 4; Jörg Fisch: Reparationen und Entschädigungen nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6/2000, S. 691. – Klaus Blessing / Eckart Damm / Matthias Werner: Die Schulden des Westens – wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird. 5. Aufl. Zeuthen 2006. S. 70.

9 André Steiner: Von Plan zu Plan. S. 33.

Außerordentlich beeindruckend ist die Liste der durch Demontage bedingten relativen Kapazitätsverluste in der SBZ nach wichtigen Industriebranchen:

- 80 % für die Kraftfahrzeugindustrie,
- 75 % für die Eisenerzeugung, den Werkzeugmaschinenbau, den Büromaschinenbau und Lokomotivbau,
- 66 % für die Elektroindustrie, die Optische Industrie und den Textilmaschinenbau,
- 50 % für die Chemische Industrie (Grundstoffindustrie), Feinmechanische Industrie und Kunstfaserherstellung,
- 35 % für den Braunkohlenbergbau und die -brikettindustrie, die Pharmazeutische Industrie und die Schuhindustrie,
- 20 % für die Textilindustrie und die Lebensmittelindustrie.¹⁰

Der für laufende Produkt-Reparaturen aus dem ostdeutschen Brutto-sozialprodukt verwendete Anteil war 1945-1953 zweieinhalb Mal höher als in Westdeutschland. Er sank von 48,8 % im Jahre 1946 auf 12,9 % im Jahre 1953 ab.¹¹ Bis zu acht Jahren nach Kriegsende wurde infolge dieser Reparaturen die Erneuerung bzw. Wiederherstellung der vorherigen modernen Produktionsbasis verhindert, d. h. nach der Ausschachtung musste überwiegend bzw. weit verbreitet von der verminderten Substanz gezehrt werden. Industrielle Arbeitsteilung und Kooperation wurden in der SBZ enorm gestört. Zusätzlich wirkten sich die materiellen Disproportionen mit voller Härte aus, die sich aus dem Zonenregime und der damit verbundenen Abtrennung alter, überkommener West-/Ost-Lieferbeziehungen ergaben.

Im Jahre 1950, noch vor Ende der Reparaturen, lag die DDR um ca. 30 bis 50 Prozent im Niveau der volkswirtschaftlichen Arbeitsproduktivität gegenüber der BRD zurück.¹² Ein mittlerer Wert, der von *Ulrich Blum*

¹⁰ Ebenda. S. 29.

¹¹ Ebenda. S. 35.

¹² Die Schätzungen westdeutscher Historiker sind stark schwankend, die offiziellen DDR-Daten wurden nicht akzeptiert. Siehe: Albrecht Ritschl: Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR – ein Zahlenbild 1945-1989. In: Lothar Baar et al. (Hrsg.): Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1995. Bd. 2. S. 22 ff. – Jörg Roesler: Momente deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 – eine Analyse auf gleicher Augenhöhe. Leipzig 2006. S. 46.

(IWH) akzeptiert wird, liegt bei 40 Prozent.¹³ Die nachfolgenden Jahre haben diese Relation offiziell dann nicht wesentlich zugunsten der DDR verbessern können: 1989 erreichte die DDR je Einwohner 56 Prozent des Standes der BRD-Produktivität und damit einen deutlichen, aber nur begrenzten Langzeiterfolg.¹⁴

Zwischen 1946 und 1953 betrug die Reparationen (aus laufenden Entnahmen aus der Produktion) durchschnittlich ca. 22 Prozent des kumulativen Bruttosozialprodukts, die den im Inland zu verbrauchenden Anteil des erzeugten Volkseinkommens stark minderten. *Steiner* gibt diese laufenden Leistungen in den Jahren bis 1953 mit 31,7 Mrd. Reichsmark (zu Preisen von 1944) an¹⁵. Die Besatzungskosten erreichten in diesem Zeitraum weitere 16,8 Mrd. Mark (zu laufenden Preisen)¹⁶. Der Anteil der Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion der Wirtschaftsbranchen betrug im Jahre 1950 noch 64 % im Schiffbau, 52 % im Schwermaschinenbau, 30 % im Allgemeinen Maschinenbau und 27 % im Fahrzeugbau.¹⁷

Wenzel schätzte ein, dass dies einen Substanzverlust bedeutete, »der in Jahrzehnten nicht auffolbar war«¹⁸. Die Brutto-Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen lagen 1950 bei 15,0 % des Volkseinkommens, in der Industrie bei 6,5 %.¹⁹ Die erzielbaren Netto-Investitionen betrugen 1950 nur 5,8 % des im Inland verwendeten Volkseinkommens.

Die DDR war infolge der sowjetischen Besatzungspolitik (und unter der ökonomischen Abtrennung) mit dem Geburtsmakel eines 60%-igen Rückschlages im Niveau der Produktivität gegenüber Westdeutschland

13 Ulrich Blum: Honeckers langer Schatten oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands. In: *Wirtschaft im Wandel*. Heft 4/2007. S. 113.

14 Vgl. Gerhard Heske: Gesamtrechnung Ostdeutschland – Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. HSR Historische Sozialforschung Supplement No. 17. Köln 2005. S. 67.

15 André Steiner: *Von Plan zu Plan*. S. 34.

16 Ebenda. S.33; sowie 18 Mrd. Mark bei Olaf Baale: *Abbau Ost – Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden*. München 2008. S. 237.

17 Dietrich Staritz: *Die Gründung der DDR – von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat*. 3. Aufl. München 1995. S. 55.

18 Siegfried Wenzel: *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz*. Berlin 2000. S. 42.

19 Lothar Baar / Uwe Müller / Frank Zschaler: *Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen – Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989*. In: Lothar Baar et al. (Hrsg.): *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*. Berlin 1995. Bd. 2. S. 67.

schon ab 1950 behaftet.²⁰ Diesen Rückstand konnte sie dann in den folgenden vierzig Existenzjahren nicht wesentlich oder hinreichend aufholen.

Arno Peters (Universität Bremen) hatte 1990 berechnet, dass die DDR an Westdeutschland gerechtfertigter Weise kumulierte Ausgleichsforderungen für die Reparationen (72,2 Mrd. DM plus Aufzinsung bis 1989) in Höhe von insgesamt 721,1 Mrd. DM geltend machen könne, um ihre frühen Wachstumsverluste zu kompensieren.

2.2. Teilungsdisproportionen

Nach dem Vorkriegsstand betrug der Anteil Mitteldeutschlands an der Produktion des Deutschen Reiches bei Steinkohle 1,9 %, bei Eisenerz 6,0 %, bei Roheisen 4,5 % und bei Rohstahl 6,6 %. »Dieses Gebiet war auf westdeutsche Lieferungen bei Roheisen, Walzstahlerzeugnissen, Steinkohle, Koks existentiell angewiesen und ohne diese nicht lebensfähig. Außerdem bestanden auch auf dem Gebiet der verarbeitenden Industrie vielfältige Verflechtungen und Zulieferabhängigkeiten.«²¹

Die SBZ/DDR konnte nur als wirtschaftlich »ausgeschlachtetes« und »abgewertetes« Gebiet in völliger struktureller Abhängigkeit von der aus der politisch-geographischen Teilung hervorgehenden nachteiligen Rohstoff- und Brennstoffsituation einen eigenen wirtschaftlichen Neuanfang beginnen. »Die Umrüstung der Steinkohlekraftwerke auf einen einzigen Energieträger – die Braunkohle – war durch Demontage von 40 Prozent der Bergbaukapazitäten unverhältnismäßig erschwert und vor allem nicht ausreichend.«²²

Die Teilungsdisproportionen infolge der Abtrennung von den herkömmlichen Lieferanten bei Halbzeugen, Vorprodukten, Zulieferungen,

20 In der Wochenzeitung »Die Zeit« vom 8.1.1993 schrieb Ulrich Herbert in einer rückblickenden Wertung wie folgt: »Die Westdeutschen, so viel wird deutlich, sind durch die Reparationspolitik der Westalliierten begünstigt, die Ostdeutschen so benachteiligt worden, dass man von heute aus zweifeln möchte, ob beide denselben Krieg verloren haben.«

21 Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? Berlin 1998. Reihe: Hefte zur DDR-Geschichte. Heft 52. S. 26.

22 Christa Luft: Die Lust am Eigentum – auf den Spuren der deutschen Treuhänd. Zürich 1996. S. 79.

Brennstoffen aus Westdeutschland bzw. Schlesien komplizierten die Rekonstruktion und Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft in historisch extremer Weise. Nach Angaben von *Gerhard Kehler* konnten 1948 40 Prozent der noch vorhandenen Produktionskapazitäten wegen Rohstoffmangels nicht genutzt werden.²⁵

Der Umfang der Materiallieferungen aus Westdeutschland sank schon 1951 fast bis zur Bedeutungslosigkeit herab. Außerordentliche bzw. wachsende Erschließungs-, Rekonstruktions- und Nutzungsaufwände z. B. im Braunkohlenbergbau, der Energieerzeugung und der Metallurgie wurden erforderlich. »Das Hauptproblem für die SBZ/DDR lag aber zweifellos darin, dass die entstandenen Disproportionen zumindest bis weit in die fünfziger Jahre durch die Lieferunfähigkeit der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder über einen Warenaustausch des Außenhandels nicht ausgleichbar waren.«²⁴ *Wenzel* verweist auf »diese Abhängigkeit nicht nur bei wichtigen Grundstoffen, sondern vor allem auch bei Hunderten von Erzeugnissen der Zulieferindustrie des Maschinenbaus, der chemischen Industrie und der Elektrotechnik«²⁵.

Diese Abhängigkeiten wurden durch die mit erheblichem Aufwand verbundene DDR-Aktion »Störfreimachung« nur teilweise reduziert, wobei Ersatzlösungen nicht immer gefunden oder effektiv genutzt werden konnten. Dies eröffnete einen anfänglichen bezugsseitigen Zwang zur Nutzung des innerdeutschen Handels unterhalb der Schwelle der strategischen NATO-Embargoliste für den Westbezug von Rohstoffen und Fertigwaren bzw. Ersatzteilen.

2.3 »Offene Grenze«

In den ersten DDR-Jahren waren (zusätzlich zu den Reparationen sowie zeitlich anschließend) noch spürbare Verluste infolge der offenen innerdeutschen Grenze zu tragen, die sich auf abgewanderte Industriebetriebe, Materialressourcen und Humanpotentiale erstreckten. »Bis 1955

²⁵ Zitiert bei Blessing et. al.: Die Schulden des Westens. S. 148.

²⁴ Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? S. 26; ders.: Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED. S. 96.

²⁵ Siegfried Wenzel: Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED. S. 97.

wurden mehr als 4000 Industrieunternehmen, d. h. etwa jeder siebente Industriebetrieb Ostdeutschlands, in den Westen verlagert, und mit ihnen Führungs- und Fachkräfte«, wie *Steiner* berichtet.²⁶

Der Abwanderungsverlust in den zehn Jahren vor dem Mauerbau betrug 2,1 Mio. Menschen.²⁷ Nach *Steiner* beziffern sich die grenzbedingten Produktionsverluste von 1951 bis 1961 auf etwa 120 Mrd. Mark insgesamt. Die durch Übertritt über der Westgrenze der DDR verursachte Höhe des Verlustes an Ausbildungskosten gibt er außerdem mit 16,3 Mrd. Mark an.²⁸ Ferner ist der riesige Technologie-Transfer zu beachten, der mit dem aus den Gebieten östlich der Zonengrenze einsetzenden Abwanderungen von Unternehmen und Fachkräften nach den Westzonen verbunden war. »Ohne die Zuwanderung hätte die Industrieproduktion im Westen 1975 um etwa 18 Prozent niedriger gelegen« vermerkt *Uwe Müller*.²⁹

Rückblickend kann folgender Schlussfolgerung von *Müller* historisch wenig entgegengesetzt werden: »Angesichts dieses Aderlasses standen die in der DDR verbliebenen Menschen auf verlorenem Posten, auch wenn viele dies nicht wahrhaben wollten.«³⁰ Der Wettbewerb der Systeme in Deutschland war damit also stark vorbestimmt. Der fortlaufende humanitäre Potentialverlust sowie Produktionsverluste und Produktivitätsrückstand kumulierten sich 1961 in der DDR auch zum wirtschaftspolitischen Grund für den Mauerbau.

2.4 Zur Ausgangslage insgesamt

Die DDR-Politik des »Aufbaus des Sozialismus« verlief ab 1952 unter dem Vorzeichen äußerst erschwerter, ungleicher ökonomischer Wettbewerbsbedingungen mit Westdeutschland. Rückblickend gewann die DDR ihre ausreichenden internen Investitionsquellen und ein leistungsfähigeres Profil erst einige Jahre nach dem Mauerbau 1961. Die hohen direkten und indirekten Verluste an Wirtschaftsressourcen und -potentialen führ-

26 André Steiner: Von Plan zu Plan . S. 72.

27 Blessing et al.: Die Schulden des Westens. S. 141.

28 André Steiner: Eine wirtschaftliche Bilanz der Mauer. In: Hans-Hermann Hertle (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall – Ursachen, Verlauf, Auswirkungen. Berlin 2002. S. 198.

29 Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit. Berlin 2005. S. 57.

30 Ebenda.

ten ab 1945 zu einem Entwicklungsvorsprung zugunsten der BRD, da über ein Jahrzehnt (1950-1961) hinweg die reale Akkumulation der DDR-Wirtschaft reduziert war³¹ und sich das Potential der BRD entsprechend relativ erhöhte.

Wenzel betont daher korrekt: »Das heißt, rd. 30 Prozent der für die realsozialistische Wirtschaftsentwicklung in der DDR zur Verfügung stehenden Zeit bestand zunächst aus fortwährenden Eingriffen in die Substanz der Produktion, aus Improvisationen, unökonomischen Notlösungen und Ungewissheit hinsichtlich der Deckung des Rohstoffbedarfs. Das waren die dreizehn Jahre, in deren zweiter Hälfte sich das Wirtschaftswunder der BRD voll entfaltete.«³²

In völliger Leugnung der zerstörerischen und disproportionalen Wirkungen der Reparations- und Teilungsfolgen vertraten einige vermeintlich seriöse Wirtschaftshistoriker (z.B. *Michael v. Prollius*) die Auffassung, dass »1950 zumindest die Kapitalintensität der ostdeutschen Wirtschaft nicht geringer war als in Westdeutschland.«³³ Dies folgern sie aus dem Abwanderungsverlust aus der SBZ/DDR, der zuvor bestehende Unterschiede in der Kapitalintensität ausgleichen sollte. Dieser schematische Vergleich geht völlig an den dramatischen Schwierigkeiten vorbei, die hinsichtlich von fehlenden bzw. nicht ausreichenden industriellen Liefer- und Versorgungsbeziehungen der DDR in den 50er Jahren bestanden. Der logische Fehler besteht hierbei darin, die materielle proportionale Reproduktionsfähigkeit der Sektoren und Branchen mit der Gesamt-Kapitalintensität der DDR gleichzusetzen oder zu verwechseln und dabei die entstandene innere Disproportionalität der Zweige und Branchen infolge der territorialen Teilung und der Demontagen zu ignorieren.

31 Nach Schätzungen lagen die Verluste durch die offene Westgrenze bei 100 Mrd. DM. (Siegfried Burmeister: Kooperation, Kalter Krieg und Konkurrenz im Handel zwischen den beiden deutschen Staaten und deren Wechselbeziehungen zur Politik der DDR-Führung. In: Ludwig Elm et al.: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. S. 173.)

32 Siegfried Wenzel: Sozialismus gleich Mangelwirtschaft? – Ein Beitrag zur Systemauseinandersetzung. Berlin 1999. Reihe: Pankower Vorträge. Heft 14. S. 36.

33 Michael von Prollius: Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945. Göttingen 2006. S. 240.

3. Zu geologischen Aspekten der DDR-Wirtschaft

Jede Volkswirtschaft ist durch die geologisch-geographischen Existenzbedingungen in ihrem Territorium geprägt, so dass es keines Beweises bedarf, welche immense Rolle die besonderen Bedingungen nach der territorialen Abspaltung (Zonengrenze, Oder-Neiße-Grenze) für die DDR erreichten. Geologische Faktoren spielten eine immense Rolle: So z. B. war die erzwungene Braunkohlennutzung in ihrer extremen Einseitigkeit und bei umweltbelastenden Technologien ein folgenschwerer Schwachpunkt der Ökonomie, die zudem stark überhöhte Investitionen (für die Erschließung und den Abbau) sowie enorme Transportleistungen erforderte. Der Uran- und Kupfererzbergbau wurde aus strategischen Gründen praktisch um jeden Preis betrieben.

Ohne Zweifel bedeutete die geologische Struktur der DDR im Vergleich zu Westdeutschland ein chronisches Entwicklungshemmnis. Es bestanden hierbei deutliche Nachteile in der Rohstoffbasis. Im Vergleich zur westdeutschen Steinkohle bewirkte besonders die einseitige Braunkohlen-Brennstoffbasis mit ihrem erhöhten Förderaufwand und ihrer geringeren energetischen Nutzung sowie bei den fatalen Umweltbelastungen einen chronischen Mehraufwand. Die Lage spitzte sich zu, als im Zuge der Heizölablösung nach 1980 der Abbau von Rohbraunkohle gesteigert werden musste. Im Jahre 1985 hatte die DDR für die Energiewirtschaft und den Bergbau insgesamt 17,6 Prozent ihrer Brutto-Ausrüstungsinvestitionen bereitgestellt.⁵⁴ »Von 1980 bis 1985 erhöhte sich der Anteil der Rohbraunkohle am Primärenergieverbrauch der Volkswirtschaft von 62,8 Prozent auf 70,2 Prozent, während der Anteil des Erdöls von 18,8 Prozent auf 12,1 Prozent abschnitzte«, vermerkt *Klaus Steinitz*.⁵⁵

Die Transportmenge an Rohbraunkohle erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 19 Mio. Tonnen oder auf 121 Prozent. Dadurch stieg zunehmend auch die spezifische Umweltbelastung kritisch an, die mit Verbrauch von Rohbraunkohle infolge unzureichender Filterung der Rauchgase verbunden war.

⁵⁴ Karl Mai: Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft. Daten, Klarstellungen und Bewertungen. Leipzig 2008. Reihe: Diskurs Heft 29.S. 14.

⁵⁵ Klaus Steinitz: Wirtschaft bankrott? Die DDR-Ökonomie Ende der achtziger Jahre. In: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR – zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004. S. 81.

Die überhöhten, weil ineffektiven Investitionen in die Energieerzeugung fehlten, um die dramatisch steigenden Umweltbelastungen aus der Braunkohlennutzung zu verringern. Die Braunkohlen-Kraftwerke der DDR waren technisch nicht in der Lage, mit Rohbraunkohle einen energetischen Wirkungsgrad von über 25 Prozent zu erreichen, wodurch die Einsatzmenge an Rohbraunkohle sich drastisch erhöhte und die Umwelt viel zu hoch belastet werden musste.⁵⁶

Steinitz gibt eine ausgezeichnete Analyse des Dilemmas der in der DDR notwendigen Braunkohlennutzung, auf die hier verwiesen werden soll.⁵⁷ Steiner führt dazu aus: »Die geologischen Abbaubedingungen verschlechterten sich dabei permanent [...] Der Gesamtaufwand für die Energieträgerumstellung war höher als der Freisetzungseffekt bei den Erdölprodukten. Letztlich wurden dadurch Investitionen und Kapazitäten bis zum Maschinenbau hin gebunden. Diese Summen wären dringend für die Modernisierung der Volkswirtschaft benötigt worden [...] die DDR-Volkswirtschaft [konnte] mit diesem Aufwand auch nicht real an Leistungskraft gewinnen.«⁵⁸

Die Uranerzgewinnung in der SBZ/DDR, die im Zuge der militärischen Systemkonfrontation verstärkt für den Export in die Sowjetunion erfolgte, erwies sich von Anfang an als volkswirtschaftliches Verlustgeschäft infolge der hohen Kosten bei zu niedriger Preisgestaltung (siehe auch Anhang: Synopse). Bis 1948 wurden die Lieferungen von Uranerz sogar außerhalb des Reparationskontos geführt. Zwischen 1949 und 1953 beliefen sich die tatsächlichen direkten Produktionskosten für die Uranförderung auf das 2,54-fache der hierfür angerechneten Gegenwerte auf dem Reparationskonto.⁵⁹

Infolge der direkten radioaktiven Strahlenbelastungen für die in der Förderung Beschäftigten und der beträchtlichen Umweltbelastungen entstanden erhebliche Folgeschäden. »Von der Bundesregierung wurden für

⁵⁶ Deutscher Bundestag: Sondergutachten »Altlasten II« des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen. Bundestags-Drucksache 15/580 v. 02.02.1995. S. 251.

⁵⁷ Klaus Steinitz: Wirtschaft bankrott? In: Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. S. 79.

⁵⁸ André Steiner: Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang – zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR. In: Konrad H. Jarausch / Martin Sabrow (Hrsg.): Weg in den Untergang – der innere Zerfall der DDR. Göttingen 1999. S. 180.

⁵⁹ Rainer Karlsch: Uran für Moskau – die Wismut, eine populäre Geschichte. 3. Aufl. Berlin 2008. S. 107.

die Sanierungsaufgaben der Wismut GmbH 6,2 Mrd. Euro in den Bundeshaushalt eingestellt. Bis Ende 2005 sind davon rund 4,6 Mrd. Euro bereits in die Sanierung geflossen.«⁴⁰ *Rainer Karlsch* führt an: Im Uranerzbergbau hat »es bis 1955 keine Messungen der Radonbelastung gegeben und bis 1989 sind 5.300 Erkrankungen an Lungenkrebs im Uranbergbaubereich festgestellt wurden. Dazu kamen noch ca. 15.000 Silikose-Erkrankungen und 9.700 weitere berufsbedingte Erkrankungen bei den Uranbergleuten der Wismut-AG.«⁴¹

4. Zur Eingliederung in den RGW

Die Eingliederung in den RGW bewirkte eine überwiegende »Konzentration der Außenwirtschaftsbeziehungen auf die sowjetische Besatzungsmacht bzw. die »Bündnispartner« des Ostblocks und die folglich Isolierung von der westeuropäischen Arbeitsteilung«⁴². Der RGW-Handel führte einerseits zu einer großen Liefersicherheit im Langzeitraum der Planungsperioden von fünf Jahren, andererseits zu immer stärker werdenden Restriktionen bei operativen Bedarfsfällen und kurzfristigen Anforderungen. Insofern war die Einbindung in den RGW zwar die stabile Basis, aber auch die relative Restriktion der DDR-Wirtschaft zugleich: Der RGW-Mechanismus war längst reformbedürftig geworden – ein außenwirtschaftlicher Hemmfaktor für eine höhere Dynamik seiner Mitgliedstaaten. Der Drang der RGW-Staaten zu Westkrediten für flexible West-Lieferungen bildete die Kehrseite.

Die DDR-Industriestruktur war versorgungs- und lieferseitig eng, fest und langfristig mit dem RGW-Stoffkreislauf verzahnt, an langfristige Handelsabkommen mit Sortimentsfestlegungen gebunden und daher nicht in den westlichen Weltmarkt arbeitsteilig integriert und folglich von nur vergleichsweise begrenzter Produktänderungsflexibilität. Im RGW verhielten sich Planungssicherheit und Flexibilität in der Bedarfsdeckung gegensätzlich. Insbesondere für den DDR-Maschinenbau bestanden einerseits Vorteile durch große Serien (»skalare« Effekte); andererseits jedoch existierte fortgesetzt ein Druck zur Eigenentwicklung von dringend benötigten neuartigen Sortimenten und von Ersatzteilen. *Wenzel* erin-

40 Ebenda. S. 224.

41 Ebenda. S. 104.

42 Christa Luft: Die Lust am Eigentum. S. 70.

nerte daran, dass die DDR »aufgrund des kalten Krieges und des westlichen Technologieembargos nicht teilhaben [konnte] an der sich in den fortgeschrittenen Industrieländern vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution [...] Experten schätzen, dass die DDR etwa 50 Prozent des Weltsortiments an Maschinen und Anlagen produziert hat, wodurch in ungeheurer Breite wissenschaftlich-technische Entwicklungsarbeit geleistet werden musste.«⁴³

Die wirtschaftliche Verflechtung der DDR mit der Sowjetunion umfasste nach Angaben von *Gerhard Schürer* in den Jahren 1986 bis 1990 import- und exportseitig:

- Auf der Importseite standen jährlich 17,1 Mio. t Erdöl, 7,9 Mrd. m³ Erdgas, 2,2 Mio. t Walzstahl, 0,9 Mio. Roheisen, 1,5 Mio. m³ Schnittholz, 1,8 Mrd. kWh Elektroenergie, 105 000 t Aluminium, 59 500 t Kupfer, 66 000 t Ferrolegerungen, 12 500 t Blei, 98 000 t Zellstoff, 103 000 t Papier und 85 000 t Baumwolle.
- Auf der Exportseite standen jährlich 1000 Reisezugwagen, 1200 Kühlwaggons, 1400 Großdieselmotoren, 70 Hafenkräne, 50 Eisenbahndrehkräne, 600 Raupendrehkräne sowie weitere enorme Posten von Erzeugnissen des DDR-Maschinenbaus, der DDR-Elektrotechnik, des DDR-Anlagenbaus im Exportpreis von etwa 1200 Mio. Rubel oder 5600 Mio. Mark sowie ganze Serienaufträge des DDR-Schiffbaus.⁴⁴

Zwischen 1985 und 1989 lag der Anteil der Sowjetunion bei durchschnittlich 34 Prozent des DDR-Außenhandelsumsatzes und betrug jährlich etwa 98,9 Mrd. DM.⁴⁵ Gegenüber Ende 1989 stieg der positive Lieferaldo der DDR gegenüber den RGW-Ländern insgesamt bis Ende 1990 bedeutend auf 11,8 Mrd. Transferrubel an, darunter entfielen 7,4 Mrd. auf die Sowjetunion.⁴⁶

43 Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? S. 51f.

44 Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Opladen 1999. S. 75f. – S. a. ders.: Das Ende der DDR-Wirtschaft. In: Ludwig Elm et al.: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. S. 400.

45 Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. Opladen 1996. Reihe: Am Ende des realen Sozialismus. Bd. 2. S. 61. Tabelle 2.

46 Christa Luft: Die Lust am Eigentum. S. 74. Der Betrag entspricht 55,1 Mrd. Mark der DDR (ebenda).

Das Handelssystem innerhalb des RGW beruhte auf bilateralen Abstimmlungen der Produktmengen und dem dadurch materiell strukturierten Wertausgleich zwischen den einzelnen Ländern, d. h. ein entwickeltes Clearing-System gegenseitiger Verrechnungen gab es nicht. Infolge der langfristigen Vertragsbindungen zwischen den Ländern gab es zwangsläufig Lücken in der Bedarfsdeckung. Dadurch entstand auch das Bestreben, über den Handel gegen Devisen oder Devisenkredite mit westlichen Ländern die verbleibenden Lücken nach Menge oder Sortiment zu schließen. Dies wurde durch die unterschiedliche technische Normung (DIN, GOST) der Produkte in den konträren Wirtschaftsgebieten teilweise deutlich behindert.

Die Vertiefung der Arbeitsteilung stieß in den DDR-Exportzweigen an Kapazitätsgrenzen, weil oftmals nicht in solchen Stückzahlen produziert werden konnte, die den RGW-Bedarf abdeckten. Dies galt auch für andere RGW-Länder. Dadurch bedingte Verknappungen konnten nur durch Eigenproduktionen, oftmals bei zu kleinen Serien bzw. Einzelfertigung mit zu hohen Stückselbstkosten, überwunden werden.⁴⁷ »Eines der Grundprobleme blieben die fehlenden Fortschritte bei der Arbeitsteilung innerhalb des RGW und der Integration der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer.«⁴⁸ Eine flexiblere Sonderrolle spielte daher zunehmend der »innerdeutsche« Handel, der seit den 70er Jahren auf kreditloser Verrechnungsbasis erfolgte und bis Ende 1989 für die DDR einen Negativsaldo von 6,3 Mrd. VM erreichte.⁴⁹

5. Zu den Folgen der Erdöl- und Materialabhängigkeit von sowjetischen Lieferungen

Bekanntlich war die DDR schon lange vor dem Mauerbau in vollem Umfang von der Rohstoffversorgung durch die Sowjetunion abhängig, was auch die strategische Abhängigkeit von deren Erdöllieferungen einschloss. »Vom Gesamtimport der DDR aus der UdSSR waren 70 Prozent

47 Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? S. 36.

48 André Steiner: Von Plan zu Plan. S. 225.

49 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. Frankfurt/Main 1999. http://www.bundesbank.de/download/presse/publikationen/zahlungsbilanz_ddr.pdf [25.05.2009]. S. 60.

Rohstoffe und Material.«⁵⁰ Der gewaltige Güterstrom quer durch Polen (mit Umstellungen auf die bzw. von der breiteren sowjetischen Waggon-Spurweite) erforderte jährlich enorme Ausgleichsleistungen für den Transit an das Nachbarland.

Im Laufe der 70er Jahre trat jedoch eine dramatische Lage ein, weil die Sowjetunion definitiv nur die Hälfte des geplanten DDR-Bedarfs an Erdöl, Erdgas, Walzstahl, Aluminium, Kautschuk, Kupfer u. a. befriedigen konnte.⁵¹ Gleichzeitig erhöhte sich für sowjetisches Erdöl der Bezugspreis von 1970 bis 1980 von 13,28 Rubel je Tonne auf 70,74 Rubel, d. h. auf das 5,3-fache. Die Gegenlieferungen der DDR mussten dadurch sprunghaft ansteigen. Zeitgleich verschlechterten sich die Exportbedingungen der DDR in die Devisenländer infolge schärferer Wettbewerbsbedingungen.

Ab 1982 musste bei Erdöl eine Reduzierung der jährlichen Lieferungen um 2 Mio. Tonnen hingenommen werden, wodurch hohe technologische Folgeinvestitionen in der Mineralölverarbeitung von 7 Mrd. Mark und zur Ablösung von Heizöl und Importgas in der Wirtschaft von 12 Mrd. M notwendig wurden.⁵² »Eine kritische Zuspitzung der Situation trat ein, als die Sowjetunion 1981 die Liefermenge [...] um zwei Millionen Tonnen senkte und damit der DDR den wichtigsten Rohstoff für ihre Westexporte verknappte«⁵³ und die auszugleichenden RGW-Vertragspreise über dem Weltmarktpreis zugleich verteuerte. Gleichzeitig wurden die Erdgaslieferungen verkürzt, was bei den Stahlwerken durch Heizöl kompensiert werden musste.

50 Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft der DDR. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 75.

51 Siegfried Wenzel: Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR. In: Die DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren. Kolloquium. Berlin 2005. Reihe: Pankower Vorträge. Heft 70. S. 21.

52 Gerhard Schürer: Das Ende der DDR-Wirtschaft. In: Ludwig Elm et al.: Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Bonn, Berlin 1996. S. 380. – Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. S. 87, 91.

53 Klaus Krakat: Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. S. 139. – Die erste Erdölkrise (1973) hatte erheblich langfristige Wirkungen auf die Preisstellung der sowjetischen Öllieferungen an die DDR. Zunächst erhielt die DDR noch Rohöl zu niedrigeren Preisen als auf dem Weltmarkt üblich wurden. In den späteren Jahren ab 1975 wurden die im RGW abgestimmten Exportgegenleistungen in die Sowjetunion ausgleichend erhöht.

Dies begrenzte die Effektivität der Energiewirtschaft⁵⁴ und beschränkte die materielle Basis der technischen Modernisierung in der verarbeitenden Industrie der DDR. Stark beeinträchtigt wurde auch der LKW- und Diesellok-Transport infolge scharf administrierter Treibstoffrestriktionen. »Wie die Störfreimachung zeigte die Heizölablösung erneut die hohe technische Manövrierfähigkeit der DDR-Wirtschaft, welche aber auf Kosten der Wirtschaftlichkeit ging und den Verbrauch an Ressourcen erhöhte«, vermerkt *Michael North*.⁵⁵ Im Ergebnis sank die Quote des Heizölverbrauchs am Erdölimport zwischen 1980 und 1985 von 43,4 auf 17,3 Prozent. Der Heizölverbrauch sank zwischen 1980 und 1989 um mehr als 80 Prozent.⁵⁶ Die Substitution des Heizölverbrauchs erfolgte durch Rohbraunkohle mit erheblich geringerem Heizwert und zu hohem volkswirtschaftlichen Mehraufwand. »Der Investitionsaufwand für die Förderung einer Tonne Rohbraunkohle erhöhte sich von 1980 7,70 Mark auf 1988 13,20 Mark.«⁵⁷

Steinitz schätzt die Folgen der Heizölablösung klar ein: »Dies war mit einer äußerst hohen Anspannung der Investitionskraft verbunden, die sich auf fast alle anderen Zweige der Volkswirtschaft als Einschränkung notwendiger Investitionen hemmend auswirkte. Sie führte des Weiteren zu größeren Aufwendungen bei der Umwandlung der Primärenergie in Gebrauchsenergie [...] und zu einem rapiden Anstieg der Transportaufwendungen.«⁵⁸ – Weniger bekannt ist die Tatsache, dass die DDR in die Kernenergetik 22 Mrd. Mark investierte – ein Aufwand, der

54 Mit den Investitionen für die Umstellung der Energiewirtschaft auf vermehrte kompensierende Nutzung von Braunkohle anstelle von Heizöl gingen nicht nur frühere Einspareffekte verloren, sondern es mussten Investitionen ohne jeden volkswirtschaftlichen Zusatzeffekt getätigt werden, die zudem die ökologische Belastung der DDR rapide erhöhten.

55 Michael North (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte – ein Jahrtausend im Überblick. München 2000. S. 408.

56 Falk Küchler: Die Wirtschaft der DDR – Wirtschaftspolitik und industrielle Rahmenbedingungen 1949 bis 1989. Berlin 1997. S. 116, 101 Tabelle.

57 Konrad H. Jarausch / Martin Sabrow: Weg in den Untergang. S. 180.

58 Klaus Steinitz: Worin müsste sich ein demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert vom gescheiterten Realsozialismus unterscheiden? Berlin. Reihe: Pankower Vorträge. Heft 100. S. 21.

nur sehr begrenzten volkswirtschaftlichen Effekt ergab, aber parallel zu den übrigen aufwändigen Kohleenergieinvestitionen erfolgte.⁵⁹

Zwischen 1975 bis 1985 betrug die Importe der DDR aus der UdSSR 260 Mrd. Mark (Valuta-Gegenwert), wovon 154 Mrd. (59 Prozent) reine Preissteigerungen für Erdöl waren. Diese hohen Preissteigerungen mussten durch Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie ausgeglichen werden, wodurch sich die entsprechende Binnenverwendung in der DDR für diese Güter (Maschinenbau, Elektrotechnik, Schiffbau) außerordentlich verknappte.⁶⁰ Zwischen 1985 und 1988 gingen die langfristig vereinbarten Lieferungen aus der Sowjetunion im Zuge der Perestroika-Politik bei Zink auf 50 %, bei Apatitkonzentrat auf 70 %, bei Schnittholz auf 53 % zurück. Die wichtige Steinkohlenlieferung (Umleitung aus Polen) sank von 6 Mio. Tonnen in den 60er Jahren auf 4 Mio. Tonnen 1986 und auf 300.000 Tonnen 1988. Auch andere Rohstofflieferungen gingen empfindlich zurück, wie z. B bei Blei, Manganerz, Chromerz u. a. m.⁶¹

Die Restriktionen der Rohstoffversorgung in den 70er Jahren sowie die vertraglichen Preisanhebungen für den SU-Import von Mineralöl in den 80er Jahren (mit ihren komplexen investiven Folgewirkungen) belasteten die DDR-Wirtschaft zunehmend und trugen zuletzt zu deren verminderter Effektivität wesentlich bei.⁶² Allein ab 1985 bis 1989 gingen die Lieferungen der Sowjetunion an die DDR im Gesamtvolumen auf 76 Prozent zurück. Es entstand ein positiver Liefersaldo gegenüber der UdSSR, da sich die Gegenlieferungen der DDR nur auf 90 Prozent verringerten.⁶³

Aufgrund der RGW-Preisvereinbarungen hatte »die DDR ab 1985 einen hohen Erdölpreis an die Sowjetunion zu zahlen. Er betrug das Dreizehn-

59 Günter Kusch: Schlussbilanz DDR – Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991. S. 53.

60 »Das Wachstum des Wertvolumens aufgrund der Preiserhöhungen musste die DDR mit technisch entwickelten Waren des Maschinenbaus, der Elektrotechnik/Elektronik, der Leichtindustrie und der glas- und keramischen Industrie bezahlen«, vermerkt Siegfried Wenzel (Die Rolle der Ökonomie im finalen Entwicklungsabschnitt der DDR, in: 1989 bis 1990. Die DDR zwischen Wende und Anschluss, Pankower Vorträge Heft 20, S. 22.)

61 Siegfried Wenzel: Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR. In: Die DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren. S. 22. – Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft der DDR. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 75.

62 Vergl. auch Rainer Karlsch: Uran für Moskau. S. 182.

63 Siegfried Wenzel: Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muss sie bezahlen? Stand und Perspektiven. Berlin 2003. S. 158.

fache des Niveaus von 1970«, wie *Steiner* anführt.⁶⁴ Hinzu kamen nach 1985 Forderungen der Sowjetunion unter Gorbatschow, für die Mineralöllieferungen z. T. in konvertiblen Währungen zu zahlen.⁶⁵ Dies wiederum erhöhte den Druck auf kreditierte Lieferungen aus den Devisenländern nebst deren Ausgleich durch erzwungene, preislich ungünstige DDR-Exporte.

Der einsetzende Verfall der Weltmarkt-Erdölpreise ab Mitte der 80er Jahre änderte schlagartig die noch günstige Devisenbilanz der DDR. Während die sich die Erdölpreise auf dem Weltmarkt verminderten, erhöhten sich die Erdöl-Vertragspreise der Sowjetunion weiter. Der vorherige Vorteil der DDR-Mineralölexporte in den Westen ging rapide zurück. *Wenzel* hebt hervor: »Der mit dem Fünfjahrplan 1986 bis 1990 geplante Exportüberschuss von 2 bis 3 Mrd. Valutamark jährlich sank 1986 bis 1989 auf 100 bis 200 Mio. VM. Allein in den Jahren 1986 bis 1989 trat ein Valutaausfall gegenüber dem Plan in Höhe von 6,6 Mrd. VM ein.«⁶⁶ Daher stellte die Enquete-Kommission des Bundestages fest: »Die Reduktion der Ölpreise am Weltmarkt ab 1986 verschärfte die außenwirtschaftliche Misere zusätzlich. International wettbewerbsfähige Produkte standen nur in gänzlich ungenügendem Umfang zur Verfügung.«⁶⁷

6. Zu den Folgen von »Kaltem Krieg« und Systemkonkurrenz

Der Kalte Krieg brachte eine Vielzahl von gezielten Maßnahmen der NATO und der westlichen Geheimdienste zur Störung, Schwächung und Behinderung der technisch-technologischen Potentiale und Entwicklungen in der DDR, die in ihrer Intensität erst später bekannt wurden.⁶⁸

Infolge der Systemkonkurrenz sah sich die DDR-Führung schließlich 1961 gezwungen, den Aderlass in Richtung Westen zu stoppen, um die

64 André Steiner: Von Plan zu Plan. S. 202.

65 Albrecht Ritschl: Aufstieg und Niedergang der DDR. In: Baar et al. (Hrsg.): für Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1995. Bd. 2. S. 55.

66 Siegfried Wenzel: Die Rolle der Ökonomie im finalen Entwicklungsabschnitt der DDR. In : 1989-1990. Die DDR zwischen Wende und Anschluss. S. 17.

67 Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. Bundestags-Drucksache 13/11000 v. 10.06.1998. S. 71.

68 Robert Allertz: Im Visier die DDR – eine Chronik. Berlin 2002.

innere Reproduktionsfähigkeit zu sanieren. Kurz zur Erinnerung: Die Verluste aus der Zeit der offenen Grenze werden bei *Steiner* zwischen 1951 und 1960 mit 120 Mrd. Mark für Produktionsausfälle benannt. Dazu rechnet *Steiner* weitere 16,5 Mrd. verlorene Ausbildungskosten infolge der Westabwanderung und 24 Mrd. Einnahmeausfälle in diesem Zeitraum für den Staatshaushalt der DDR⁶⁹, pro Jahr mit durchschnittlich 3,7 Mrd. Mark beziffert.

Infolge der Einbeziehung der DDR in den Warschauer Pakt mussten aus politischen Gründen die Militärausgaben angehoben werden: Die riesigen Waffen- und Munitionsberge der NVA, die die Bundesregierung nach der Vereinigung verschenkte, verkaufte oder verschrottete, waren zuvor von der DDR-Wirtschaft buchstäblich zu Lasten ihrer produktiven Investitionen angehäuft worden. Bisher hat keine »DM-Eröffnungsbilanz« den Wert dieser Waffen- und Munitionsberge je in Ansatz gebracht, der mit ca. 200 Mrd. DM⁷⁰ abzuschätzen war. Dies bedingte z. T. auch den übergroßen Rückstand in der Höhe der ökologischen Investitionen bzw. der nach 1990 anfallenden ökologischen Sanierungslasten der DDR.

Wenzel spricht daher von einer »Gratwanderung in einem fast magischen Dreieck der ökonomischen Entwicklung der DDR, der durch Kriegseinwirkungen und Demontagen um 1/3 reduzierten industriellen Substanz der DDR, der überdimensionierten Entnahmen für Reparationen aus der laufenden Produktion und der Sicherung der elementaren Lebensvoraussetzungen der Bevölkerung und deren notwendigen langsamen Verbesserung angesichts des Wirtschaftswunders in der BRD«⁷¹

So z. B. beliefen sich allein die anteiligen Kosten für den Unterhalt der sowjetischen Besatzung in den 70er Jahren jährlich auf ca. 1,2 Mrd. Mark.⁷² Nach offiziellen DDR-Angaben erreichten 1982 die Gesamtausgaben für den Unterhalt der Roten Armee 1,768 Mrd. Mark.⁷³ Hoch ge-

69 André Steiner: Eine wirtschaftliche Bilanz der Mauer. In: Hans-Hermann Hertle (Hrsg.): Mauerbau und Mauerfall. S. 198.

70 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 176.

71 Siegfried Wenzel: Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED. S. 98.

72 Vergl. auch bei Olaf Baale: Abbau Ost – Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden. München 2008. S. 257.

73 Torsten Diedrich: Der Warschauer Pakt – von der Gründung bis zum Zusammenbruch, 1995 bis 1991. Berlin 2009. S. 94.

rechnet auf das letzte DDR-Jahrzehnt würde dies einer Summe von ca. 17 Mrd. Mark entsprechen.

In den Jahren 1981-1988 wurden die Ausgaben für die DDR-Streitkräfte um $\frac{2}{3}$ auf 15,7 Mrd. DDR-Mark je Jahr gesteigert. Die Ausgaben für die Staatssicherheit und die Grenzsicherung stiegen von 3,7 Mrd. auf 6,0 Mrd. DDR-Mark je Jahr fast ebenso stark an.⁷⁴ Die eigenen Sicherheitsbedürfnisse der DDR kosten also 1988 mindestens ca. 22 Mrd. Mark. (Hinzu gerechnet werden muss der oben genannte Aufwand für den Unterhalt der Roten Armee.)

Hierzu sei eine aufschlussreiche offizielle Feststellung des Bundestages zitiert: »In den siebziger und achtziger Jahren lagen die tatsächlichen Ausgaben für den Militär- und Sicherheitsbereich um rund 25% über den offiziell ausgewiesenen. Mit einem Anteil von etwa 10% am produzierten Nationaleinkommen absorbierten diese Bereiche in einem Ausmaß Ressourcen in Form von Sachgütern und Dienstleistungen, wie dies nur in wenigen europäischen Ländern der Fall gewesen sein dürfte.«⁷⁵ Bezieht man diese 10 %-Angabe allein auf das letzte Jahr der DDR, so hätten die Militär- und Sicherheitsausgaben mit einem Anteil von 10 Prozent am produzierten Nationaleinkommen des Jahres 1989 (in Höhe von 225 Mrd. Mark der DDR, Preisbasis 1985)⁷⁶ in diesem Jahr mindestens eine Summe von 22,5 Mrd. DDR-Mark erreicht.

7. Zu den Wirkungen der West-Devisenverschuldung

Zu den außenwirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen zählte nach der diplomatischen Anerkennung des DDR-Staats die plötzliche »großzügige« Kreditpolitik westlicher Banken. Deren exzessive Inanspruchnahme durch die DDR-Führung hatte infolge der üblichen Marktzinsen rasch zu einer Kreditklemme geführt: Tilgungen (plus Zinsen) konnten bald nur gegen neue Kredite bestritten werden. Nach der Erdölpreisexlosion stiegen auch die Kreditzinsen rasch, und die Schuldenfalle

74 Gernot Gutmann / Hannsjörg Buck: Die Zentralplanwirtschaft der DDR. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. S. 14.

75 Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. S. 72.

76 Gerhard Heske: Gesamtrechnung Ostdeutschland 1970-2000. S. 72.

schnappte endgültig zu. Dabei stieg die Nettoauslandsverschuldung der DDR wie folgt: auf 8,8 Mrd. Valutamark (VM) 1975 und auf 25,6 Mrd. 1980.⁷⁷ Dadurch wurde eine Spirale der Devisen-Zins-Kredit-Strangulation ausgelöst. (Ähnliches traf auch auf andere RGW-Länder zu.) Dies zwang die DDR in den Jahren nach 1980 zu erhöhten Exportanstrengungen in die Staaten des nichtsozialistischen Währungsgebietes (NSW), um die drückende Verschuldung zu reduzieren. Aber 1987 bewegte sich die Handelsbilanz der DDR mit dem kapitalistischen Ausland jedoch wieder im negativen Bereich.

Die Deutsche Bundesbank gab 1999 einen abschließenden Bericht über die DDR-Außenverschuldung gegenüber dem Westen (siehe Tabelle 1). Diese Angaben mit dem »innerdeutschen« Handel zeigen, dass 1981 die Quote der Netto- an der Bruttoauslandsverschuldung mit 65,6 % weitaus höher lag als 1989 mit 40,8 %. Der DDR-Verschuldungsgipfel gegenüber dem westlichen Ausland (einschließlich Westdeutschland) war also 1989 lange überschritten. Die Nettoauslandsverschuldung war außerdem 1989 niedriger als 1985. »Tatsächlich war die Zahlungsbilanzsituation der DDR Ende 1989 weniger dramatisch als es aus den Selbstzeugnissen Schürers und Schalcks hervorgeht.«⁷⁸ Diese begründete Feststellung widerlegt die Enthüllungsgeschichte über den »Staatsbankrott« bzw. eine akute Zahlungsbilanzkrise der DDR.

Tabelle 1: West-Außenverschuldung der DDR 1981 bis 1989 insgesamt
(in Mrd. VM)*

	1981	1985	1986	1987	1988	1989
Verbindlichkeiten (West-Kredite + IDH)	56,5	45,7	46,5	45,9	44,8	48,8
- Forderungen (in Devisen an Drittländer)	13,2	30,2	30,1	27,7	27,8	28,9
= Netto-Verschuldung mit IDH	23,1	15,5	16,2	16,2	17,0	19,9
dar.: Netto-Verschuldung ohne IDH	18,8	10,2	10,5	10,8	11,9	13,6

* Kredite und »innerdeutscher« Handel (IDH). Quelle: Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 60.

77 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 60.

78 Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. In: Eberhard Kuhr: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren. S. 60.

Luft verwies darauf, dass 1989 die Netto-Auslandsverschuldung in Devisen (US-Dollar) pro Kopf der DDR-Bevölkerung nur 74 % derjenigen von Bulgarien, 57 % der von Ungarn und 68 % der von Polen erreichte.⁷⁹ Die Netto-Devisenverschuldung der DDR war keineswegs akut staatsgefährdend hoch bzw. die Grenze der DDR-Zahlungsunfähigkeit war nicht unmittelbar erreicht – wie inzwischen von der Forschung auch anerkannt wird.⁸⁰

Die Bundesregierung übernahm 7,6 Mrd. DM Devisen-Guthaben auf den verfügbaren DDR-Auslandskonten. Bis zuletzt blieb die DDR pünktlicher Schuldendienst-Zahler im Verkehr mit ihren westlichen Gläubigerbanken. Die DDR war selbst für ca. 9,5 Mrd. US-Dollar Kreditgeber an »befreundete« ausländische Staaten, so dass die Bundesregierung diese Forderungen Ende 1990 übernehmen konnte. Allein gegenüber elf Entwicklungsländern bestanden Ende 1990 DDR-Forderungen in Höhe von 6,75 Mrd. DM.

Das »im Inland verwendete Volkseinkommen« wuchs in den Jahren zwischen 1981 bis 1988 nur um 1.801,8 Mrd. Mark, während sich das »produzierte Volkseinkommen« um 1.882,9 Mrd. Mark erhöhte.⁸¹ Die Differenz von 81,1 Mrd. Mark innerer Aufwand war faktisch durch die Außenwirtschaft aus der DDR abgeflossen.

Die jährliche Devisen-Zinslast betrug zuletzt, bezogen auf die West-Auslandsverschuldung insgesamt, etwa 2,2 Mrd. DM.⁸² Daher stieß die Höhe des Schuldendienstes (Zinsen plus Tilgungen) hart an die Grenzen des erschwerten Exports in die Devisenläubiger-Länder.

Allein für das eine Jahr 1989 wird von *Gerhard Heske* der dadurch bedingte Außenbeitrag der DDR auf +5,9 Mrd. Euro (auf Preisbasis 1995) oder +11,5 Mrd. DM beziffert⁸³, ein realer ökonomischer »Blutverlust«, der in dieser Höhe binnenwirtschaftlich nicht dauerhaft tragbar war. Hierin spiegelte sich der Rückfluss von Devisenkrediten plus Zinslasten ins Ausland. Die DDR-Statistik »wertete« die West-Importe zu Binnenpreisen im umgekehrten Verhältnis 1: 4,4 auf: dies erhöhte später dann

79 Vgl. Christa Luft: Die Lust am Eigentum. S. 65.

80 Vgl. Volze: Zur Devisenverschuldung der DDR. In: Eberhard Kuhr (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. . 170.

81 Günter Kusch: Schlussbilanz DDR. S. 19.

82 Armin Volze: Zur Devisenverschuldung der DDR. In: Eberhard Kuhr (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 185.

83 Gerhard Heske: Gesamtrechnung Ostdeutschland 1970-2000. .S. 250.

nach der Währungsunion u. a. die berüchtigten »Altkreditschulden« der DDR-Industrie.

Luft hat die Verschlechterung des Verhältnisses von Exportpreis- und Importpreisveränderungen (»terms of trade«) für die DDR in den Jahren 1971 bis 1987 mit Verlusten in Höhe von 22 Mrd. US-Dollar beziffert.⁸⁴ Dies bestätigt eindeutig: die immer ungünstigere Preisrelation von Inland- zu Exportpreisen wirkte als ein Hauptfaktor der latent kritischen und zu niedrigen West-Exportertlöse und damit der Devisenzwangslage der DDR.

Der Saldo der Zinslast aus DDR-Forderungen und -verpflichtungen in Devisen kumulierte zwischen 1978 und 1988 auf + 30,3 Mrd. VM.⁸⁵ Diese Zinslast wird nicht dadurch als Argument entwertet, weil sie von der DDR »freiwillig« gezahlt wurde. Sie stellte unbedingt eine hohe außenwirtschaftliche Belastung dar: Allein diese enorme kumulierte Zinslast entsprach der doppelten Höhe der Netto-Verschuldung zu Ende 1989 im gesamten Westexport (ohne innerdeutschen Handel).

Andererseits lagen Forderungen der DDR (Aktiva) im Westhandel zu Ende 1989 nominell »immerhin noch bei 29 Mrd. VM und deckten 59,3 % der Verschuldung ab. Das Verhältnis der Auslandsaktiva zu den Importen belief sich auf 158 %, das heißt sie entsprachen den Einfuhren von 1 ½ Jahren«, befand eine *Studie* der Deutschen Bank aus dem Jahre 1999.⁸⁶ Der Netto-Schuldenstand im Westhandel wurde dort für Ende 1989 mit -19,9 Mrd. VM offiziell beziffert.

Die anfängliche Dramatik der DDR-Auslandsverschuldung im »Schürer-Geheimpapier« vom Oktober 1989 ergab sich aus einer politisch motivierten »Vereinfachung«: die Verfasser hatten dort faktisch als Auslandsverschuldung die Brutto-Verschuldung in Höhe von 49 Mrd. VM angegeben und die Netto-Verschuldung von 19,9 Mrd. VM ausgeklammert. »Die Auslandsverschuldung der DDR war also mit 20,3 Milliarden DM um mehr als die Hälfte niedriger, als wir es im Oktober 1989 mit den 49 Milliarden Valutamark [...] ausweisen mussten«, korrigierte *Schürer* später selbst sein in diesem Punkt irritierendes bzw. fehlinformierendes

84 Christa Luft: Die Lust am Eigentum. S. 91.

85 Armin Volze: Zur Devisenverschuldung der DDR. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 183. Tabelle Spalte 4.

86 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 58.

»Geheimpapier«.⁸⁷ Hierzu liegt mit der Angabe für 1989 von 19,9 Mrd. Netto-Westschulden der DDR auch die spätere offizielle Richtigstellung der Deutschen Bank⁸⁸ vor, die weitgehend die vorherige Panikwirkung des »Geheimpapiers« entkräftet. »Die Wende 1989 ist deshalb auch nicht durch eine akute Zahlungsunfähigkeit ausgelöst oder begleitet worden«, stellte ebenfalls *Armin Volze* klar.⁸⁹

Die Folgen der langjährigen Kreditaufnahme bei westlichen Banken für die innere Verwendung von Nationaleinkommen der DDR wurden offiziell von der Enquete-Kommission des Bundestages wie folgt bewertet: »In der Zeit von 1981 bis 1989 übertraf dann [...] das produzierte Nationaleinkommen das in der DDR verwendete um insgesamt 88 Milliarden Mark. Während das produzierte Nationaleinkommen zu vergleichbaren Preisen in diesem Zeitraum um etwa 41 % anstieg, erhöhte sich das im Inland verwendete Nationaleinkommen nur um etwa 25 %. Die befohlenen Importdrosselungen und die mit dem Überschussprodukt erzielten Handelsbilanzüberschüsse dienten der Abwendung des weiterhin stets drohenden Staatsbankrotts, der zeitweisen Vermeidung eines weiteren Anstiegs der Verschuldung und der Verminderung des Schuldendienstes.«⁹⁰ Zu beachten bleibt, dass der hier für 1989 angeführte »weiterhin stets drohende Staatsbankrott« eine potentiell-latente, aber keine unmittelbar akute Gefahr darstellte und in diesem Sinne wirtschaftspolitisch die Existenz der DDR noch nicht direkt bedroht war.

87 Gerhard Schürer: Das Ende der DDR-Wirtschaft. In: Ludwig Elm et. al. (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. S. 392.

88 So z. B.: Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR von 1975 bis 1989.

89 Armin Volze: Devisenverschuldung der DDR In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 151.

90 Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«. Bundestags-Drucksache 13/11000. S. 69.

8. Zum Gesamteffekt der negativen äußeren Wirkungen

8.1. Generelle Folgen

Wenzel erkannte uneingeschränkt, dass die Reparationsleistungen aus der DDR »ein entscheidender Faktor dafür war, dass der Lebensstandard und ihre Produktivität im Durchschnitt auch vierzig Jahre nach Beendigung dieses Krieges nur halb so hoch waren wie in Westdeutschland.«⁹¹

Gernot Gutmann bewertet den Potentialverlust der DDR durch die offene Grenze mit den Worten: »Nicht hoch genug können auch die nachteiligen Folgen der Flucht und Abwanderung von Millionen von Menschen auf das Leistungspotential und auf die Wachstums- und Wohlfahrtentwicklung der SBZ/DDR-Volkswirtschaft eingeschätzt werden [...] Dabei muss bei dieser Belastungsrechnung erschwerend berücksichtigt werden, dass vor dem Mauerbau vor allem gut ausgebildete, kreative, unternehmerische und leistungswillige Menschen in jüngerem Alter den SED-Staat verließen.«⁹² »Innerhalb von 40 Jahren erlitt die DDR einen Netto-Bevölkerungsverlust von nahezu 4,4 Millionen Menschen.«⁹³

In den Jahren vor der DDR-Gründung zogen zahllose Unternehmen fluchtartig in Richtung Westen, wie *Hermann Golle* in einer historischen Studie eindrucksvoll aufbereitet hat. »Nie vorher in der 200jährigen Industriegeschichte Deutschlands, wahrscheinlich nie vorher in der Industriegeschichte der ganzen Welt, hat es in so kurzer Zeit einen so gewaltigen Technologietransfer gegeben, einen Transfer von Ost nach West. [...] Innerhalb weniger Jahre [...] verlassen Tausende kleiner und fast alle namhaften mittelständischen und großen Unternehmen ihre Stammhäuser und gehen in den Westen. Noch vor Gründung der beiden deutschen Teilstaaten sind die Weichen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bis zum heutigen Tag gestellt.«⁹⁴

Vor dem Hintergrund der riesigen Potentialverluste infolge dieser Westflucht nimmt es sich verwunderlich aus, wenn eine vergleichsweise »zu geringe Innovationsfähigkeit der DDR« rückblickend als Hauptursache

91 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 45.

92 Gernot Gutmann: Blockaden und Effizienzhindernisse in der Wirtschaftsordnung der DDR. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 42.

93 Ebenda.

94 Hermann Golle: Das Know-How, das aus dem Osten kam – wie das westdeutsche Wirtschaftswunder von der SED-Politik profitierte. Stuttgart, Leipzig 2002. S. 225.

ihres Rückstandes unterstellt wird: Ein erheblicher Teil an humanitärem Industriepotential war in den Westen abgewandert. Hinzu kommt, dass die DDR vergleichsweise eine autarke Erzeugnisentwicklung in großer Sortimentsbreite vorantreiben musste⁹⁵, aber ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung je Wissenschaftler und Ingenieur in den letzten zwei Jahrzehnten bei nur ca. 1/3 im Vergleich zu Westdeutschland stark zurückblieben.⁹⁶ Dies ist generell als Folge der rückständigen DDR-Produktivität zu interpretieren, deren materielle Industrieforschung zunehmend benachteiligt blieb.

8.2. Weitere spezifische Faktoren

Es gab weitere gewichtige externe Faktoren, die den langjährigen volkswirtschaftlichen Wachstumsprozess der DDR mehr oder weniger schwer und fortdauernd belasteten. Hier eine knappe Ergänzung:

Erstens die permanenten enormen Transportkosten für die gewaltigen Güterströme im Warenaustausch zwischen DDR und UdSSR über die riesigen Entfernungen und durch Polen, die u. a. zu einem hohen permanenten Leistungsausgleich gegenüber Polen führten;

zweitens das West-Embargo für Hochtechnologie, das die Vorteile der internationalen Zusammenarbeit nachhaltig einengte und eine externe Abdrosselung der Wettbewerbsfähigkeit der DDR aus politischen Ursachen bewirkte, jene gewollte Schwächung auf Exportmärkten also, die jetzt in Umkehrung von Ursache und Wirkung der SED-Herrschaft vorgeworfen wird;

drittens der einseitige Ressourcentransfer der DDR in andere »befreundete« Länder über den gelenkten Außenhandel, der politisch auferlegt war und zu einer permanenten Abschwächung der Importhöhe bzw. zu hohen verlorenen Krediten an einige der Schuldner-Staaten führte;

Die Anfangsjahre der DDR-Wirtschaft ab 1950 sind noch stark geprägt durch die Verluste aus den Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion bis 1953, durch die Verluste aus der Zeit der offenen Grenze

95 »Experten schätzen, dass die DDR etwa 50 % des Weltsortiments an Maschinen und Anlagen produziert hat, wodurch in ungeheurer Breite wissenschaftlich technische Entwicklungsarbeit geleistet werden musste, die sich nur in relativ kleinen Serien amortisieren konnte.« (Siegfried Wenzel: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? S. 32)

96 Günter Kusch: Schlussbilanz DDR. S. 43.

bis 1961, aus dem Material- und Rohstoffmangel bis 1957, aus den Kosten des Uranerzbergbaus und aus den Besatzungskosten. Überproportionale Aufwände je DDR-Einwohner (im Vergleich zu Westdeutschland) erforderte auch der Aufbau der NVA ab den 60er Jahren im Rahmen des Warschauer Pakts.

In den letzten zwei Jahrzehnten der DDR-Wirtschaft traten dagegen die Restriktionen aus den sowjetischen Materiallieferungen, die Zwänge aus den angestiegenen Devisen-Kreditzinsen, die Umstellungskosten aus der Mineralölablösung, Ungleichgewichte im Außenhandel und stark erhöhte Belastungen aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den Vordergrund.

8.3. Zwänge und Widersprüche bis zum Ende der DDR

Die DDR-Führung lavierte in der Endphase bis zuletzt zwischen den enormen Zwängen aus dem Westexport einerseits und den Importrestriktionen und Preisanhebungen aus der UdSSR andererseits; das im Inland noch verfügbare jährliche Volkseinkommen ging infolge der Außenverpflichtungen auffallend in Milliarden-Größenordnungen zurück. Zwischen 1982 und 1989 erbrachte die DDR einen Exportüberschuss im gesamten Außenhandel (Ost und West) von 97,6 Mrd. DM (kumulativ).⁹⁷ Dies erklärt u. a. ein zwangsläufiges Absinken der Netto-Akkumulationsrate (von 1980 bis 1988) um 3,5 Prozentpunkte und der Nettoinvestitionsrate im »produzierenden Bereich« um 1,9 Prozentpunkte.⁹⁸

Es ist daher nicht zu leugnen, dass sich die DDR-Wirtschaft 1989 in einem angespannten, sich potenziell verschlechternden außenwirtschaftlichen Zustand befand, der auf die Netto-Investitionshöhe in der Binnenwirtschaft zeitweilig durchschlug und langjährig fortgeschleppte deutliche Rückstände (gegenüber Westdeutschland) an Produktivität, Effizienz und ökologischer Qualität verfestigte.

Dies war einerseits durch die nach 1975 vertragsmäßige Erhöhung für Rohölpreise an das Weltmarktniveau für die Lieferungen aus der SU extern verursacht. Nach Angaben der Bundesbank »stiegen die Importpreise für Erdöl aus der UdSSR von 1974 bis 1986 um das 11fache, die Preise für Erdgas um das 7fache. Nach Berechnungen der DDR-Institutionen ver-

⁹⁷ Gerhard Heske: Gesamtrechnung Ostdeutschland 1970-2000. S. 230 (Tabelle).

⁹⁸ Günter Kusch: Schlussbilanz DDR. S. 19.

schlechterten sich die Austauschverhältnisse gegenüber der UdSSR von 1975 bis 1985 um circa 20 Mrd. VM.«⁹⁹

Andererseits wurde die volkswirtschaftliche Effektivität durch den zuletzt rapiden Rückgang der West-Exporterlöse im Verhältnis zu den DDR-Binnenpreisen (bis auf 1: 4,4) geschwächt. Hinzu kam der Preisverfall für nach Westen exportierte Mineralölprodukte. »Allein in den Jahren 1986 bis 1989 trat ein Valuta-Ausfall gegenüber dem Plan in Höhe von 6,6 Mrd. VM ein«, ergänzt *Wenzel* die Charakteristik der Lage.¹⁰⁰

Die DDR konnte sich beiden negativen äußeren Einwirkungen nicht entziehen, die sich kumulierten. Nicht zuletzt fiel daher zunehmend ins Gewicht, als sich die Exporterlösquote in Devisen verschlechterten. Dies drückte die Exporterlöse unter eine tragbare Relation und erwies sich damit als ein Fiasko für die exportabhängige Schuldentilgung in Devisen.

Schließlich kam hinzu, dass auch der Warenaustausch mit dem RGW insgesamt nicht mehr ausgleichbar verlief: zwischen 1979 und 1989 entstand hier für die DDR ein Plus-Saldo von 6,5 Mrd. VM.¹⁰¹ Benötigte Importe konnte die DDR hierzu nicht ausgleichend erreichen, was den Druck auf den Handel mit Devisenländern erhöhte.

Der Handel mit Ländern konvertibler Währung verlief noch mit einem Überschuss der Einnahmen im Zeitraum 1981 bis 1986 in Höhe von 12,4 Mrd. VM. Durch den Verfall der Erdölpreise ab 1986 schlug der frühere Überschuss in ein Defizit von 7,7 Mrd. VM im Zeitraum von 1987 bis 1989 um – der »Todesstoß« für den DDR-Westhandel.¹⁰² Gleichzeitig forderte die UdSSR erstmals auch Zahlungen in konvertibler Währung für zusätzliche Erdöllieferungen. So geriet die DDR-Außenwirtschaft in eine Zwangsjacke.

Das im Inland verwendete Volkseinkommen fiel im Vergleich mit dem produzierten weiter zurück, die Verluste im West- und Ost-Export wurden untragbar hoch. Wie *Heske* berechnete, belief sich der Plus-Saldo der DDR im Außenhandel zwischen 1981 und 1989 auf insgesamt 49,9 Mrd. Euro oder 97,6 Mrd. DM zu Preisen von 1995, der allerdings neben den deutlichen Preissteigerungen z. T. auch die Devisen-Kreditverpflichtun-

99 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 27.

100 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 17.

101 Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 33.

102 Ebenda. S. 42.

gen aus der Vorperiode abdecken musste.¹⁰³ Zur Erinnerung: Der Saldo von Zinsverpflichtungen und -forderungen an Dritte in West-Devisen summierte sich zwischen 1978 und 1988 auf insgesamt 30,5 Mrd. VM.¹⁰⁴ DM-Sondereinnahmen im Zahlungsverkehr in diesem Zeitraum in Höhe von 18,2 Mrd. DM waren für die Bewältigung dieser Westverschuldung »von größter Bedeutung«.¹⁰⁵

8.4. Eine Gesamtlast für die DDR

Fasst man allein die vorstehend belegten negativen externen Ein- und Rückwirkungen auf die DDR-Wirtschaft aus den Außenbeziehungen knapp zusammen, so ist vor allem festzuhalten:

1. der langjährige Rückstand der Investitionsrate in der Zeit vor 1961 im Zuge der Demontagen, Reparationen und der offenen Westgrenze, durch materielle und menschliche Verluste in dramatischen Dimensionen, die später nicht mehr aufholbar waren;
2. die Disproportionen in der industriellen Struktur nach der Teilung sowie der für den angestrebten Ausgleich erforderliche enorme investive Aufwand;
3. die steigenden Belastungen durch die gemeinsamen Verteidigungsmaßnahmen im Rahmen des Warschauer Pakts und des Aufbaus einer modernen Armee, die je Kopf höher waren als in der BRD;
4. die harten Einschränkungen der NATO-Embargopolitik für den Import von High-Tech-Erzeugnissen und strategischen Gütern wirkten zunehmend als Hemmfaktoren;
5. die anwachsenden Zinszahlungen für Devisenkredite sowie auch die letztlich belastend zunehmenden DDR-Forderungen in Devisen gegenüber kaum rückzahlungsfähigen »befreundeten« Entwicklungsländern;
6. die Folgen der Erdölpreis- und Erdöllieferpolitik der Sowjetunion in den 80er Jahren mit ihren drastischen Wirkungen auf den Ausgleich durch DDR-Exporte;

103 Gerhard Heske: Gesamtrechnung Ostdeutschland 1970-2000. . 230.

104 Armin Volze: Zur Devisenverschuldung der DDR. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 183. Tabelle Spalte 4.

105 Ebenda. S. 182 Tabelle Spalte 8.

7. die zu geringen Importe aus mehreren RGW-Länder mit ihren Folgen für die andauernden Handelsbilanz-Überschüsse dorthin;
8. der unabwendbare Preisverfall für Westexporte je Ost-Mark DDR-Aufwand im Zuge des wettbewerblichen Zwanges für die DDR zum Abbau ihrer belastenden Kreditverpflichtungen.

Produktivität und Effizienz der DDR-Wirtschaft litten erheblich unter den in der am Anhang eingefügten Synopse angeführten Beispielen für Belastungen und Verlustquellen, die aus der verfügbaren Literatur zusammengestellt wurden.

Dies zeigt oder lässt deutlich vermuten, dass sich die aufgeführten Belastungen durch eine höhere Effizienz der DDR-Planwirtschaft (im internationalen Kontext der historischen Systemkonkurrenz) innerwirtschaftlich nicht kompensieren ließen. Der Rückschlag aus der Demontage-Zeit und die materiellen/personellen Verluste aus der nachfolgenden »offenen Grenze« hinsichtlich des Produktivitätsniveaus in der DDR erwies sich als historisches Handicap – im Zeitraum von 1945 bis 1961 konnte sich die DDR-Wirtschaft nicht normal entwickeln und reproduzieren. In der Folgezeit gelang es der DDR-Führung nur geringfügig bzw. unzureichend, die Lücke zum steigenden westdeutschen Leistungsniveau zu mindern, trotz z. T. höherer ostdeutscher Wachstumsraten des BIP (auf Preisbasis 1995 in Euro vergleichbar) in den letzten 20 Jahren der DDR-Existenz.

Die Überwindung der »restlichen« Produktivitätslücke zur BRD vor 1989 war nicht zuletzt infolge der ursprünglichen Produktivitätslücke der DDR gescheitert. Der Systemwettbewerb zwischen der DDR und der BRD konnte rückblickend in materieller Hinsicht nicht gewonnen werden.

9. *Zur Interpretation des Systemversagens des DDR-Sozialismus unter dem Aspekt der äußeren und inneren Hemmungen*

9.1. *Einige Deutungen im Kontext*

Eine komplexe Bewertung der DDR-Ökonomie erfordert und rechtfertigt eine gewisse Akzentverschiebung zwischen den (oft zu einseitigen Sichtweisen der) inneren Hemmungen des planwirtschaftlichen Systems im Verhältnis zu den externen oder äußeren, und zwar in Richtung der letzteren.

Die bereits anfangs zitierte Wertung einer essentiellen »DDR-Innovationsschwäche« durch *Grosser* ist konkreter zu fassen: Es gilt zu erkennen, dass die in einigen Branchen tatsächlich vorhandene Innovationsschwäche aus der oft unzureichenden Sach- und Materialausstattung in der Forschung und aus der enormen Breite der notwendigen autarken Forschungsaufgaben resultierte, vor allem aber aus einer verzögerten Nutzung erzielter Neuerungen entstand, also eine zwangsläufige Folge der materiellen Ressourcenknappheit bei niedrigerer Produktivität und unzureichender Arbeitsteilung im RGW war. Zum Vergleich: In der Treuhand-Ära erfolgte eine so gründliche Demontage des betrieblichen Innovationspotentials in Ostdeutschland, dass es sich bis heute davon nicht erholen konnte. Dies ist ein paradoxes Resultat der faktischen Transformationspolitik im Kontrast zu *Grossers* emphatischer Sichtweise des Einflusses einer DDR-Innovationsschwäche auf die erreichte volkswirtschaftliche Ost-Produktivität.¹⁰⁶

Für die ersten fünfzehn Nachkriegsjahre gilt: Die objektiven Hemmnisse und Erschwernisse, die sich dem neuen, eigenständigen Staatswesen im Osten Deutschlands entgegenstellten, waren enorm, machten aus seiner Behauptung und Entwicklung »eigentlich ein geradezu verzweifeltes Unterfangen«; die Spaltung Deutschlands und der Kalte Krieg vergrößerten die Schwierigkeiten nicht nur, sie multiplizierten sie.¹⁰⁷

Rückblickend ist es rational erklärlich, dass das eigentlich »geradezu verzweifelte Unterfangen« einer separaten DDR-Existenz sich unter den gravierenden negativen Rahmenbedingungen seiner historischen Existenz nicht überzeugender behaupten konnte. Diese Sichtweise drängt die dominierende politisch-ideologische Bewertung des DDR-Experiments zurück, die nach dem Mauerfall eine demokratische und evolutionäre Auflösung der inneren Widersprüche der DDR-Gesellschaft erhoffte oder erwartete. Die ökonomische Wirkung des Demokratiedefizits der Machtstrukturen wird m. E. gelegentlich überbetont. Andererseits waren

106 Die spezifische FuE-Personalintensität in der ostdeutschen Wirtschaft blieb im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung auf 50 Prozent des westdeutschen Niveaus begrenzt. Danach ging das Ost-Niveau bis 2005 wieder auf 41 Prozent zurück (für NBL + Berlin. Stifterverband »FuE-Datenreport 2008«. Tabelle C, S. 14).

107 Vgl. Heinz Karl, *Die DDR – Versuch einer sozialistischen Alternative oder Sackgasse von Anfang an?*. In: Gerhard Fischer (Hrsg.): *Gegen den Zeitgeist – zwei deutsche Staaten in der Geschichte*. Schkeuditz 1999. S. 317f.

ökonomische Schwächen oft ein Motiv für manche planbürokratischen Übertreibungen.

Schürer hebt hervor: »So begann die DDR die Nachkriegsperiode mit einer Akkumulationsrate von nur 7 Prozent [...] und die Bundesrepublik startete mit einer Akkumulationsrate von 22 Prozent [...]«¹⁰⁸ Und »[...] in der Sowjetischen Besatzungszone waren die Anforderungen zur Überwindung der Kriegsfolgen durch die viel umfangreicheren Reparationen und Demontagen wesentlich höher als in der Bundesrepublik.«¹⁰⁹

Steinitz fasste seine Analyse zum Ende der DDR in die Worte, »dass die These von der durchweg maroden DDR-Wirtschaft die Realitäten äußerst verzerrt widerspiegelt«¹¹⁰. Dem ist im Zuge der statistisch belegbaren Sachlage und ihrer komplexen Einbindung in das historische Umfeld voll zuzustimmen. Damit sollen die entstandenen inneren Mängel und Schwierigkeiten der DDR-Ökonomie nicht bestritten werden. Es geht vielmehr um die historische Richtigstellung gegenüber den einseitigen Sichtweisen und Legenden der offiziell dominierenden Interpreten des Weges zur Vereinigung.

Wenzel verweist auf die Gewichtung der historischen Bedingungen, unter denen die Ostdeutschen nach 1945 ihre wirtschaftlichen Leistungen erbracht hatten, gleich »welche Mängel dem realsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem angelastet werden können.«¹¹¹ Er verweist auf die außerordentlich ungünstigen historischen Bedingungen der DDR im Vergleich zu den besonders günstigen der BRD.¹¹²

Rückblickend auf die Nachkriegsentwicklung in Ostdeutschland wird erkennbar, dass der ökonomische Kahlschlag durch die enorm hohen Reparationen sowie die hohen spürbaren Verluste aus der offenen Grenze bis Mitte 1961, die während der ersten 15 Jahre nach dem Kriegsende zu tragen waren, eine lange wirkende *Basis* für den »nachhinkenden« bzw. chronischen Produktivitäts- und Altersrückstand des DDR-Kapitalstocks (im Vergleich zu Westdeutschland) bildeten.¹¹³

108 Gerhard Schürer: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR. In: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. S. 66.

109 Ebenda. S. 65.

110 Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus – Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert. Hamburg 2007. S. 40.

111 Siegfried Wenzel: Plan und Wirklichkeit. S. 15.

112 Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 62.

113 Siehe auch: Blessing et al.: Die Schulden des Westens.

Olaf Baale nimmt aktuell auf die Aussage von *Herbert Häber* (zeitweiliges Mitglied des SED-Politbüros) Bezug, wonach *Häber* davon überzeugt war, dass die Demontagen »der DDR ökonomisch das Rückgrat gebrochen« haben.¹¹⁴

Jörg Roesler stellte daher korrekterweise fest: »Es ist demzufolge sehr wahrscheinlich, dass der größte Teil der Produktivitätsverluste in der späteren DDR in beträchtlichem Maße auch auf die Demontage der modernsten Ausrüstungen und auf – durch die Demontage verursachte – branchenstrukturelle Fehlentwicklungen zurückzuführen ist.«¹¹⁵ *Lothar Baar* stellte bereits 1995 fest: Es ist nicht übertrieben, von einem »dramatischen Ausmaß der Investitionslücke der fünfziger Jahre« zu sprechen, »die eine wesentlich negative Strukturpräfiguration darstellt«.¹¹⁶

9.2. Fazit

Am Ende fehlten jene 15 Jahre von 1945 bis 1961 mit ihren hohen substanziellen Verlusten durch Reparationen, den unsäglichen Erschwernissen durch die Teilungsdisproportionen und der Auszehrung durch die offene Westgrenze für eine branchenmäßig ausgewogene, d. h. normale Reproduktion des Anlagekapitals bei rasch wachsender Arbeitsproduktivität. Hinzu kamen die Verluste aus den negativen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der DDR-Wirtschaftsentwicklung. Daher konnte der relative große Anfangsrückstand in der Produktivität aus der Periode vor 1961 später mittels der in der DDR betriebenen Modernisierung von Industrieanlagen sowie im Wohnungsbau objektiv nicht mehr hinreichend aufgeholt oder etwa ausgeglichen werden.

Eine andere Erwartungshaltung würde voraussetzen, dass die DDR-Wirtschaft eine langfristig deutlich höhere, überflügelnde Rate der Akkumulation, d. h. der Brutto- und Nettoinvestitionen am möglichen Endverbrauch, als Westdeutschland hätte realisieren können – eine historisch-ökonomisch illusionäre Vorstellung. Diese Schlussfolgerung wird auch durch die späteren Erfahrungen des Aufholprozesses seit der

114 Olaf Baale: *Abbau Ost*. S. 215.

115 Jörg Roesler: *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 – eine Analyse auf gleicher Augenhöhe*. Leipzig 2006. S. 46.

116 Lothar Baar et al.: *Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen*. In: Lothar Baar et al. (Hrsg.): *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*. Berlin 1995. Bd. 2. S. 65.

deutschen Vereinigung gestützt. Die ostdeutsche Region hätte einen langfristigen BIP-Wachstumsvorsprung von jährlich vier Prozent vor Westdeutschland behaupten müssen, um letztendlich nach Jahrzehnten ökonomisch angleichen zu können.

Der Produktivitätsrückstand war also nicht hauptsächlich durch eine Dominanz von impliziten Mängeln des DDR-Planungssystems bedingt. Außerökonomische und außenwirtschaftliche Faktoren spielten eine kaum zu überschätzende Rolle. So z. B. die je Einwohner (vergleichsweise mit Westdeutschland) außerordentlichen Lasten der unproduktiven Konsumtion des Verteidigungshaushalts und des inneren Sicherheitssystems.¹¹⁷ Dies hatte seine politische Ursache im Kalten Krieg und im auszehrenden Wettrüsten. Immerhin wurde durch die NATO das wirtschaftsstrategische Ziel verfolgt, die Ressourcen der RGW-Staaten in den Militärverbrauch zu leiten und damit den Lebensstandard der RGW-Staaten zu drücken, da sie sich pro Kopf (im Vergleich zur volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) relativ höher mit den Verteidigungsausgaben belasteten. Der Abzug von materiellen Ressourcen aus dem wirtschaftlichen Kreislauf für den Militärverbrauch wirkte sich hierbei relativ stärker aus: Die von Anfang an bestehende deutlich niedrigere Produktivität der DDR-Wirtschaft im Verhältnis zur westdeutschen Marktwirtschaft hatte – auch infolge der pro Kopf vergleichbar hohen Verteidigungslasten – schon seit den 60er Jahren eine relative chronische Schwächung der volkswirtschaftlichen Effektivität zur Folge.

Die Frage nach der Dominanz der äußeren oder inneren Entwicklungshemmnisse für die DDR, die ihren ökonomischen Rückstand gegenüber der BRD bis zum Jahre 1989 entscheidend bedingten, ist nach wie vor Gegenstand der kritischen Rückschau auch unter den Linken. Der Realsozialismus in der DDR konnte sich nicht erfolgreich von den außenwirtschaftlichen Einwirkungen und Hemmnissen lösen, da er unter Wettbewerbszwang zum Kapitalismus und unter den Bedingungen des Kalten Krieges existieren und reagieren musste.

Steinitz hat im Anschluss an seine Analyse der DDR-Endzeit hervorgehoben: »dass sich die ökonomischen Probleme und Widersprüche im

117 Hier ist daran zu erinnern: Die jährlichen Gesamtausgaben im Militär- und Sicherheitsbereich lagen 1988 offiziell bei 21,7 Mrd. DDR-M und verbrauchten damit einen extrem drückenden 10 %igen Anteil vom Volkseinkommen.

Verläufe der achtziger Jahre äußerst zugespitzt haben.«¹¹⁸ Diese »äußerste Zuspitzung« erfolgte jedoch auf einem langjährig zurückgebliebenen Produktivitätsniveau, das unter ungünstigen äußeren Hemmfaktoren litt. Dann fügte er jedoch hinzu: dies »kann nicht primär aus den Startbedingungen und auch nicht aus den äußeren Bedingungen erklärt werden.« *Steinitz* hat diese Aussage später deutlich abgemildert, z. B. in seiner DDR-Analyse von 2007.¹¹⁹

Für die von manchen Autoren bevorzugte Erklärung »Innovationschwäche« als Hauptursache des Zurückbleibens der DDR-Produktivität ist jedenfalls keine eindeutige Kausalität gegeben, solange man die negativen Rückwirkungen übergeht, die aus der Minder-Produktivität für die Finanzierung der Forschung und Entwicklung auf das aktivierbare Innovationspotential der DDR sowie auf ihre Investitionslenkung resultieren mussten. In Gegenüberstellung zu den unten stehenden Angaben in der »Synopsis der DDR-Belastungen« (siehe Anhang) ist hier eine historisch korrekte Abwägung möglich.

Sicherlich dürfen die inneren Hemmfaktoren des Systems DDR nicht zu gering bewertet werden, aber ihre Genesis entsprang auch immer äußeren Zwangslagen. *Wenzel* räumt ein: »Äußere und innere Faktoren haben sich gegenseitig beeinflusst und überlagert.«¹²⁰ Ferner ist zu beachten: Die subjektivistischen Zuspitzungen der DDR-Wirtschaftspolitik bildeten nur die reflektierende »Schaumkrone« auf dem anfänglich stark benachteiligten und generell zu schwachen materiell-ökonomischen Fundament des realsozialistischen Gesellschaftsversuches, das auf einer permanenten militärisch gesicherten Abgrenzung beruhte. Dies warf schon etwas früher die kritische Frage auf, ob sich die DDR von Anfang an in einer historischen Sackgasse bewegte – jetzt eine Sichtweise aus dem Rückblick. Jedoch war die Zukunft der DDR-Wirtschaft niemals von jenen »Freiheitsgraden« der parlamentarischen Demokratie geprägt worden, die ohne die harte Systemkonkurrenz von westlicher Seite nutzbar gewesen wären und oftmals idealer Weise von »DDR-Reformern« 1989 gewünscht wurden.

118 Klaus Steinitz: *Wirtschaft bankrott?* In: Stefan Bollinger (Hrsg.): *Das letzte Jahr der DDR*. S 91.

119 Klaus Steinitz: *Das Scheitern des Realsozialismus*. S. 36.

120 Siegfried Wenzel: *Zur Rolle äußerer Faktoren für die ökonomische Entwicklung der DDR*. In: *Die DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren*. S. 25.

Die dramatische Systemkonkurrenz bei langjähriger technologischer Embargopolitik des Westens, gepaart mit militärischem Druck des Kalten Krieges zum übermäßigen Ressourcenverbrauch im Rüstungswettlauf, wurde von manchen Autoren ausgeklammert.

Wenzel hebt auf die gravierenden Wirkungen des außerökonomischen politischen Umfeldes für die Nachkriegs- und DDR-Entwicklung ab. Gemessen an den Belastungen des im Inland verwendeten Volkseinkommens infolge der negativen Preisrelationen im Außenhandel West wie Ost, infolge der hohen Zinsverpflichtungen im Westhandel und infolge der krassen Rohstoffverknappungen, die mit ihren investitionsseitigen Auswirkungen die Größenordnung von vielen Milliarden Mark provozierten, gewann der äußere Faktorenkreis faktisch die Dominanz unter den ökonomischen Hemmnissen der DDR-Wirtschaft. *Wenzel* führte bereits 1999 dazu aus: »[...] dass der Produktivitäts- und Effektivitätsrückstand der DDR gegenüber der BRD in erster Linie historisch, entwicklungsbedingt ist, erst in zweiter Linie den zweifellos vorhandenen Mängeln und Fehlern des praktizierten Wirtschafts- und Planungsmodells geschuldet ist.«¹²¹ Diese Gewichtung ist auch m. E. historisch begründet.

Die Überlagerung mit inneren, systembedingten Hemmnissen ist damit ebenfalls anerkannt, bleibt aber im Vergleich mit den äußeren im Wirkungsumfang zurück. Selbst die inneren Hemmfaktoren hatten ebenfalls eine gleichsam äußere Quelle im importierten Planungs- und Lenkungssystem der Zentralverwaltungswirtschaft, worauf *Wenzel* im dialektischen Sinne hinweist. Letztlich ergibt sich das Bild einer Verquickung der inneren und äußeren Hemmfaktoren, die unter einer historisch unzureichenden Anpassungsfähigkeit und Eigendynamik litt und damit relativ erstarrte und versagte.

Die DDR geriet vor allem in ihrem letzten Jahrfünft zwischen die Zwänge aus beiden Richtungen – West- und Ostausenhandel – und gewann auch nicht mehr die systemische Flexibilität und innere Anpassungsfähigkeit, mit den gegebenen Einschränkungen und Belastungen aus den eigenen Fähigkeiten heraus rechtzeitig zügig fertig zu werden. Hierin teilte sie das Schicksal anderer RGW-Länder.

121 Siegfried Wenzel: Sozialismus gleich Mangelwirtschaft? S. 40.

9.3. Das politische Ende der DDR

Die innere Auflösung der DDR wurde durch ihre politische Destabilisierung eingeleitet, die mit den Montagsdemonstrationen in Leipzig und der überraschenden Maueröffnung in Berlin zum machtpolitischen Ende der SED-Herrschaft führte, das sich allerdings durch den zu großen volkswirtschaftlichen Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland immens beschleunigte. *Grosser* bemerkte sicherlich zutreffend: »Ohne die Konkurrenz des westlichen Modells wären die sozialistischen Länder 1989/1990 nicht zusammengebrochen [...] Hätte sich das gesamte sozialistische Lager der ökonomischen Systemkonkurrenz entziehen können, wäre Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Leistung der sozialistischen Systeme kaum zu einem gewichtigen Faktor der Destabilisierung geworden.«¹²² Aber real gab es keine sozialistische Inselwelt, sondern einen erbitterten wirtschaftlichen und militärischen Systemwettbewerb bei bedeutend unterlegenen ökonomischen Potenzialen der sozialistischen Seite. *Luft* bemerkte lakonisch: »Als das Sowjetimperium in die Krise geriet, war es auch mit seinem Satelliten vorbei.«¹²³

Hier wiederhole ich die Feststellung: Die DDR-Wirtschaft war durch die Nachkriegs-Reparationen und die Zeit der offenen Westgrenze nachhaltig historisch in ihren materiell-ökonomischen Existenzbedingungen geschwächt und konnte die daraus resultierenden relativen Rückstände gegenüber Westdeutschland später – unter den erheblichen Einwirkungen negativer Faktoren des Kalten Krieges und der Außenwirtschaft – nicht ausgleichen. Hinzu kamen, zunehmend in der Schlussphase, hemmende systemische Faktoren der Planwirtschaft. »Dies ist in hohem Grade auf ihre Ausgangs- und auf ihre äußeren Entwicklungsbedingungen zurückzuführen. Die Rückstände sind jedoch zunehmend Ausdruck entscheidender Systemdefizite der zentralistischen, administrativen Planwirtschaft.«¹²⁴ Letztere jedoch standen in spezifischem Zusammenhang mit den äußeren Faktoren, die objektive Belastungen bzw. Beschränkungen darstellten.

Die volkswirtschaftlichen Produktivitätsrückstände in der 40-jährigen DDR-Geschichte hatten sich trotz der inneren Hemmfaktoren des planbürokratischen Systems bis zuletzt nicht erhöht, sondern relativ sogar

122 Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. S. 66.

123 Christa Luft: Abbruch oder Aufbruch? S. 40.

124 Klaus Steinitz: Das Scheitern des Realsozialismus. S. 36.

verringert – siehe auch den obigen Beitrag von *Heske*. Die DDR hat den relativen Produktivitätsfortschritt zur alten BRD insgesamt noch mitgehalten. Sie konnte ihn aber nicht hoch genug »übertrenden«, um den Ausgleich zu erreichen und musste von daher ihr ursprüngliches Ziel von der »ökonomischen Überlegenheit der Planwirtschaft« verfehlen. Der Vergleich der Bruttoinvestitionen spiegelt diese DDR-Anstrengung wider – siehe Tabelle 2.

Tabelle 2: Quote und Dynamik der Bruttoinvestitionen der DDR und BRD 1975-1989
(Quote in % der inländischen Verwendung,
Dynamik 1975 = 100, Preisbasis Euro 1995)

Jahr	DDR		BRD	
	%	1975 = 100	%	1975 = 100
1975	21,6	100	23,1	100
1980	21,6	118,0	23,6	120,8
1985	20,2	121,2	21,7	112,2
1989	21,7	143,0	22,3	131,1

Quelle: umgerechnet nach Gerhard Heske: Gesamtrechnung Ostdeutschland. S. 231ff.

Die quantitative Entwicklung der Bruttoinvestitionen im Vergleich zur alten BRD zeugt hiernach nicht von krisenhaften Schwächen oder Rückschlägen in der DDR. Die Belastungen aus den äußeren Entwicklungsbedingungen führten jedoch zu partiellen Defiziten für ein proportionales wirtschaftszweigliches Wachstum, das somit Lücken bzw. Schwankungen unterworfen blieb. »Entscheidend für den Untergang der DDR war nicht eine akut drohende Pleite. Als ursächlich erwiesen sich politische Faktoren«¹²⁵, resümiert *Luft* ihre rückblickende Analyse.

Unmittelbar auslösend für das rasche politische Ende der DDR als Staat war jedoch die diplomatisch verdeckte Deutschlandpolitik *Gorbatschows* gegen Ende der 80er Jahre, die in Verbindung mit der abrupten Desintegration des RGW-Handels 1990 zur politischen Isolierung/Desta-

bilisierung der DDR wesentlich beitrug. Jedoch erkannten schon 1991 die Autoren der »Schlussbilanz DDR«: »Die Krise des politischen Systems in der DDR – das in seinen Grundzügen immerhin vier Jahrzehnte bestand – muss in entscheidendem Maße als ökonomisch determiniert angesehen werden.«¹²⁶ Dabei spielten m. E. die äußeren Existenz- und Rahmenbedingungen die dominierende Rolle für den »historischen Fehlversuch«¹²⁷ der DDR-Wirtschaft.

Schürer betont daher: »Es gehört nicht viel Phantasie dazu, die Feststellung zu treffen, dass die DDR auch bei Vermeidung aller größeren Fehler in der großen Politik ohne ihre historisch entstandenes Umfeld nicht existenzfähig war und deshalb spätestens dann untergegangen wäre, als die Sowjetunion zusammenbrach und der Warschauer Pakt sowie der RGW sich auflösten.«¹²⁸ Aber auch hier gilt die ambivalente Einsicht von *Luft*: »Die Existenz der DDR gehörte zu den Stabilitätsfaktoren des gesamten Ostblocks. Erwiesen sich der Fall der Mauer und der Zusammenbruch der DDR als Resultat einer Erosion dieses Blocks, so wirkten sie nun ihrerseits als Katalysator seines endgültigen Zerfalls.«¹²⁹

10. Reflexion: Historische Doppelwirkung zweier Deindustrialisierungen

Nach den zurückliegenden Erfahrungen drängt sich geradezu eine Wertung der beiden in Ostdeutschland historisch durchlebten und erlittenen Deindustrialisierungen auf:

– Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es fast zwanzig Jahre, bevor die DDR normal hohe jährliche Akkumulationsraten für eine Überwindung der tief greifenden Deindustrialisierung nach der Demontage- und Reparationen-Ära sowie nach der massenhaften Westflucht erreichen konnte. Hinzu kamen die massiven Erschwernisse der Teilungsdisproportionen sowie die extremen Anforderungen und Folgen der Braunkohlenenergie-wirtschaft. Mit einer erheblichen Verzögerung trat die DDR dann ab den 60er Jahren in einen »verzweifelten« Aufholprozess und sozialen System-

¹²⁶ Günter Kusch: Schlussbilanz DDR, S. 11.

¹²⁷ Ebenda, S. 12.

¹²⁸ Gerhard Schürer: Das Ende der DDR-Wirtschaft. In: Ludwig Elm et al.: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 6, S. 400.

¹²⁹ Christa Luft: Die nächste Wende kommt bestimmt – auf der Suche nach wirtschaftlichen und sozialen Alternativen. Berlin 1994, S. 75.

wettlauf gegenüber der BRD ein, konnte aber ihr Ziel bis zuletzt nicht erreichen. Die enormen äußeren Belastungen der DDR-Wirtschaft haben objektiv kein grundlegend günstigeres Resultat zugelassen. Von den fehlenden Ressourcen bis zu den nachwirkenden strukturellen Schwächen der ersten 15 Nachkriegsjahre und den außenwirtschaftlichen Hemmungen bildeten sich Handicaps bis zuletzt.

– Nach der Vereinigung blieb Ostdeutschland in zwei Jahrzehnten (1991 bis 2009), trotz der massiven externen Netto-Kapitalzuflusses offenbar ebenfalls unfähig, den Rückstand zu Westdeutschland wirtschaftlich aufzuholen. Die hohen investiven und sozialen Transferleistungen von West nach Ost hatten in dieser Periode nicht bewirken können, dass die nach 1991 historisch zweite tief greifende Deindustrialisierung hinreichend ausgeglichen werden konnte. Strukturelle Deformationen bzw. Fehlleistungen in den privaten Kapitalinvestitionen (im Ergebnis der Transformationsphase) haben bislang verhindert, dass ein selbst tragendes hohes Wirtschaftswachstum die rasche und stetige Angleichung der ökonomischen Leistungsfähigkeit von Ost an West ermöglicht hätte. Der Angleichungsprozess der Wirtschaftsleistung Ost an West lahmt bereits seit 1995.

Jede der beiden tief greifenden *Deindustrialisierungen* brachte spezifische Rückschläge oder Hemmungen in der Produktivität im Vergleich zu Westdeutschland, die nicht aufgeholt wurden. Verhinderten die permanenten Verluste aus den äußeren Bedingungen nach 1945 den DDR-Erfolg im Systemwettbewerb, konnten selbst die enormen West-Ost-Transfers nach der Vereinigung den historischen Rückstand der Produktivität zu Westdeutschland nicht mehr hinreichend verringern. Außerdem übersteigt die Neu-Verschuldung seit 1991 allein der fünf ostdeutschen Flächenländer (ohne Berlin) mit 74,2 Mrd. Euro (2007)¹⁵⁰ bei weitem die frühere echte gesamte Staatsverschuldung der DDR (ohne Altschulden der Treuhandbetriebe), die nur bei ca. 59 Mrd. Euro oder 115,3 Mrd. DM lag.¹⁵¹

Es zeigte sich: Die DDR konnte infolge der erzwungenen Investitionslücke, ungünstiger Rohstoff- und Energielage und weiteren äußeren Belastungen aus eigener Kraft den eingetretenen Rückstand zu West-

¹⁵⁰ Bundesamt für Statistik (Destatis): Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden 2008. Bd. 1. S. 562.

¹⁵¹ Siegfried Wenzel: Was war die DDR wert? S. 28.

deutschland (aus den Jahren 1945 bis 1961) in der Folgezeit auch aus objektiven Gründen nicht aufholen.

Nach der Vereinigung haben die durch hohe Transfers West-Ost »am Tropf«¹³² gehaltenen und außerdem inzwischen hoch verschuldeten ostdeutschen Länder es in den 20 Jahren auch nicht geschafft, den Entwicklungsrückstand zu Westdeutschland aufzuholen. Der Exodus von Ostdeutschen in Richtung West setzte sich ab 1991 bis zuletzt als dramatischer Potentialverlust für den Osten wiederum fort.

Der Soziologe *Heinz Bude* sprach bereits 1993 von einer »tragischen Gesellschaft« in Ostdeutschland¹³³, die sich offenbar auch infolge der fehlerhaften Vereinigungspolitik bislang als hartnäckig erwiesen hat. Diese Tragik der ostdeutschen Gesellschaft ist zweifellos mit ihren negativen Folgen in die deutsche Gesamtgeschichte seit Ende des Zweiten Weltkriegs als prägend einzuordnen.

Anlage

Äußere DDR-Belastungen (Auswahl)

132 Ulrich Busch: Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft. Berlin 2002.

133 Heinz Bude: Das Ende einer tragischen Gesellschaft. In: Hans Jonas / Martin Kohli: Der Zusammenbruch der DDR – soziologische Analysen. Frankfurt/Main 1995. S. 268 ff.

<i>Belastung/Verlustquelle:</i>	<i>für Zeitraum:</i>	<i>Σ Verlust/Aufwand:</i>
Demontagen, Requirierungen - dar. Produktionsentnahmen in % vom Bruttosozialprodukt	1945-1950 1946-1953	54 Mrd. RM (Preisbasis 1944) (~ 72,2 Mrd. DM, Preisb. 1953) ~ 22 % kumul. vom Ost-BSP
Abzug von Spezialisten, Patenten	1945	1-2 Mrd. RM (Preisbasis 1944)
Reparationsausgleichsforderungen Ost- an Westdeutschland (1)	1945-1989	727,1 Mrd. DM einschl. Zinsen
Besatzungskosten I (2)	1945-1953 1954-1958	ca. 18,0 Mrd. Mark 6,2 Mrd. Mark
Uranerzabbau, lfd. Kosten (3)	1946-1953 1954-1985	15,1 Mrd. Mark 17,3 Mrd. Mark
Produktionsverlust durch offene Gren- ze West sowie Verlust an Ausbildungskosten (4)	1951-1961 1951-1961	120 Mrd. Mark der DDR 16,3 Mrd. Mark der DDR
Mauerbau Personeller Grenzschutz (NVA) Besatzungskosten II	1961-1964 1961-1989 1980-1989	1,822 Mrd. Mark der DDR ~ 14 Mrd. Mark der DDR ~ 15 Mrd. Mark der DDR
Mineralölspaltung, Heizölablösung	1982ff.	19,0 Mrd. Mark der DDR
Jahres-Sicherheitskosten (Armee, Staatsicherheit) ohne Rote Armee (5)	1988	ca. 21,7 Mrd. Mark der DDR
DDR-Exportüberschuss (lt. Heske) (Preisbasis in Euro, 1995) (6)	1982-1989	+ 97,6 Mrd. DM (49,9 Mrd. Euro)
Westkreditzinsen (Saldo)	1978-1988	+ 30,5 Mrd. VM
Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber sozialistischen Ländern - darunter Sowjetunion (7)	bis Ende 1989	+ 6,1 Mrd. VM (Saldo) + 3,1 Mrd. VM
Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber kapital. Ländern (NSW) - darunter IDH mit BRD (7)	bis Ende 1989	- 19,9 Mrd. VM (Saldo DM) - 6,5 Mrd. VM

1) Es handelt sich um eine fiktive Rechnung für die von der DDR für die BRD gezahlten anteiligen Reparationen (je Einwohner), die preislich umgerechnet und verzinst hoch gerechnet wurden, als Ausgleich nach der Vereinigung, gemäß der Initiative von Arno Peters (Bremen) von 1989/1990. (Nach Siegfried Wenzel: Arno Peters. In: Utopie kreativ. Heft 150. April 2005. S. 367.) 2) Olaf Baale: Abbau Ost. S. 237. 3) Rainer Karlsch: Uran für Moskau. S. 109. S. 261. 4) Falk Küchler: Die Wirtschaft der DDR. S. 56. 5) Torsten Diedrich: Warschauer Pakt. S. 4. 6) Gerhard Heske: Gesamtrechnung Ostdeutschland 1970-2000. S. 250 (Tabelle). 7) Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. S. 36f., 60.

Ausgewählte Literatur

- Baale, Olaf: Abbau Ost – Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden. München 2008.
- Baar, Lothar et al. (Hrsg.): Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1995. Band 2.
- Blessing, Klaus / Damm, Eckart / Werner, Matthias: Die Schulden des Westens – wie der Osten Deutschlands ausgeplündert wird. 3. Aufl. Zeuthen 2006.
- Bollinger, Stefan (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR – zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004.
- Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989. Frankfurt/Main 1999. http://www.bundesbank.de/download/presse/publikationen/zahlungsbilanz_ddr.pdf [25.05.2009]
- Elm, Ludwig / Dietmar Keller / Reinhard Mocek (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR. Bd. 6. Bonn, Berlin 1996.
- Grosser, Dieter: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion – politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln. Stuttgart 1998. Reihe: Geschichte der deutschen Einheit. Bd. 2.
- Helle Panke e. V. (Hrsg.): 1989-1990. Die DDR zwischen Wende und Anschluss. Beiträge einer wissenschaftlichen Konferenz. Berlin 2000. Reihe: Pankower Vorträge. Heft 20.
- Helle Panke e. V. (Hrsg.): Die DDR-Wirtschaft in den 80er Jahren. Kolloquium. Berlin 2005. Reihe: Pankower Vorträge. Heft 70.
- Heske, Gerhard: Gesamtrechnung Ostdeutschland – Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. HSR Historische Sozialforschung Supplement No. 17. Köln 2005. Gekürzte Fassung siehe auch http://hsr-trans.zhsf.uni-koeln.de/hsrretro/docs/artikel/hsr/hsr2005_665.pdf [25.05.2009]
- Jaraus, Konrad H. / Sabrow, Martin (Hrsg.): Weg in den Untergang – der innere Zerfall der DDR. Göttingen 1999.
- Karlsch, Rainer / Jochen Laufer: Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949 – Hintergründe Ziele und Wirkungen. Berlin 2002. Reihe: Zeitgeschichtliche Forschungen. Bd. 17.
- Küchler, Falk: Die Wirtschaft der DDR – Wirtschaftspolitik und industrielle Rahmenbedingungen 1949 bis 1989. Berlin 1997.

- Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. Opladen 1996. Reihe: Am Ende des realen Sozialismus. Bd. 2.
- Kuhrt, Eberhard (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Opladen 1999. Reihe: Am Ende des realen Sozialismus. Bd. 4.
- Kusch, Günter: Schlussbilanz DDR – Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin 1991.
- Luft, Christa: Die nächste Wende kommt bestimmt – auf der Suche nach wirtschaftlichen und sozialen Alternativen. Berlin 1994.
- Luft, Christa: Die Lust am Eigentum – auf den Spuren der deutschen Treuhand. Zürich 1996.
- Luft, Christa: Abbruch oder Aufbruch? Warum der Osten unsere Chance ist. Berlin 1998.
- Mai, Karl: Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft. Daten, Klarstellungen und Bewertungen. Leipzig 2008. Reihe: Diskurs Heft 29.
- Roesler, Jörg: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990 – eine Analyse auf gleicher Augenhöhe. Leipzig 2006.
- Schultz, Helga / Jürgen Wagener (Hrsg.): Die DDR im Rückblick – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur. Berlin 2007.
- Steiner, André: Von Plan zu Plan – eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. München 2004.
- Steinitz, Klaus: Worin müsste sich ein demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert vom gescheiterten Realsozialismus unterscheiden? Berlin. Reihe: Pankower Vorträge. Heft 100.
- Steinitz, Klaus: Das Scheitern des Realsozialismus – Schlussfolgerungen für die Linke im 21. Jahrhundert. Hamburg 2007.
- Wenzel, Siegfried: Plan und Wirklichkeit – Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen. St. Katharinen 1998.
- Wenzel, Siegfried: War die DDR 1989 wirtschaftlich am Ende? Berlin 1998. Reihe: Hefte zur DDR-Geschichte. Heft 52.
- Wenzel, Siegfried: Sozialismus gleich Mangelwirtschaft – Ein Beitrag zur Systemauseinandersetzung. Berlin 1999. Reihe: Pankower Vorträge. Heft 14.
- Wenzel, Siegfried: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz. Berlin 2000.

Wenzel, Siegfried: Was kostet die Wiedervereinigung? Und wer muss sie bezahlen? Stand und Perspektiven. Berlin 2005.

Umgestaltung des Banken- und Währungssystems 1990/1991¹

War die DDR pleite oder nicht? Das ist jene Frage, die immer wieder diskutiert wird. »Ihr wart finanziell am Ende«, so die Grundaussage, die offiziell immer wieder in den Vordergrund gerückt wird. Gerade bei der jungen Generation ist es deshalb besonders schwer, den Gegenbeweis anzutreten. Ihn kann man mit Zahlen belegen, all das hilft allerdings derzeit nicht viel, weil über jene Vergangenheit derzeit kaum noch sachlich geredet wird. Niemand will die DDR ernsthaft zurückhaben. Es geht jedoch um die Frage, was wir aus dem Wissen über ihre Existenz für die Zukunft ableiten können. Das ist auch der Punkt, den ich in vielen öffentlichen Diskussionen in den Mittelpunkt stelle. Dabei habe ich als Banker natürlich einen Vorteil gegenüber allen Statistikern: Bankkonten sagen stets die Wahrheit. Sie stellen die Realität unverfälscht dar. Bei Zahlen und Statistiken lässt sich hingegen viel kaschieren und manipulieren. Stets können sie auch politisch bewertet werden. Was jedoch auf einem Bankkonto steht, ist am Ende das Entscheidende.

Im Auftrag von Hans Modrow verhandelte ich ab Februar 1990 gemeinsam mit Horst Kaminsky, dem Präsidenten der Staatsbank der DDR, mit dem Bundesbankpräsidenten Karl Otto Pöhl über die Einführung der D-Mark. Wir diskutierten unter anderem darüber, ob wir sie einführen oder nicht. Und, wenn wir sie einführen, unter welchen Voraussetzungen das geschehen müsse? Das waren die entscheidenden Fragen. Allerdings hatten wir bei diesen Beratungen völlig andere Vorstellungen über die Währungsunion, als später über sie politisch entschieden wurde. Hier hat die Führung der Bundesrepublik Deutschland – letztlich also der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Finanzminister Theo Waigel – Entscheidungen getroffen, die sämtliche Ratschläge von Fachleuten, die in der Finanz- und Geldpolitik zu Hause waren, ignorierten. Sowohl die durchaus berechtigten Interessen des Ostens – der dabei al-

¹ Nach der Audio-Aufnahme am 18.04.2009.

lerdings sowieso nichts zu entscheiden hatte – aber auch alle Bedenken aus dem Westen, wurden völlig in den Wind geschlagen. Der ein Jahr später erfolgte Rücktritt Karl Otto Pöhl, der sich schriftlich bei uns für den wahltaktisch motivierten Alleingang des Kanzlers entschuldigt hatte, als Bundesbankpräsident war die folgerichtige Konsequenz. Mit seinem Auftritt im Fernsehen der DDR, bei dem er die Währungsunion ankündigte und sich natürlich auch für die D-Mark-Einführung aussprach, da sie im Interesse der DDR-Bevölkerung sei – so wie es Kohl in Dresden verkündet hatte – sagte der Bundesbankpräsident, er wisse zwar weder das Datum noch die Umrechnungssätze, man arbeitet aber an Lösungen. Gleichzeitig verwies er jedoch darauf, es müssten darüber hinaus noch eine ganze Reihe andere Themen erörtern werden, bevor die beiden Bilanzen der Bundesrepublik Deutschland und DDR gegenübergestellt werden können. Eine solche Gegenüberstellung sahen auch wir als Vertreter der DDR als unabdingbare Voraussetzung der anstehenden Währungsunion an.

Bis zum heutigen Tag gibt es jedoch keine Abschlussbilanz der DDR. Auch eine umfassende DM-Eröffnungsbilanz hat es nie gegeben. Deshalb wird die Frage der finanziellen Lage der DDR in den Jahren 1989/90 bis hin zu solchen Spezialproblemen wie der Finanzierung der russischen Armee immer noch breit diskutiert. Unter anderem deshalb habe ich Walter Siegert, den letzten Finanzminister der DDR, gebeten, noch einmal in die alten Unterlagen zu schauen, um die Frage zu klären, wie die finanzielle Lage seinerzeit tatsächlich war. Mich interessiert zugleich auch, was an offenen Rechnungen vorlag und was über Moskau verrechnet worden ist und was nicht. Das ist derzeit immer noch von großem Interesse, auch wenn es die heutigen Probleme als solche nicht mehr lösen hilft.

Bei der Antwort auf die Frage, ob die DDR zahlungsunfähig war oder nicht, teile ich die Auffassung von Siegfried Wenzel: Die DDR war nicht pleite. Zahlungsunfähig ist man in der Insolvenz. Sie tritt ein, wenn das Wirtschaftswachstum ausbleibt. Die Wirtschaft der DDR wuchs jedoch erstens stets. Zweitens war darüber hinaus beständig ihre innere wie auch die äußere Liquidität gesichert. Es waren sogar immer Liquiditätsüberschüsse vorhanden. Und schließlich drittens verfügte die DDR über 28 Milliarden bzw. 22 Milliarden – je nach Umrechnungsfaktor – an Valutareerven. Über sie ist allerdings nach dem Mauerfall und nach der Wiedervereinigung nie wieder geredet worden.

So hat die BRD nie für die Schulden der DDR aufkommen müssen. Sie wurden aus eigenem Vermögen bezahlt. Das war zum einen möglich, weil Konten bei der Staatsbank noch existierten, die überwiegend aus dem KoKo-Bereich Schalck-Golodkowskis gespeist wurden, und zum anderen weil die Währung der DDR intern seit Anfang der 60er Jahre stets auf das wirkliche Maß, d. h. auf das tatsächliche Verhältnis der DDR-Währung zu den Westwährungen und zum Rubel, umgewertet wurde. Letzteres war zwar geheime Verschlussache. Es gab jedoch in Berlin eine Reihe von Fachleuten, die sich hier auskannten. Mit diesen Umrechnungsfaktoren wurde in den Regierungskommissionen gearbeitet.

Damit wurde bei der Bewertung der Währung der DDR auch bereits seit Anfang der 60er Jahre das Rückstandsniveau gegenüber dem nichtsozialistischen Ausland berücksichtigt. In der Öffentlichkeit war das indes vielfach nicht bekannt, auch den Kombinatdirektoren nicht. Sie bekamen nur die Preise im Export und Import mitgeteilt und wussten, dass sie mitunter einen Zuschlag bekamen. Tatsache aber war auch, offiziell wurde stets proklamiert, die Mark der DDR habe den gleichen Wert wie die D-Mark. Es war jedoch eine nur vordergründig politische Aussage, dass die DDR-Währung immer das gleiche Verhältnis zum Dollar habe wie die D-Mark. Letztere hatte 1989 ein Umrechnungsverhältnis zum Dollar von 1 zu 1,8. Intern hatten wir jedoch schon für die DDR-Währung mit einem Faktor von 4,44 gerechnet. Um jene Größenordnung war die DDR zurückgeblieben und hatte sich auch gar nicht von den Problemen aus ihrer Gründungszeit erholen können. Dieser Umrechnungsfaktor war indes nicht nur eine statistische Größe. Er wurde natürlich auf den Konten der Staatsbank verrechnet. In allen Rechnungssystemen, im Export und im Import, selbst bei der Aktivierung des Vermögens der DDR spielten die entsprechenden Preise eine Rolle. Ich habe z. B. als Bankdirektor in den 60er Jahren eine Düngemittelfabrik in Schwedt finanziert, deren Anlagen aus Großbritannien und Frankreich importiert wurden. Sie wurden seinerzeit im Vermögen um das 1,8 und 1,9-fache höher aktiviert als sie gekauft wurden. Selbst Kurt Fichtner, damals stellvertretender Ministerpräsident, stellt mir die Frage: »Wieso wird denn das immer teurer?« Darauf meine Antwort: »Weil Du in Berlin mit beschlossen hast, dass wir das intern umrechnen«. Im Export war das dann genauso, d. h. wir haben mit Wertkategorien gerechnet, die die DDR intern festgelegt hatte. Das war möglich, weil unsere Währung nicht frei konvertierbar war.

Die daraus resultierenden Fragen und Probleme haben wir 1990 mit Karl Otto Pöhl diskutiert. Sie mussten geklärt werden, bevor man den Umrechnungskurs festlegt. Vielleicht, so unsere damaligen Überlegungen, müssen wir drei oder vier verschiedenen Umrechnungskurse anwenden. Einen speziellen für die Bevölkerung der DDR, bei dem »die zweite Lohntüte« berücksichtigt werden musste. Letztlich nämlich hatte die Mark der DDR eine höhere Binnenkaufkraft als die D-Mark. Das mag heute unwahrscheinlich klingen, entsprach jedoch den Tatsachen. Möglich wurde das durch die vielfältigen Sozialleistungen und Subventionen in Form jener »zweiten Lohntüte«. Unter anderem deswegen habe ich immer dafür plädiert, die 166 Milliarden Mark Spareinlagen auf den DDR-Konten 1 : 1 umzutauschen. Damit hätte man leben können. Die DDR-Bevölkerung will die DM haben, unterstrich ich damals, wenn das im Verhältnis 1 : 1 zu machen ist. Allerdings kam die Währungsunion tatsächlich nicht zu diesem Umtauschkurs, sondern lediglich bis zu einem Guthaben von 4 000 Mark bzw. bei Rentnern bis zu 6 000 Mark. Unter dem Strich ist die Währungsunion letztlich in einem Verhältnis von 1 : 2 realisiert worden.

Wesentlich problematischer jedoch war die völlig realitätsfremde Bewertung der DDR-Wirtschaft, indem der genannte Richtungskoeffizient nicht die erforderliche Beachtung fand. Schließlich waren 70 Prozent des DDR-Nationaleinkommens export- und importseitig auf vielfältige Art im Beziehungsgeflecht mit dem Ausland verbunden, zwei Drittel davon im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und ein Drittel mit dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW). Hier ist die BRD indes noch gar nicht erfasst, für die es spezielle Verrechnungseinheiten, die im Wesentlichen durch die BRD bestimmt wurden, gab. In den derzeitigen Debatten spielen sie überhaupt gar keine Rolle mehr. Dabei wurde ein Warenkorb Ost einem solchen aus dem Westen gegenüber gestellt. Seine Zusammenstellung wurde durch den Westen bestimmt. Auch deshalb hat die DDR letztlich drauf gezahlt. In welcher Größenordnung das geschah, lässt sich heute freilich nicht mehr ermitteln. Schließlich muss man noch den Swing von 600 Millionen D-Mark erwähnen, den Horst Kaminsky seinerzeit mit Finanzminister Helmut Schmidt vereinbart hatte. Faktisch war er ein Kredit, der durch die BRD nie in Anspruch genommen wurde. Er ist sogar vor 1989 noch einmal erhöht worden. D. h., die Währungsbeziehungen zwischen BRD und DDR hätten noch anders bewertet werden müssen als die zum übrigen westliche Ausland.

All diese Fakten müssen berücksichtigt werden, wenn die Zahlungsbilanz zum Ende der DDR realistisch bewertet werden soll. Die offizielle Zahlungsbilanz der DDR war hier allerdings wenig aussagefähig, weil die größten Positionen in den Bilanzen bei Schalck-Golodkowski erfasst waren und in ersterer keine entsprechende Berücksichtigung fanden. In den letzten fünf Jahren der DDR, als unter anderem die Kompensationsinvestitionen immer umfangreicher wurden, ist die Zahlungsbilanz vom Grundsatz her im Bereich KoKo bei Schalck-Golodkowski angesiedelt gewesen und damit auch der Verschuldungsgrad der DDR. Dem standen natürlich die Exporte gegenüber, für die allerdings Gerhard Beil als Minister für Außenwirtschaft der DDR verantwortlich war. Deshalb wurde in der Volkskammer immer ein Überschuss ausgewiesen, während real die Schulden immer größer geworden sind.

Auf diese Art hat die DDR wirtschaftlich in zwei Wellen gelebt. Mit der Anerkennungswelle der 70er Jahre hat jedes Land, das mit der DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte, der DDR einen Kredit eingeräumt. Wenn man jene Wechsel für die produktive Akkumulation genutzt hätte, nämlich für infrastrukturelle Investitionen in der Wirtschaft, um die Leichtindustrie bis hin zur Grundstoffindustrie zu entwickeln, würde es heute im Osten einen anderen Kapitalstock geben. Davon bin ich überzeugt, gleichfalls allerdings auch davon, dass die Rückstände, die wir aus der Gründerzeit hatten, nie aufholbar waren. Dafür fehlte einfach die Kraft.

Die Turbulenzen, die die Weltwirtschaft zur Zeit durchmacht, haben wir im Sozialismus hinter uns, nur im Kleinen. Das derzeitige System kann nicht funktionieren, weil sich die Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft losgelöst hat. Aus diesem Grund habe ich in meinem Buch extra die Kreditverordnung der DDR von 1948/49 veröffentlicht.² Den Banken war es hier verboten, sich von der Realwirtschaft zu trennen. Sie durften z. B. keine Verluste finanzieren. Jede Kreditvergabe hatte stets reale Werte zum Gegenstand. Die derzeitige kapitalistische Welt hat sich jedoch zu Lasten der armen Länder bereichert. Sie hat ihr Geldvolumen nur für die Reichen der Welt aufgebläht, für die Fonds und für Private. Daraus wurden dann die Dividenden ausgeschüttet, die höher sind als jene, die weltweit in der Realwirtschaft entstehen können.

2 Edgar Most: Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals. Gibt es einen dritten Weg? Berlin 2009.

Allerdings lässt sich der Kapitalismus heute nicht einfach abschaffen. Er muss jedoch so gestaltet werden, dass er der Gesellschaft insgesamt zugute kommt und nicht nur einzelnen begrenzten Bereichen dieser Welt. Dafür müssen völlig neue Ideen entwickelt werden, mit denen auch die Jugend zu gewinnen ist. Deswegen ist mein Ansatzpunkt stets: Man muss aus den Fehlern, die gemacht wurden, lernen und hier auch die durch uns im Osten gemachten Erfahrungen einbringen. Man sollte jetzt nicht wieder einfach den Sozialismus auf die Tagesordnung stellen. Auf diesen Zug springt keiner auf. Wir müssen allerdings unsere im Sozialismus gemachten Erfahrungen über die Zusammenhänge zwischen den Wertkategorien und den materiellen Prozessen, über die Zusammenhänge zwischen Produktivität der Wirtschaft und gesellschaftlicher Entwicklung in der Gesamtheit einbringen.

So habe ich z. B. seinerzeit Lothar de Maizière als letzten DDR-Ministerpräsidenten fast gezwungen, das, was man heute eine Bad-Bank nennt, zu gründen. Ich hatte mich aus der Staatsbank herausgekauft und die erste Privatbank der DDR ins Leben gerufen, indem ich Wechsel für 189 Milliarden Mark gezeichnet hatte. Allerdings war ich damals relativ unbedarft und habe praktisch für diese Summe mit persönlicher Unterschrift gebürgt. Nur so konnte ich überhaupt ins Handelsregister in Westberlin eingetragen werden. Weiter hatte ich zunächst nicht gedacht. Mit diesem Schritt verfügte ich über die Schulden der DDR in der neu gegründeten Deutschen Kreditbank. Eine Ausnahme machte lediglich die Berliner Bank, die ich wegen des Viermächtestatus nicht mit übernommen hatte, da ich nicht wusste, wer hier noch mit hineinregiert. Gleiches galt für die Landwirtschaftsbank, die zum Teil in die neue Genossenschaftsbank übernommen wurde, zum Teil aber auch als solche weiter existierte.

Nach diesem Schritt musste die Frage erörtert werden, ob unsere Kredite eigentlich auch solche im Sinne des Kapitalismus sind. Aus heutiger Sicht meine ich eindeutig: Nein. Aus diesem Grund hätten die Kredite auf jeden Fall abgewertet werden müssen. Die gesamte Industrie hätte auf diesem Weg entschuldet werden müssen. Gleiches galt für den gesamten Konsumgüterbereich. Unsere Kredite waren zwar auch Kredite. Über sie war jedoch nach anderen sozialpolitischen Kriterien entschieden worden, die es plötzlich über Nacht nicht mehr gab. Dann hätte ich meine 189 Millionen Mark alle vom Staat bekommen müssen. Seinerzeit hat das jedoch weder jemand gewollt noch gekonnt. Also blieb ich am Ende auf

den Krediten sitzen. Die folgerichtige Forderung also war: Dann soll die Deutsche Kreditbank auch über das Vermögen der Treuhandanstalt verfügen. Das waren die Sicherheiten für die Staatsbank der DDR – das war das Volksvermögen. Mein Position gegenüber dem damaligen Chef der Treuhand Detlev Karsten Rohwedder war: »Eigentlich muss ich das bekommen. Sie haben das Vermögen und ich die Schulden. Wenn wir beide nicht zusammen ticken, passiert gar nichts. Also müssen wir erreichen, dass 70 bis 80 Prozent der DDR-Wirtschaft erhalten bleiben. Dann sind irgendwann auch die Kredite rückzahlbar«.

Das war auch die Auffassung Rohwedders. Nachdem er allerdings am 1. April 1991 umgebracht worden war, erging der politische Auftrag, die Treuhandanstalt dürfe innerhalb von drei Jahren nicht mehr existieren. Damit war unser Konzept erledigt. In der Folge wurde die Wirtschaft der DDR so bewertet, dass sie in der Marktwirtschaft nie überleben konnte. Das betraf auch alle »Schalck-Investitionen«, wie die Harnstofffabrik in Piesteritz oder die Spaltanlagen in Leuna und in Böhlen. Sie hätten ausnahmslos alle im Verhältnis 1 : 8 abgewertet werden müssen. Gleiches traf auch die Schulden zu. Mit einer solchen Bewertung hätte die ostdeutsche Wirtschaft einen gänzlich anderen Einstieg in die Marktwirtschaft gehabt.

Jener Kurswechsel war nicht zuletzt auch durch die Eigentümerstruktur der Treuhandgesellschaft möglich geworden. Warum sind z. B. die DDR-Bürger nach dem Treuhandgesetz nicht am Vermögen der DDR beteiligt worden? Weil in der DDR vorsätzlich keine Betriebsräte gebildet werden sollten. Wenn die Treuhand zu einer Aktiengesellschaft nach Zweigen, wie die DDR-Wirtschaft aufgebaut war, gemacht worden wäre – also eigene Aktiengesellschaften nach 12 oder 14 Ministerien der Leichtindustrie, Schwermaschinenbau usw. – dann hätte das Betriebsverfassungsgesetz gegolten. Dann aber hätte man auch nach dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik ein Mitspracherecht der DDR-Bürger einklagen können. Und dann wären vermutlich all diese Fehler nicht passiert. So aber gab es kaum offene Proteste gegen die rigorose Privatisierung im Eiltempo. Die einzigen, die einmal gestreikt haben, waren die Kalileute in Bischofferode. Sie waren in den Hungerstreik gegangen.

Ein weiterer Punkt war: Würde das Treuhand-Vermögen zur Grundversicherung der Deutschen Kreditbank oder gehört es dem Staat. Nun gehörte es dem Staat und wurde darüber hinaus mit der Unterstellung der Treuhandanstalt unter das Finanzministerium und nicht einmal dem

Wirtschaftsministerium zugeordnet. Damit war faktisch entschieden, dass über die Treuhand die Wirtschaft der DDR endgültig tot gemacht wird. Das war keine wirtschaftliche sondern eindeutig eine politische Entscheidung. Rohwedder wollte augenfällig etwas anderes.

Wir wollten die deutsche Einheit in ca. 5-10 Jahren über die Kapitalwege strukturieren. Der Osten hätte dabei z. B. sein ganzes Wissen über Osteuropa einbringen können. Möglicherweise wären dabei auch einige Großkonzerne in den Osten gezogen und nicht ausschließlich im Westen geblieben. Heute hat Ostdeutschland indes lediglich einen Globalplayer, die Bahn AG. Alle anderen haben ihren Firmensitz im Westen. Historisch freilich waren sie im Osten zum großen Teil entstanden, wie z. B. Siemens oder Carl-Zeiss und andere.

Resümierend kann man einschätzen, auf diesem Weg hätte man eine andere Form der deutschen Einheit zustande gebracht. Allerdings war das politisch nicht gewollt, unsere Meinung zählte nicht. Eines habe ich jedoch erreicht, als Helmut Kohl mich bereits ablösen wollte. Hintergrund war, dass ich zu Ministerpräsident Lothar de Maizière gesagt hatte: »Die D-Mark wird nicht ausgezahlt, wenn meine Fragen nicht geklärt werden. Entweder ich bekomme die Treuhand, oder der Staat übernimmt die Haftung für meine Altschulden«. Für Helmut Kohl war ich daraufhin ein »Währungsunions-Verhinderer«. Er wollte mich hinauswerfen. Meine Antwort hingegen war: »Das wollte schon Günter Mittag machen. Wenige Monate später will das nun Helmut Kohl. Wir hatten jedoch eine Aktiengesellschaft gegründet. Hier kann mich nur der Aufsichtsrat abberufen.«

Auf diesem Weg haben wir binnen kurzer Zeit, acht Wochen vor der D-Mark-Einführung einen Beschluss gefasst, mit dem die Deutsche Kreditbank zu einer »Bad-Bank« wurde. Sie hatte die Schulden übernommen, für die der Staat gehaftet hat. Alles, was nicht über Treuhand privatisiert werden konnte, hat der Staat schließlich über den Währungsausgleichsfonds übernommen. Den Vertrag habe ich noch in Bonn unterschrieben. Damit hatten wir die nötige Sicherheit, zugleich auch für die Sparkassen und für die Landwirtschaftsbank, d. h. also für das gesamte Bankwesen der DDR erreicht. Die öffentliche Hand hat die Haftung für die nicht einbringbaren Gelder übernommen. Mit unserer Bank wurden schließlich etwa 89 Milliarden Mark über den Währungsausgleichsfonds abgeschrieben. Zusammen mit den Treuhandschulden ist er letztlich in den Erblastentilgungsfonds überführt worden, der innerhalb von 50 Jahren getilgt werden soll.

Die aufgeführten Fehler der Wiedervereinigung sollten jetzt nunmehr mit den Milliarden, die derzeit zur Eindämmung der Finanz- und Wirtschaftskrise eingesetzt werden, bereinigt werden. Gegenwärtig ist die Höhe der Staatsverschuldung kein vordergründiges politisches Thema. Allerdings müssen sie durch unsere Kinder und Kindeskiner ausgeglichen werden. Das bedeutet jedoch zugleich auch, dass man jetzt etwas für den Osten tun muss, um hier die Wertschöpfung, die freilich nie das Westniveau erreichen wird, zu erhöhen. Wichtig ist, es darf nicht mehr so weiter gehen wie bisher. Ansonsten werden die Neuen Länder auch nach Auslaufen des Solidarpakts II noch schlechter dastehen als bisher im Ost-West-Verhältnis.

Eine selbsttragende ostdeutsche Gesellschaft gibt es bis heute nicht. Eine solche haben wir allerdings zu DDR-Zeiten stets gehabt – trotz aller Probleme. Heute lebt Ostdeutschland nur aufgrund von 90 Milliarden Euro Finanztransfers von West nach Ost jährlich, weil die aufgeführten Fehler zugelassen wurden. Sie müssen nunmehr endlich offen gelegt und bereinigt werden. Dazu gehören z. B. die fünf Milliarden Euro Schulden in der Landwirtschaft sowie die 22 Milliarden Euro Wohnungsbau-Alt-kredite. Seit 1989 sind knapp drei Millionen Einwohner abgewandert. Die Bürgermeister in den Städten sitzen jedoch immer noch auf Wohnungen mit den Altschulden der DDR und sind durch sie in ihren politischen Spielräumen z. B. durch fällige Zinszahlung eingeengt. Die einzigen, die hier verdienen, sind die Banken. Die Notwendigkeit solcher Schritte habe ich schon 1990 unterstrichen. Seinerzeit hat sich Finanzminister Waigel mit seinem Moratorium durchgesetzt. Jetzt ist die Zeit dafür jedoch reif. Neu diskutiert werden muss auch über die Kosten für Wasser. Der Osten zahlt hier z. B. wesentlich höhere Preise als in Bayern aufgrund überdimensionierter Anlagen, an denen Projektanten aus dem Westen verdient haben. Bei derartigen Fragen muss die Ostpolitik eine ganz andere Rolle spielen. Derzeit findet sie indes so gut wie nicht statt, weil der Osten keine Lobbyisten im Bundestag hat.

Die derzeitige Finanzkrise wird Westdeutschland mehr treffen als Ostdeutschland, weil der Westen wesentlich stärker vom Export abhängig ist. Ein Exportweltmeister hat jetzt keine Märkte mehr, auf denen er verkaufen kann. Er kann jetzt nur darauf warten, dass die Welt sich wieder erholt. Solange das indes nicht passiert, werden sich neue innere Strukturen in Deutschland entwickeln. Davon könnte der Osten profitieren. Wenn die großen Konzerne jetzt in der Welt nicht mehr zurechtkommen,

sollten sie in den Osten kommen. So können sie sich wieder dort ansiedeln, wo sie hergekommen sind. Jetzt kann noch einmal Wertschöpfung im Osten organisiert werden. Dafür sind allerdings politische Konzepte erforderlich. Durch die Wirtschaftskrise scheint dafür die Zeit derzeit so günstig wie nie. Deshalb müssen die Fragen um die deutsche Einheit jetzt noch einmal diskutiert werden.

Jetzt, 20 Jahre nach dem Mauerfall und 20 Jahren deutsche Einheit, muss man hier prinzipiell Neues diskutieren. Deswegen fordere ich einen Pakt zum Aufbau Ost, der für 20 oder 30 Jahre gilt unabhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungen. Er muss sozusagen ein zweites Grundgesetz sein, eines für den Osten. Dabei müssten auch viele Rechtsnormen außer Kraft gesetzt werden, die zur Zeit des Kalten Krieges entstanden sind und überhaupt nicht mehr gebraucht werden.

ANDREAS WILLNOW

Die ostdeutsche Wirtschaft nach der Vereinigung – Zu den Schwächen der Transformationspolitik im Hinblick auf eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung

Es ist sicher falsch, die DDR-Wirtschaft als marode und Volkswirtschaft ohne jeglichen Wert abzutun.¹ Dennoch ist es unumstritten, dass ein Teil der wirtschaftlichen Krise nach der Vereinigung auf die Wirtschaftspolitik der DDR zurückzuführen ist. In vielen Bereichen wies die Volkswirtschaft Strukturprobleme auf, die den Lebensstandard der Menschen schmälerten. Zur wirtschaftlichen Entwicklung der DDR bis 1989/90 sei auf die obigen Beiträge von *Gerhard Heske* und *Karl Mai* verwiesen.

In diesem Beitrag sollen die wirtschaftlichen Probleme in Ostdeutschland nach der Vereinigung untersucht werden. Dabei soll der Schwerpunkt der Untersuchung auf der deutsch-deutschen Vereinigungspolitik nach 1990 liegen, deren Fehler noch heute die wirtschaftliche Entwicklung im Osten bestimmen.

Viele renommierte Politiker und Wissenschaftler unterstützen die These von der »teilungsbedingten Strukturschwäche« in Ostdeutschland, die auch im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2007 aufgestellt wird. *Ulrich Busch*, *Wolfgang Kühn* und *Klaus Steinitz* ist jedoch zuzustimmen, wenn sie davon ausgehen, dass diese Strukturschwäche nicht primär teilungsbedingt, sondern vor allem transformationsbedingt ist: »Nach dem Start der Währungs-, Wirtschafts-

1 Wie z.B. bei *Hoffmann* und auch (ansatzweise) bei *Hertle* geschehen: Peter Hoffmann: Einführung. In: Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern. Hrsg. von Hans-Hermann Hertle et al. Dresden 1998. S. 5f.; Hans-Hermann Hertle et al.: Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft. In: Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern. Dresden 1998, S. 11. Mit dieser Sicht setzt sich der Wirtschaftswissenschaftler *Harry Nick* intensiv auseinander. Harry Nick: DDR-Wirtschaft: Weder weltmarktfähig noch marode. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12/1995. S. 1482ff.

und Sozialunion wurden die in der DDR gewachsenen und [... zum Teil] durchaus überlebensfähigen Strukturen zerstört. Derartige transformationsbedingte Strukturschwächen existieren bis heute in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.«²

Im Folgenden sollen die Vereinigungspolitik und ihre Folgen im Hinblick auf eine wirtschaftlich selbsttragende Entwicklung in den neuen Bundesländern genauer analysiert werden.

1. Erste wirtschaftspolitische Reformen in der »Wendezeit«

Nach dem Sturz von *Erich Honecker* und der Ablösung des alten SED-Politbüros regierte zwischen November 1989 und März 1990 die Übergangsregierung *Modrow*. In dieser Zeit wurden erste Maßnahmen zur Öffnung der DDR-Wirtschaft eingeleitet. Zum Reformkonzept der Regierung *Modrow* gehörten die schrittweise Auflösung des zentralistischen Planungssystems, die Chancengleichheit und der Wettbewerb verschiedener Eigentumsformen, Wettbewerb als Grundprinzip des Wirtschaftens, freie Preisbildung bei staatlicher Regulierung in wenigen Bereichen, Herstellung der Konvertierbarkeit der Währung und außenwirtschaftliche Öffnung der DDR.³ Einige zu Unrecht verstaatlichte Betriebe wurden reprivatisiert. Es kam zur Gründung neuer privater Betriebe; die dafür notwendige Gewerbefreiheit war erst kurz zuvor durch die Regierung gewährt worden. Die ausländische Kapitalbeteiligung an den Ost-Kombinaten in Form von Joint-Ventures wurde zugelassen und forciert.

Nach dem Wahlsieg der »Allianz für Deutschland« wurde ein anderes Wirtschaftskonzept verfolgt. Die Regierung *de Maizière* setzte, wie auch die spätere Regierung *Kohl*, auf eine schnelle Übernahme der Strukturen der alten Bundesrepublik. Das Ziel der Wirtschaftspolitik war nicht mehr die Neustrukturierung der Ostwirtschaft, sondern der bedingungslose Umbau der Wirtschaft und die schnelle Privatisierung der Betriebe.

² Ulrich Busch / Wolfgang Kühn / Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland – Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit. Hamburg 2009. S. 25.

³ Dieter Janke: Sachsen im Strudel zweier Transformationen – Fakten und Alternativen. In: Ungeschehene Geschichte. Bilanz nach 10 Jahren Deutscher Einheit. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2001. S. 62.

2. Die Treuhandanstalt: Zur Geschichte und Politik einer Behörde

Die Treuhandanstalt wurde mit Beschluss der DDR-Volkskammer Anfang März 1990 ins Leben gerufen. Die Gründung der »Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt)«, die am 8. März 1990 im Gesetzblatt der DDR bekanntgegeben wurde, sollte ursprünglich zur »Wahrung des Volkseigentums« beitragen. Die Treuhandanstalt sollte die Firmen »treuhänderisch« übernehmen, bis sie einer gesicherten Zukunft hätten entgegengehen können.

Der Zweck der Treuhandanstalt wurde bereits unter der Regierung *de Maizière* geändert. Statt der »Wahrung« wurde nun im Juni 1990 die »Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens« als Ziel der Behörde definiert. Trotz dieser Aufweichung des ursprünglichen Ziels standen die Zeichen noch auf Sanierung der volkseigenen Betriebe. Der Ende August 1990 zum Treuhand-Chef berufene *Detlev Karsten Rohwedder* brachte seinen Ruf als profiliertester Unternehmenssanierer der Bundesrepublik in die Arbeit mit ein und unternahm zunächst auch ernstgemeinte Versuche zur Sanierung der »volkseigenen« Betriebe.⁴ *Rohwedder* sah Unternehmenskonzentrationen kritisch, und dachte auch über Auswirkungen der anstehenden Entwicklungen auf die Arbeitnehmer nach.

Entsprechend warfen Kritiker aus der Wirtschaft auch dem Manager vor, »er betreibe die Privatisierung der rund achttausend ehemaligen volkseigenen Betriebe und Kombinate der DDR zu langsam und messe der Sanierung der maroden Unternehmen Priorität zu.«⁵ Vorübergehend gab *Rohwedder* seinen Kritikern nach und schwankte zwischen Sanierungs- und Privatisierungskurs. Den Protesten im Osten konnte er damit nicht vorbeugen.

Nach dem Mord an *Rohwedder*⁶ wurde die frühere niedersächsische Wirtschaftsministerin *Birgit Breuel* neue Treuhand-Chefin. Diese vertrat schon frühzeitig die Auffassung, dass »Privatisierung [...] die vordringli-

4 So äußerte der Treuhand-Chef Rohwedder noch 1991 in einem FAZ-Interview: »Ich habe eine hundertprozentige Privatisierung nie für möglich gehalten. Viele Unternehmen würden mit einer hohen staatlichen Beteiligungsquote aus dem Privatisierungsprozess hervorgehen.« (Interview mit Detlev Karsten Rohwedder. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 31. März 1991.)

5 »Süddeutsche Zeitung« vom 7. November 1990.

6 Mit der RAF für die Treuhand – der Tod des Detlev Karsten Rohwedder. In: <http://members.internettrash.com/medwiss2/treuhand.html>

che Aufgabe« und »kostspieligen Sanierungen« vorzuziehen sei.⁷ Mit ihrer Amtsübernahme setzte *Breuel* ihr Konzept auch durch. Anstelle der ausgewogeneren Politik *Rohwedders*, der sowohl Sanierungs- als auch Privatisierungsziele ansteuerte, wurde nun verstärkt auf Privatisierung umgesteuert. Das Tempo der Privatisierung wurde massiv forciert, die sozialen Verwerfungen dieser Politik dagegen weitgehend ignoriert.⁸ Dagegen wurde mit der nur bruchstückhaften Anwendung des Instruments der Beschäftigungsgesellschaften der sozial verträgliche Übergang der Unternehmen in die Marktwirtschaft verhindert. Über die Sanierung sollte der Investor gar selbst in eigener Verantwortung entscheiden.⁹

Die Politik der Treuhand nach dem Prinzip »Privatisieren vor Sanieren« ist verantwortlich für die Schließung von rund 10.000 Betrieben und den Verlust von mehreren hunderttausend Arbeitsplätzen in Ostdeutschland. Letztlich hat die Behörde mit ihrer Politik über die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste auch zu einem riesigen Umverteilungsprozess von unten nach oben nach amerikanischem Zugschnitt beigetragen.

3. Treuhandpolitik: Bedingungslose Privatisierungspolitik und ihre Folgen

Der schwerste Fehler bestand darin, dass im Mittelpunkt der Treuhandanstalt nicht mehr die Sanierung der Unternehmen und der Erhalt der Arbeitsplätze standen, verbunden mit den entsprechenden flankierenden Maßnahmen. An die Stelle eines Sanierungsauftrages trat das Ziel der bedingungslosen, schnellen Privatisierung. Bedingungslose Privatisierung meint den Verkauf der Unternehmen an den kapitalkräftigsten Investor. Arbeitsplatzargumente spielten keine Rolle mehr. Damit wurde die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft blockiert.

Es wäre besser gewesen, die Sanierung und die Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt des Auftrages der Treuhandbehörde zu stellen und nachvollziehbare Kriterien für die Sanierungsfähigkeit der Unternehmen festzulegen. Stattdessen wurden alle Unternehmen in den neuen Bundesländern in einem kurzen Zeitfenster schlagartig massenhaft pri-

7 »Der Spiegel« vom 29. Oktober 1990.

8 »FAZ-Magazin« vom 27. März 1992; »Wirtschaftswoche« vom 26. Juni 1992.

9 »Die Welt« vom 4. März 1991.

vatisiert und verkauft.¹⁰ Dadurch, dass alle Unternehmen auf einmal in einer Art »Massenangebot« zum Verkauf angeboten wurden, wurden sie preisdämpfend zur »Billigware«. Die Folge war, dass manch ein früherer Großbetrieb deutlich unter dem Wert den Besitzer wechselte. Zudem gab es im Rahmen der Treuhandpolitik keine vertraglich gebundene Arbeitsplatzgarantie. So konnten Unternehmen ihre Versprechen, z. B. 3.000 Arbeitsplätze zu sichern, brechen. Weiter fehlten gleichzeitige flankierende Maßnahmen zur Gewährung eines zeitweiligen Marktschutzes für ostdeutsche Unternehmen und Maßnahmen, um den (absehbaren) Nachfragerückgang für die Unternehmen abzumildern.

Der sächsische Ministerpräsident *Kurt Biedenkopf* zog allerdings eine positive Bilanz der Privatisierung: »In Sachsen ist die Privatisierung verhältnismäßig gut vorangekommen. Bis Juli 1992 ist die Zahl der privatisierten Unternehmen auf rund 2500 angestiegen. Zusagen für Investitionen in Höhe von fast 37 Milliarden DM sind gemacht worden und für gesicherte Arbeitsplätze in Höhe von 345 000. Aber dies ist natürlich keine Erneuerung der industriellen Basis, sondern es ist ein Teil davon [...] Sachsen wird auf die Dauer nur ein erfolgreiches Industrieland sein können, wenn wir möglichst viele zukunftsfähige Industrien gewinnen.«¹¹

Entgegen der Behauptung von Ministerpräsident *Biedenkopf* kann keine Rede davon sein, dass in größerem Umfang »industrielle Kerne« erhalten wurden. Die sächsische Industrie büßte nach der deutschen Einheit Substanz ein. So verloren zwischen 1990 und 1995 im verarbeitenden Gewerbe 400.000 Beschäftigte ihre Arbeit. Während 1995 im Maschinenbau noch 18 Prozent der einstigen Arbeitsplätze existierten, existierten im Fahrzeugbau und in der Textilindustrie nur noch 5,6 bzw. 5,2 Prozent. In der Elektrotechnik/Elektronik wurde nicht einmal jeder zehnte Arbeitsplatz erhalten.¹²

Die Politik der Treuhandanstalt stieß bei dem Berliner Politologen und Soziologen *Fritz Vilmar* auf deutlichen Widerspruch: »Die Treuhandanstalt brachte es fertig, die ostdeutsche Wirtschaft (Substanzwert laut Rohwedder: 600 Mrd. DM), statt sie, wie im THA-Gesetz vorgesehen, zuvor

10 Ein solcher Prozess wurde nicht nur in der früheren DDR, sondern auch in anderen Ostblockstaaten eingeleitet. Zu erinnern ist hier an die Schocktherapie der Regierung *Balcerowicz* in der Republik Polen.

11 Kurt Biedenkopf: Sachsen in der Mitte der Legislaturperiode. Eine Zwischenbilanz. Dresden 1992. S. 31 u. 33.

12 Sächsische Zeitung vom 8. März 1995.

zu sanieren, zum Ramschwert zu verschleudern, soweit sie die Unternehmen nicht liquidierte. Ca. 40 Mrd. nahm sie dafür ein, 1999 betrug ihre Verluste 254 Mrd. DM.«¹⁵

Aus diesen Fehlentwicklungen heraus, die sich in zahlreichen Betriebsschließungen und massenhaftem Arbeitsplatzabbau niederschlugen, resultierte der Vorwurf vieler Ostdeutscher an die Treuhandanstalt, dass diese den Ausverkauf der Ostwirtschaft betreibe. Der diesbezügliche Vorwurf wurde in der damaligen öffentlichen Diskussion heftig diskutiert. *Harry Nick* wies darauf hin, dass der Mythos von dem »völlig maroden Zustand der DDR-Wirtschaft«¹⁴ erfunden wurde, um die negativen Ergebnisse der Vereinigungspolitik zu rechtfertigen.

Negativ wirkte sich auch das Fehlen jeglicher Strukturpolitik und Strukturanpassung im Rahmen der Vereinigungspolitik aus. So forderte der frühere Bundesarbeitsminister *Herbert Ehrenberg* die Gründung einer Beteiligungs-Holding (mit Hilfe der Kreditanstalt für Wiederaufbau), die zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der ostdeutschen Unternehmen, zur Aktivierung und Absicherung der Mitarbeiterbeteiligungen einspringen sollte.¹⁵

Als problematisch erwies sich auch die fehlende parlamentarische Kontrolle der Treuhand-Behörde. Die Ballung von Aufgaben und die Zentralisiertheit der Behörde führten gleichzeitig zur Machtkonzentration sowie zur Undurchsichtigkeit und Anonymität ihrer Entscheidungen. Entscheidungen der Treuhandanstalt wie die Zusicherung einer Treuhand-Altersrente für Führungskräfte, die nur ein Jahr bei der Behörde arbeiteten, und das kurzzeitige Aufstocken des Personalbedarfs mit

15 Fritz Vilmar: Gegeninformationen zur Vereinigungspolitik – Eine ideologiekritische Zehnjahres-Bilanz. In: Memorandum-Gruppe, <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0801.pdf>. 2000. S. 7. Die Daten beruhen auf Angaben der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 20. Juni 1992 (39,9 Mrd. DM) und der »Frankfurter Rundschau« vom 8. Dezember 1993 (44 Mrd. DM) sowie der Selbstdarstellung ihrer Nachfolge-Institution »Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben« (BvS), Gesamtfinanzen der Treuhand und ihrer Nachfolgeeinrichtungen, Presse-Information der BvS, Berlin 4/1999.

14 Harry Nick: DDR-Wirtschaft: Weder weltmarktfähig noch marode. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12. 1995. S. 1482ff.

15 Herbert Ehrenberg: Die Teilung ist nicht durch Teilen zu überwinden – wir brauchen ein Konzept zur Stärkung der Investitionsdynamik und Neuverteilung der Arbeit in Ost- und Westdeutschland. In: Nachlassende Wachstumsdynamik in Ostdeutschland. Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Erfordernisse. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Koehler-Kreis. Bonn 1996. S. 14–38, S. 30.

bewährten, ausgemusterten Managern sorgten für Unverständnis in der Öffentlichkeit der neuen Bundesländer.

In der Folge dieser verfehlten Transformationspolitik ging die Bruttowertschöpfung in den neuen Bundesländern zwischen 1989 und 1991 von 189.831 Mio. € auf 98.279 Mio. € (in Preisen von 1995) zurück. Bis 1995 bzw. 2007 stieg die Bruttowertschöpfung in den neuen Bundesländern auf 189.080 Mio. € bzw. 249.524 Mio. € an. Noch stärker ging die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes zurück: von 47.160 Mio. € (1989) auf 13.974 Mio. € (1991). Diese erreichte erst im Jahr 2007 mit 48.268 Mio. € in etwa wieder das Niveau von 1989. Dagegen stieg die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes in den alten Bundesländern im gleichen Zeitraum auf 124 Prozent an.¹⁶

Ein erheblicher Teil der damals geschlagenen Wunden ist mittlerweile »verheilt«. Nach Neuansiedlungen wie z. B. DHL, Porsche und BMW in Leipzig und VW, Infineon und weiteren Betrieben der Mikroelektronik in Dresden ging die Arbeitslosenzahl wieder zurück. Seit Ende der 90er Jahre wurde das Bruttosozialprodukt von 1989/ 90 überschritten; im Jahre 2008 belegte Dresden laut einer Mikroelektronik-Studie sogar Platz 5 unter den weltweit führenden Mikroelektronikstandorten.¹⁷ Dennoch hat die damals übereilte Form der Privatisierung Wunden geschlagen, die sich noch heute in strukturschwachen Regionen Sachsens in Form einer hohen Arbeitslosigkeit und einer zutiefst ungleichen Verteilung der Vermögensverhältnisse zwischen Ost und West¹⁸ darstellen.

4. »Verlängerte Werkbänke« statt Erhaltung großer Unternehmensteile

Besonders negative Auswirkungen für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern hatte die »Filetierungspraxis« der Treuhandanstalt. Die großen Kombinate wurden zerschlagen und in verkaufsgerechte Teile zerlegt. Die attraktiven Unternehmensteile wurden »herausgepickt« und verkauft. Die restlichen Teile der Unternehmen wurden abgewickelt und

¹⁶ Ulrich Busch / Wolfgang Kühn / Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. S. 184f. u. 26.

¹⁷ Peter Herpichböhm: In Europa führend, weltweit Platz fünf. In: Dresdner Blättl. 19. Jg. Heft 5/2008 vom 25. Mai 2008. In: <http://www.dresdnerblaettl.de/2008/05/0501.htm>.

¹⁸ Walter Friedrich: Einkommens- und Vermögenssituation in Deutschland. Ein West-Ost-Vergleich. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Leipzig 2004. S. 24ff.

geschlossen, und die Beschäftigten wurden entlassen oder in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.

So wurde beispielsweise auch mit TAKRAF verfahren. Das Schwermaschinenbau-Kombinat TAKRAF, das Tagebauanlagen, Krane und Förderanlagen herstellte, umfasste 1990 rund 26 Einzelbetriebe. Dem Kombinat gehörten fast alle volkseigenen Betriebe der Branche an, Zulieferbetriebe, kombinatseigene technische Forschungseinrichtungen und Projektierungsbüros. Nach 1990 wurde der VEB Schwermaschinenbau S. M. Kirow Leipzig aus dem Kombinat herausgelöst und ab 1995 als Kirow Leipzig AG weitergeführt. Die TAKRAF Holding, der TAKRAF Anlagenbau (TAA) und das Kerngeschäft der Lauchhammerwerk AG (LHW AG) wurden 1992 als die TAKRAF Lauchhammer GmbH Leipzig (TLL) gegründet. Nach der Umstrukturierung ging das Unternehmen in der MAN TAKRAF Fördertechnik GmbH bzw. später in der TAKRAF GmbH auf und gehört heute zur Tenova, einer Tochtergesellschaft der internationalen Techint-Gruppe in Mailand. Die übergroße Mehrheit der einst 26 Unternehmensteile der TAKRAF wurde dagegen geschlossen. Während es in der DDR-Zeit zahlreiche große Kombinate gab, die viele Menschen beschäftigten, gibt es heute kaum einen nennenswerten Konzern mit einer großen Anzahl von Beschäftigten mit Sitz in den neuen Bundesländern.

Diese Fehlentwicklung liegt in der damaligen Treuhandpolitik begründet. Es wurde kaum ein stabiles großes Unternehmen aus mehreren Kleinbetrieben gebildet, das als großer Konzern am Markt fungieren kann und eine stabile (Steuer-) Einnahmequelle für die Kommunen darstellt. Am ehesten entsprechen noch die Verbundnetz Gas AG und die Jenoptik AG solchen großen Unternehmen mit Sitz in Ostdeutschland.¹⁹

Zumeist entstanden, wenn überhaupt, Tochterbetriebe der großen Unternehmen aus den alten Bundesländern. Die Tochtergesellschaften des westdeutschen Mutterkonzerns in den neuen Bundesländern sind in ihrer Existenz mehr bedroht als selbstständige Unternehmen. Sie sind oft nur »verlängerte Werkbänke« d. h. reine Produktionsstätten oder Hersteller von Vorprodukten mit einer geringen Wertschöpfung. Die »verlängerten Werkbänke« sind vor allem bei einer rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung, d. h. bei einer Rezession, häufig Manövriermasse der Muttergesellschaft. In einer solchen Phase kommt es in den ostdeutschen

¹⁹Fritz Vilmar: Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin 2000. S. 123. – Ders.: Gegeninformationen zur Vereinigungspolitik. In: Memorandum-Gruppe. <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0801.pdf>.

Betriebsteilen meist zu Kurzarbeit, Betriebsstillegungen und zu Produktionseinschränkungen.

Im Unterschied zum Industriebereich ist es bei der Transformation der agrargenossenschaftlichen Betriebe weitgehend gelungen, die großen Betriebe, die zumeist LPG-Nachfolgebetriebe sind, vor Maßnahmen der Entflechtung und Schwächung zu schützen. Diese haben, wenn sie als freiwillige Zusammenschlüsse angelegt sind, oft ihre Vorteile, z. B. was die Ausstattung mit landwirtschaftlichen Maschinen, Kostendegression aufgrund ihrer Unternehmensgröße und die Möglichkeit, schnell am Markt zu agieren, betrifft.

5. Fehlende flankierende Maßnahmen der Politik

Ein weiteres Problem der Vereinigungspolitik bestand darin, dass kein langfristiges branchen- und regionalpolitisches Konzept für die Entwicklung der neuen Bundesländer vorgelegt wurde. De facto wurde im Rahmen der Vereinigung auf jegliche Strukturpolitik und -anpassung verzichtet.²⁰ Innerhalb eines Konzeptes hätte geklärt werden müssen, welche (alte und neue) Unternehmen welcher Branchen z. B. im Raum Sachsen-Anhalt angesiedelt werden sollen, welche Fördermittel bereitzustellen sind und wie in dieser Region regionale Wirtschaftskreisläufe stimuliert werden sollen.

Die Eigentümerfunktion wahrzunehmen, hätte beim Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft heißen müssen, Absatzmöglichkeiten zu erschließen und neue Produkte für alte und neue Märkte zu schaffen. Man hätte sich hier beispielhaft den Vorzug von Unternehmen der neuen Bundesländer bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, die Förderung des Handels mit Osteuropa und die Einrichtung eines Niedrigsteuergebiets Ost (»Sonderwirtschaftszone«) als Politikansätze vorstellen können.

Dazu kommt, dass es die Bundesregierung und die Treuhandanstalt versäumt haben, im Zuge der »Massenprivatisierung« Auffanggesellschaften für die entlassenen Arbeitskräfte zu gründen. Gesellschaften

²⁰Laut Aussage des ehemaligen Vorstandsmitgliedes der Deutschen Bank AG Berlin, *Edgar Most*, hat sich daran bis heute nichts geändert. Reinhard Heinrich: Wie weiter im Osten – Sächsische Perspektiven. Dr. Edgar Most zu Gast bei der PDS. In: *Dresdner Blättl.* 16. Jg. Heft 4 vom 4. März 2005. In: <http://www.dresdnerblaettl.de/2005/04/041401.htm>.

zur Arbeitsförderung und Strukturentwicklung (ABS)²¹ wurden nur in den wenigsten Fällen gegründet. Mit Hilfe der ABS hätte die Möglichkeit bestanden, Massenentlassungen abzufedern und neue wirtschaftliche Impulse in den jeweiligen Regionen auszulösen. Neben der sozialen Abfederungsfunktion bestand die Bedeutung der ABS weiter in der Konsolidierung des Stammbetriebes, der Personal abbauen wollte.

6. Fehlende Bilanzierung des Volksvermögens

Für den wirtschaftlichen Aufbau und die sinnvolle »Planung« von Produktionskapazitäten wäre eine Bewertung und Einschätzung des Volksvermögens der DDR notwendig gewesen. Dem standen verschleierte Bilanzen des SED-Wirtschafts-»Fachmanns« *Günter Mittag*, der nicht vorhersehbare Anstieg der Boden- und Grundstückspreise nach der Vereinigung sowie das Fehlen eines realistischen Wechselkurses für die Mark der DDR entgegen. In der ersten vorsichtigen Einschätzung des Volksvermögens der DDR durch die Modrow-Regierung war der de-facto-Bodenpreis noch nicht enthalten. Zudem gab es keine genaue Bewertung der Abschätzung der Folgen.

Während *Otto Köhler* das volkseigene Industrievermögen der DDR auf 650 Milliarden Mark schätzt und nach seiner Rechnung auf jeden Bürger der DDR etwa 40.000 Mark entfielen²², geht *Uwe Müller* von einem Gesamtwert des Volksvermögens von 600 Milliarden DM aus. Wäre nur ein Fünftel davon ausgeschüttet worden, hätte jeder Ostdeutsche 7.500 DM erhalten.²³ Damit hätte man in der DDR Privatvermögen wie in der alten Bundesrepublik aufbauen und die Schere in der Vermögensverteilung zwischen Ost und West abmildern können.

21 Bernd Georg Spies: »Die Arbeit geht weiter« – Gestaltung betrieblicher Umstrukturierung als Alternative zu Massenentlassungen und Betriebschließungen. In: MEMORFORUM, Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Nr. 22. Bremen, November 1994. S. 97f.

22 Otto Köhler: Die langen Finger der Treuhand. In: Weltbühne. Heft 8/1993, zitiert nach Horst Schneider: Wohin treibt Sachsen? »Landesvater« Biedenkopf – Über seine Ansichten, Absichten und Politik. Schkeuditz 1993. S. 64.

23 Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit – Zeitbombe Ost. Berlin 2005. S. 163.

7. Übereilte Wirtschafts- und Währungsunion

Ein entscheidender Schritt zur wirtschaftspolitischen Einheit war die Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990. Mit diesem Datum wurde mit der D-Mark eine harte und frei konvertierbare Währung in der damaligen DDR eingeführt. Einerseits stieß ihre Einführung durchaus auf Resonanz in der Bevölkerung, denn so kam sie in den Besitz einer attraktiven Währung. Die Einkommen stiegen, und der Lebensstandard erhöhte sich.²⁴

Allerdings war die schnelle Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion mit vielen Schattenseiten verbunden. Die Folgen dieses übereilten Schrittes werden heute vielfach als problematisch bis verheerend angesehen. Der Ökonom *Wilhelm Hankel* sah es später als eine der »Todsünden« der Vereinigungspolitik an, dass die Regierung *Kohl* die Folgen der Währungsunion dem Markt überließ und keine flankierenden Stützungsmaßnahmen beschloss und umgesetzt hat.²⁵

Auch der spätere Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), *Rüdiger Pohl*, hat die Probleme, die mit der Währungsunion auf die ostdeutsche Wirtschaft zukommen, schon sehr zeitig erkannt und beschrieben: »Mit dem Tag X wird nicht nur die D-Mark in der DDR in Umlauf gebracht. Währungsunion heißt vor allem, dass sämtliche Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel wegfallen. Die DDR-Unternehmen werden schlagartig der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Hochproduktive westliche Unternehmen [...] drängen dann auf den DDR-Markt. Unter dem Druck des Wettbewerbs werden nicht wenige DDR-Unternehmen ihre Pforten schließen.«²⁶

Die Währungsunion kam zu zeitig, zu unvorbereitet und zu schnell. Mit ihr wurden fast alle Ost-Produkte aus den Kaufhallen und Supermärkten verdrängt. Die Unternehmen versuchten gerade, sich schrittweise an die Marktwirtschaft anzupassen, als ein Teil des Binnenmarktes wegfiel und zusätzlich noch der Handel mit den früheren osteuropäischen Staaten zusammenbrach.

24 Ulrich Busch: 15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick. In: Utopie kreativ. Heft 177/178. Juli/ August 2005. S. 606.

25 Fritz Vilmar: Zehn Jahre Vereinigungspolitik. S. 157f.

26 Interview mit Rüdiger Pohl. Mitglied des Sachverständigenrates. In: »Berliner Zeitung« vom 20. April 1990.

Die Währungsunion bedeutete für viele Betriebe die Einführung der Marktwirtschaft ohne Markt. Die DDR-Unternehmen, die schlagartig der weltweiten Konkurrenz ausgesetzt waren, konnten wirtschaftlich nicht überleben. Viele Betriebe wurden geschlossen. Zu den Auswirkungen der Währungsunion gehörten der Verlust eines Drittels der Arbeitsplätze und einer massiven Entwertung des Anlagevermögens. Eine Folge der Währungsunion, die ungleiche Vermögensverteilung zwischen Ost und West, hält bis heute an.²⁷

Der damalige Bundesfinanzminister *Theo Waigel* verteidigte diese Entscheidung später denn auch weniger mit ökonomischen als mit politischen Argumenten: »Denn wie hätten die Menschen im Osten Deutschlands mit 5-600 DM Lohn oder mit 3-400 DM Rente leben können? Zu dem damaligen Umtauschkurs gab es angesichts der Verhältnisse keine Alternative. [...] Für die Betriebe bestand natürlich das Problem des Aufwertungsdrucks durch die Umstellung der Löhne von 1:1. Allerdings betrug der Durchschnittslohn der DDR nur ein Drittel der Durchschnittslöhne der alten Bundesrepublik. Der Fehler lag nicht in Umstellung, sondern in der Lohnpolitik, die danach in den neuen Ländern stattfand und die nicht im Einklang mit dem Produktivitätsfortschritt lag.«²⁸ Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident und spätere Vorstandsvorsitzende der Jenoptik AG, *Lothar Späth* teilte die Kritik von *Waigel* an der schnellen Lohnangleichung in Ostdeutschland.²⁹

Als besonders schwierig erwies sich für viele ostdeutsche Unternehmen das Export-Problem. Mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft in den Staaten der früheren Sowjetunion und der Wirtschaft in Mittel- und Osteuropa ging auch der Handel der Unternehmen der neuen Bundesländer mit den osteuropäischen Unternehmen stark zurück. Der Wegfall dieser Märkte konnte auch nicht durch den Handel mit den EU-Staaten kompensiert werden.

27 Ulrich Busch: 15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick. In: Utopie kreativ. Heft 177/178. Juli/ August 2005. S. 594-606.

28 Interview mit Theo Waigel. In: »Die Welt« vom 29. August 2004.

29 Interview mit Lothar Späth. In: »Der Tagesspiegel« vom 18. Mai 1996. S. 6.

8. Finanztransfers im Rahmen des »Solidarpaktes«

In den Transformationsjahren wurde in der Presse häufig darüber berichtet, dass erhebliche Ausgaben des Bundeshaushaltes für die neuen Bundesländer bereitgestellt wurden. Alleine im Jahre 1992 flossen 180 Mrd. D-Mark aus den alten in die neuen Bundesländer. Dabei wurde oft nicht erwähnt, dass knapp zwei Drittel davon in Form von Kurzarbeiter-, Vorruhestand- oder Altersübergangsgeld, als Sozialhilfe, zur Finanzierung von Weiterbildungskursen, ABM oder Wohngeld floss, also in Form von Leistungen, die jedem Bundesbürger per Gesetz zustehen.

Noch im Jahre 1999 flossen rund 144 Mrd. DM an Transferleistungen in die neuen Bundesländer; dies machte etwa 53 des ostdeutschen bzw. 4,5 Prozent des westdeutschen Bruttoinlandsprodukts aus. Diese Transferzahlungen waren notwendig, weil das Bruttoinlandsprodukt je Kopf in den neuen Bundesländern zu diesem Zeitpunkt erst zwei Drittel des westdeutschen Niveaus erreicht hatte und die Unterbeschäftigtenquote bei fast 24 Prozent lag.⁵⁰ Durch den Solidarpakt II werden den neuen Bundesländern zwischen 2005 und 2015 insgesamt 156 Mrd. € an finanziellen Mitteln zur Verfügung gestellt.⁵¹

Es bleibt festzuhalten, dass die Finanzmittel aus dem Solidarpakt I und dem Solidarpakt II eine wesentliche Stütze für die neuen Bundesländer bei ihrem Wiederaufbau darstellten. Allerdings hätten erheblich weniger Finanzmittel aufgewendet werden müssen, wenn ein größerer Teil der früheren DDR-Betriebe und -Kombinate erhalten worden wäre. Diese hätten zusammen mit Neugründungen die Basis für einen selbst tragenden Aufschwung in den neuen Bundesländern sein können.

Sicher zu stellen ist, dass die zugesagten Mittel aus dem Solidarpakt tatsächlich fließen und nicht »zweckentfremdet« eingesetzt werden. Es muss gewährleistet werden, dass sie vor allem für Investitionen eingesetzt werden und weniger für konsumtive Ausgaben.⁵² Im Jahre 2003

50 Joachim Ragnitz: Überlegungen zur Ausgestaltung eines Solidarpaktes II für die neuen Bundesländer. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Diskussionspapier Nr. 150. Dezember 2000. S. 5.

51 Ronny Heine: Quo vadis, Aufbau Ost? – Empfehlungen für eine wachstumsorientierte Politik. Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung. Heft 14/2004. Sankt Augustin. September 2004. S. 2.

52 Ulrich Busch: Aufbau Ost – Bilanzen und Perspektiven. In: Berliner Debatte Initial. 16. Jg. Heft 1/2005. S. 87.

wurden bis zu 70 Prozent der Mittel aus dem Solidarpakt I anders als vorgesehen, also nicht verwendungskonform, eingesetzt.⁵³

9. Entlassungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich

Viele Unternehmen haben nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu Beginn der 90er Jahre versucht, durch die Entlassung von Arbeitskräften vor allem aus der Verwaltung zu überleben. Allerdings wurde vielfach auch im Bereich der innovativen Forschung kräftig entlassen. Heute sind die industriellen Firmen zumeist Fertigungsstellen ohne innovatives Potenzial, von Ausnahmen wie Jenoptik und Intershop einmal abgesehen. Damit kommt es oft zu keiner sinnvollen Ergänzung der Produktpalette, so dass es schwer fällt, neue Märkte zu erobern. Mit diesen Maßnahmen wurden häufig wertvolle Potenziale in der Forschung und Entwicklung sowie im Technologiebereich im Vergleich zu den westdeutschen Betrieben vergeben.

In den letzten Jahren konnte der Rückstand wieder reduziert werden: durch die Absolventen der Universitäten, durch den Zuzug westdeutscher und ausländischer Fachkräfte, die (Wieder-)Einbeziehung von früheren ostdeutschen Eliten und durch Ansiedlungserfolge, speziell durch die Ansiedlung von Unternehmen der Mikroelektronik im Raum Dresden.

Dennoch besteht nach wie vor eine Schwäche der ostdeutschen Industrie in ihrer geringen Ausrichtung auf wissenschaftsintensive Wirtschaftszweige. Wirtschaftsbereiche wie der Fahrzeug- und der Maschinenbau sowie die EDV-Technik waren auch im Jahr 2006 in Ostdeutschland unterrepräsentiert. Eine Ausnahme bildet noch der Bereich der erneuerbaren Energien mit den Standorten von QCells und Solarworld. Mit der Schwäche dieser Wirtschaftszweige ist auch ein Defizit an Forschungs- und Entwicklungskapazitäten verbunden.⁵⁴

⁵³ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05. Wiesbaden 2004. Z 637.

⁵⁴ Ulrich Busch / Wolfgang Kühn / Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. S. 26f.

10. Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung«

Ein weiteres Investitionshindernis war der im Einigungsvertrag festgelegte Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung«. Die Alteigentümer und ihre Erben wurden bei dieser Regelung eindeutig gegenüber den bisherigen Nutzern bevorzugt. Zudem ging dieses Prinzip von völlig überzogenen Erwartungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Potenz und die Investitionsbereitschaft der Restitutionsberechtigten aus.

Durch die Restitutionsansprüche endete der Neustart in die Marktwirtschaft für viele Städte zunächst einmal in einem Desaster. Viele Investitionen konnten aufgrund offener Vermögensfragen nicht getätigt werden. Die Objekte, gegenüber denen Restitutionsansprüche geltend gemacht wurden, wurden von der Treuhandanstalt mit einer Verkaufs- bzw. einer Verfügungssperre belegt. Damit wurde dem vom Einigungsvertrag festgelegten Vorrang der Restitutionsansprüche der Alteigentümer Rechnung getragen.

Der Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung« stellte in den Jahren 1990/94 ein großes Investitionshindernis für die ostdeutschen Bundesländer und Kommunen dar. Die Ämter für offene Vermögensfragen hatten sich mit Hunderttausenden von Eigentums- und Vermögensansprüchen zu befassen. Im Jahre 1991 waren erst 3 Prozent der 2 Mio. Anträge auf Rückgabe des Vermögens entschieden.

Erst nach der Klärung der meisten offenen Vermögensfragen in den Jahren 1994/95 setzte in vielen ostdeutschen Ländern und Kommunen der Boom der Immobilien- und Bauwirtschaft ein, von dem diese noch lange zehrten. Dennoch wirkt sich die Politik der Treuhand, die 85% der privatisierten Objekte an westdeutsche Käufer, 10 % an ausländische und nur 5 % an ostdeutsche Käufer verkaufte³⁵, bis heute in einer sehr ungleichen Verteilung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse zwischen Ost und West aus. Dem Osten fehlt heute sowohl das erforderliche Grundeigentum als auch der benötigte Kapitalstock, der eine wichtige Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft darstellt.

35 Walter Friedrich: Einkommens- und Vermögenssituation in Deutschland. S. 17.

11. Altschuldenbelastung

Ein weiterer Fehler der Vereinigungspolitik war, dass keine grundsätzliche Entschuldung der Betriebe und Genossenschaften der früheren DDR stattfand. Die Schulden dieser Betriebe waren größtenteils fiktiv und resultierten aus dem DDR-Wirtschaftssystem, wurden aber in die Marktwirtschaft mit übernommen. Damit wurden die Chancen der Ost-Betriebe (besonders der kommunalen Wohnungsbaugenossenschaften) erheblich belastet.⁵⁶

Mit der Entschuldung der ostdeutschen Unternehmen wäre auch der Bundeshaushalt nicht unzulässig belastet worden. Denn mit (häufig aufgrund der Altschuldenregelung) in Insolvenz gehenden Betrieben fielen dem Staat auch Steuereinnahmen weg. Folglich hätten sogar die Staatseinnahmen über Steuern zunehmen können, wenn die Betriebe die Entschuldung zu einer Effektivitätsangleichung an die Marktwirtschaft genutzt hätten. Auch viele Kommunen wurden mit Forderungen, die noch von vor 1989 stammten, erheblich belastet.

12. Ausbildungsplatzproblem und Abwanderung vorwiegend junger Fachkräfte

Ein weiteres Problem waren fehlende Ausbildungsplätze im Osten, die auch der Bundesregierung *Kohl* als Versäumnis angerechnet werden müssen. Viele Unternehmen weigerten sich, Lehrlinge auszubilden und die erforderlichen Ausbildungsplätze bereit zu stellen.

Infolge der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und den ausbleibenden Ansiedlungserfolgen nahm auch die Abwanderung in die alten Bundesländer wieder zu. Vor allem gut ausgebildete junge Fachkräfte und viele junge Frauen verließen den Osten vielfach in Richtung alte Bundesländer.

Zur Ironie der Geschichte gehört, dass der Bevölkerungsverlust, der bereits mit der Fluchtwelle 1989 einherging, nie wesentlich gestoppt wurde. So sank der Anteil der 18- bis 29-jährigen an der Gesamtbevölkerung von 1990-1993 in Ostdeutschland deutlich. Auch in den folgenden

⁵⁶ Herbert Ehrenberg: Die Teilung ist nicht durch Teilen zu überwinden – wir brauchen ein Konzept zur Stärkung der Investitionsdynamik und Neuverteilung der Arbeit in Ost- und Westdeutschland. S. 29.

Jahren hielt die Abwanderung von Ost nach West an. Während zwischen 1995 und 1997 der Netto-Wanderungssaldo (Fortzüge aus Ostdeutschland minus Zuzüge nach Ostdeutschland) noch 49.750 betrug, stieg dieser in den Jahren 1998 bis 2000 auf 135.600 und für 2001 bis 2003 auf 241.100 an. Mit der zunehmenden Abwanderung von Ost- nach Westdeutschland wird auch das Erwerbspersonenpotenzial in den neuen Bundesländern bis 2020 um 23,3 Prozent abnehmen.⁵⁷

Fazit der Vereinigungspolitik auf wirtschaftlichem Gebiet

Ein Fazit der Untersuchung lautet, dass in jedem Falle viele Umstrukturierungsmaßnahmen der ostdeutschen Wirtschaft notwendig gewesen wären, vor allem bei den großen Kombinat. Allerdings hätte die Privatisierung schrittweise, über einen längeren Zeitraum und stärker konzeptionell untersetzt vollzogen werden müssen. Zudem hätte die Privatisierung in vielen Branchen durch beschäftigungssichernde Maßnahmen flankiert werden müssen (z. B. durch die Bildung von Sanierungsgesellschaften), und für ganze Regionen wäre eine innovative Strukturpolitik erforderlich gewesen.

Ein erheblicher Teil der heutigen wirtschaftlichen Probleme und der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern begründet sich sicherlich auf der Stagnation der DDR-Wirtschaft in den Jahren vor 1989. Die Wirtschaft der DDR war zwar nicht so marode, wie es heute zum Teil dargestellt wird, und brachte erhebliche Werte in die Vereinigung mit ein, sie hatte aber trotzdem einen erheblichen Modernisierungsrückstand. Viele Produktionsanlagen waren z. T. veraltet, und die Produktpalette war überholt.

Ein nicht unerheblicher Teil der heutigen wirtschaftlichen Probleme und der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist aber auch auf die Politik der Bundesregierung zwischen 1990-1995 und Managementfehler zurückzuführen.⁵⁸ Die Betriebe wurden unter Zeitdruck privatisiert und

⁵⁷ Ulrich Busch: Aufbau Ost – Bilanzen und Perspektiven. In: Berliner Debatte Initial. 16. Jg. Heft 1/2005. S. 83 auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes (Datenreport 2004. Wiesbaden 2005).

⁵⁸ Ähnlicher Auffassung ist z. B. auch Fritz Vilmar: Gegeninformationen zur Vereinigungspolitik. In: Memorandum-Gruppe. <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0801.pdf>. S. 7ff.

seit Juli 1990 auf dem freien Markt der Konkurrenz der West-Betriebe ausgesetzt, denen sie im Hinblick auf die Palette, die Qualität und die Kosten der angebotenen Produkte sowie dem Zustand der Produktionsanlagen oft unterlegen waren. Durch die rigorose Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt fehlen dem Osten bis heute wichtige industrielle Kerne.

Reinhold Kowalski spricht in diesem Zusammenhang von der »transformationsbedingten, dauerhaft schwachen industriellen Basis der ostdeutschen Wirtschaft.«³⁹ *Kowalski* schreibt weiter: »Um so deutlicher [...] wird, mit welcher Fahrlässigkeit die damalige Bundesregierung und ihre verantwortlichen Akteure der Transformation ans Werk gingen und wie katastrophal ihr wirtschaftspolitisches Konzept versagte, wie sehr ihr neoliberales Leitbild ein Trugbild war und ist.«⁴⁰ Ähnlich argumentiert *Karl Mai*, der von schwerwiegenden wirtschaftspolitischen Fehlern der Bundesregierung in den Transformationsjahren und einer verfehlten Transformationsökonomie Ost spricht: »Mit dem Währungsschock [...] im Zuge der Währungsunion ging die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie fast vollständig verloren. Generelle Praxis und Fehler der Treuhandanstalt haben diesen Effekt dann verstärkt bzw. bis zur radikalen Deindustrialisierung vertieft.«⁴¹ Trotz einiger wichtiger Erfolge in der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern wirken die transformationsbedingten Strukturschwächen der ostdeutschen Wirtschaft bis in die Gegenwart fort.

Karl Mai nimmt auf den früheren Präsidenten des IWH, *Rüdiger Pohl*, Bezug, der von einer »unvollendeten Transformation«⁴² der ostdeutschen Wirtschaft sprach: »Fasst man jedoch eine sektoral-strukturelle Entwicklung und eine wettbewerbsmäßig erfolgreiche überregionale Integration der ostdeutschen Wirtschaft noch unter den Begriff der Transformation, so ist tatsächlich der Zustand einer durchgängig erneuerten, ausreichend

39 Reinhold Kowalski: Transformationsbedingte, dauerhaft schwache industrielle Basis der ostdeutschen Wirtschaft. In: MEMO-FORUM, Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Nr. 27. Bremen. März 2000. S. 34.

40 Ebenda. S. 61.

41 Karl Mai: Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft. Daten, Klarstellungen und Bewertungen. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2008. S. 67f.

42 Rüdiger Pohl: Die unvollendete Transformation. In: Wirtschaft im Wandel. Heft 8/2000.

dimensionierten und auch selbsttragenden modernen Wachstumsbasis der Wirtschaft noch keineswegs erreicht.«⁴⁵

Zu Beginn der neunziger Jahre und auch danach gab es, abgesehen von einigen Erfolgen rund um den Chemiapark Leuna oder der Mikroelektronik im Raum Dresden, kaum Ansiedlungen von Industrie und Produktionsstätten in Ostdeutschland. Wenn Ansiedlungen erfolgten, waren es zumeist Zulieferbetriebe für die alten Bundesländer. Ostdeutschland wurde so oft nur zum Absatzmarkt für westdeutsche Handelsketten und zu einem zweiten »Mezzogiorno«.⁴⁴

Der Leipziger Soziologe *Walter Friedrich* kommt zu dem Schluss, dass es zwar einige wenige Jahre (zwischen 1992 und 1995/96) einen Angleichungsprozess zwischen Ost und West gab. Danach habe sich aber unübersehbar eine Phase der Stagnation eingestellt, die im Wesentlichen bis heute anhält und teilweise sogar rückläufige und gegensätzliche Trends aufweist. »Dies zeigt sich:

- in einer Arbeitslosigkeit von etwa 18 bis 20 %, doppelt so hoch wie in den Westländern;
- in einer von Jahr zu Jahr zunehmenden Abwanderung junger und besonders leistungsstarker Menschen nach dem Westen, die dort nach einer Arbeitsstelle und nach dem bedeutend höheren westlichen Lohn- und Lebensstandard suchen. Nahezu zwei Drittel der seit 1990 über 2,5 Millionen Westmigranten waren jünger als 30 Jahre.
- in dem wachsenden Verfall, der sozialen Verödung, der Überalterung der Bevölkerung in vielen ländlichen, auch kleinstädtischen Regionen des Ostens;

⁴⁵Karl Mai: Nach 10 Jahren Vereinigungsökonomie: Scheitern oder Vollendung der ostdeutschen Transformation? In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0014.pdf>. Halle 2000.

⁴⁴ Die Auffassung, dass sich Ostdeutschland zu einem zweiten »Mezzogiorno« entwickelt habe, wird u. a. vertreten bei Karl Mai: Mezzogiorno als die zwangsläufige »Perspektive Ost«? Zu Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Politikberatung. In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0405.pdf>. Halle 2005. – Ulrich Busch: Zwischen Sonderwirtschaftszone und Mezzogiorno, Kritik aktueller wirtschaftspolitischer Konzepte für Ostdeutschland. In: Ostdeutschland – alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder Mezzogiorno? Hrsg. von Joachim Tesch. Beiträge des Workshops in Leipzig vom 20. November 2004. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2005. S. 9ff. Folglich gibt es auch eine Reihe von Autoren, die die Vereinigung vornehmlich als ostdeutsche Verlustgeschichte beschreiben: Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin 2004. S. 546; ders.: Kritik der Ungleichheit. In: Vorgänge. Heft 4/2004. S. 11.

- in der, von einigen modernen industriellen Kerngebieten abgesehen, weit geringeren wirtschaftlichen Leistungskraft der Ostländer.«⁴⁵

Seit einigen Jahren gibt es positive Tendenzen, die dafür sprechen, dass der Rückstand der neuen Bundesländer gegenüber den alten aufgeholt werden kann. Zu diesen positiven Tendenzen gehören die vielen gut ausgebildeten Absolventen, die die Hoch- und Fachschulen verlassen und in der Wirtschaft tätig sind, und viele Personen, die erfolgreich den Sprung in die Selbstständigkeit geschafft haben. Vereinzelt gibt es Ansiedlungserfolge wie z. B. DHL und Porsche in Leipzig, neue Zuliefererbetriebe und erfolgreiche Neugründungen des produzierenden Gewerbes wie Q-Cells, die mit einem großen Produktivitätsanstieg dazu beitragen, dass sich die Wertschöpfung im Osten leicht erhöht und die Arbeitslosenquote langsam zurückgeht. Andererseits gibt es auch wieder Rückschläge wie die Insolvenz des Dresdner Chipherstellers Qimonda und die Folgen der Banken- und Finanzkrise, die auch an der ostdeutschen Wirtschaft nicht vorbeigehen.

Von einem erfolgreichen wirtschaftlichen Angleichungsprozess wird man aber erst dann sprechen können, »wenn Ostdeutschlands Wertschöpfung [...] mindestens auf 80 Prozent zum Westen gehoben wird.«⁴⁶ Im Jahre 2009, dem 20. Jahr der Demonstrationen für die deutsche Einheit, wird das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Ostdeutschland noch immer nur bei zwei Dritteln des westdeutschen Niveaus liegen⁴⁷, so dass es sehr problematisch wäre, von einem erfolgreichen wirtschaftlichen Angleichungsprozess der neuen an die alten Bundesländer zu sprechen.

45 Walter Friedrich: Einkommens- und Vermögenssituation in Deutschland. S. 58.

46 Edgar Most, ehemaliges Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG Berlin, zitiert nach Reinhard Heinrich: Wie weiter im Osten – Sächsische Perspektiven. Dr. Edgar Most zu Gast bei der PDS. In: Dresdner Blättl. 16. Jg. Heft 4 vom 4. März 2005. <http://www.dresdnerblaetl.de/2005/04/041401.htm>.

47 Ulrich Busch / Wolfgang Kühn / Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. S. 15.

Literatur

- Biedenkopf, Kurt: Sachsen in der Mitte der Legislaturperiode. Eine Zwischenbilanz. Dresden 1992.
- Busch, Ulrich: 15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick. In: Utopie kreativ. Heft 177/178. Juli/August 2005. S. 594-606.
- Busch, Ulrich: Aufbau Ost – Bilanzen und Perspektiven. In: Berliner Debatte Initial. 16. Jg. Heft 1/2005. S. 79-89.
- Busch, Ulrich / Kühn, Wolfgang / Steinitz, Klaus: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit. Hamburg 2009.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Nachlassende Wachstumsdynamik in Ostdeutschland. Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Erfordernisse. Kocheler-Kreis. Bonn 1996.
- Engler, Wolfgang: Die Ostdeutschen als Avantgarde. Berlin 2004.
- Engler, Wolfgang: Kritik der Ungleichheit. In: Vorgänge. Heft 4/2004. S. 11.
- Friedrich, Walter: Einkommens- und Vermögenssituation in Deutschland. Ein West-Ost-Vergleich. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. Leipzig 2004.
- Heine, Ronny: Quo vadis, Aufbau Ost? - Empfehlungen für eine wachstumsorientierte Politik. Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung. Heft 14/2004. Sankt Augustin. September 2004.
- Hertle, Hans-Hermann et al. (Hrsg.): Vom Ende der DDR-Wirtschaft zum Neubeginn in den ostdeutschen Bundesländern. Sonderdruck der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Dresden 1998.
- Janke, Dieter: Sachsen im Strudel zweier Transformationen – Fakten und Alternativen. In: Ungeschehene Geschichte, Bilanz nach 10 Jahren Deutscher Einheit. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (Hrsg.). Leipzig 2001. S. 59- 82.
- Köhler, Otto: Die langen Finger der Treuhand. In: Weltbühne. Heft 8/1995 vom 25. 02. 1995.
- Kowalski, Reinhold: Transformationsbedingte, dauerhaft schwache industrielle Basis der ostdeutschen Wirtschaft: In: MEMO-FORUM. Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Nr. 27. Bremen. März 2000. S. 44-61.

- Mai, Karl: Nach 10 Jahren Vereinigungsökonomie: Scheitern oder Vollendung der ostdeutschen Transformation? In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0014.pdf>. Halle 2000.
- Mai, Karl: Mezzogiorno als die zwangsläufige »Perspektive Ost«? Zu Konsequenzen aus der wissenschaftlichen Politikberatung. In: <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0405.pdf>. Halle 2005.
- Mai, Karl: Rückblick auf die 80er Jahre der DDR-Wirtschaft. Daten, Klarstellungen und Bewertungen. Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2008.
- Müller, Uwe: Supergau Deutsche Einheit. Zeitbombe Ost. Berlin 2005.
- Nick, Harry: DDR-Wirtschaft: Weder weltmarktfähig noch marode. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12. 1995. S. 1482ff. o. V.: Mit der RAF für die Treuhand – der Tod des Detlev Karsten Rohwedder. In: <http://members.internettrash.com/medwiss2/treuhand.html> (o. J.)
- Pohl, Rüdiger: Die unvollendete Transformation. In: Wirtschaft im Wandel. Heft 8/2000.
- Ragnitz, Joachim: Überlegungen zur Ausgestaltung eines Solidarpaktes II für die neuen Bundesländer. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Diskussionspapier Nr. 150. Dezember 2000.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland. Jahresgutachten 2004/05. Wiesbaden 2004.
- Schneider, Gernot: Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität. 2. Aufl. Köln 1990.
- Schneider, Horst: Wohin treibt Sachsen? »Landesvater« Biedenkopf. Über seine Ansichten, Absichten und Politik. Schkeuditz 1995.
- Spies, Bernd Georg: »Die Arbeit geht weiter« – Gestaltung betrieblicher Umstrukturierung als Alternative zu Massenentlassungen und Betriebsschließungen. In: MEMO-FORUM. Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Nr. 22. Bremen. November 1994. S. 95-104.
- Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004. Wiesbaden 2005.
- Tesch, Joachim (Hrsg.): Ostdeutschland – alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder Mezzogiorno? Beiträge des Workshops in Leipzig vom 20. November 2004. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 2005.

Vilmar, Fritz (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen. Berlin 2000.

Vilmar, Fritz: Gegeninformationen zur Vereinigungspolitik. Eine ideologiekritische Zehnjahres-Bilanz. In: Memorandum-Gruppe. <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0801.pdf>.

Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. 2. Aufl. Berlin 1998.

UDO LUDWIG

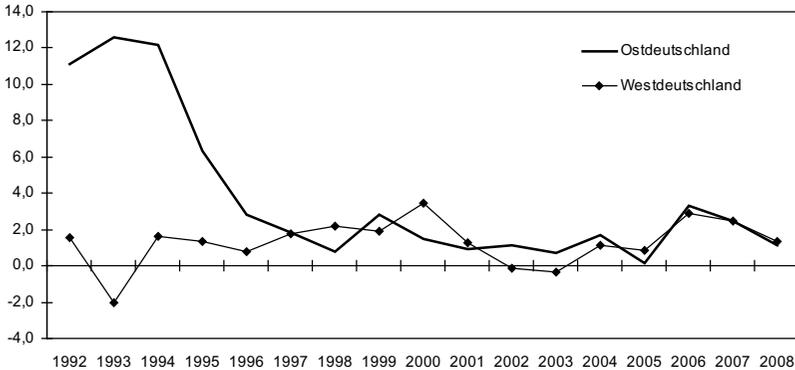
Schein der Ost-West-Konvergenz versus Realität des wirtschaftlichen Wachstums Ostdeutschlands

Eine wirtschaftlich schwache Region muss schneller wachsen als eine wirtschaftlich starke, wenn sie aufholen will. Nach einer gängigen These in der Fachliteratur zur wirtschaftlichen Konvergenz muss dazu die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts der Region Ostdeutschland die der Region Westdeutschland um 1,4 Prozentpunkte übertreffen. Bezogen auf die Verhältnisse zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung impliziert dies eine Halbierung des Produktivitätsrückstandes je Einwohner innerhalb von 35 Jahren.¹ Diese Prognose ist deutlich unterboten worden. Bereits 15 Jahre nach der Vereinigung lag das Bruttoinlandsprodukt der neuen Bundesländer je Einwohner bei zwei Dritteln des durchschnittlichen Standes in den alten Bundesländern. Dies bedeutete eine Halbierung des Abstandes gegenüber der Anfangssituation von einem Drittel im Jahr 1991.

Allerdings hat sich der Rückstand seit der Halbierung nur noch wenig geändert. Auch ist der Aufholprozess bereits vor der Jahrtausendwende ins Stocken geraten. Von 1997 bis zum Jahr 2003 hat sich der relative Rückstand in der Pro-Kopf-Produktion nur noch in Trippelschritten verringert. Der Grund dafür liegt im Verlust des wirtschaftlichen Wachstumsvorsprungs des Ostens bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre.

1 Robert J. Barro / Xavier Sala-i-Marti: Convergence across States and Regions. In: *Brooking Papers on Economic Activity*. Vol 1. S. 154. Dort heißt es wörtlich: »The halfe-life of this convergence process is 35 years; that is, it would take 35 years for half of the initial East-West gap to be eliminated.«

*Abbildung 1: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Ost- und in Westdeutschland¹
Veränderung gegenüber Vorjahr in % -*



NBL ohne Berlin; ABL mit Berlin.

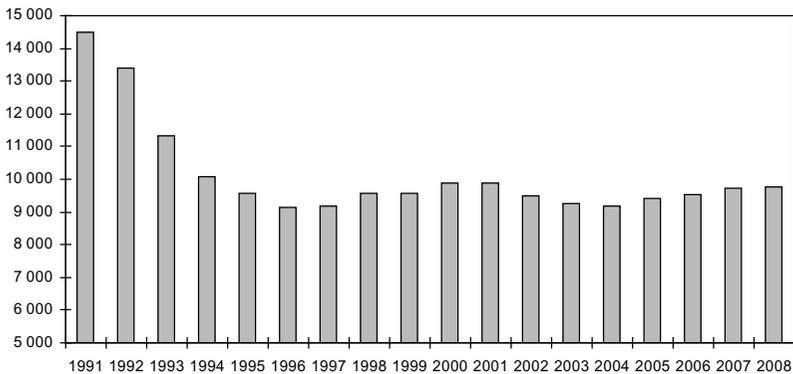
Quelle: Arbeitskreis »VGR der Länder«.

Nach der Transformationskrise in den Jahren 1990 bis 1992, die sich in einem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandsprodukt) um etwa ein Drittel und der industriellen Wertschöpfung um etwa drei Viertel niederschlug, war zwar die ostdeutsche Wirtschaft von einem niedrigen Niveau ausgehend auf einen Wachstumspfad eingeschwenkt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg bis 1996 deutlich schneller als im Westen; selbst im Rezessionsjahr 1993 nahm es im Osten zu. Allerdings beruhte das hohe Wachstum in den Jahren 1992 bis 1994 einseitig auf der Bauwirtschaft, was zur Bildung einer Blase am Immobilienmarkt führte. Nicht nur notwendige staatliche Programme zur Modernisierung der Infrastruktur hatten diese Entwicklung befördert, sondern vor allem steuerliche Anreize im privaten Immobiliensektor. Letztlich führte diese Politik zur Errichtung von Wohn- und Gewerbeimmobilien am Bedarf vorbei. Mit der Rücknahme der steuerlichen Förderung platzte die Blase im Immobiliensektor, die Bauproduktion stürzte ab - in einer Reihe von Jahren mit zweistelligen Raten - und belastete das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung nach 1995 länger als ein ganzes Jahrzehnt.

Der Verlust an Wachstumsvorsprung konnte in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre weder von der aufstrebenden Industrie noch vom zule-

genden Dienstleistungssektor aufgewogen werden, so dass die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts Ostdeutschlands von 1997 bis 2001 im Schnitt unter die im Westen sanken. In der folgenden Schwächephase der deutschen Wirtschaft führten eine kräftige Industriekonjunktur und Sonderfaktoren im Zusammenhang mit der Beseitigung der von der Jahrhundertflut im Jahr 2002 hinterlassenen Schäden vorübergehend zu einem stärkeren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in den neuen Bundesländern. In den Jahren des vergangenen konjunkturellen Aufschwungs von 2005 bis 2008 zog das wirtschaftliche Wachstum im Osten im Schnitt gleich mit dem im Westen. Einen Wachstumsvorsprung gab es nicht mehr.

*Abbildung 2: Konvergenz und Divergenz der Produktion pro Kopf in Deutschland
Abstand des BIP Ost (ohne Berlin) von West (mit Berlin) je Einwohner in Euro*



Quellen: Arbeitskreis »VGR der Länder«; Berechnungen des Autors.

Der Wachstumsverlauf ist ein Grund für die Erklärung eines Aufholprozesses. Der andere Grund liegt in der Einwohnerzahl. Ihr Einfluss ist spätestens dann nicht vernachlässigbar, wenn sie sich zwischen den Regionen gegenläufig entwickelt. Das ist von Anfang an der Fall beim Ost-West-Vergleich gewesen. In Ostdeutschland ist die Einwohnerzahl im gesamten Zeitraum infolge des Geburtenrückgangs und der Abwande-

rung seit der deutschen Vereinigung gesunken, in Westdeutschland ist sie dagegen gestiegen. So schneidet Ostdeutschland beim Wachstum der Pro-Kopf-Produktion im Ost-West-Vergleich besser als beim Vergleich der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts ab.² Nur in den Jahren 1998 und 2000 lag es unter der Rate in Westdeutschland. Die Schere zwischen den Pro-Kopf-Niveaus hat sich seit der Stockung des Aufholprozesses wieder geöffnet, nur in den wirtschaftlich schwachen Jahren in Westdeutschland hat sich der Abstand im Pro-Kopf-Niveau von 2002 bis 2004 noch einmal vorübergehend verringert, ist aber danach wieder gestiegen (Abbildung 2). Damit vermochte selbst die „Gunst« sinkender Einwohnerzahlen Ostdeutschland nicht auf den Aufholpfad zurückzuführen.

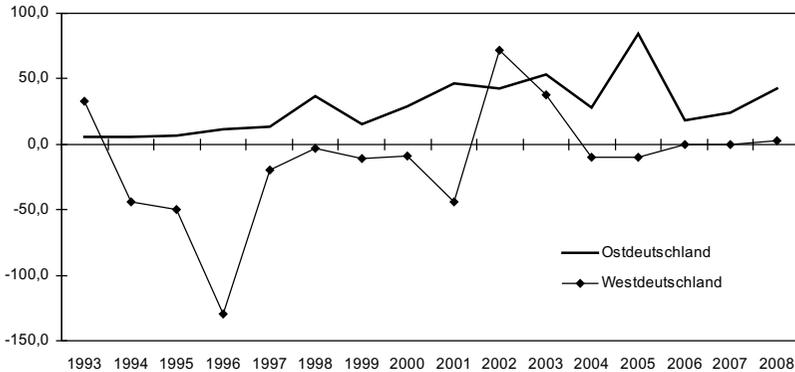
Um den Einfluss der divergierenden Bevölkerungsentwicklung auf das Wachstum der Pro-Kopf-Produktion wenigstens annähernd sichtbar zu machen, bietet sich eine Komponentenzerlegung des Zuwachses auf den Anteil von Produktion und Einwohnerzahl an. Ermittelt man den Bevölkerungseffekt aus dem Vergleich des beobachteten Zuwachses mit einer bevölkerungsneutralen Zuwachsgröße, berechnet als Zuwachs bei unveränderter Einwohnerzahl gegenüber dem Basisjahr³, so hat sich der Einfluss der sinkenden Bevölkerungszahl in Ostdeutschland auf den Ost-West-Abstand der Pro-Kopf-Produktion seit der Stockung des Aufholprozesses deutlich erhöht. Lag er in den ersten Jahren nach der Vereinigung noch bei maximal 20 Prozent, so tendierte er in Ostdeutschland vor allem in den Jahren nach 2000 gegen die Hälfte. Im Jahr 2005 mit stagnierendem Bruttoinlandsprodukt ging der Zuwachs der Pro-Kopf-Produktion sogar fast ausschließlich auf die sinkende Einwohnerzahl zurück. Ganz

2 Streng genommen dürfte der Pro-Kopf-Vergleich bei offenen Wirtschaftsräumen nicht bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt geführt werden, sondern müsste die wirtschaftliche Leistung der Inländer, also das Bruttonationaleinkommen, anstelle des Bruttoinlandsprodukts als Bezugsgröße verwenden. Diese Vergleiche zeigen ein noch größeres Abstandsgefälle, lassen sich jedoch aufgrund der unterschiedlichen Preisbasis der Messgrößen schlechter mit Wachstumskonzepten auf Basis realer Größen integrieren.

3 Gegen diesen Berechnungsansatz kann man einwenden, dass sinkende Einwohnerzahlen langfristig auch ein schwächeres Wirtschaftswachstum oder gar Produktionsrückgänge implizieren. Gegen diesen Automatismus sprechen aber nicht nur die statistisch beobachteten Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts für Ost- und für Westdeutschland in den vergangenen Jahren, sondern auch mittelfristig die Vernachlässigung der Unterschiede im Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten im Rahmen dieser Argumentation. In Transformationsökonomien scheint der Auslastungsgrad nicht nur konjunkturelle Bedeutung zu besitzen.

anders ist die Entwicklung in Westdeutschland verlaufen. Steigende Einwohnerzahlen haben rechnerisch den Zuwachs der Pro-Kopf-Produktion in Westdeutschland im Unterschied dazu gedämpft (Abbildung 3). Diese Einflüsse verschwinden in den einfachen Vergleichen von Pro-Kopf-Größen.

Abbildung 3: Bevölkerungseffekt des Zuwachses der Pro-Kopf-Produktion in Ost- und in Westdeutschland¹ (in %)



¹ NBL ohne Berlin; ABL mit Berlin.

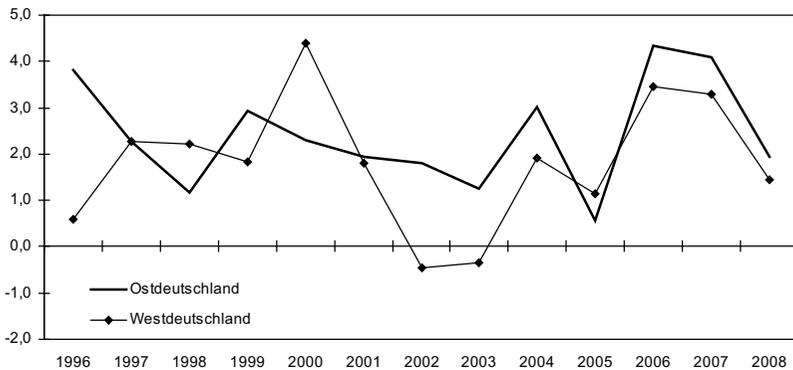
Quellen: Arbeitskreis »VGR der Länder«; Berechnungen des Autors.

Die Stockung des Aufholprozesses auf der Ebene der gesamtwirtschaftlichen Produktion überdeckt jedoch die Fortschritte beim Aufbau eines wettbewerbsfähigen Produktionspotentials in Ostdeutschland. Die Wachstumsdynamik des Bruttoinlandsprodukts wird durch die Rückführung des Staatssektors gebremst, da sich dies gemäß den Konventionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in niedrigeren Bruttowertschöpfungsgrößen niederschlägt. So ist die wirtschaftliche Leistung des Unternehmenssektors in Ostdeutschland über den gesamten Zeitraum von 1992 bis 2008 stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt.⁴ Mit

⁴ Unternehmenssektor und Staatssektor lassen sich seit Einführung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen datenmäßig nicht mehr sauber voneinander trennen. Hier fehlen im Unternehmenssektor die privaten Dienstleister, die sich nicht aus dem Bereich öffentliche und private Dienstleister herauslösen lassen. Die Gesamtaussage zum Unternehmenssektor dürfte dies aber nicht beeinträchtigen.

dem Abklingen der Anpassungsprozesse im Bausektor ist sie nach dem Jahr 2000 mit Ausnahme des Jahres 2005 auch immer schneller gewachsen als im Westen (Abbildung 4). Dies spricht für den Aufbau eines wettbewerbsfähigen Produktionspotentials und damit für Fortschritte bei der Lösung einer der Grundaufgaben der Transformation im Bereich der Wirtschaft. Allerdings bestehen große strukturelle Unterschiede zwischen den Unternehmenssektoren, die einer nachhaltig schnelleren Expansion im Osten im Wege stehen. Während Führungszentralen fast völlig fehlen und Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten im Osten deutlich unterrepräsentiert sind, wird die Unternehmenslandschaft weitgehend von mittelgroßen, kleinen und kleinsten Unternehmen geprägt.

*Abbildung 4: Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung von Unternehmen in Ost- und Westdeutschland¹
Veränderung gegenüber Vorjahr in %*



¹ NBL ohne Berlin; ABL mit Berlin.

Quellen: Arbeitskreis »VGR der Länder«; Berechnungen des Autors.

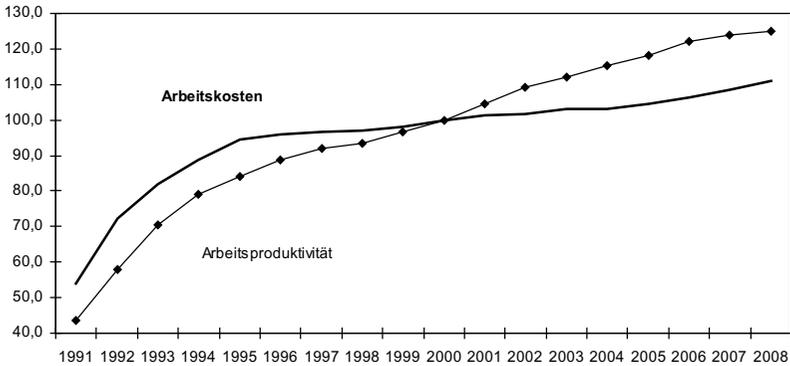
Die Fortschritte des Unternehmenssektors sind nicht allein das Ergebnis der Modernisierung des Produktionsapparats und des Produktangebots, sondern auch einer Lohnpolitik, die letztlich zur Erosion des Flächen-tarifvertragssystems besonders in Ostdeutschland führte. Die von den Tarifparteien Anfang der 90er Jahre vereinbarte schnelle Lohnangleichung ließ die tatsächlichen Produktivitätsverhältnisse außer Acht und

veranlasste viele Unternehmen, Beschäftigte zu entlassen bzw. die Tarifverträge zu unterlaufen. Die Lohnunterschiede zwischen den Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland ergeben sich zu einem Großteil aus der unterschiedlich starken Bindung an das Tarifvertragssystem. Trotz gewisser Stabilisierungstendenzen in den letzten Jahren bleibt die Einbeziehung in einen Branchentarifvertrag mit 21 Prozent der Betriebe alles in allem schwach (Westdeutschland 34 Prozent).⁵ Dabei heben sich besonders deutlich die Landwirtschaft und das Produzierende Gewerbe von Westdeutschland ab. Dagegen unterscheidet sich die Tarifbindung bei den unternehmensnahen Dienstleistern kaum noch zwischen Ost und West, hier gibt es in beiden Regionen nur für etwas mehr als ein Zehntel der Betriebe Tarifverträge.

Letztlich führte diese Lohnpolitik zu einer Niedriglohnstrategie, mit der die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Produktion auf der Basis niedriger Arbeitskosten hergestellt und lange Zeit gesichert wurde. Die für die ersten Jahre nach der Vereinigung beobachtbare Angleichung der effektiv gezahlten Löhne an das Westniveau lief bald aus. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre stagnierten die Arbeitnehmerentgelte im Osten sogar, erst nach dem Jahr 2000 stiegen sie wieder, wenn auch nur wenig. Die Produktivität je Erwerbstätigen im Unternehmenssektor nahm über den gesamten Zeitraum von 1992 bis 2008 zu, allerdings beruhte der statistisch gemessene Produktivitätszuwachs bis zum Jahr 2005 auch auf dem Abbau nicht wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze. Der Produktivitätsrückstand gegenüber dem Westen konnte verringert, aber bei weitem nicht abgebaut werden. Die Stundenproduktivität lag zuletzt rund ein Viertel unter dem Westniveau. Im Jahr 2000 hatten die Produktivitätssteigerungen den bis dahin bestehenden Arbeitskostennachteil des Ostens im Unternehmenssektor kompensiert (Abbildung 5), die Lohnstückkosten zogen mit dem Stand im Westen gleich und unterboten sie in den folgenden Jahren. Damit war ein wichtiger Schritt bei der Herstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit getan. Erst nach dem Jahr 2005 wirkte sich der Arbeitskostenvorteil auch auf die Beschäftigung aus. Diese Entwicklung wurde wesentlich vom Verarbeitenden Gewerbe, dem Wachstumsführer der ostdeutschen Wirtschaft, bestimmt.

5 Vgl. Arbeitskreis Konjunktur Ost: Ostdeutsche Wirtschaft: Kein aufholendes Produktionswachstum 2008 und 2009. In: Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Wirtschaft im Wandel 6/2008. S. 217.

*Abbildung 5: Arbeitsproduktivität¹ und Arbeitskosten² im ostdeutschen Unternehmenssektor
Index 2000=100 -*



1 Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

2 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer.

Quellen: Arbeitskreis »VGR der Länder«; Berechnungen des Autors.

Zusammenfassend zeigt sich auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ein durchwachsendes Bild der Resultate von »Erblast« der DDR und Wirtschaftspolitik im vereinten Deutschland. Zwar ist es gelungen, in der Transformationskrise Anfang der 90er Jahre offenbarte Rückstände zu verringern. Die Lücke zu den Produktionsverhältnissen im Westen konnte jedoch bei weitem nicht geschlossen werden. Offen bleibt, wie lange sich die Strategie der Niedriglöhne bei zunehmender Internationalisierung der Produktion nach auszahlen wird, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenssektors aufrecht zu erhalten. Ein Strategiewechsel zu mehr innovativer Produktion würde auch höhere Löhne für das bereits jetzt knappe Fachpersonal nach sich ziehen. Kostenbelastungen dieser Art müssen bei einem Strategiewechsel dann durch am Markt erzielte höhere Produktpreise kompensiert werden. Dazu sollte die staatliche Förderung von Innovationen und Investitionen aufrecht erhalten werden und die Bildung von Humankapital Vorrang behalten. Letztlich handelt es sich um gesamtdeutsche Anliegen, die ein gesamtstaatliches Vorgehen angebracht erscheinen lassen.

WOLFGANG KÜHN

Ostdeutschlands Regionen – Entscheidung zwischen Technologiezentren oder Mezzogiorno

Ostdeutschland – eine unterentwickelte Region

»Die« große Lösung für »den« Osten wird es nicht geben, weil es »den« Osten nicht mehr gibt. Was wir brauchen, sind passgenaue Antworten auf unterschiedliche Situationen, passend für einzelne Probleme, passend auch für einzelne Regionen, passend am Ende sogar für einzelne Bevölkerungsgruppen.«¹ Das ist eine gängige Behauptung der letzten Jahre, ausgesprochen von *Jens Bullerjahn*, Finanzminister in Sachsen-Anhalt und Vorsitzender des Forums Ostdeutschland der SPD. Leider wird diese Behauptung nicht durch die Realität bestätigt.

Ostdeutschland ist eine geschlossene unterentwickelte Region in der Bundesrepublik und leider gibt es nur vereinzelte Anzeichen, dass sich dieser Tatbestand in den nächsten Jahren auflösen wird.

1. Beweis: Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner nach Euroregionen in der Bundesrepublik (siehe Bild 1)

(Dazu eine methodische Anmerkung: Die Bundesländer sind durch ihre sehr differenzierte Größenstruktur wenig geeignet, regionale Unterschiede erkennen zu lassen. Besser geeignet sind die Euroregionen, die die Bundesrepublik in 37 Nut(2)-Regionen untergliedern.)

Nach den jüngsten Berechnungen – publiziert im März 2009 von Eurostat – betrug das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in international vergleichbaren Kaufkraftparitäten in der Bundesrepublik im Jahr 2006 27.400 Euro, das entspricht 115,8 Prozent des EU-Durchschnitts².

¹ Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jens Bullerjahn auf dem SPD-Landesparteitag in Halle am 15.09.2007.

² Eurostat, Pressemitteilung 23/2009 vom 19.2.2009

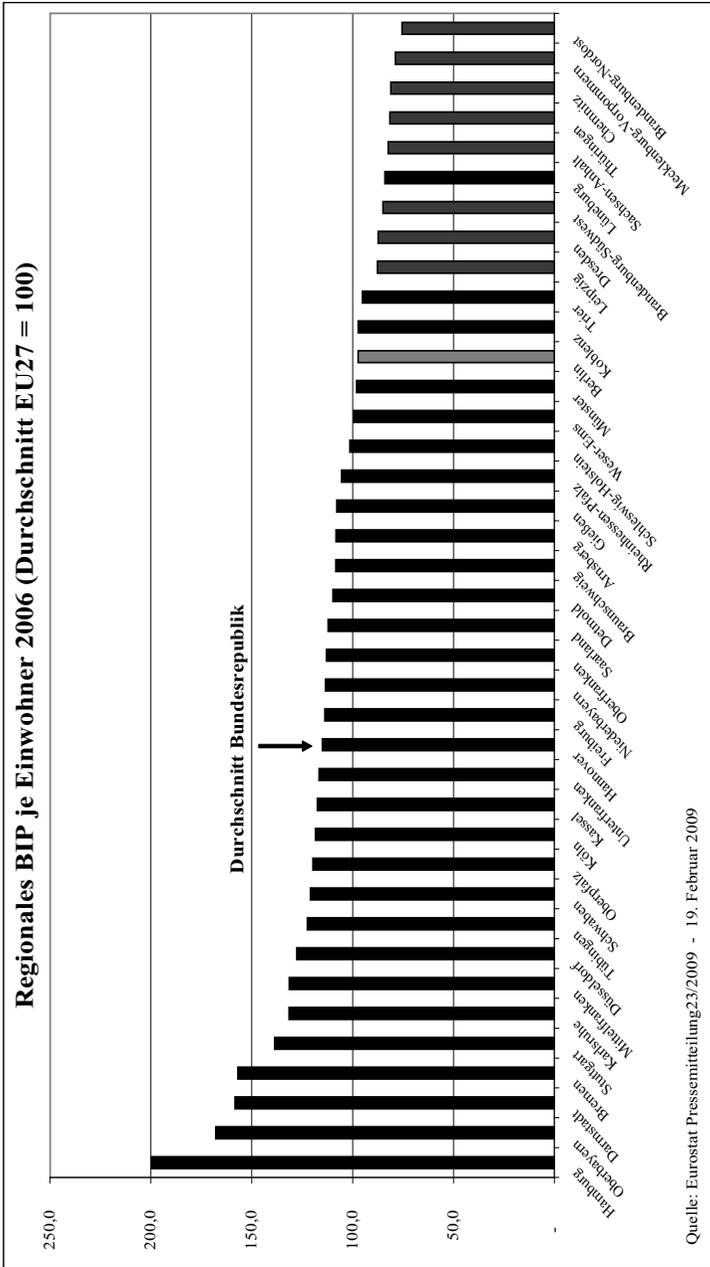


Bild 1: Regionales BIP je Einwohner 2006 (Durchschnitt EU27 = 100)

- Folgende Feststellungen können hier abgeleitet werden:
- Alle acht ostdeutschen Regionen erreichen nicht den Durchschnitt der EU, geschweige den Durchschnitt der Bundesrepublik.
 - Es gibt nur einen »Sonderfall« – Lüneburg –, der sich in die ostdeutsche Sektion eingeordnet hat. Das ist jedoch mehr ein methodischer Sonderfall, auf den auch die Eurostat-Behörde hinweist. Die Region Lüneburg ist das natürliche Hinterland des deutschen Spitzenreiters Hamburg. In Hamburg arbeiten 1,06 Millionen Erwerbstätige, die das Bruttoinlandsprodukt dieser Stadt erwirtschaften. Aber lediglich 850.000 Erwerbstätige leben in Hamburg; die Differenz von mehr als 20.000 Personen sind die Arbeitspendler, die u. a. auch aus der Region Lüneburg, dem natürlichen Hinterland Hamburgs stammen. Bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner werden die Leistungen der Einpendler der Region faktisch »geschenkt«. So erklärt sich teilweise die Spitzenstellung Hamburgs in dieser Rangfolge des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in der Bundesrepublik.
 - Die Hauptstadt Berlin ist im Gegensatz zu den meisten europäischen Hauptstädten nicht ein derartiges wirtschaftliches Zentrum und auch kein wirtschaftlicher Magnet wie die deutschen Spitzenregionen Oberbayern (München), Darmstadt (Frankfurt a. Main) oder Stuttgart. Von der Geschichte und seiner Lage wäre Berlin dazu prädestiniert. Wie die anderen ostdeutschen Regionen erreicht gegenwärtig die Wirtschaftskraft Berlins weder den europäischen noch den bundesdeutschen Durchschnitt.

2. Beweis: In kleineren regionalen Größen Ostdeutschlands, etwa den Landkreisen und kreisfreien Städten müssten doch Leuchttürme der Entwicklung zu entdecken sein: Fehlanzeige!

Das Statistische Bundesamt stellt einen sehr handlichen Regionalatlas für einige volkswirtschaftliche Indikatoren zur Verfügung, so beispielsweise das für jedermann verständliche Jahreseinkommen der privaten Haushalte je Einwohner. Die letzten zugänglichen Daten für 2004 ermittelten ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 17.544 Euro für die gesamte Bundesrepublik (siehe Bild 2).

Hier die Gruppierungskriterien in den Gruppen (im Bild von hell bis dunkel getönt):

- bis 15.000 Euro
- 15.000 bis 15.999 Euro
- 16.000 bis 16.999 Euro
- 17.000 bis 17.999 Euro
- 18.000 Euro und mehr.

In genau 99 Kreisen bzw. Stadtkreisen der Bundesrepublik verfügen die Einwohner nur über ein Pro-Kopf-Jahreseinkommen bis zu 15.000 Euro. Von diesen 99 regionalen Einheiten befinden sich 95 in den neuen Bundesländern, nur vier im früheren Bundesgebiet, im nordöstlichen Niedersachsen – die Landkreise Leer, Wittmund und Grafschaft Bentheim – sowie der Landkreis Freyung-Grafenau in Niederbayern.

Über das geringste Einkommen in der Bundesrepublik verfügen die Einwohner des Landkreises Ostvorpommern mit 13.023 Euro durchschnittlichem Jahreseinkommen.

Keine Stadt, kein Landkreis in den neuen Bundesländern erreicht den Durchschnittswert der Bundesrepublik von 17.544 Euro.

Spitzenreiter in Ostdeutschland ist die Stadt Suhl mit 16.621 Euro Jahreseinkommen pro Einwohner. Das ist die einzige hervorgehobene Region in Ostdeutschland. Wenn über Leuchttürme in Ostdeutschland diskutiert wurde, Suhl wurde dabei nicht erwähnt. Das relativ hohe Einkommen ist nicht der Wirtschaftskraft dieser Stadt zu verdanken, sondern der Tatsache, dass viele Bürger Suhls in Bayern oder in Hessen als Arbeitspendler ein höheres Arbeitseinkommen erzielen, als wenn sie in ihrer Heimatstadt arbeiten würden.

Fazit: Beweise für funktionierende Leuchttürme in den neuen Bundesländern, die wirtschaftliche Prosperität erzeugen und mindestens dem westdeutschen Standard entsprechen, sind nicht auffindbar. Ostdeutschland bildet noch heute gegenüber Westdeutschland einen relativ eigenständigen unterentwickelten Wirtschaftsraum; es gibt nach fast zwei Jahrzehnten staatlicher Vereinigung nur geringfügige Ansätze für die Überwindung der eingetretenen Ost-West Polarisierung.

Untereentwickelte Regionen in Westeuropa

Untereentwickelte Regionen sind in Westeuropa in allen größeren Staaten vorhanden. Als Beispiele seien genannt:

In Frankreich

- Languedoc-Roussillon mit dem Verwaltungssitz Montpellier,
- Picardie mit dem Verwaltungssitz Amiens,
- Insel Korsika.

Hier leben zusammen 4,8 Millionen Einwohner – 7,5 Prozent der Landesbevölkerung.

In Spanien

- Andalusia mit dem Verwaltungssitz Sevilla,
- Region de Murcia mit dem gleichnamigen Verwaltungssitz in Südspanien.

In diesen beiden Regionen leben 9,3 Millionen Einwohner – 21 Prozent der Landesbevölkerung.

In Italien

- der südliche Teil der Halbinsel mit den Regionen Abruzzo, Molise, Campania, Puglia, Basilicata und Calabria, dem südlichen Teil der italienischen Halbinsel.

Hier leben 14 Millionen Einwohner – 24 Prozent der Landesbevölkerung.

Alle diese ausgewählten Regionen zeichnen sich durch eine geringe Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner aus und sind in ihren Ländern die Schlusslichter in der Rangfolge dieses Indikators – siehe Bild 3.

Folgende Sachverhalte lassen sich aus dieser Übersicht ableiten:

- Das größte innerstaatliche Gefälle an Wirtschaftskraft existiert in der Bundesrepublik (40 Prozentpunkte trennen die unterereentwickelteste Region vom Landesdurchschnitt), gefolgt von Italien mit einer Differenz von 37 Prozentpunkten.
- In Frankreich und Spanien sind mit jeweils 24 Prozentpunkten die Unterschiede nicht so ausgeprägt wie in Deutschland oder Italien.
- Ehemals industrialisierte Regionen mit bedeutendem Wirtschaftspotential wie Chemnitz, Sachsen-Anhalt und Thüringen befinden sich im Jahr 2006 mit ihrem Wert an Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf »Mezzogiorno«-Niveau.

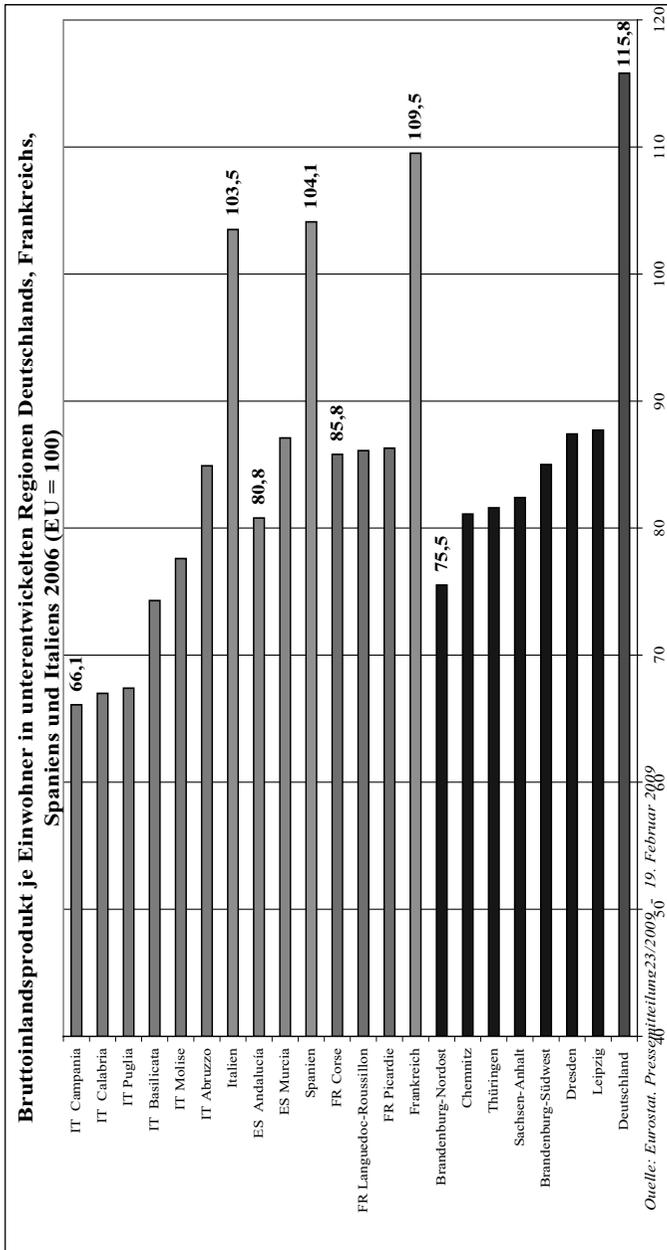


Bild 3: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in unterentwickelten Regionen Deutschlands, Frankreichs, Spaniens und Italiens 2006 (EU = 100)

Das war die Beschreibung des Zustandes 2006. Wie verlief die wirtschaftliche Entwicklung in den zurückliegenden Jahren? Die neuen Bundesländer erreichten im Zeitabschnitt 2000-2006 nicht die hohen Wachstumsraten der meisten unterentwickelten Regionen Frankreichs und Spaniens. Dort waren sie fast doppelt so hoch wie in den neuen Bundesländern. Lediglich im Süden Italiens blieb das Wachstum in allen unterentwickelten Regionen unter dem Landesdurchschnitt.

In der Rangfolge Bruttoinlandsprodukt je Einwohner konnten die ostdeutschen Regionen Fortschritte erzielen, aber nur weil sie überdurchschnittlich Einwohner verloren. Im Zeitraum 2000 bis 2006 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den neuen Bundesländern um 15 Prozent. Das erscheint zunächst als eine passable Entwicklung, da im gleichen Zeitraum in Deutschland insgesamt ein Zuwachs um 6 Prozent erreicht wurde. Dabei bleibt jedoch unberücksichtigt, dass mehr als die Hälfte dieses Zuwachses des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner in den neuen Bundesländern dem gleichzeitig in Ostdeutschland zu verzeichnenden Rückgang der Einwohnerzahl geschuldet ist.

In den unterentwickelten Regionen in Italien, Frankreich und Spanien ist die Zahl der Einwohner nicht derartig gesunken, dort gab es teilweise einen Zuwachs an Einwohnern. Diese Entwicklung in den neuen Bundesländern erscheint zunächst als Vorteil, weil sie so in der Rangfolge der Regionen schneller aufsteigen. Das ist nur ein optischer Vorteil, über die langfristigen Folgen des Bevölkerungsrückgangs wird *Ulrich Busch* hier noch berichten (siehe den nächsten Beitrag).

Eine Faktorenanalyse für den Indikator Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Die Höhe des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner wird im Wesentlichen durch zwei Faktoren bestimmt: durch die Erwerbstätigenquote und die Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen.

Bei einem Vergleich der unterentwickelten Regionen kommt man zu einem zunächst überraschenden Ergebnis: Die ostdeutschen Regionen bleiben mit ihrer Arbeitsproduktivität deutlich hinter den Vergleichsregionen zurück (siehe Bild 4), die Unterschiede der Erwerbstätigenquoten sind nicht so ausgeprägt.

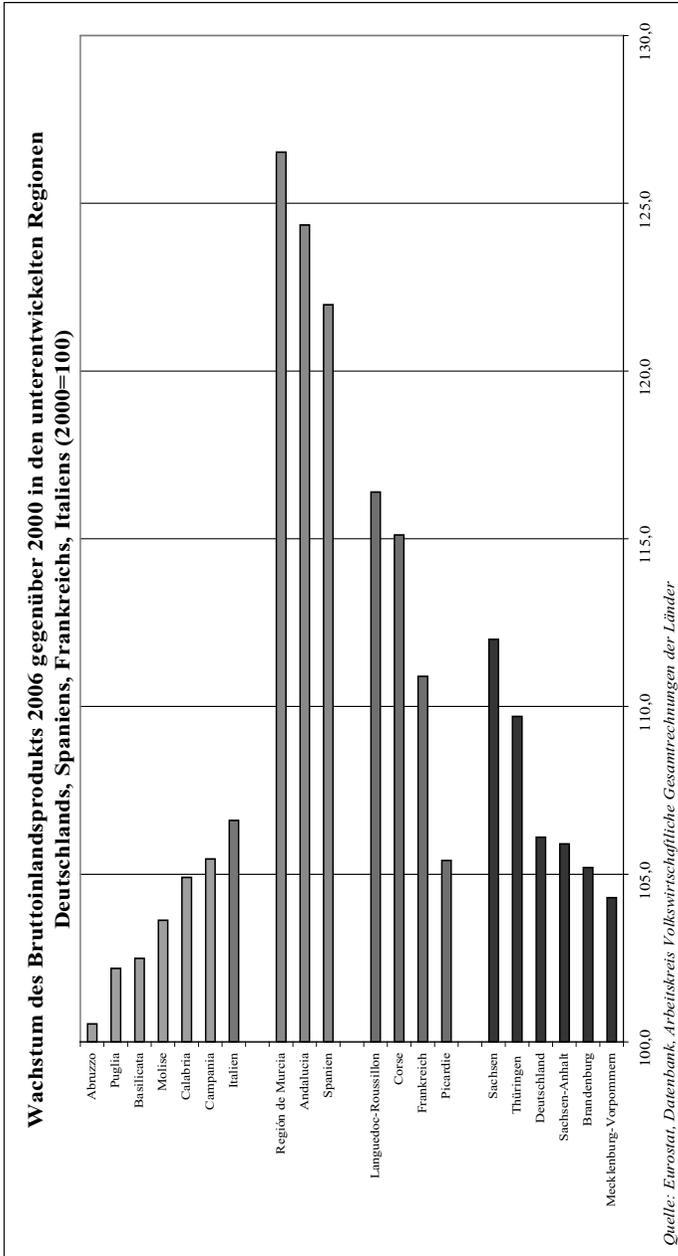


Bild 4: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2006 gegenüber 2000 in den unterentwickelten Regionen Deutschlands, Spaniens, Frankreichs und Italiens (2000 = 100)

Bei der Beschäftigten bzw. Erwerbstätigenquote³ erreichen die neuen Bundesländer ausnahmslos die Ziele der »Lissabonstrategie«, nämlich eine Erwerbstätigenquote von 70 Prozent und mehr. Das italienische Mezzogiorno ist von diesem Ziel noch weit entfernt. (Siehe Bild 5 auf der nächsten Seite.)

Anders beim Faktor Arbeitsproduktivität – (siehe Bild 6 auf der übernächsten Seite): Thüringen und die Region Chemnitz bleiben mit ihrer Arbeitsproduktivität unter dem Niveau der beiden Mezzogiornoregionen Apulien (Puglia) und Kalabrien und haben gerade die Arbeitsproduktivitätshöhe der beiden südspanischen Regionen Andalusien und Murcia erreicht, die von ihrer Geschichte nie über ein nennenswertes industrielles Potential verfügten. Reicht die Qualifikation der Bevölkerung in Ostdeutschland aus, um eine höhere Arbeitsproduktivität zu erzielen? Bildung wird zunehmend als ein entscheidender Entwicklungsfaktor der Gesellschaft und der Wirtschaft behandelt, da neben der Ausstattung mit Bodenschätzen und Produktionsanlagen vor allem die Qualität der menschlichen Arbeitskraft (das so genannte Humankapital) das Leistungsvermögen einer Volkswirtschaft bestimmt. Eine qualifizierte Ausbildung ist die beste Versicherung gegen eine drohende Arbeitslosigkeit. Derartige Erkenntnisse gehören zum Grundrepertoire ausnahmslos aller Politiker und Wirtschaftsmanager in Deutschland.

Wie sind die ostdeutschen Regionen für derartige Herausforderungen gewappnet? Ist die Qualifikation der ostdeutschen Erwerbsbevölkerung so gering, dass die Arbeitslosigkeit sich zunehmend verfestigt? Aufschluss über die Qualifikationsstruktur der Erwerbsbevölkerung gibt ebenfalls die statistische Behörde der EU (Eurostat). Sie liefert beispielsweise ausführliche Daten zur Ausbildung und Beschäftigung von allen Personen, die einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs abgeschlossen haben⁴.

³ Definition: Anteil der Beschäftigten bzw. Erwerbstätigen an der Bevölkerung in der jeweiligen Altersgruppe.

⁴ Humanressourcen in Wissenschaft und Technik mit wissenschaftlich-technischem Bildungsabschluss Personen, die einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs abgeschlossen haben.

Zum Tertiärbereich gehören in Deutschland: Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen, Gesamthochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen, Fachschulen, Fachakademien (Bayern), Berufsakademien, Verwaltungsfachhochschulen Schulen des Gesundheitswesens – 2- bis 3-jährig.

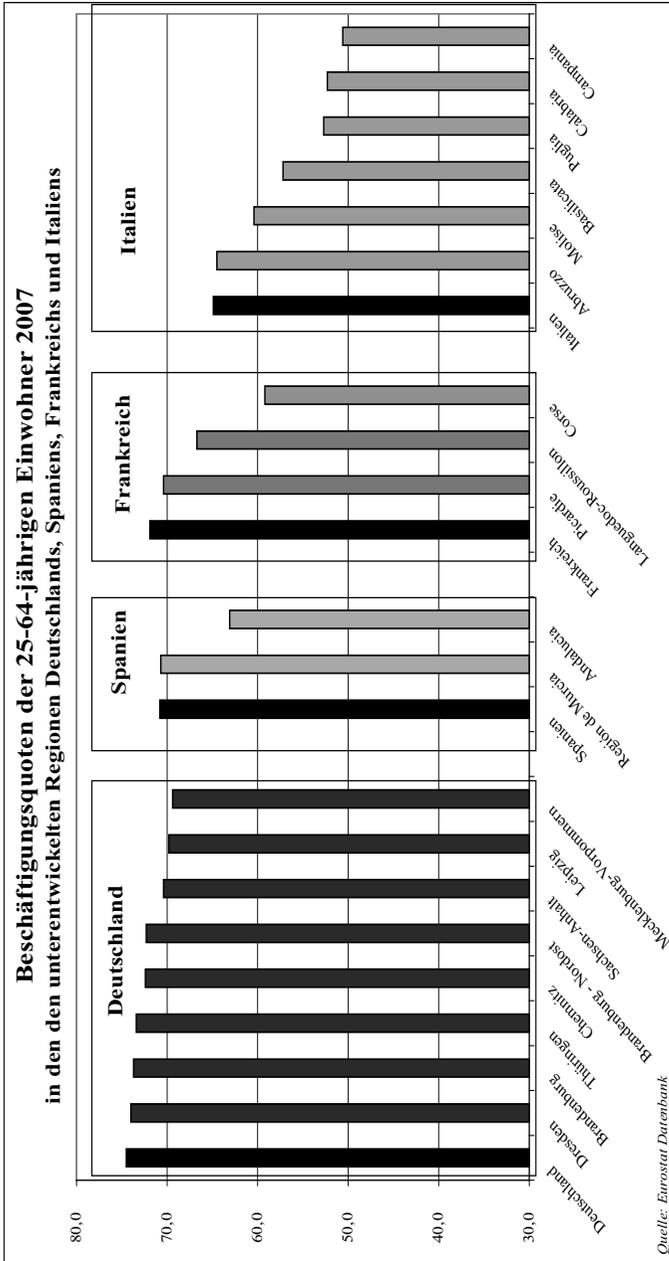


Bild 5: Beschäftigungsquoten der 25-64-jährigen Einwohner 2007 in den unterentwickelten Regionen Deutschlands, Spaniens, Frankreichs und Italiens

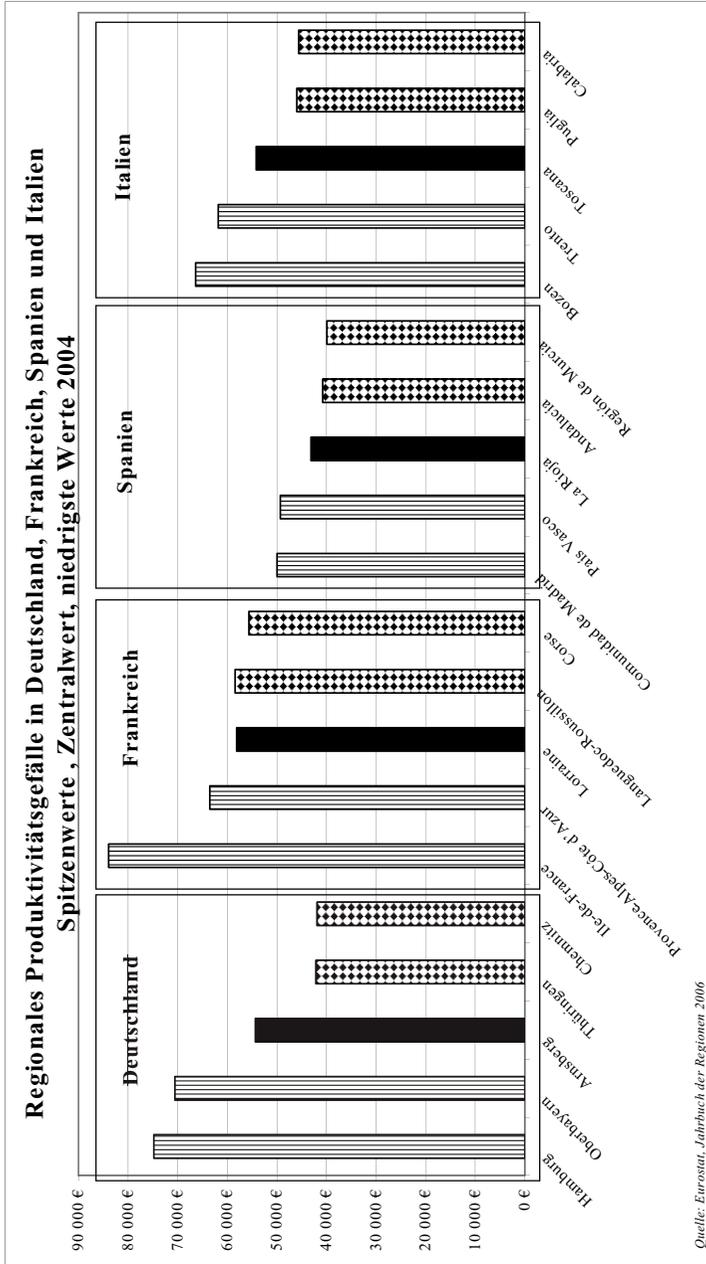


Bild 6: Regionales Produktivitätsgefälle in Deutschland, Frankreich, Spanien und Italien 2004 (Spitzenwerte, Zentralwert, niedrigste Werte)

Danach verfügen 2007 etwa 12,8 Millionen Erwerbsfähige in der Bundesrepublik über einen derartigen tertiären Abschluss, darunter in den neuen Bundesländern 2,6 Millionen Personen. Ihr Anteil an allen Erwerbsfähigen beträgt 2007 in der gesamten Bundesrepublik 20 Prozent und dieser Wert ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Dabei ist die regionale Verteilung der qualifizierten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Bundesrepublik sehr differenziert. Im Jahr 2007 hatte die Region Dresden mit 30 Prozent ausgebildeter Erwerbsfähiger im Tertiärbereich die Spitzenstellung in der Bundesrepublik, gefolgt von Berlin und Leipzig. Als erste westdeutsche Region besitzt Oberbayern mit der bayrischen Hauptstadt München den 4. Platz⁵.

An qualifizierten Bürgern besteht in den ostdeutschen Regionen kein Mangel. Der Anteil der Personen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, die einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs abgeschlossen haben, ist in sechs von acht ostdeutschen Regionen überdurchschnittlich hoch – siehe Bild 7. Auch im Vergleich zu den unterentwickelten Regionen Frankreich, Italiens und Spaniens haben Ostdeutschlands Regionen einen deutlichen Vorsprung. Nur die französische Region Languedoc-Roussillon überspringt die 25-Prozentmarke beim Anteil der Personen, die einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs abgeschlossen haben, das Mezzogiorno erreicht nur einen Anteil zwischen 15 und 20 Prozent. (Siehe Bild 7 auf der nächsten Seite.)

Das ist die eine Seite der Vergleiche. Es gibt zwei besorgniserregende Fakten:

- Das in Ostdeutschland vorhandene Bildungspotential erodiert – siehe Bild 8. In den zurückliegenden Jahren zwischen 1997 und 2007 ist der Bestand dieser Personen in der Bundesrepublik um mehr als ein Fünftel angestiegen. Ein entsprechend gleiches Wachstum hat kein ostdeutsches Bundesland erzielt. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist der Bestand an diesen Personen entgegen dem allgemeinen Trend sogar gesunken.

5 Eurostat, Datenbank: hrst_st_rcat, Auszug 17.3.2009

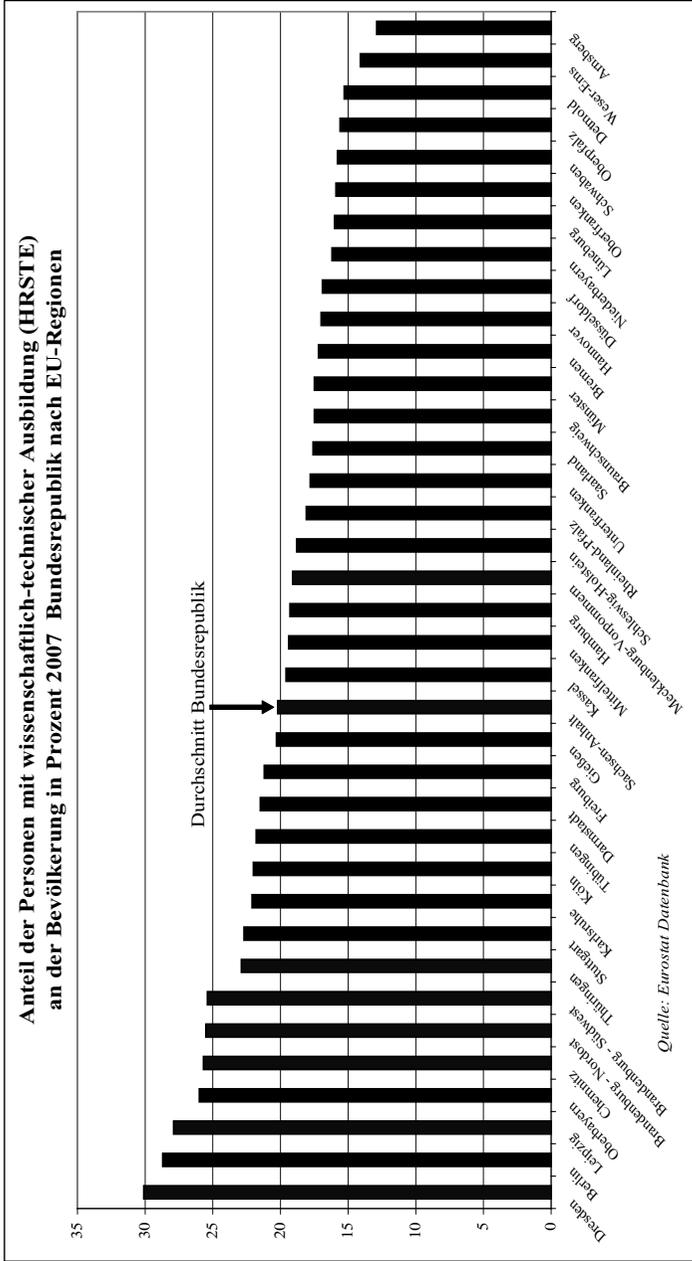


Bild 7: Anteil der Personen mit wissenschaftlich-technischer Ausbildung (HRSTE) an der Bevölkerung in Prozent
2007 – Bundesrepublik nach EU-Regionen

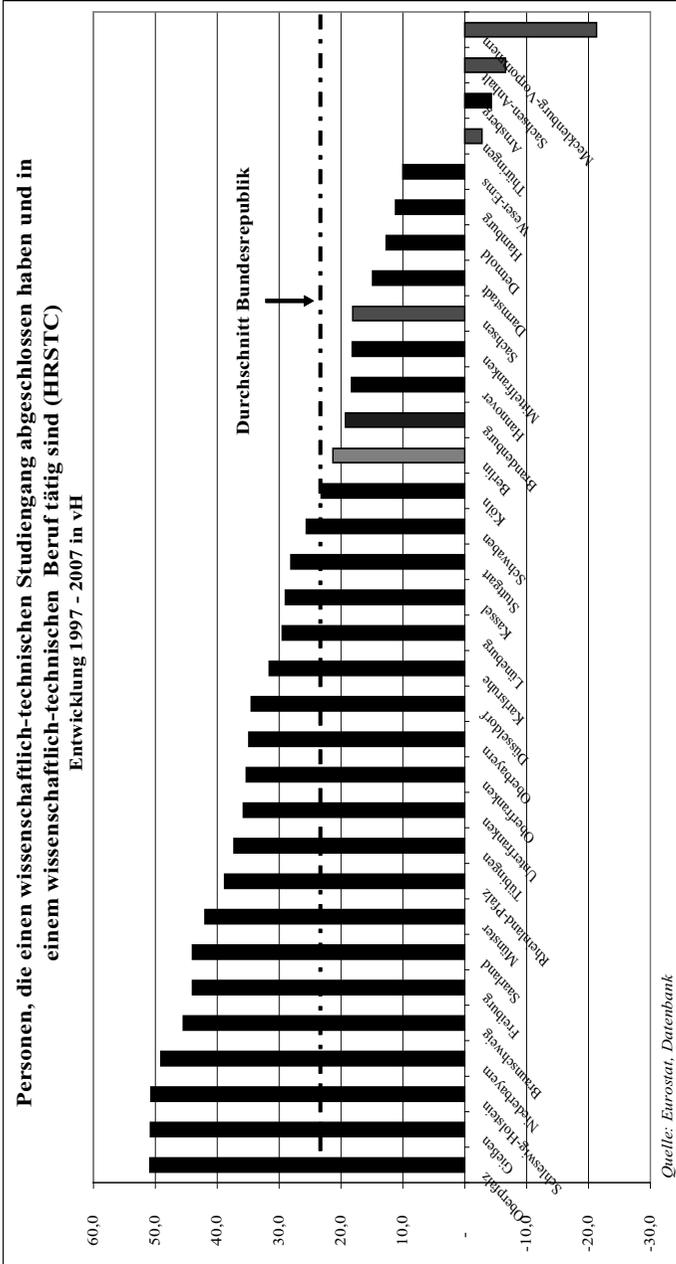


Bild 8: Personen, die einen wissenschaftlich-technischen Studiengang abgeschlossen haben und in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind (HRSTC) – Entwicklung 1997-2007 in %

- Das zweite Faktum lautet: Für das in Ostdeutschland vorhandene Bildungspotential gibt es nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe fehlen hochproduktive Arbeitsplätze. Eurostat gruppiert in seiner Regionalstatistik das Verarbeitende Gewerbe u. a. nach den Wirtschaftszweigen: Verarbeitendes Gewerbe in der Spitzen- und mittleren Hochtechnologie (MA_H_MH_TOT)⁶. Diese Wirtschaftszweige zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie überdurchschnittlich zur Bruttowertschöpfung beitragen und so eine höhere Arbeitsproduktivität erzeugen (siehe Bild 9 auf der nächsten Seite).

Danach sind die ostdeutschen Regionen mit Arbeitsplätzen der Spitzen- und hochwertigen Industrie nur geringfügig ausgestattet. Von den zehn Regionen mit den niedrigsten Werten liegen sechs Regionen in Ostdeutschland. Über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt nur die Region Chemnitz, die gerade den bundesdeutschen Durchschnitt etwa übertrifft. Von den Regionen Stuttgart, Braunschweig und Karlsruhe, zu denen nach der Geschichte und Tradition Chemnitz gehören sollte, ist sie noch weit entfernt.

Mecklenburg-Vorpommern und die Region Brandenburg-Nordost erreichen hinsichtlich dieses Indikators die Werte der unterentwickelten Regionen Spaniens und Italiens. Für Frankreich wurden von Eurostat keine zuverlässig geltenden Daten ausgewiesen.

Damit ist zunächst meine zugegebenermaßen grobe Bestandsaufnahme abgeschlossen. Sie ist nicht weit entfernt von der des Chefs des Münchener ifo-Instituts *Hans-Werner Sinn*: »Statt eines Wirtschaftswunders ist ein zweiter Mezzogiorno in Europa entstanden, eine lahrende Wirtschaftsregion, die es nicht schafft, an die besser entwickelten Regionen des Landes Anschluss zu finden.«⁷ Und weiter stellt er fest, »dass Ost- und Westdeutschland heute nicht mehr zusammenwachsen«, sondern seit dem Ende des Aufholprozesses, seit 1997, »allmählich immer weiter auseinander driften.«⁸

Wenn die Bundesrepublik politische wirtschaftliche Stabilität im ganzen Land erhalten will, kann sie sich auf Dauer keine unterentwickel-

6 Nace-Zweige 24, 29-35 (Chemische Erzeugnisse, Maschinenbau, EDV-Geräte, Herst. von Geräten der Elektrizitätserzeugung, Rundfunk-, Fernsehgeräte, Medizintechnik, Optik, Fahrzeugbau)

7 Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten? München 2003. S. 216.

8 Ebenda., S. 220.

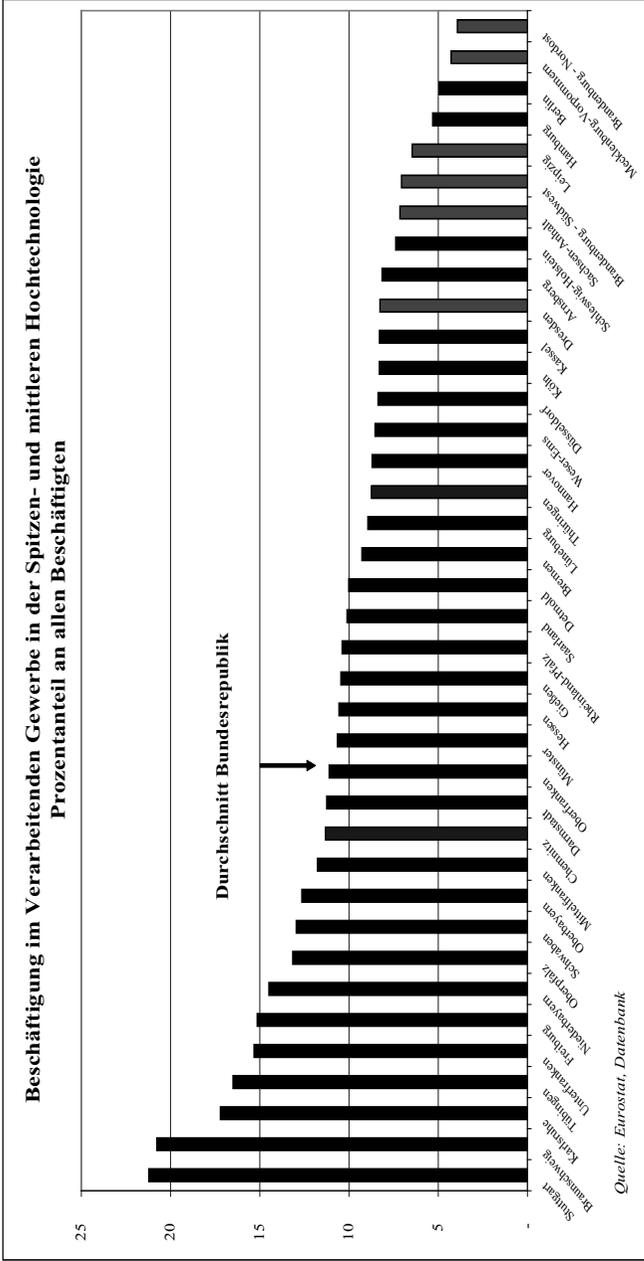


Bild 9: Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe in der Spitzen- und mittleren Hochtechnologie (Anteil an allen Beschäftigten in %)

ten Regionen leisten. Eine derartige Entwicklung ist leider nicht auszuschließen. Die ostdeutschen Bundesländer müssen deshalb gemeinsam mit Berlin auftreten und sich nicht durch Ranking-Listen oder zeitweilige Erfolgsmeldungen auseinander dividieren lassen.

Chancen für den ökologischen Umbau einer Region: Beispiel Landwirtschaft

Als Ausweg, ja als Königsweg für Ostdeutschland wird vor allem ein Konzept mit einer verstärkten Inputvermehrung (externer Kapitaltransfer, Förderung von Investitionen, Stärkung der Exportbasis) bevorzugt. Damit ist meist an ein »Nachbau West« gedacht. Erfolgversprechender erscheint eine Neukombination von Produktionsfaktoren, auf die Durchsetzung innovativer Lösungen, auf neue Formen der Produktion, aber auch des Konsums und der Lebensweise, sowie auf neuartige Produkte und Leistungsangebote. Ostdeutschland muss Innovations- und Beschäftigungspotential auch in solchen Branchen erschließen, deren Produkte und Leistungen nicht auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Es käme nicht einfach darauf an, mit mehr Produktionsmitteln und Arbeitskräften mehr zu produzieren, sondern anders und Anderes. Und diese würden in ihrer Tätigkeit den Grundsätzen einer nachhaltigen Ökonomie einschließlich ihrer ökologischen Orientierung entsprechen sowie modernsten sozialen Standards genügen.

Mit einem derartigen Szenario würde eine strategische Umorientierung der Wirtschaft in Richtung der Herausbildung einer sozio-ökologischen Wirtschaftsweise eingeleitet werden. Dazu das Beispiel Landwirtschaft:

Die Landwirtschaft ist ein unverzichtbarer Wirtschaftszweig des ländlichen Raumes. Ohne sie lassen sich ländliche Räume nicht gestalten. Die Vorzüge ökologischer und nachhaltiger Entwicklung können nur genutzt werden, wenn wieder Naturkreisläufe wie die Einheit von pflanzlicher Produktion mit angemessener Viehhaltung installiert werden. Die Diskrepanzen sind überdeutlich – siehe Bilder 10 und 11 auf den nächsten beiden Seiten.

Der Regierungsbezirk Münster in Nordrhein-Westfalen verfügt über 400.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, das sind nur 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Länder Mecklenburg-Vorpommern und

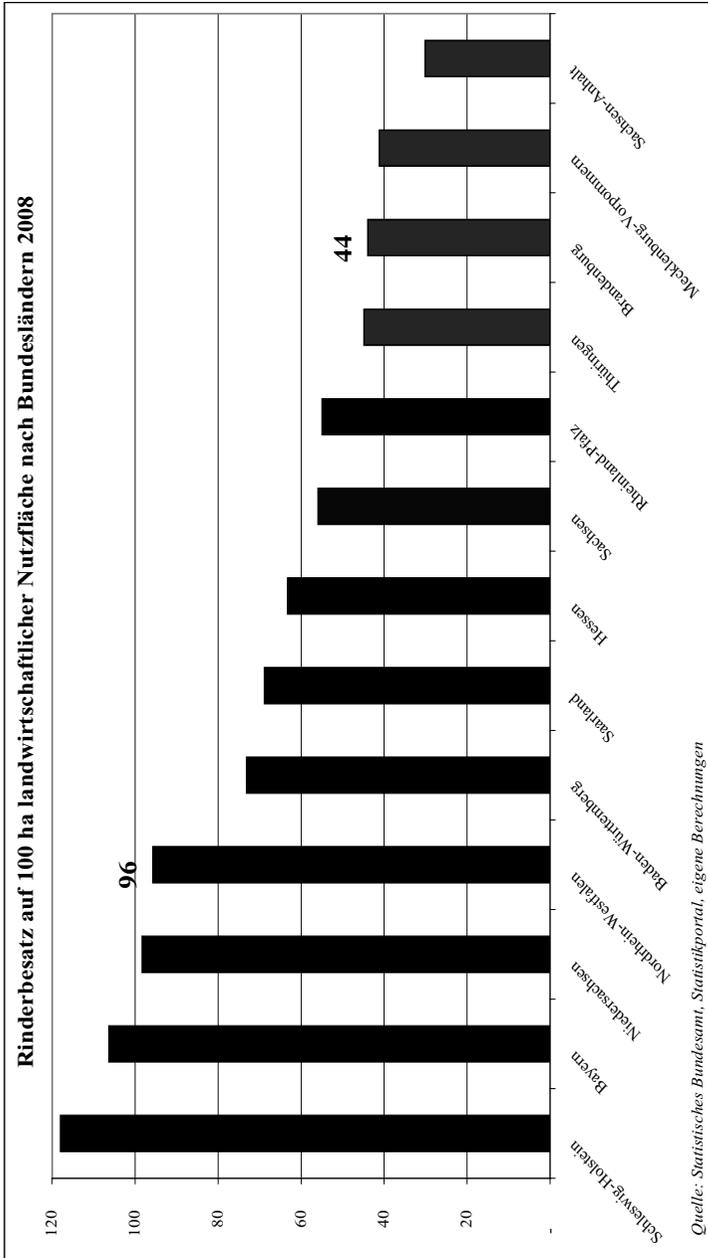


Bild 10: Rinderbesatz auf 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bundesländern 2008

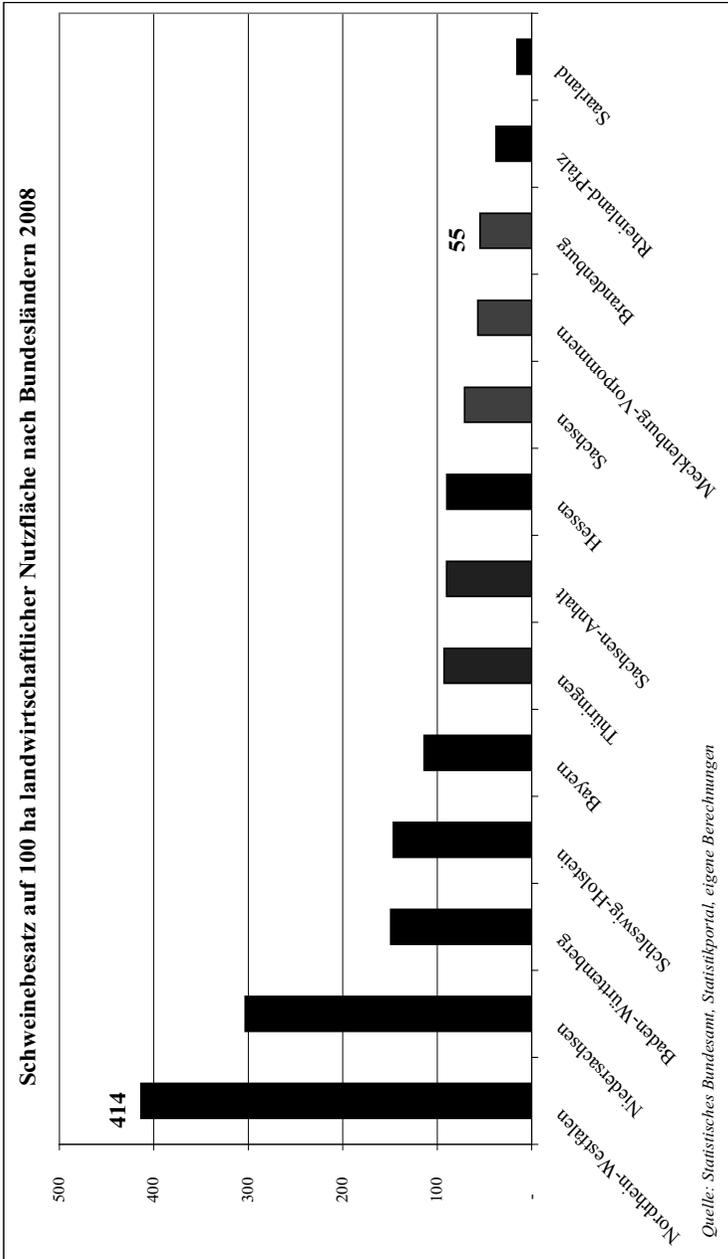


Bild 11: Schweinebesatz au 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bundesländern 2008

Brandenburg zusammengenommen. Das Münsterland verfügt aber über absolut doppelt so hohe Schweinebestände und 26% höhere Rinderbestände wie die beiden ostdeutschen Bundesländer zusammengenommen. Hier sind die Standortnachteile Ostdeutschland in der Landwirtschaft unübersehbar. (Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Kreisstandardzahlen, eigene Berechnungen)

In der Landwirtschaft schlummern neue große Betätigungsfelder, wenn der ökologische Umbau der Gesellschaft gelingen soll. Die Landwirtschaft alter Prägung muss sich transformieren zu einer verbrauchernahen Versorgung mit einer großen Palette von Nahrungsgütern, zu einem Energie- und Rohstofflieferanten und zu einem Bereich von Natur- und Umweltpflege. Es ist doch ökonomisch noch ökologisch nicht abwegig, für ländliche Räume eine autonome Energieversorgung zu installieren, die die Abfallprodukte der pflanzlichen und tierischen Produktion veredelt.

Schon einfache Regelungen, wie das Verbot von Lebendviehtransporten oder Rohprodukten wie Milch über große Entfernungen könnte eine derartige Entwicklung unterstützen. Ein zusätzlicher Vorteil bestände schon dabei, dass beispielsweise der große bürokratische Aufwand über Nachforschungen über die Herkunft von Gammelfleisch aus Schottland oder Rumänien überall entfallen würde.

Voraussetzungen für einen solchen Wandel wären in den neuen Bundesländern durch die Existenz von vielen Großbetrieben in gemeinschaftlicher Nutzung zusätzlich vorhanden. Außerdem würde damit nur das wieder eingerichtet, was vor 1990 Normalität war: Die Landwirtschaft der DDR war in der Lage, die Bevölkerung ausreichend mit Nahrungsmitteln in hoher Qualität zu versorgen.

Hier noch ein zweiter Aspekt zur Überwindung der Unterentwicklung der ostdeutschen Region:

Hauptstadt Berlin funktionsfähig machen

Oben wurde bereits auf die schwache wirtschaftliche Position Berlins als Ballungszentrum in und für Ostdeutschland hingewiesen. Keine andere Hauptstadt in Europa ist wirtschaftlich gegenüber dem Landesdurchschnitt so abgehängt wie Berlin. London, Paris, Madrid, Rom, Wien und andere europäische Hauptstädte sind de facto und im Selbstverständnis

der Öffentlichkeit die wirtschaftlich stärksten Regionen des jeweiligen Landes. Berlin ist in dieser Hinsicht eine Ausnahme. Wie gering die Hauptstadtfunction Berlins praktiziert wird, ergibt eine einfache Zahl: Lediglich zehn Prozent aller Beschäftigten des Bundes arbeiten in der Hauptstadt (30 000 Personen). Das sind weniger als in Rheinland-Pfalz (33.000 Beschäftigte) oder Schleswig-Holstein (37.000 Beschäftigte), in Nordrhein-Westfalen mit dem ehemaligen Regierungssitz Bonn sind es immerhin noch 84.000 Beschäftigte⁹. Diese Hauptstadtastinenz wird auch von der Wirtschaft praktiziert. Konzernzentralen sind hier kaum zu finden. Selbst der Chef des bundeseigenen Unternehmens Bundesbahn konnte ungestraft über die Verlegung der Konzernzentrale von Berlin nach Hamburg nachdenken – ein in Frankreich absurdes Gedankenspiel. Wenn wir bei der Metapher der Leuchttürme bleiben wollen, Berlin ist dazu prädestiniert, eine solche Funktion für Ostdeutschland wieder zu übernehmen, wenn die politische Klasse gewillt ist, in einer derartigen Richtung nachzudenken und zu handeln.

Schlussbemerkungen

Die neoliberal geprägte Wirtschaftspolitik, die sich ausschließlich auf die Gestaltung lockerer Rahmenbedingungen beschränkte, war fast zwanzig Jahre mit der favorisierten nachfrageorientierten Finanz-, Struktur- und Beschäftigungspolitik nicht in der Lage, wirtschaftlich schwache Regionen wirksam und nachhaltig zu fördern. Ein Kurswechsel ist in der Bundesrepublik und in der EU dringend erforderlich, um die noch existierenden krassen regionalen Disparitäten Schritt für Schritt zu überwinden. Dazu ist eine andere, zukunftsorientierte, sozialökologisch nachhaltige Politik notwendig, wie sie beispielsweise die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik vorschlägt, die aber von den gängigen Medien verschwiegen wird.

Wie schon der deutsche Altmeister Goethe sagte:

Man muss das Wahre immer wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird.

9 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 14, Reihe 6, 2007.

ULRICH BUSCH

Konsequenzen aus der demografischen Schrumpfung für die Wirtschaftsentwicklung Ostdeutschlands

Für die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung Ostdeutschlands erhält die Bevölkerungsentwicklung ein immer größeres Gewicht. Maßgebend dafür sind der negative Saldo der demografischen Wanderung, die zunehmende Alterung der Bevölkerung und der Geburtenrückgang. Alle drei Prozesse zusammen bewirken, dass die Bevölkerung Ostdeutschlands¹ im Zeitverlauf sichtlich schrumpft und sich die Altersstruktur spürbar verändert. Das absehbare Ausmaß dieser als »demografischer Wandel« apostrophierten Veränderung ist derart dramatisch, dass die neuen Bundesländer von Experten der Bevölkerungsstatistik inzwischen als »das demografische Krisengebiet Europas«² betrachtet werden. Die bestimmenden Faktoren hierfür sind:

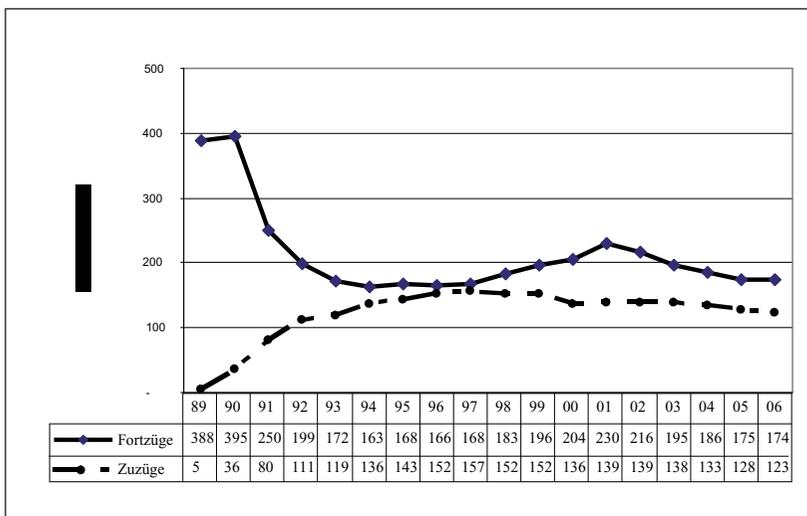
Erstens der Fortzug großer Bevölkerungsteile. Seit 1989 übersteigt die Zahl der Fortzüge aus Ostdeutschland die der Zuzüge, so dass der Wanderungssaldo zwanzigmal in Folge negativ ist, was eine kontinuierliche Abnahme der Bevölkerung bewirkt (siehe Bild 1).

Zweitens die spezifische Alters- und Geschlechterstruktur der Migranten. Da mehr Jüngere fort- als zuziehen, darunter überproportional viele junge Frauen, und umgekehrt mehr Ältere zu- als wegziehen, führt die Wanderungsbewegung zu einer verstärkten Alterung der ostdeutschen Bevölkerung.

1 Ostdeutschland umfasst die fünf neuen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie das Land Berlin. Eine Abgrenzung der neuen Bundesländer in den Grenzen der früheren DDR, also einschließlich Ost-Berlins, ist statistisch nur noch in Ausnahmefällen möglich.

2 Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Das demografische Krisengebiet Europas. In: »Berliner Zeitung« vom 22.08.2008. S. 3.

Bild 1: Innerdeutsche Wanderungen zwischen den neuen Bundesländern und dem früheren Bundesgebiet 1989-2006



Drittens die niedrige Geburtenzahl von weniger als 100.000 Lebendgeborenen pro Jahr. Im Ergebnis schrumpft und altert die Bevölkerung Ostdeutschlands mehr als jede andere Population in Europa.

Die Ost-West-Wanderung, verstärkt durch die damit verbundene alters-, geschlechts- und qualifikationsbezogene Selektion, bedeutet für die neuen Länder einen gravierenden Verlust an Humankapital, einen dauernden »Aderlass«, wodurch sich das ökonomische Potential nachhaltig verringert. Die größten Wanderungsverluste waren zu Beginn der 1990er Jahre zu verzeichnen⁵. In den Folgejahren kam es vermehrt zu Zuzügen. Bis heute aber gleichen sich allen Verbesserungen der ostdeutschen Lebensbedingungen zum Trotz Zu- und Fortzüge nicht aus, so dass Jahr für Jahr ein negativer Saldo verbleibt. Diese Entwicklung wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten

5 Die hier vorgenommene Analyse beschränkt sich auf die Zeit seit November 1989. Eine auch frühere Zeiträume umfassende Betrachtung ließe die Abwanderung aus Ostdeutschland als einen säkulareren Prozess erscheinen.

fortsetzen⁴. Den größten Wanderungs- und Bevölkerungsverlust bis 2020 erleidet Sachsen-Anhalt, gefolgt von Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Den geringsten Verlust verbucht Brandenburg, da es von Zuzügen aus Berlin in das Umland profitiert. Wanderungsgewinne verzeichnen dagegen westliche Bundesländer, insbesondere Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen⁵.

Durch die fortdauernde innerdeutsche Wanderung verstärkt sich die innerdeutsche Diskrepanz, die »verbale Spaltung unseres Landes« wie es in einem aktuellen Papier der SPD⁶ heißt.

Wie aus Bild 1 ersichtlich ist, schwächt sich der Einfluss der Binnenwanderung auf die Bevölkerungsentwicklung im Laufe der Zeit ab. Der Wanderungssaldo stabilisiert sich zuletzt bei rund 50.000 Personen pro Jahr. Das ist weniger als Anfang der 1990er Jahre, aber deutlich mehr als Mitte des Jahrzehnts (1996: 14.034). Mit aktuell 0,38 Prozent Bevölkerungsverlust pro Jahr trägt die innerdeutsche Wanderung noch immer beachtlich zum Rückgang der ostdeutschen Bevölkerung bei.

Demgegenüber gewinnt die Geburtenentwicklung für die Reproduktion der Bevölkerung zunehmend an Gewicht. Langfristig erweisen sich der Rückgang der Fertilitätsrate⁷ und die niedrige Geburtenzahl infolge des Fehlens gebärfähiger Frauen aufgrund des starken Geburtenrückgangs und der hohen Abwanderungsquote in den Vorjahren als Hauptfaktoren für die demografische Entwicklung. Die Geburtenziffer in Ostdeutschland sank nach 1990 sprunghaft, von 1,57 (1989) auf den historischen Tiefstand von 0,76 im Jahr 1995. Danach stieg sie wieder an,

4 Zur aktuellen Diskussion vgl. Alexander Kubis / Lutz Schneider: Ist Abwanderung typisch ostdeutsch? Regionale Mobilität im West-Ost-Vergleich. In: *Wirtschaft im Wandel*. 15. Jg. (2009) 4. Halle. S. 152-157; Claire Grobecker / Elle Krack-Roberg / Bettina Sommer: Bevölkerungsentwicklung 2006. In: *Wirtschaft und Statistik*. 60(2008) 1. Wiesbaden. S. 39-51; Joachim Ragnitz / Lutz Schneider: Demographische Entwicklung und ihre ökonomischen Folgen. In: *Wirtschaft im Wandel*. 15(2007) 6. Halle. S. 195-202.

5 Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder: *Demografischer Wandel in Deutschland*. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden 2007. S. 20.

6 Wolfgang Tiefensee / Iris Gleicke: Viel erreicht – viel zu tun! Parteivorstand der SPD. Berlin. 27.06.2008. S. 2.

7 Die allgemeine Fertilitätsrate oder Fruchtbarkeitsziffer gibt die Zahl der lebend geborenen Kinder je 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter als durchschnittliche Kinderzahl je Frau an.

bis auf aktuell 1,37 (2007)⁸. Dies entspricht in etwa dem westdeutschen Niveau, sichert aber nicht einmal die einfache Reproduktion, wofür eine Größe von mindestens 2,1 erforderlich wäre. Während die alten Bundesländer die verbleibende Differenz zumindest teilweise durch Zuwanderungen aus den neuen Ländern und aus dem Ausland ausgleichen können, führt diese Entwicklung in Ostdeutschland zu einem dramatischen Bevölkerungsrückgang. Dieser zeigt sich darin, dass künftig jede Generation um ein Drittel kleiner ausfällt als die vorherige, die Bevölkerung im Zeitverlauf also massiv schrumpft. Jahr für Jahr übersteigt die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Neugeborenen (siehe Tabelle 1). Historisch ist dies bereits seit den 1970er Jahren zu beobachten, nach 1990 hat der Gestorbenenüberschuss jedoch beachtlich zugenommen.

Tabelle 1: Lebendgeborene und Gestorbene in Ostdeutschland) 1950-2006*

Jahr	Lebend Geborene		Gestorbene		Überschuss	
	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner	Anzahl in 1000	je 1000 Einwohner
1950	304	16,5	220	11,9	+84	+4,6
1970	257	13,9	241	14,1	-4	-0,2
1990	178	11,1	208	12,9	-30	-1,8
2000	111	7,3	160	10,5	-49	-3,2
2002	96	7,0	150	11,0	-54	-3,9
2004	99	7,3	146	10,8	-47	-3,5
2006	96	7,3	147	11,0	-50	-3,8

*)Bis 2000 einschließlich Berlin-Ost. Ab 2001 neue Bundesländer.
Quelle: Statistisches Bundesamt u. a. (Hrsg.): Datenreport 2008. Bonn 2008. S. 15.

Diese Entwicklung ließe sich – wenn überhaupt – nur langfristig korrigieren: durch verstärkten Zuzug von außen oder/und durch eine spürbare Zunahme der Geburtenzahl. Ersteres jedoch scheitert am politischen Klima in den neuen Ländern. Letzterem steht neben der allgemeinen Perspektivlosigkeit in weiten Teilen Ostdeutschlands auch der hohe Frauenanteil bei den Fortzüglern von 63 Prozent entgegen, welcher

8 Statistisches Bundesamt: www.destatis.de (Stand: 20.04.2009).

inzwischen zu einem »historisch einmaligen zahlenmäßigen Missverhältnis der Geschlechter«, wonach auf 100 Männer nur noch 90 Frauen kommen⁹, geführt hat. Die Kombination aus geringer Geburtenziffer und anhaltender Abwanderung junger Frauen, die mit zeitlicher Verzögerung zum »demografischen Echo« sinkender Geburtenzahlen führt¹⁰, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Bevölkerungsrückgang im Osten auch in Zukunft unvermindert fortsetzen wird. Dabei verstärken sich die genannten Faktoren gegenseitig: Durch die Abwanderung sinkt die Lebensqualität, was die Geburtenentwicklung negativ beeinflusst. Dies erhöht die Perspektivlosigkeit, wodurch sich die Abwanderung wiederum verstärkt. Für die Zeit von 1989 bis 2020 stellt sich dies wie folgt dar. Die neuen Länder verlieren in diesem Zeitraum mehr als ein Fünftel ihrer Bevölkerung (siehe Tabelle 2):

*Tabelle 2: Bevölkerungsentwicklung in den neuen Ländern 1989-2020
(Anzahl, %)*

	1989	1990	2008	2020	Veränderung 2020:1989 in %
Berlin	5.379	5.434	5.425	5.429	+1,5
Brandenburg	2.641	2.578	2.530	2.412	-8,7
MVP	1.964	1.924	1.673	1.507	-23,3
Sachsen	4.901	4.764	4.2054	3.786	-22,8
Sachsen-Anhalt	2.965	2.874	2.398	2.056	-30,7
Thüringen	2.684	2.611	2.278	2.110	-21,4
NL ohne Berlin	15.155	14.751	13.084	11.871	-21,7
NL mit Berlin	18.534	18.185	16.509	15.300	-17,4

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2009. Eigene Berechnungen.

9 Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen? München 2006. S. 23f.

10 Lag die Zahl der Geburten in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost 1990 noch bei 178.000, so sackte sie 1991 auf ca. 100.000 ab. In den Jahren danach wurde dieser Wert kaum mehr überschritten (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Berlin August 2008. S. 4).

Die dramatische Schrumpfung der Bevölkerung ist inzwischen zu einem bezeichnenden Charakteristikum Ostdeutschlands geworden. Zwischen 1989 und 2008 verringerte sich die Einwohnerzahl der neuen Länder von 15,2 auf 13,1 Millionen, also um gut zwei Millionen oder 14 Prozent. Bis 2020 schrumpft sie um weitere 1,3 Millionen Personen oder 10 Prozent auf eine Größe von weniger als zwölf Millionen. Bis 2050 wird der Bevölkerungsstand aller Voraussicht nach die 10-Millionen-Grenze unterschreiten. Dies bedeutet, dass sich die ostdeutsche Bevölkerung dann innerhalb eines Jahrhunderts (1950–2050) beinahe halbiert und seit 1989 um mehr als ein Drittel reduziert haben wird (siehe Bild 2 auf der nächsten Seite).

Mit der Schrumpfung steigt der Anteil der Älteren, während der Anteil der Jüngeren spürbar sinkt. Dadurch erhöht sich das Durchschnittsalter von knapp 40 Jahren im Jahr 1990 auf 48 Jahre im Jahr 2020 und über 50 Jahre in den Jahrzehnten danach. Zwischen 2005 und 2020 erhöht sich der Anteil der 65-Jährigen und Älteren in den neuen Bundesländern von 21 auf 28 Prozent. Der Anteil der unter 40-Jährigen dagegen schrumpft von 42 auf 35 Prozent¹¹. Der Altersaufbau weicht damit immer stärker von der klassischen Pyramidenform ab: »Die jüngere und mittlere Altersgruppe verlieren, die ältere gewinnt an Bedeutung.«¹²

Statistisch stellt sich dies so dar, dass der Jugendquotient (unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) in den neuen Bundesländern stetig sinkt, während der Altenquotient (65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren) stark ansteigt, bis 2020 auf Werte zwischen 46% (Brandenburg) und 51% (Sachsen)¹³. Projiziert man die Bevölkerungsentwicklung, gegliedert nach Altersgruppen, in die Zukunft, so ergibt sich folgendes (siehe Tabelle 5):

11 Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demografischer Wandel. S. 24.

12 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden 2006. S. 17f.

13 Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Demografischer Wandel. Wiesbaden 2007. S. 25.

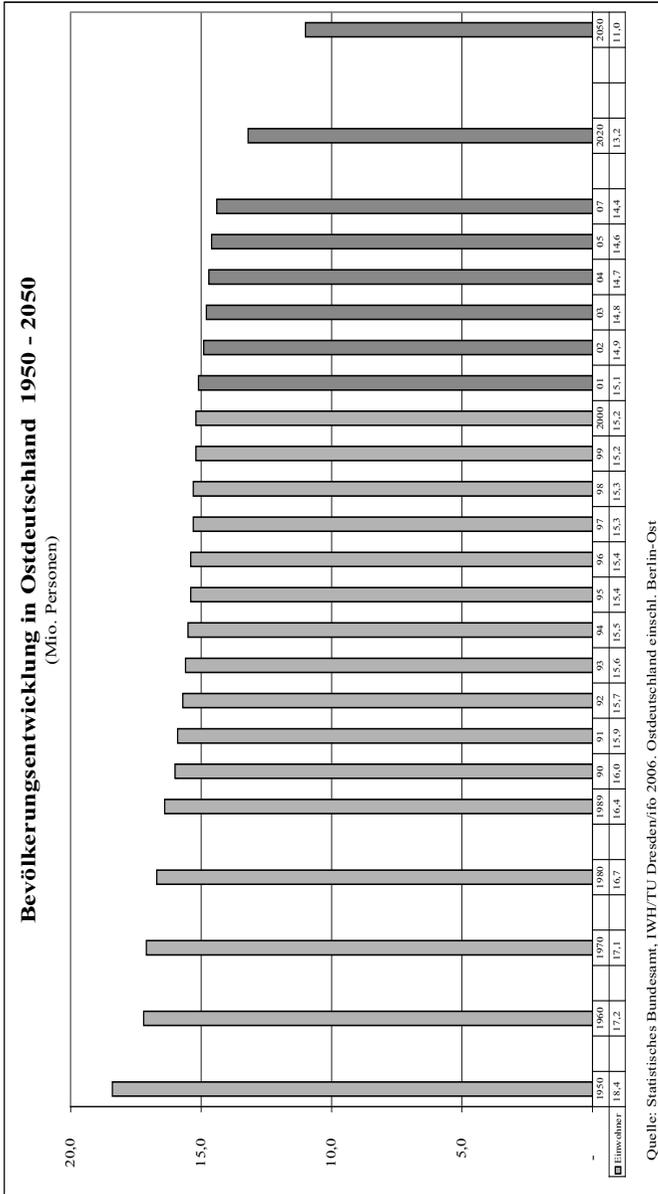


Bild 2: Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland 1950-2050 (Mio. Personen)

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, Verschiedene Jahrgänge, Wiesbaden 1990ff; Dass.: Bevölkerung Deutschlands bis 2050 – 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2006; IWH/TU Dresden/Ifo-Institut; Demografische Entwicklung in Ostdeutschland, Endbericht, IWH Halle 15.12.2006, S. 10ff.

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern nach Altersgruppen

Jahr	Insgesamt 1000	Davon im Alter von ... bis ...					
		Unter 20		20-60		60 und mehr	
	1000	%	1000	%	1000	%	
2001	13.729	2.659	19,4	7.554	55,0	3.517	25,6
2010	12.855	1.841	14,3	7.299	56,8	3.717	28,9
2020	12.059	1.905	15,8	5.881	48,4	4.274	35,4
2030	11.501	1.687	14,9	5.055	44,7	4.560	40,4
2040	10.570	1.545	14,6	4.846	45,8	4.128	39,6
2050	9.828	1.585	16,1	4.215	42,9	4.050	41,0

Quelle: Ulrich Busch / Wolfgang Kühn / Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit. Hamburg 2009. S. 172.

Diese Projektion gewinnt noch erheblich an Brisanz, wenn man sie in ihrer regionalen Differenziertheit betrachtet. Dabei fällt auf, dass bis auf Berlin alle ostdeutschen Länder erhebliche Einbußen bei der Bevölkerung und bei der Erwerbstätigenzahl verzeichnen (siehe Tabellen 2 und 4). Eine kleinräumig-regionale Betrachtung zeigt jedoch ein differenzierteres Bild: Neben Regionen, die keine oder nur geringe Bevölkerungsverluste erleiden (Berlin, Westmecklenburg, Oberes Elbtal/Osterzgebirge) und solchen mit Zugewinnen (Potsdam-Mittelmark, Oberhavel, Teltow-Fläming, Barnim) gibt es Regionen, die von der Schrumpfung überproportional betroffen sind (Altmark, Uckermark, Vorpommern, Prignitz, Ost-, Nord- und Südthüringen, Oberlausitz-Niederschlesien, Lausitz-Spreewald, Südwestsachsen), darunter Städte wie Hoyerswerda, Cottbus, Gera, Halle, Magdeburg, Schwerin, Zwickau, Chemnitz, Wittenberge, Görlitz und Dessau. Auffällig ist, dass diejenigen Regionen, die bisher schon die größten Bevölkerungsverluste erlitten haben, auch diejenigen sein werden, die perspektivisch mit einer negativen Bevölkerungsbilanz rechnen müssen. Der Trend zur räumlichen Differenzierung verstärkt

sich also, wobei sich Großstädte und Stadtregionen oftmals zu Lasten des ländlichen Raumes und peripherer Gebiete stabilisieren¹⁴.

Der Schrumpfungsprozess ist keineswegs nur ein quantitatives Phänomen. Er beinhaltet auch strukturelle und qualitative Komponenten, so die Verschiebung in den Geschlechterproportionen (Männerüberschuss), die Alterung sowie den Rückgang des Bildungs-, Qualifikations- und Kulturturniveaus der Residualbevölkerung infolge geschlechtsspezifischer, altersmäßiger und bildungsseitiger selektiver Mobilität. Unter wirtschaftlichem Aspekt wiegen diese Momente sogar weit stärker als der rein quantitative Rückgang der Bevölkerung.

Als Momente eines übergreifenden demografischen Wandels können diese Prozesse jedoch nicht allein aus den wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Ostdeutschlands erklärt werden. Sie sind zugleich Ausdruck eines gesellschaftlichen Umbruchs, der nicht nur Ostdeutschland betrifft, sondern zeitversetzt und abgeschwächt auch Westdeutschland, Europa und andere Regionen der Welt¹⁵. In Ostdeutschland treten die Folgen dieses Umbruchs, verstärkt durch die Systemtransformation und die Wiedervereinigung, aber früher und komprimierter in Erscheinung. Und mit ihnen die negativen Wirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft. Dass dieser Prozess politisch kaum reguliert und im Interesse einer gesamtdeutschen Konvergenz gestaltet wird, lässt ihn für die neuen Länder zur »demografischen Katastrophe« werden, in mancher Hinsicht aber auch zur »Chance« für Innovationen, Kreativität und Pioniergeist¹⁶. Ostdeutschland erscheint heute als »Versuchsfeld für den ganz Deutschland bevorstehenden Umgang mit rückläufigen Einwohnerzahlen und Bevölkerungsalterung«¹⁷. Es kommt aber darauf an, die hierin liegenden

14 Vgl. hierzu die Übersichten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), insbesondere die *Raumordnungsprognose 2020/2050* in: BBR (Hrsg.): Berichte. Band 23. Bonn 2007.

15 Vgl. Ulrich Busch / Rainer Land (Hrsg.): Zur Lage in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial. 17(2006) 5. S. 6-16 und 54-64.

16 Vgl. hierzu Wolfgang Kil: Luxus der Leere. Vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt. Eine Streitschrift. Wuppertal 2004 sowie die beiden Filmprojekte von Holger Lauinger und Daniel Kunle »Nicht mehr – noch nicht« (2006) und »Neuland« (2007), worin über bisher noch nicht da gewesene Chancen und Zukunftsentwürfe, Projektideen und ökonomische sowie soziale Experimente im Osten berichtet wird.

17 Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Bevölkerungsentwicklung in Ostdeutschland. Berlin August 2008. S. 6.

Möglichkeiten für neue Entwicklungsansätze auch als solche wahrzunehmen und den demografischen Wandel nicht einfach als Niedergangsprozess ganzer Regionen geschehen zu lassen. Davon sind die neuen Länder jedoch trotz positiver Beispiele insgesamt gesehen noch weit entfernt.

Mit der Bevölkerung insgesamt schrumpft und altert die Erwerbsbevölkerung, was erhebliche Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit, das ökonomische Wachstum, die Produktivität und Innovativität sowie die Struktur der Einkommens- und Vermögensverteilung hat. Als besonders problematisch erweist sich, dass infolge der Abwanderung und der niedrigen Geburtenraten in den 1990er Jahren die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter, das Erwerbspersonenpotenzial¹⁸, und die Zahl der Erwerbstätigen wesentlich stärker zurückgehen als die Bevölkerung insgesamt. Bis 2020 verringert sich das Erwerbspersonenpotenzial um 20 Prozent und bis 2050 um 45 Prozent¹⁹. Im Jahr 2050 wird die Zahl der Erwerbspersonen in den fünf neuen Ländern nach den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes nur noch knapp vier Millionen betragen. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber 1989 um fast 60 Prozent²⁰ (siehe Tabelle 4).

18 Das *Erwerbspersonenpotenzial* erfasst in der hier verwendeten Abgrenzung die Gesamtzahl der *Erwerbspersonen*, also alle Personen, die ihren Wohnsitz in Ostdeutschland haben und die einer unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder eine derartige Tätigkeit suchen. Die *Erwerbspersonenzahl* setzt sich zusammen aus *Erwerbstätigen* und *Erwerbslosen*. Sie umfasst also den Teil der *Erwerbsfähigen* (alle Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 14 und 64 Jahren), der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung steht. In diesen Definitionen fehlt die Stille Reserve. Andere Rechnungen beziehen diese mit ein, was zu einem höheren Ausweis führt (vgl. AG Alternative Wirtschaftspolitik: Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und macht. Alternativen zur Bedienung der Oberschicht. Memorandum 2008. Köln 2008. Anhang A1).

19 Deutsche Bank Research: Perspektiven Ostdeutschlands – 15 Jahre danach. Aktuelle Themen Nr. 306. Frankfurt a. M. 2004. S. 40f.

20 1989 befanden sich in der DDR 10,6 Mio. Menschen im arbeitsfähigen Alter. Für den Vergleich sind davon 0,86 Mio. Personen in Berlin-Ost abzuziehen und wegen der veränderten Erwerbsaltersgrenze ca. 0,4 Mio. Frauen im Alter zwischen 60 und 65 Jahren hinzuzurechnen. Daraus ergibt sich eine vergleichbare Größe der Erwerbsfähigen von rund 10,1 Mio. Personen, wovon 8,9 Mio. erwerbstätig waren. Dies entspricht einer *Erwerbstätigenquote* von 88,2% und einer *Erwerbsbeteiligungsquote* (Anteil des Erwerbspersonenpotentials ohne Stille Reserve an den Erwerbsfähigen) von mehr als 90% (vgl. Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. Berlin 1990. S. 390ff.; Gerhard

Tabelle 4: Erwerbstätige nach Ländern 1989 bis 2008 (1000 Personen, %)

	1989	1991	1999	2008	Veränderung 1989 bis 2008 in %
Berlin	1.885,0	1.673,1	1.552,2	1.658,4	-15,0
Brandenburg	1.531,1	1.195,0	1.067,5	1.047,1	-32,5
MVP	1.169,4	845,0	755,2	732,2	-37,4
Sachsen	2.864,9	2.250,5	1.982,5	1.960,5	-31,6
Sachsen-Anhalt	1.700,7	1.281,5	1.081,7	1.018,9	-40,1
Thüringen	1.601,5	1.227,0	1.072,0	1.027,7	-35,8
NL ohne Berlin	8.890,0	6.794,6	5.958,7	5.786,4	-34,9
NL mit Berlin	10.775,0	8.467,7	7.510,9	7.424,8	-31,1

Quelle: Statistisches Bundesamt 2009 (www.destatis.de); Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland. Köln 2005. S. 251, 268.

Es ist offensichtlich, dass eine derart einschneidende Veränderung mit erheblichen negativen Konsequenzen für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung verbunden ist. Zwar resultieren hieraus auch positive Effekte, zum Beispiel für den Naturschutz, die Artenvielfalt und Ressourcenerhalt. Diese wiegen aber die negativen Wirkungen, welche nicht nur das Wirtschaftswachstum, sondern ebenso die Infrastruktur, das Bildungswesen, den Arbeitsmarkt, die Einkommen, die Finanzlage der öffentlichen Haushalte, die Transferzahlungen, die privaten Vermögen, die Umwelt und die Kultur betreffen, bei weitem nicht auf.

In diesem Zusammenhang sei auf die regionale Differenziertheit der Folgen hingewiesen. Eine Studie der Prognos AG stellt signifikante Un-

Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970 – 2000. In: Historische Sozialforschung. Supplement No. 17. Köln 2005. S. 224, 268). 2007 lag die Erwerbstätigenquote (am 1. und 2. Arbeitsmarkt) in den neuen Bundesländern bei 68,8%. Die Erwerbsbeteiligungsquote betrug 80,8% (Bundesregierung: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008. Berlin 2008. Anhang S. 54). Beide Quoten könnten in der Zukunft ansteigen, aber kaum bis auf das Niveau von 1989. Die Prognose würde dadurch aber nicht wesentlich modifiziert werden.

terschiede der Regionen hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft fest. Danach gibt es in Ostdeutschland einige wenige Standorte mit sehr hohen Zukunftschancen (Potsdam, Dresden, Jena), aber sehr viele Regionen mit hohen Risiken. So weisen von den 113 ostdeutschen Städten und Kreisen 81 deutlich mehr Zukunftsrisiken als -chancen auf. Im gesamtdeutschen Vergleich sind die letzten 50 Plätze der 439 Standorte ausschließlich von ostdeutschen Regionen besetzt. Für sie ist die Zukunft »schwarz«. Und dies, so das Ergebnis der Recherche, wird auch künftig so sein, obwohl sich einige ostdeutsche Regionen sehr dynamisch entwickeln und durchaus Potenziale besitzen, um mittelfristig gegenüber westdeutschen Regionen aufzuschließen²¹.

Das ostdeutsche Wirtschaftswachstum der letzten Jahre lag größtenteils unter dem westdeutschen Durchschnitt (siehe Tabelle 5). Für die kommenden Jahre sind ähnliche Relationen zu erwarten, so dass Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland wirtschaftlich nicht aufholt, sondern eher weiter zurückfällt.

Tabelle 5: Jährliche Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozent

Jahr	Alte Bundesländer	Ostdeutschland mit Berlin	Neue Bundesländer
2005	0,9	0,3	0,1
2006	2,9	3,1	3,3
2007	2,5	2,4	2,5
2008	1,5	1,2	1,1
2009*	-6,0	X	-5,0
2010*	-0,5	X	-1,0

* Vorausschätzung.
Quelle: Destatis. Lange Reihen R1B1. Tabelle 1. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stand: Februar 2009; Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession. Frühjahr 2009. Essen 2009. S. 39.

21 Vgl. Prognos AG: Zukunftsatlas 2007 – Deutschlands Regionen im Zukunftswettbewerb. Berlin 2007. www.prognos.com/zukunftsatlas

Ebenso wenig wie in Ostdeutschland die Wirtschaft dynamisch aufholend wächst, gibt es hier eine aufholende Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Gleichwohl fallen die Ergebnisse hier günstiger aus (vgl. Tabelle 6). Die höhere Dynamik der Produktivität resultiert jedoch vor allem aus dem Effekt sinkender Erwerbstätigenzahlen und ist somit weniger Ausdruck eines dynamischen Wirtschaftswachstums im Ergebnis des Aufbau Ost als eine Konsequenz der Strategie der passiven Sanierung im Osten²².

Tabelle 6: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Index (2000 = 100)

Jahr	Berlin	Brandenburg	Meckl.-Vorpomm.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Deutschland ges.
2001	99,1	102,2	102,1	105,4	101,8	102,9	100,8
2002	99,0	104,0	103,6	107,1	105,7	105,2	101,4
2003	98,1	105,1	105,3	109,2	107,1	109,2	102,1
2004	95,3	106,5	107,3	111,1	108,7	111,1	102,9
2005	96,0	107,7	108,2	112,0	109,6	112,1	103,8
2006	96,7	110,3	109,4	115,5	112,5	115,8	106,2
2007	96,5	110,5	111,0	116,3	113,7	116,5	107,0
2008	96,0	110,3	111,6	116,3	114,8	117,1	106,9

Quelle: VGR der Länder: www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/tab02.asp (Februar 2009) Zugriff: 9.4.2009.

2008 lag das Produktivitätsniveau der neuen Länder bei 78,5 Prozent des Westniveaus; bei Berücksichtigung der höheren Arbeitszeiten waren es 75,1 Prozent²⁵. Die Ursachen für den immer noch beachtlichen Rückstand der neuen Länder sind vor allem struktureller Natur²⁴. Ein dabei besonders kritisch zu wertender Fakt ist der Rückgang des relativen Niveaus der Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner. Dabei hat sich nicht

²² Vgl. dazu Ulrich Busch / Wolfgang Kühn / Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Hamburg 2009. S. 161ff.

²³ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession. Essen 2009. S. 58.

²⁴ Vgl. Ulrich Busch / Karl Mai: Konvergenzbremse Produktivität. Ursachen und Folgen zurückbleibender Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial. 18. Jg. (2007) 4-5. S. 121-136.

nur die Relation zu Ungunsten Ostdeutschlands verschoben, sondern es stagniert auch der Umfang der eingesetzten Mittel. Selbst im Aufschwung 2004 bis 2007 blieb die Investitionslücke gegenüber den alten Ländern bestehen²⁵. Damit haben sich die materiell-technischen Voraussetzungen für den Aufholprozess im letzten Konjunkturzyklus nicht verbessert, sondern substanziell weiter verschlechtert.

Der demografische Faktor ist für die Wirtschaftsentwicklung eines Landes bzw. einer Region von eminenter Bedeutung. So erklärt sich das wirtschaftliche Zurückbleiben der neuen gegenüber den alten Ländern seit Mitte der 1990er Jahre neben den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen nicht zuletzt aus dem Bevölkerungsrückgang, dem damit verbundenen Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials und der Alterung der Erwerbstätigen. Mit dem Schrumpfen und der Alterung der Erwerbsbevölkerung verringert sich (bei gleich bleibender Erwerbsbeteiligung) sukzessive das Potenzial an verfügbaren Arbeitskräften. Allein zwischen 2005 und 2020 ist hier mit einem Rückgang von 14 bis 15 Prozent zu rechnen, während die alten Länder im gleichen Zeitraum noch mit einer Zunahme an Arbeitskräften um rund fünf Prozent rechnen können. Die Projektionen für die Zukunft lassen hier auch künftig keine positive Veränderung erwarten. Ganz im Gegenteil: das Wirtschaftswachstum Ostdeutschlands wird infolge des sinkenden Erwerbspersonenpotenzials bis 2050 um durchschnittlich einen Prozentpunkt gedämpft. Bei einem angenommenen Wachstumspotenzial von 1,0 bis 1,5 Prozent pro Jahr bedeutet dies, dass die ostdeutsche Wirtschaft auch in den kommenden Jahrzehnten mehr oder weniger stagniert²⁶. Damit bleibt die wirtschaftliche Dynamik der neuen Länder auch weiterhin hinter der der alten Länder zurück.

Aber selbst diese Prognose entspricht noch einem vergleichsweise optimistischen Szenario. Setzt sich demgegenüber der zuletzt beobachtete Rückgang der Investitionstätigkeit fort²⁷, so ist für die ostdeutsche Wirtschaft sogar ein kontinuierlicher Schrumpfungsprozess zu erwarten. In

25 Vgl. Bundesregierung: Jahresbericht 2008. Berlin 2008. Anhang S. 39f.

26 Vgl. Deutsche Bank Research: Perspektiven Ostdeutschlands. Frankfurt a. M. 2004. S. 41.

27 Vgl. Bundesregierung: Jahresbericht 2008. Anlage, S. 39. Danach sank der Wertumfang der Anlageinvestitionen in den neuen Ländern von 1996 bis 2005 um 21 % (in laufenden Preisen). Gemessen am westdeutschen Niveau verringerten sich die Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen von 105,2 % 1995 auf 64,0 % im Jahr 2005.

einem derartigen Szenario, wie von der Deutsche Bank Research projiziert, würde sich der Rückgang der Erwerbstätigenzahl und deren Alterung sowie sukzessive Dequalifikation mit einem zunehmenden technischen Rückstand verbinden. Dadurch würde der Abstand gegenüber Westdeutschland spürbar wachsen, was wiederum die Abwanderung verstärken würde usw. usf. Dies hätte zur Folge, dass das Bruttoinlandsprodukt-Ost pro Kopf von derzeit (2008) 69,4 Prozent des Westniveaus²⁸ bis 2020 auf 60 Prozent absinken würde. Der 1997 abgebrochene Konvergenzprozess der neuen Länder würde damit definitiv in sein Gegenteil umschlagen, in Divergenz. Ostdeutschland würde hinsichtlich der erreichten Konvergenz bis 2050 wieder »auf das Niveau von Mitte der 90er Jahre zurückfallen«²⁹.

Da die Arbeit nach wie vor wichtigster Produktionsfaktor ist, wird sich der Rückgang der Erwerbstätigenzahl auf den möglichen Output und das Tempo des Wirtschaftswachstums auswirken. Dieser Effekt lässt sich zwar durch eine steigende Kapitalausstattung je Arbeitskraft, einen Anstieg der Arbeitsproduktivität und eine höhere Erwerbstätigenquote kompensieren. Von einem vollständigen Ausgleich ist hier jedoch nicht auszugehen, da die Zahl der in Forschung und Entwicklung Tätigen im Osten sinkt, das Qualifikationsniveau tendenziell abnimmt und die Anlageinvestitionen rückläufig sind. Auch wird – alterungsbedingt – die Erwerbstätigenquote kaum ansteigen. Zudem wirkt sich die Alterung der Arbeitskräfte über einen sinkenden Innovationsgrad der Produktion negativ auf die Entwicklung der Produktivität aus. Ähnliches gilt für das Gründungsgeschehen, die Mobilität der Arbeitskräfte und die Akkumulation von Human- und Sozialkapital. Mithin verschlechtert sich im Zeitablauf das Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten, so dass nicht nur das produzierte Bruttoinlandsprodukt langsamer wächst, sondern auch das Pro-Kopf-Einkommen und das allgemeine Wohlfahrtsniveau. Der Gesamtverbrauch bleibt relativ gegenüber dem Output der Produktion zurück, was einem sinkenden Wohlfahrteffekt der Produktion gleichkommt. Dieses Phänomen ist bereits heute zu beobachten, wie Bild 3 dokumentiert.

28 Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Im Sog der Weltrezession. Essen 2009. S. 58.

29 Deutsche Bank Research: Perspektiven Ostdeutschlands. Frankfurt a. M. 2004. S. 44.

Welche Konsequenzen hat der demografische Wandel für den ostdeutschen Arbeitsmarkt? Zunächst und bezogen auf einzelne Branchen und Regionen kann der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials und des Arbeitsangebotes für den Arbeitsmarkt durchaus von entlastender Wirkung sein. Arbeitskräfte werden knapp und die Arbeitslosigkeit geht spürbar zurück. In einigen Regionen und Bereichen besteht bereits heute ein ausgeprägter Mangel an Fachkräften. Dies wird sich nach 2010 noch verstärken und betrifft insbesondere Personal mit einer ingenieurtechnischen Qualifikation³⁰. Mittel- bis langfristig bremst der Bevölkerungsrückgang jedoch das Wirtschaftswachstum und wirkt sich negativ auf die Beschäftigung aus. Dies erklärt sich vor allem aus der Veränderung der Arbeitsnachfrage der Unternehmen, welche sich in Abhängigkeit von der Güternachfrage und der Kaufkraft der Bevölkerung entwickelt.

In dem Maße wie letztere Größen abnehmen, geht auch die Arbeitsnachfrage zurück, insbesondere in den Bereichen der nicht handelbaren Güter, was zwangsläufig zur Folge hat, dass dort auch die Beschäftigung sinkt³¹. Insofern wird die den Arbeitsmarkt entlastende Wirkung der Reduktion des Arbeitsangebotes zumindest partiell durch die sinkende Arbeitsnachfrage wieder korrigiert. Die Arbeitslosigkeit bleibt folglich auch unter veränderten demografischen Bedingungen das soziale Hauptproblem Ostdeutschlands.

Bekanntermaßen verändert sich mit der Altersstruktur der Arbeitskräfte auch die Qualifikationsstruktur. Dies spielt hier eine Rolle, da die Qualifikation sowohl für die Beschäftigungschance als auch für die Erwerbsbeteiligung von zunehmendem Gewicht ist. Geringqualifizierte sind, lässt man die makroökonomischen Bedingungen unberücksichtigt, stärker dem Risiko der Arbeitslosigkeit ausgesetzt als Qualifizierte und Hochqualifizierte. Ferner gilt, dass Erwerbsquote³² und Qualifikationsni-

30 Vgl. dazu Burkart Lutz: Aktuelle Strukturen und zu erwartende Entwicklungen von Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern und ihre Bedeutung für die Interessenvertretung. Eine Kurz-Expertise für die Otto-Brenner-Stiftung, Zentrum für Sozialforschung Halle, Mai 2008.

31 Vgl. IWH/TU Dresden/Ifo-Institut: Demographische Entwicklung, Halle 2006, S. 178.

32 Die Erwerbsquote bezeichnet den Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre).

veau in einer positiven Korrelation zueinander stehen. Hieraus folgt, dass die Alterung der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie der Rückgang des allgemeinen Qualifikationsniveaus³³, nicht zuletzt infolge der selektiven Abwanderung besonders qualifizierter Personen, dazu führen, dass die Erwerbsquote in Ostdeutschland sukzessive zurückgeht, von gegenwärtig etwa 86 Prozent auf 82,5 Prozent im Jahr 2020, und sich das Arbeitsangebot im Zeitverlauf qualitativ verschlechtern wird. Dies wirkt sich auf die Wirtschaftskraft der neuen Länder eindeutig belastend aus.

Eine analoge Analyse wie für das Arbeitsangebot lässt sich auch für die Arbeitsnachfrage vornehmen. Dafür ist innerhalb der Wirtschaft zwischen zwei Sektoren zu unterscheiden, zwischen dem Sektor handelbarer Güter und dem Sektor nicht handelbarer Güter³⁴. Diese Unterscheidung macht hier Sinn, weil regionale demografische Veränderungen vor allem für den Sektor der nicht handelbaren Güter von Bedeutung sind; für den Sektor der handelbaren Güter dagegen sind sie weitestgehend irrelevant. Diese Güter lassen sich weltweit verkaufen, weshalb die Arbeitsnachfrage in diesem Sektor nicht von der lokalen oder regionalen Güternachfrage abhängt, sondern von der Nachfrage auf den überregionalen und globalen Märkten.

Demgegenüber wird die Nachfrage nach nicht handelbaren Gütern – und damit die Nachfrage nach Arbeitskräften in diesem Bereich – maß-

³³ Berechnungen des ifo-Instituts München/Dresden zufolge schrumpft die ostdeutsche Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in den einzelnen Qualifikationsstufen differenziert. Am stärksten geht zwischen 2005 und 2020 die Zahl der Personen mit Berufsabschluss zurück, weniger stark dagegen die Gruppe der Personen *ohne* Berufsabschluss und die Gruppe der Hochschulabsolventen. Diese Entwicklung findet in der Veränderung der tatsächlichen Qualifikationsstruktur der Erwerbspersonen einen adäquaten Niederschlag (vgl. IWH/TU Dresden/ifo-Institut: Demografische Entwicklung, Halle 2006, S. 167 und 170).

³⁴ Der Sektor der handelbaren Güter umfasst im Wesentlichen die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, den Bergbau, das Verarbeitende Gewerbe und das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Zum Sektor der nicht handelbaren Güter zählen die Energie- und Wasserversorgung, das Baugewerbe, der Handel, das Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung usw., die öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Bildung, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Öffentliche und persönliche Dienstleistungen und anderes mehr.

geblich von der ortsansässigen Bevölkerung und den Unternehmen der Region bestimmt. In Ostdeutschland ist die Exportindustrie relativ schwach vertreten. Rund 80 Prozent der Erwerbstätigen arbeiten im Sektor nicht handelbarer Güter. Und mehr als drei Viertel der Konsumausgaben werden hier getätigt. Insofern liegt es auf der Hand, dass ein Rückgang der Bevölkerung und deren Alterung, wovon die Kaufkraft negativ tangiert wird, unmittelbar Auswirkungen auf die Nachfrage nach Arbeitskräften und damit für die Beschäftigungslage in Ostdeutschland haben. Im Einzelnen handelt es sich hierbei jedoch um sehr komplexe und multikausale Zusammenhänge. So kommt es durch die Abnahme und die Alterung der Bevölkerung, aber auch durch eine Zunahme des Anteils der mit Kaufkraft unterdurchschnittlich ausgestatteter Transferempfänger (Rentner⁵⁵, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger), zu einer Reduktion der kaufkräftigen Nachfrage insgesamt, welche eine Reduzierung der Produktion und der Beschäftigung nach sich zieht. Andererseits bewirkt der demografische Wandel eine Nachfrageverschiebung zugunsten altersspezifischer Güter, welche häufig nicht handelbar sind und nur lokal oder regional bereitgestellt werden können (zum Beispiel Gesundheitsdienstleistungen, Seniorenwohnungen). Letzterer Prozess hat einen Anstieg der Arbeitsnachfrage im Sektor der nicht handelbaren Güter und eine Ausdehnung der Bereitstellung dieser Güter zur Folge. Ferner ist eine Verschiebung in der Qualifikationsstruktur zu erwarten: Die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften, zum Beispiel Ärzten, wird steigen, während die Nachfrage nach Gering- und Durchschnittsqualifizierten (Verkäuferinnen, Lagerarbeitern, Transporteuren) zurückgeht.

Insgesamt ist es wahrscheinlich, dass sich im hier betrachteten Zeitraum die alterungsbedingten Effekte für die Arbeitsnachfrage gegenseitig aufheben. Das heißt, es kommt zwar zu einer strukturellen Verschiebung innerhalb der Sektoren, nicht aber zu einer größenmäßigen Veränderung der Arbeitsnachfrage insgesamt. Was jedoch zu konstatieren ist, ist der dämpfende Effekt des Bevölkerungsrückgangs insgesamt, der sich ein-

55 Während die gegenwärtige Rentnergeneration in Ostdeutschland eher überdurchschnittlich mit Kaufkraft ausgestattet ist, werden die künftigen Rentner in ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen mehrheitlich weit schlechter gestellt sein. Die Zunahme des Anteils der Älteren an der ostdeutschen Bevölkerung wird daher mit deren Verarmung und einem sichtlichen Rückgang der kaufkräftigen Nachfrage einhergehen (Vgl. Gunnar Winkler: Die Region der neuen Alten. Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005. Berlin 2006. S. 44ff.).

deutig reduzierend auf die Nachfrage nach nicht handelbaren Gütern (zum Beispiel Wohnungen, Energie, Verkehrs- und Kulturangebote usw.) und damit – im Maße des Anteils dieser Güter an der Gesamtwirtschaft – auf die Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkt.

Da auf dem Arbeitsmarkt die Nachfrage den Ausschlag gibt, folgt hieraus, dass in Ostdeutschland in den nächsten Jahren nicht nur das Arbeitsangebot zurückgehen wird, sondern in bestimmtem Umfange auch die Arbeitsnachfrage, das heißt der Arbeitskräftebedarf. Damit sinkt letztlich auch die Beschäftigung. Nach dem dramatischen Beschäftigungsabbau zu Beginn der 1990er Jahre um mehr als ein Drittel ist bis 2020 mit einer weiteren Reduktion der Erwerbstätigenzahl zu rechnen, von derzeit 7,5 auf ca. 6,5 Millionen im Jahr 2020³⁶. Infolgedessen wird der oben beschriebene Prozess der Reduktion des Arbeitsangebots auf Grund des Rückgangs des Erwerbspersonenpotenzials, der zunächst zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit führt, durch den nachfrageseitigen Effekt der abnehmenden Bevölkerung und der zurückgehenden Kaufkraft partiell oder sogar zur Gänze wieder korrigiert.

Die Schrumpfung der ostdeutschen Bevölkerung hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Von ihr gehen auch Wirkungen auf die Einkommens- und Vermögensentwicklung aus. So lässt sich zeigen, dass sich nicht zuletzt infolge der demografischen Veränderungen die relative Einkommensposition der Ostdeutschen zwischen 1997 und 2006 signifikant verschlechtert hat, von 0,87 auf 0,82 Prozent des gesamtdeutschen Niveaus, während sich die westdeutsche Position im gleichen Zeitraum leicht verbessern konnte (siehe Tabelle 7).

³⁶ Vgl. IWH/TU Dresden/ifo-Institut: Demografische Entwicklung. Halle 2006. S. 178. Die Zahlen beziehen sich auf die fünf neuen Bundesländer und Berlin, ohne Berücksichtigung Auszubildender. Andere Berechnungen, zum Beispiel des IAB, welche Auszubildende sowie geringfügig Beschäftigte mit einbeziehen, kommen zu einem noch stärkeren Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen bis 2020 von rund einer Million Personen. Klammert man Berlin aus und betrachtet nur die fünf neuen Länder, so sinkt die Erwerbstätigenzahl (Inland) bis 2020 von derzeit 5,7 Mio. auf ca. 4,7 Mio. Personen. 1989 waren es noch 8,9 Mio.

Tabelle 7: Relative Einkommensposition¹ in West- und Ostdeutschland 1997 und 2006

Einkommen überwiegend aus ...	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	1997	2006	1997	2006
Tätigkeit als				
– Selbstständiger	1,44	1,61	1,54	1,09
– Beamter	1,28	1,30	1,16	1,15
– Angestellter	1,19	1,15	0,99	0,98
– Arbeiter	0,86	0,79	0,76	0,72
ALG I + II, Sozialhilfe	0,58	0,46	0,61	0,45
Renten, Pensionen	0,95	0,95	0,76	0,72
Sonstige Nichterwerbseinkommen ²	0,68	1,37	0,38	0,58
Dar. aus Vermögen	2,15 ³	2,95	k. A.	k. A.
alle	1,05	1,04	0,87	0,82

1 Gruppendurchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen nach überwiegender Einkommensart des Haupteinkommensbeziehers in Relation zum gesamtdeutschen Durchschnitt (= 1,0) auf Basis der neuen OECD-Skala.

2 Bezieher von Unterhaltsleistungen, öffentlichen Transfers, Mieten, Pachten, Zinsen usw.

3 1994.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis einer Studie von Irene Becker für die Sozioökonomische Berichterstattung (SOEB 2) 2009. Datenbasis: SOEP 1998 und 2007.

Analog dazu haben sich auch die Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland im letzten Jahrzehnt nicht verringert, sondern vergrößert. Diese durchaus vorhersehbare Entwicklung³⁷ wird durch eine aktuelle Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) bestätigt (siehe Tabelle 8).

37 Vgl. Ulrich Busch: Der offenen Vermögensfrage erster Teil: Die Illusion gleicher Lebensverhältnisse. In: Hans Misselwitz / Katrin Werlich (Hg.): 1989: Später Aufbruch – Frühes Ende? Eine Bilanz nach der Zeitenwende. Berlin 2000. S. 196-212.

Tabelle 8: Verteilung des individuellen Nettovermögens in Deutschland 2002 und 2007

Verteilungs- kategorie	West		Verände- rung in %	Ost		Verände- rung in%
	2002	2007		2002	2007	
Mittelwert	90.727	101.208	+11,6	54.029	50.723	-9,7
Median	18.128	20.110	+10,9	7.570	6.909	-8,7
90. Perzentil	235.620	250.714	+6,4	102.475	90.505	-11,7
Anteil negatives oder kein Verm.	27,7	26,4	-4,7	29,1	29,7	+2,1

Quelle: Joachim R. Frick / Markus M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht. 76(2009)4. S. 57.

Aus der Studie geht hervor, dass sich im letzten Jahrfünft die »bestehenden Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert« haben. Von den rund 6,6 Billionen Euro Nettovermögen der privaten Haushalte Deutschlands entfiel 2007 ein geringerer Teil auf ostdeutsche Haushalte als noch 2002. Und auch der absolute Wert der ostdeutschen Vermögen hat sich im Beobachtungszeitraum erstaunlicherweise verringert. Dies zeigt sich an der Veränderung des Mittelwertes und des Meridans, aber auch in der Entwicklung der Vermögen im 90. Perzentil sowie in der Tatsache, dass der Anteil der Haushalte ohne Vermögen beziehungsweise mit Schulden im Westen ab-, im Osten aber zugenommen hat⁵⁸. Entscheidend dazu beigetragen hat die Marktwertentwicklung bei Immobilien. Diese verlief infolge der demografischen Prozesse im letzten Jahrzehnt im Osten, abweichend von der Preisdynamik im Westen, überwiegend negativ. Mit dem Rückgang der Bevölkerung ist hier flächendeckend eine Entwertung von Immobilienvermögen zu verzeichnen. Ausgenommen davon sind lediglich bestimmte Ballungszentren wie Berlin, Dresden und Potsdam sowie bevorzugte Lagen wie die Ostseeküste oder das obere Elbtal. Da ein Großteil der Vermögen im Osten in selbst genutztem Immobilienvermögen besteht, hat dies gravierende Auswirkungen auf die Vermögensposition insgesamt.

⁵⁸ Vgl. Joachim R. Frick / Markus M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: DIW-Wochenbericht. 76(2009) 4. S. 54-67.

Aber auch andere Vermögensarten werden von der demografischen Entwicklung zunehmend negativ tangiert. So sinkt mit der Alterung und der Abnahme der Zahl qualifizierter Arbeitskräfte die Ersparnisbildung, so dass auch die ostdeutschen Geldvermögen in ihrer Entwicklung hinter dem Zuwachs der Geldvermögen in Westdeutschland zurückbleiben. Produktivkapital besteht ohnehin kaum. Durch den alterungsbedingten Rückgang von Unternehmensgründungen und die kleiner werdende Zahl potentieller Unternehmer und gut verdienender Selbständiger geht auch diese Position relativ zurück. Damit ist eine Vergrößerung der Vermögenslücke zwischen West- und Ostdeutschland resp. die relative Verarmung des Ostens vorgezeichnet, nicht zuletzt als Konsequenz der demografischen Entwicklung.

Zusammenfassend ergibt sich aus den dargestellten Zusammenhängen und Tendenzen, dass der demografische Trend die wirtschaftliche Situation Ostdeutschlands keineswegs verbessert, sondern mittel- und langfristig nachhaltig verschlechtert. Sowohl die wirtschaftliche Dynamik und Produktivitätsentwicklung als auch die Innovativität und Modernität von Wirtschaft und Gesellschaft werden von den demografischen Prozessen der Schrumpfung und Alterung negativ tangiert. Ähnlich verhält sich dies mit der Einkommens- und Vermögensentwicklung, welche hinter der demografisch besser unteretzten Entwicklung in den alten Bundesländern zunehmend zurückbleiben.

Die hier beschriebenen demografischen Prozesse sind irreversibel und weisen eine hohe Stabilität auf. Sie sind deshalb nur bedingt beeinflussbar. Sie können jedoch politisch gestaltet und als Chance genutzt werden, um ganz Deutschland auf die neue Situation sinkender Bevölkerungs- und Erwerbstätigenzahlen sowie eines geringeren Wirtschaftswachstums in der Zukunft vorzubereiten.

JOACHIM TESCH

Zum Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität im ostdeutschen Baugewerbe vor und nach 1990

Der Beitrag möchte die generelle Diskussion über das Zurückbleiben der Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland¹ aus der Sicht der Bauwirtschaft bzw. des Baugewerbes untersetzen. Die Hervorhebung dieses volkswirtschaftlichen Bereichs ist sicherlich aus mehreren Gründen berechtigt:

- Der Verfall der Innenstädte bis 1989 hat nicht unwesentlich zum Ansehensverlust der DDR-Führung beigetragen (erinnert sei an die bange Frage »Ist Leipzig noch zu retten?«), wie auch umgekehrt die rege Bautätigkeit nach 1990 viel politische Akzeptanz generierte.
- Der Bereich hat ein erhebliches Gewicht in der gesamtwirtschaftlichen Leistung; sein Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung ist im Osten immer noch höher als im Westen Deutschlands, obwohl das Bauvolumen und die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes im Osten je Einwohner mittlerweile etwas niedriger als im Westen sind.
- Die Entwicklung dieses Bereichs verlief nach 1990 diametral zur Industrie, d. h. dem »verarbeitenden Gewerbe«. War er zunächst eine Lokomotive, wurde er dann zur Bremse des Aufschwungs. Das Platzen der damaligen – aus heutiger globaler Sicht ziemlich kleinen – Immobilienblase ist durch den Fall *Schneider* markiert, auch hier in Leipzig gut bekannt. Bei alledem ist zu beachten, dass das Baugewerbe nach 1995 ein Jahrzehnt lang nicht nur in Ost- sondern auch in Westdeutsch-

1 Vgl. u. a. Wolfgang Kühn: Arbeitsproduktivität in der DDR und in der ostdeutschen Wirtschaft heute. Hintergründe, Entwicklung, Folgen. Pankower Vorträge Heft 17. Berlin 1999. – Ders.: Schere im Kopf und an der Lohntüte. Ost-West-Produktivitätsgefälle dient als Krücke zur Begründung des innerdeutschen Lohngefälles. In: ND v. 3.07.1998. S. 9. – Eva Müller: Der Einkommenstransfer zwischen West- und Ostdeutschland und die Arbeitsproduktivität in beiden Teilen Deutschlands. Unveröff. Manuskript. Taucha bei Leipzig 1999. Kurzfassung: Niedrige Ostlöhne bestimmen niedrige Produktivität. In: Leipzigs Neue v. 18.08.2000. S. 5.

land schrumpfte, so dass schon lange von einer Baukrise gesprochen wurde.

Der Beitrag beschränkt sich auf die Frage, wie sich die Arbeitsproduktivität im Baugewerbe vor und nach 1990 entwickelte², und warum sie heute in Ostdeutschland nach wie vor niedriger als in Westdeutschland ausgewiesen wird. Das erscheint auch deshalb bedeutsam, weil die Wirtschaftsinstitute IWH Halle und ifo Dresden in ihren Veröffentlichungen zum Baugewerbe zwar den Unterschied konstatieren, aber wenig zu den Gründen sagen.

Zur Arbeitsproduktivität im Baugewerbe Ostdeutschlands vor 1990

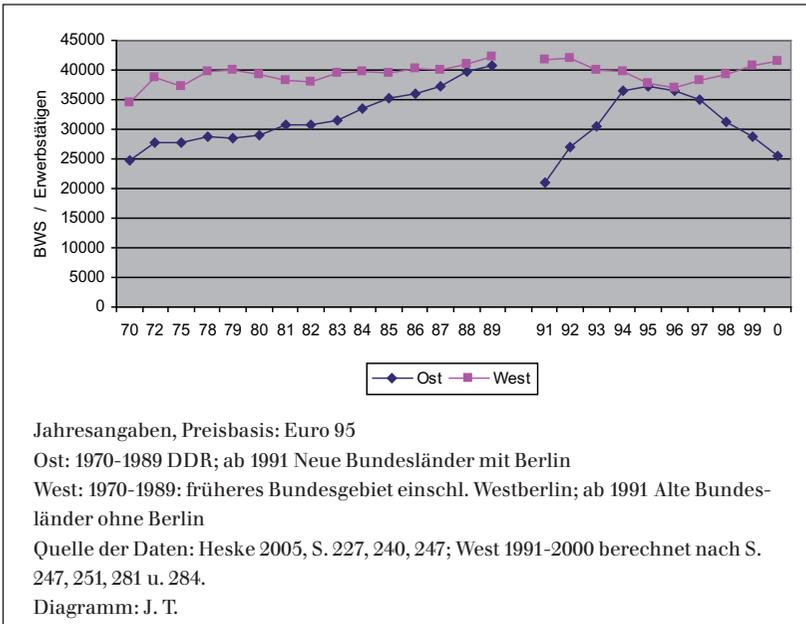
Dass die Arbeitsproduktivität im Baugewerbe Ostdeutschlands³ vor 1990 niedriger als in Westdeutschland war, ist unbestritten; unterschiedliche Auffassungen gibt es lediglich hinsichtlich der Größe des Rückstandes und der Ursachen. Ausgegangen sei von den Berechnungen *Gerhard Heskes* – siehe Bild 1. Heske weist zwar selbst darauf hin, dass »die berechneten Kennzahlen der Arbeitsproduktivität, definiert als [...] Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen [...] insbesondere nach Wirtschaftsbereichen nur eingeschränkt aussagefähig und unsicherer als die ihnen zugrunde liegenden Zähler- und Nennergrößen [sind]«⁴. Trotz dieser Einschränkung sind seine Berechnungen aufschlussreich, zumal Analysen anderer Autoren deren Aussagen grundsätzlich stützen.

2 Zu weiteren Aspekten siehe auch Joachim Tesch: Perspektiven der Bauwirtschaft in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. In: Ostdeutschland – alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder Mezzogiorno? <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de/ebook/2005-02-tesch.pdf>. Leipzig 2005. S.77-88.

3 Die Bezeichnung »Ostdeutschland« bezieht sich bis 1990 auf das Gebiet der DDR (einschl. Ostberlin).

4 Gerhard Heske: Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Köln 2005. S. 219.

Bild 1: Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) im Baugewerbe Ost- und Westdeutschlands 1970-2000



Der Vergleich der Produktivität im Baugewerbe zwischen Ost und West bis 1989 bestätigt zunächst den jahrzehntelangen Rückstand, offenbart jedoch auch eine Überraschung: So stieg im Osten die Arbeitsproduktivität bis 1989 fast auf das Westniveau an.

Interessant ist nun die DDR-Sicht auf die Größe und die Ursachen des Produktivitätsrückstandes in der Bauwirtschaft. Für den Beginn der betrachteten Periode – 1970 – kann hierzu eine interne Kurzinformation der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) der DDR vom 26.11.1970⁵ herangezogen werden. Darin wurde festgestellt, dass das Produktivitätsniveau der Bauwirtschaft der DDR um ca. 15-17 Prozent unter dem westdeutschen lag. Der Vergleich der von *Heske* für dasselbe Jahr berechneten Werte weist einen Rückstand von ca. 27 Prozent aus. Die Angaben sind

⁵ Staatliche Zentralverwaltung für Statistik der DDR, Abt. Analyse Bau/Verkehr: Niveauvergleich in der Arbeitsproduktivität DDR-Westdeutschland. Berlin[-Ost], 26.11.1970. 3 Blatt. Ohne Vertraulichkeitsgrad. Exemplar beim Autor.

rechnerisch nicht voll vergleichbar, da die Angaben der SZS im Zähler die Bruttoproduktionsleistung enthalten, die von *Heske* ermittelten sich dagegen auf die Bruttowertschöpfung beziehen; dennoch verweist die Aussage eindeutig auf den großen Rückstand der DDR-Bauwirtschaft.

Für den Produktivitätsvergleich im Zeitraum von 1975 bis 1985 liegt eine gegen Ende der DDR am Institut für Ökonomie der Bauakademie entstandene Dissertation vor⁶. Darin wurden für die Arbeitsproduktivität sowohl Entwicklungsvergleiche der Bauwirtschaft mit der Volkswirtschaft im jeweiligen Gebiet als auch Vergleiche zwischen der Bauwirtschaft beider Staaten angestellt. Der Autor – *Manfred Meyer* – hatte dafür bereits die Bruttowertschöpfung zugrunde gelegt (für die DDR ermittelt als Nettoprodukt + Abschreibungen). Die absoluten Werte sind mit denen von *Heske* allerdings nicht vergleichbar, da *Meyers* Berechnungen auf der Preisbasis 1980 in DM bzw. Mark beruhen (über Kaufkraftparitäten vergleichbar gemacht).

Im Vergleich der Produktivität der Bauwirtschaft der DDR gegenüber dem Baugewerbe der BRD entwickelte sich nach *Meyers* Berechnungen das relative Niveau zwischen 1976 und 1985 von etwa 44 auf 67 Prozent⁷, nach *Heskes* Berechnungen von 75 auf etwa 90 Prozent. Beide Berechnungen bestätigen also den Rückstand der DDR-Bauproduktivität gegenüber dem früheren Bundesgebiet (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß) und beide stimmen in der Einschätzung einer deutlichen Annäherung im Laufe der achtziger Jahre ebenfalls überein.

Bemerkenswert sind die Gründe, die seit den 70er Jahren für den Rückstand intern angegeben wurden: In dem genannten Material der SZS wurde er vor allem auf die tatsächlich sehr großen Unterschiede in der Ausstattung mit leistungsfähigen Baugeräten zurückgeführt; dazu wurden für acht Baumaschinengruppen die Ausstattung je 10.000 Beschäftigte verglichen. In der dieser Kurzinformation zugrunde liegenden umfänglicheren Vertraulichen Verschlussache⁸ sind jedoch neben den Unterschieden in der technischen Ausstattung auch sozialökonomische Faktoren genannt worden: Im Unterschied zu Westdeutschland wurden in der DDR im Winter die Bauarbeiter trotz witterungsbedingter Arbeits-

6 Manfred Meyer: Leistungsvergleich zwischen der Bauwirtschaft der ehemaligen DDR und der BRD sowie Untersuchungen zu den Haupteinflussfaktoren des Niveauunterschiedes im Zeitraum 1960 bis 1990. Diss. A. TH Leipzig 1991.

7 Ebenda. S. 70.

8 Nach Notizen des Autors.

einschränkungen nicht entlassen, und kam es im Sommer – der besten Zeit für das Bauen – zu hohen Urlaubsspitzen; die sozialen Vorzüge für die Bauarbeiter erwiesen sich so als eine ökonomische Einbuße. Solche sozialökonomischen Bedingungen werden oft übersehen; meistens werden nur die wissenschaftlich-technischen Unterschiede betont. Allerdings: Soziale Vorzüge setzen in der Systemkonkurrenz eine höhere Produktivität voraus; sonst sind sie nicht zu halten.

Persönliche Erfahrungen in einem Ostberliner Baubetrieb nach dem Mauerbau 1961 offenbarten auch erhebliche Unterschiede in der Arbeitsintensität: Die Bauarbeiter, die vorher in Westberlin gearbeitet hatten, übererfüllten in der ersten Zeit alle Arbeitsnormen, gewöhnten sich dann aber schnell an den Schlendrian auf den Ostberliner Baustellen. Alle Versuche, das Leistungsprinzip konsequenter durchzusetzen, scheiterten – wie das Neue Ökonomische System (NÖS) der Leitung und Planung in den sechziger Jahren überhaupt. Allerdings war die geringere Arbeitsintensität vielfach nicht nur subjektiv verursacht, sondern oft durch häufige Störungen im Materialfluss bedingt.

Angesichts dieser Hemmnisse bedarf es natürlich einer Erklärung, warum sich die Produktivität in der DDR-Bauwirtschaft bis 1989 auf ein vergleichsweise hohes Niveau entwickelte. Positiv wirkten sich zweifellos der relativ hohe Industrialisierungsgrad der Bauprozesse (mit seinem Nachteil: Monotonie in der Architektur), die einseitige Konzentration auf den Neubau (mit der Folge des Verfalls vorhandener Bausubstanz) und die Organisation großer Baukombinate aus. Diese Zwiespältigkeiten sind alles in allem kein Anlass für nostalgische Rückblicke auf die damalige Produktivitätssteigerung.

Entwicklung und Vergleiche nach 1990

Zunächst noch auf ein Blick auf das Bild 1: Nach einem scharfen Bruch schließt die Arbeitsproduktivität bis 1995/96 schnell wieder fast auf das westdeutsche Niveau auf, obwohl viele neue Bauarbeiter nach Umschulungen dazu kamen, also insbesondere in den handwerklichen Bauberufen ohne Berufserfahrungen waren und noch keine Routine erworben hatten.

Daran schließt sich dann logischerweise die Frage an, wieso das Niveau nach 1995 so stark abfiel und sich bis heute nicht wieder dem west-

deutschen Niveau annäherte. Z. T. könnte der Rückgang der Produktivität durch das Ende des anfänglichen Neubaubooms und die stärkere Hinwendung auf die Modernisierung und Sanierung vorhandener Bauwerke mit größeren Anforderungen an das Ausbauhandwerk erklärt werden. Diese Unterschiede in der Bauproduktion waren zweifellos gegeben, aber erklären sie Niveau und Entwicklung der Arbeitsproduktivität tatsächlich?

Um die weitere Entwicklung verfolgen zu können nun der Blick auf das Bild 2 (siehe nächste Seite). Das Diagramm zeigt die Entwicklung der jährlichen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in Ost und West seit 1991 zunächst absolut in Euro je Erwerbstätigen in den jeweiligen Preisen und dann die ostdeutsche Größe in Prozent der westdeutschen. Das Grundmuster der neunziger Jahre ist hier auch zu erkennen: Die höchste Annäherung war 1996/1997 bei ziemlich fast 90 Prozent erreicht worden; seitdem erreichte die ostdeutsche Produktivität statistisch nur zwischen 70 und 80 Prozent der westdeutschen mit eher fallender Tendenz. Im neuen Jahrzehnt steigt zwar in Ostdeutschland die Produktivität, aber dennoch vergrößert sich der Abstand gegenüber Westdeutschland.

Die gleiche Aussage ergibt sich, wenn die Arbeitsproduktivität nicht auf Basis Bruttowertschöpfung, sondern auf Basis des baugewerblichen Umsatzes gemessen wird. Im Bild 3 (nächste Seite) ist der baugewerbliche Umsatz je Arbeitsstunde im Bauhauptgewerbe⁹ seit 1995 dargestellt, wiederum zunächst in Euro zu jeweiligen Preisen – in beiden Teilgebieten steigt die so berechnete Arbeitsproduktivität. Dann folgt auch hier die Darstellung der relativen Entwicklung, ergänzt um den potenziellen Trend. Diese Linien bestätigen und unterstreichen die obigen Aussagen: Obwohl auch in Ostdeutschland die Produktivität des Baugewerbes steigt, vergrößert sich der Rückstand gegenüber Westdeutschland.

Warum sich der Produktivitätsrückstand des ostdeutschen Baugewerbes gegenüber Westdeutschland nur bis Mitte der neunziger Jahre verringerte und sich dann sogar die Schere wieder öffnete, wirft dringliche Fragen auf. Wichtige, den Rückstand zu DDR-Zeiten begründende Faktoren sind weggefallen: Unterschiede in der technischen Ausstattung mit Baumaschinen sind nicht mehr relevant, und das Arbeitsregime un-

9 Der traditionelle Begriff Bauhauptgewerbe umfasst nach der heute gültigen Betriebsstatistik Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau.

Bild 2: Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) im Baugewerbe Ost- und Westdeutschlands 1991-2007

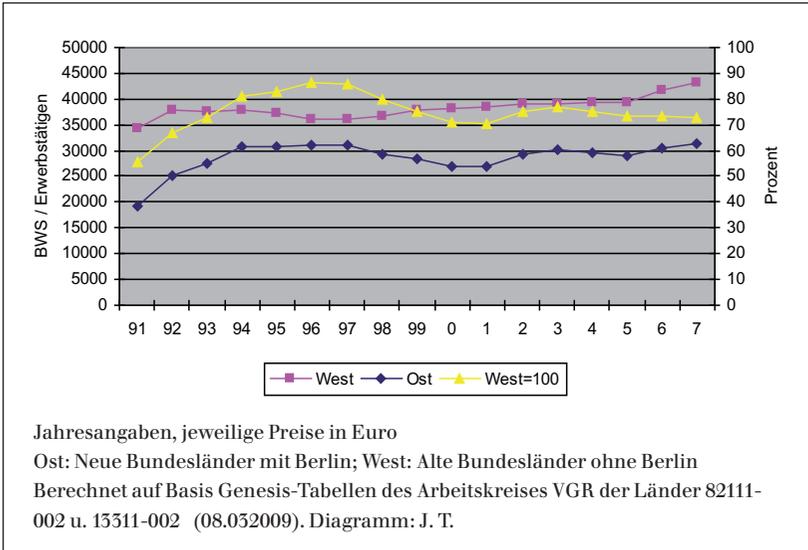
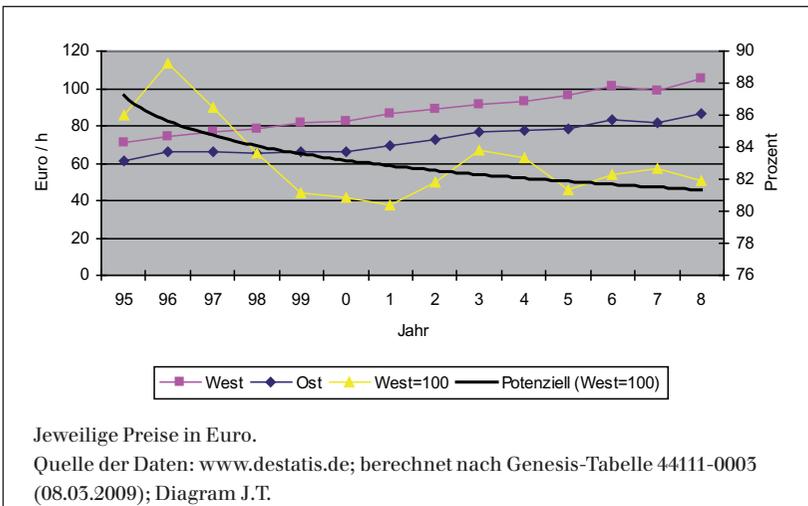


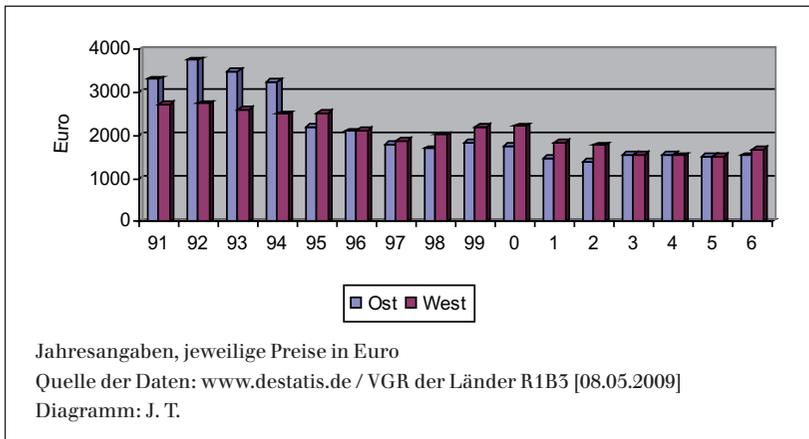
Bild 3: Baugewerblicher Umsatz je Arbeitsstunde im Bauhauptgewerbe West und Ost sowie Ost in Prozent von West



terscheidet sich für die Bauarbeiter auch nicht mehr nach Ost und West; eher ist die Arbeitszeit hier länger.

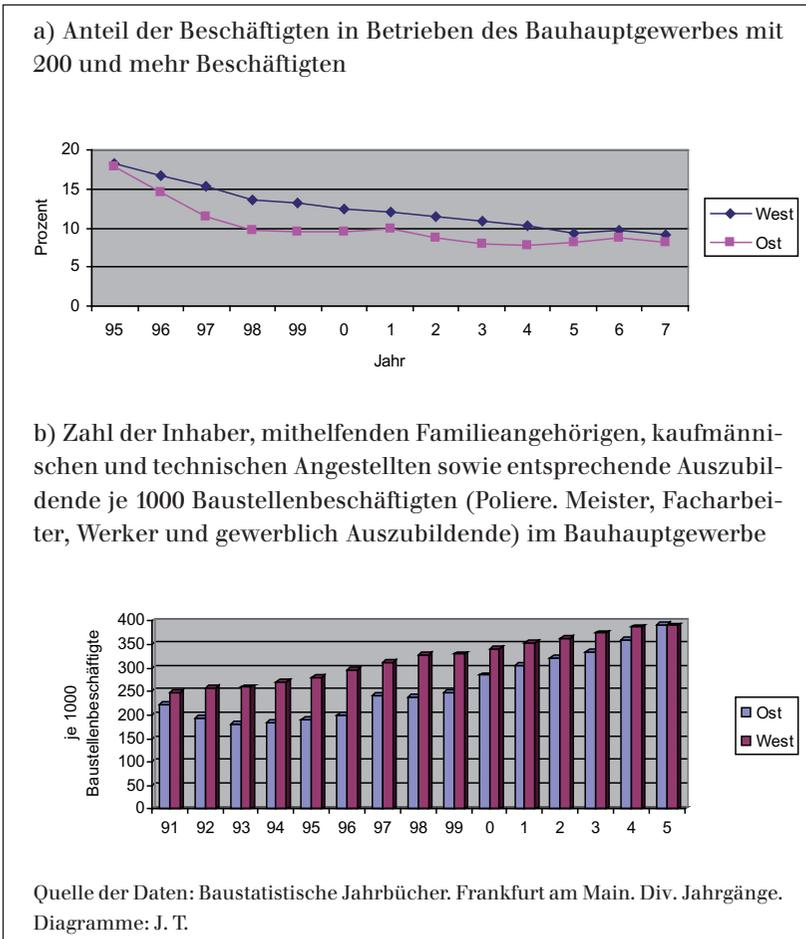
Dafür, dass die Rückstände in der technischen Ausstattung weitgehend aufgeholt werden konnten, spricht auch die rege Investitionstätigkeit im ostdeutschen Baugewerbe nach 1990. Wie Bild 4 zeigt, waren die Anlageneinvestitionen je Erwerbstätigen im Baugewerbe in Ost- in den ersten Jahren wesentlich höher als in Westdeutschland.

Bild 4: Investitionen (neue Anlagen) je Erwerbstätigen im Baugewerbe Ost- und Westdeutschlands 1991-2006



Zunächst konnte angenommen werden, dass die Hauptfaktoren für die unterschiedliche Entwicklung Unterschiede in der Größe der Betriebe und in der Beschäftigtenstruktur sind. Das erweist sich nicht mehr als zutreffend. Siehe Bild 5 – Betriebs- und Beschäftigtenstruktur im Bauhauptgewerbe.

Bild 5: Betriebs- und Beschäftigtenstruktur im Bauhauptgewerbe Ost- und Westdeutschlands 1995-2007 bzw. 1991-2005



Wie das obere Diagramm a) in Bild 5 zeigt, hat sich der ostdeutsche Anteil der großen Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten Ost inzwischen dem westdeutschen angenähert.

Und wie das untere Diagramm b) in Bild 5 zeigt, hat sich die ostdeutsche Beschäftigtenstruktur in Bezug der Zahl der Inhaber sowie des tech-

nischen und kaufmännischen Personals je 1000 Baustellenbeschäftigten inzwischen ebenfalls der westdeutschen angenähert.

Wenn aber nicht mehr Betriebsgröße und Beschäftigtenstrukturen für den ausgewiesenen Rückstand maßgebend sind – was dann?

Erste Antworten gab eine Studie aus dem Eduard Pestel Institut für Systemforschung Hannover, die 1999 veröffentlicht¹⁰ wurde. Untersuchungen zeigten damals schon, dass die physische Produktivität auf ostdeutschen Baustellen nicht mehr niedriger als auf westdeutschen war. Auch in Bezug auf die Endpreise für die kompletten Bauwerke ließen sich in der Regel keine größeren Unterschiede mehr feststellen. Die Unterschiede in der ausgewiesenen wertmäßigen Arbeitsproduktivität bedürfen somit einer Erklärung. Die Pestel-Studie sah folgende Hauptfaktoren:

- Viele Bauvorhaben im Osten werden aufgrund der geringen Größe und zu niedriger Eigenkapitalbasis der meisten ostdeutschen Bauunternehmen von in Westdeutschland ansässigen Investoren entwickelt, geplant und zu entsprechenden Preisen verkauft.
- Größere Bauvorhaben werden in der Regel von in Westdeutschland ansässigen Baukonzernen errichtet; ostdeutsche Baufirmen fungieren meist nur als Subunternehmer, die in harter Konkurrenz um niedrige Preise und Löhne standen und stehen – zumal sich bis Mitte der neunziger Jahre erhebliche Überkapazitäten gebildet hatten.

Demzufolge entstehen erstens nennenswerte Teile des Neuwertes ostdeutscher Bauwerke in westdeutschen Unternehmenszentralen und fließen zweitens außerdem große Teile des Neuwertes von Ost nach West.

Übersicht 1 listet die größten Bauunternehmen mit dem Sitz ihrer Zentralen auf.

¹⁰ Klaus Peter Möller / Matthias Günther / Joey Schaffner: Besteht eine Produktivitätslücke in den neuen Bundesländern? Niedrige Werte aufgrund mangelnder statistischer Differenzierung führen zu falscher Schlussfolgerungen. Eduard Pestel Institut Hannover 1999. – Zu den Produktivitätsdifferenzen im Baugewerbe s. S. 10ff. u. 19.

Übersicht 1: Größte Bauunternehmen in Deutschland, nach Anzahl der Mitarbeiter im Inland

#	Unternehmen	Sitz	Anzahl
	<i>Sitz in D-West und Berlin (>1000)</i>		
1	Billfinger+Berger AG	68165 Mannheim	23.909
2	Züblin AG	70567 Stuttgart	15.000
3	Hochtief AG	45128 Essen	10.971
4	Strabag AG	50679 Köln	9.492
5	SAG GmbH	63225 Langen	7.872
6	Imtech GmbH & Co. KG	22047 Hamburg	5.000
7	Eurovia GmbH	12681 Berlin	3.805
8	GP Papenburg AG	29690 Schwarmstedt	3.000
9	Wolff & Müller GmbH & Co. KG	70435 Stuttgart	2.900
10	Leonhard Weiß GmbH & Co. KG	73037 Göppingen	2.717
11	DB BahnBauGruppe GmbH	12487 Berlin	2.585
12	Heilit+Wörner Bau GmbH	80807 München	1.901
13	Weber Rohrbau GmbH & Co.	50259 Pulheim	1.900
14	Bohlen & Doyen GmbH	26639 Wiesmor	1.700
15	Kirchhoff AG	7071 Leinfelden-Echterdingen	1.600
16	Matthäi GmbH & Co. KG	27283 Verden	1.500
17	Kondor Wessels Deutschl. GmbH	13597 Berlin	1.500
18	Vossloh DEHE Bahnbau GmbH	54292 Trier	1.500
19	Goldbeck GmbH	33649 Bielefeld	1.475
20	Heberger Bau AG	67105 Schifferstadt	1.357
21	Bickhardt Bau Ag	36275 Kirchheim	1.300
22	Diringer & Scheidel GmbH & Co. KG	68199 Mannheim	1.200
23	Stratebau GmbH	93059 Regensburg	1.200
24	Streicher Bau GmbH	94469 Deggendorf	1.200
25	Wilhelm Geiger GmbH	87561 Oberstdorf	1.200
26	Kirchner Holding GmbH	36261 Bad Hersfeld	1.121
27	Heijmans Oevermann GmbH	48153 Münster	1.100
28	Klebl GmbH	92318 Neumarkt	1.100
29	Ebert Hera Gruppe GmbH	76530 Baden	1.000
30	Köster AG	49080 Osnabrück	1.000
31	Wiebe Holding GmbH & Co. KG	27315 Dörverden	1.000
	<i>Sitz in NBL (ohne Berlin), die drei größten</i>		
1	Hertel Holding GmbH [Rohrleitungsbau]	04158 Leipzig	860
2	SAM Stahlturn- u. Apparatebau GmbH	39120 Magdeburg	350
3	Strassing-Limes Bau GmbH	99100 Erfurt	300

Quelle: www.wer-zu-wem.de/dienstleister/Bauunternehmen.html, [17.03.2009]

Danach haben in Westdeutschland und Berlin insgesamt 31 Unternehmen mit 1000 und mehr Mitarbeiter ihren Sitz. Sie verfügen neben den Baubetrieben über ein breites Spektrum bauvorbereitender und -unterstützender Dienstleistungen (Architekten, Ingenieure, Planung, Management, Immobilienverwaltung und -finanzierung). – Eins der großen traditionsreichen Unternehmen fehlt allerdings in der Übersicht: Die Philipp Holzmann AG hat die Baukrise nicht überlebt.

In den Neuen Bundesländern existiert kein vergleichbares Bauunternehmen von dieser Größenordnung. Die beiden größten mit 860 bzw. 360 Mitarbeitern sind zudem nicht im Hochbau tätig, sondern Rohrleitungs- und Stahlbauunternehmen. Die anderen Baubetriebe im Osten sind entweder Töchter der westdeutschen Unternehmen – wie z. B. Kirchhoff Leipzig, dessen Existenz derzeit bedroht ist – oder müssen sich in der Regel als Subunternehmer verdingen. Diese Verhältnisse spiegeln die wirtschaftsorganisatorischen Entscheidungen der Treuhandanstalt nach 1990 wider.

Großunternehmen mit Sitz in Westdeutschland haben »Headquarter«-Funktionen: Sie gewährleisten sowohl eine höhere Wertschöpfung im Westen als auch die Abschöpfung eines Teils des im Osten geschaffenen Wertes. Die größere Marktmacht der westdeutschen Bauunternehmen ist die eigentliche Konvergenzbremse. Insoweit ist die Feststellung *Ulrich Blums* über das allgemeine Fehlen von »Headquartern« im Osten¹¹ zunächst erstmal richtig, wenn auch die Ursachen nicht nur im »langen Schatten des Sozialismus« liegen, sondern sehr wohl auch in der Vereinigungspolitik. In den ostdeutschen Baukombinaten hatten sich im Laufe der Jahrzehnte neue Funktionsebenen herausgebildet, die durchaus in der Lage gewesen wären, die Transformationsaufgaben zu meistern – ähnlich wie in den Großbetrieben der Landwirtschaft und des Wohnungswesens. Aber es sollte nicht sein: Die großen Bauunternehmen wurden zerschlagen und die Funktionsebenen abgewickelt.

Unter diesen Bedingungen sind summarische Produktivitätsvergleiche auf Basis der Bruttowertschöpfung naturgemäß wenig aussagefähig. Diese branchenbezogene Feststellung bekräftigt die vor allem von *Wolfgang Kühn* und *Eva Müller*¹² gegen Ende der 90er Jahre allgemein

11 Ulrich Blum: Der lange Schatten des Sozialismus: Folgen für die Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland. In: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bd. 34. Heft 3. 2008. S. 216-229. Zit. nach IWH-Newsletter 3-2009.

12 Siehe Fußnote 1.

vorgebrachten Einwände gegen den Ost-West-Produktivitätsvergleich auf Basis des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung. Im Grunde handelt es sich um einen *Circulus vitiosus*: Niedrige Löhne bedingen niedrige Produktivität und diese sollen wiederum die niedrigen Löhne rechtfertigen.

Dieser irreführende Ausweis der Produktivität verzerrt auch die Vergleiche der »Lohnstückkosten«; so kann es zu der paradoxen Aussage kommen, dass die Lohnstückkosten in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland oder in etwa gleich seien¹³, obwohl die Stundenlöhne im Osten niedriger sind.

Ausblick auf die Entwicklung des Baugewerbes

Es ist keine Konvergenz erkennbar! Insoweit folge ich den Autoren *Busch* und *Mai*¹⁴. Doch die eigentliche Konvergenzbremse für das Baugewerbe ist das Fehlen vergleichbarer Bauunternehmen mit Headquarter-Funktionen. Angesichts der externen Bedingungen – schrumpfende Bauinvestitionen und schrumpfendes Bauvolumen – ist die Herausbildung solcher Unternehmen in Ostdeutschland kaum zu erwarten. Zwar versuchen ostdeutsche Baubetriebe überregional zu expandieren¹⁵ – unter Ausnutzung des niedrigeren Lohnes auch nach Westdeutschland, aber andererseits wird die osteuropäische Konkurrenz perspektivisch stärker auf den hiesigen Baumarkt drängen. So verbieten sich Illusionen über die zukünftige Entwicklung des ostdeutschen Baugewerbes.

13 Vgl. Brigitte Loose / Udo Ludwig: Ostdeutsches Baugewerbe auf der Suche nach dem rechten Platz. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 10.2006. S. 575-588, spez. S. 579f..

14 Ulrich Busch / Karl Mai: Konvergenzbremse Produktivität. Ursachen und Folgen zurückbleibender Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial 18 (2007) 4/5. S. 121ff.

15 Vgl. dazu Loose/Ludwig: Ostdeutsches Baugewerbe ... S. 578: Umsatz des ostdeutschen Baugewerbes nach Regionen. – Siehe auch Lutz Trettin et al.: Ein anderer Weg aus der Krise? Der Absatzradius als strategischer Handlungsparameter von handwerklichen Bauunternehmen. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 10.2006. S. 589-605.

Literaturauswahl

- Berlemann, Michael / Daniela Rother / Gerit Vogt: Konjunkturprognose des sächsischen und des ostdeutschen Baugewerbes 2004/2005. In: ifo Dresden berichtet 5/2004. S. 13-22.
- Busch, Ulrich / Karl Mai: Konvergenzbremse Produktivität. Ursachen und Folgen zurückbleibender Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland. In: Berliner Debatte Initial 18 (2007) 4/5. S. 121-136.
- Gerstenberger, Wolfgang: Wachstumsbremse Bau – Wann kehrt Ostdeutschland wieder zum Aufholpfad zurück? In: ifo Dresden berichtet. 5/2001.
- Gerstenberger, Wolfgang: Entwicklungsperspektiven für die [ostdeutsche und J.T.] sächsische Bauwirtschaft. Anhang 3 zu: Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung Sachsens bis zum Jahre 2030. Dresden 2003. http://www.ier.uni-stuttgart.de/forschung/projektwebsites/ep_sachsen/EXP/ifo_ANHANG%203%20BAU.pdf (07.04.2009)
- Kühn, Wolfgang: Arbeitsproduktivität in der DDR und der ostdeutschen Wirtschaft heute. Hintergründe, Entwicklung, Folgen. Pankower Vorträge Heft 17. Berlin 1999.
- Loose, Brigitte / Udo Ludwig: Ostdeutsches Baugewerbe auf der Suche nach dem rechten Platz. In: Informationen zur Raumentwicklung Heft 10.2006. S. 575-588, spez. S. 579f.
- Meyer, Manfred: Leistungsvergleich zwischen der Bauwirtschaft der ehemaligen DDR und der BRD sowie Untersuchungen zu den Haupteinflussfaktoren des Niveauunterschiedes im Zeitraum 1960 bis 1990. Diss. A. TH Leipzig 1991.
- Möller, Klaus Peter / Matthias Günther / Joey Schaffner: Besteht eine Produktivitätslücke in den neuen Bundesländern? Niedrige Werte aufgrund mangelnder statistischer Differenzierung führen zu falschen Schlussfolgerungen. Eduard Pestel Institut Hannover 1999. – Zu den Produktivitätsdifferenzen im Baugewerbe s. S. 10ff. u. 19.
- Tesch, Joachim: Perspektiven der Bauwirtschaft in Ostdeutschland und ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. In: Ostdeutschland – alternative Entwicklungsmöglichkeiten oder Mezzogiorno? Leipzig 2005. S.77-88 <http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de/ebook/2005-02-tesch.pdf>.

Trettin, Lutz et al.: Ein anderer Weg aus der Krise? Der Absatzradius als strategischer Handlungsparameter von handwerklichen Bauunternehmen. In: Informationen zur Raumentwicklung. Heft 10.2006. S. 589-603.

Abkürzungen

ABL	Alte Bundesländer
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BWS	Bruttowertschöpfung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
Eurostat	Europäisches Statistikamt
FuE	Forschung und Entwicklung
IDH	»innerdeutscher« Handel (zwischen den beiden deutschen Staaten)
ifo	Institut für Wirtschaftsforschung München bzw. Dresden
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
KoKo	Kommerzielle Koordinierung (Außenhandelsbereich der DDR)
MPS	Material Product System (der VGR)
NBL	Neue Bundesländer
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (»Comecon«)
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SNA	System of National Accounts der Vereinten Nationen
SZS	Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (der DDR)
THA	Treuhandanstalt
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Autorenverzeichnis

Dr. habil. Ulrich Busch
Schmausstr. 48
12555 Berlin
ulrich.b.busch@web.de

Prof. Dr. Gerhard Heske
Frankfurter Allee 138
10365 Berlin
gerhardheske@arcor.de

Dr. Wolfgang Kühn
Kantstr. 21
16321 Bernau b. Berlin, OT Schönow
LW.Kuehn@t-online.de

Prof. Dr. Udo Ludwig
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Postfach 11 03 61
06017 Halle
Udo.Ludwig@iwh-halle.de

Karl Mai
E.-Hübner-Str. 34
06132 Halle/S.
kmai@halle.blue-cable.de

Dr. Edgar Most
Direktor der Deutschen Bank a. D.
Unter den Linden 13-15
10117 Berlin
edgar.most@db.com

Prof. Dr. Joachim Tesch
Möckernsche Str. 5
04155 Leipzig
JTesch@t-online.de

Dr. Andreas Willnow
Hans-Beimler-Str. 46
04159 Leipzig
andreaswillnow@yahoo.de

